

Markus Pühringer

Im Bann des Geldes

Eine Anleitung zur
Überwindung des Kapitalismus

1. Auflage

Abkürzungen:

MEW ... Marx-Engels-Werke

Mk ... Markus-Evangelium (Bibel)

NE Nikomachischen Ethik (Aristoteles)

Pol. ... Politik (Aristoteles)

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme:

Pühringer, Markus

Im Bann des Geldes

Wien: planetVERLAG, 2013

ISBN 978-3-902555-40-3

© 2013 by planetVERLAG, Wien

1. Auflage, 2013

Layout: Christoph Gratzer

Lektorat: Mag^a. Barbara Vanek

Produktion: studio b, Trattenbach

Druck: digidruck, Wien

ISBN 978-3-902555-40-3

Der planetVERLAG ist eine Einrichtung der Grünen Bildungswerkstatt,

Rooseveltplatz 4-5, 1090 Wien, E-Mail: planetverlag@gbw.at,

Web: www.planetverlag.at

Alle Rechte vorbehalten, auch das auszugsweise Wiedergeben
in Print oder elektronischen Medien.

Inhalt

Vorwort	13
1. Methodische Zugänge	17
1.1. Radikaler Konstruktivismus	17
1.2. Kommunikation	21
1.3. Geld als Kommunikationsmittel.....	22
2. Das oberste Ziel: „Wohlstand“ oder „gutes Leben“?... 26	
2.1. Ich – Selbst – äußere Welt.	28
2.2. „Gutes Leben“ bei Aristoteles.	33
2.3. „Gutes Leben“ in der Neurobiologie.	37
2.4. „Gutes Leben“ in der humanistischen Psychologie.... 43	
2.4.1. Die Entfaltung des Selbst: Die Personzentrierte Psychotherapie.....	43
2.4.2. Warum wir unser Glück von den anderen abhängig machen: Ein entwicklungs- psychologischer Erklärungsversuch	45
2.4.3. „Glück“ oder „gutes Leben“.....	48
2.5. Zusammenfassung: Warum wir nicht immer „gut leben“?	50
3. Geld regiert die Welt:	
Eine kurze Geschichte des Kapitalismus	55
3.1. Tauschwert und Gebrauchswert.....	57
3.2. Geld.....	61

3.2.1. Oberflächlich: Geld ein spezieller Gegenstand	61
3.2.2. Tiefergehend: Geld als allgemeine Austauschbeziehung	63
3.3. Händlerwirtschaft: Wirtschaften mit und für Geld	68
3.4. G-W-G': Die Geburt des Kapitalismus.....	71
3.4.1. Kommt die kapitalistische Dynamik aus der Realwirtschaft?	71
3.4.2. Kommt die kapitalistische Dynamik aus der Geldwirtschaft?	74
3.5. Klärungen	96
3.5.1. Die verschiedenen Bestandteile des Zinses	96
3.5.2. Unternehmerlohn: Teil des Profits oder Teil der Arbeit?	100
3.6. Neuzeit: Geld wird zum wichtigsten Kommunikationsmittel	105
4. Modernes Geld transformiert die gesamte Gesellschaft.....	108
4.1. Die Logik der Reichtumsprämie.....	108
4.2. Die Logik der Reichtumsprämie wird auf die Warenwelt übertragen	113
4.3. Schafe fressen Menschen: Die „ursprüngliche Akkumulation“ als Folge der Reichtumsprämie.....	116
4.4. Wertewandel: Verzicht wird gut.....	123
4.4.1. Verzicht und Opfer: Die protestantische Ethik.....	124
4.5. Wertewandel: Die Arbeit wird heilig gesprochen....	130
4.5.1. Der Begriff der Arbeit.....	130

4.5.2. „Arbeit“ in nicht-kapitalistischen Gesellschaften.....	132
4.5.3. Arbeit und das „necessarium“	134
4.5.4. Der Begriff „abstrakte Arbeit“	136
4.5.5. Der Doppelcharakter der Arbeit	139
4.5.6. Das ambivalente Verhältnis des Kapitals zur Arbeit.....	142
4.5.7. Die Änderung im Kommunikationsmittel Geld zieht die Veränderung des menschlichen Verhaltens nach sich	143
4.6. Kaufen und Verzichten: ein kapitalistischer Grundwiderspruch	145
4.6.1. Kauf und Konsum in nicht-kapitalistischen Gesellschaften.....	146
4.6.2. Kauf und Konsum in kapitalistischen Gesellschaften.....	147
4.6.3. Die Geburt des „Homo oeconomicus“	151
4.6.4. Modernes Geld schafft sich Menschen mit unendlichen Bedürfnissen	154
4.6.5. Der Zangengriff des modernen Geldes	156
4.7. Wertewandel: Konkurrenz wird gut	157
4.7.1. „Konkurrenz“ in nicht-kapitalistischen Gesellschaften	158
4.7.2. „Konkurrenz“ in kapitalistischen Gesellschaften	160
4.7.3. Die Geburt des Staates	162
4.7.4. Krieg und Frieden	166
4.8. Geld schafft sich seine Zeit.....	170

4.8.1. Zeit in vorkapitalistischen Gesellschaften.....	170
4.8.2. Zeit in kapitalistischen Gesellschaften.....	172
4.8.3. Die Entstehung der „abstrakten Zeit“.....	175
4.9. Modernes Geld schafft sich eine völlig neue Produktionsweise.....	178
4.10. Umverteilung von unten nach oben: Eine systemische Folge des modernen Geldes.....	184
4.10.1. Umverteilung durch die „ursprüngliche Akkumulation“.....	184
4.10.2. Umverteilung im entwickelten Kapitalismus.....	185
4.10.3. Vermögen und Einkommen.....	187
4.10.4. Dynamische Betrachtung.....	189
4.11. Alle Welt wird eins: Geld wird zur universalen Rechengröße.....	192
5. Der hohe Preis des Kapitalismus: Entfremdung.....	196
5.1. Entfremdung in der Produktionssphäre.....	198
5.1.1. Die schönen Gesichter der Arbeit.....	198
5.1.2. Entfremdung von sich selbst.....	201
5.1.3. Entfremdung in den sozialen Beziehungen: Zugehörigkeit und Anerkennung.....	203
5.1.4. Entfremdung vom Produkt der Arbeit.....	206
5.1.5. Entfremdung durch Arbeitsteilung.....	207
5.1.6. Abstrakte Herrschaft.....	210
5.1.7. Abschließend: „gute Arbeit“?.....	214
5.2. Entfremdung in der Zirkulationssphäre.....	216
5.2.1. Tausch in vorkapitalistischer Zeit.....	216

5.2.2. Tausch im Kapitalismus.....	217
5.2.3. Zusammenfassend: Belastung für alle sozialen Beziehungen	220
5.3. Entfremdung im Freizeit- und Privatbereich	221
5.3.1. Ausdehnung der kapitalistischen Logik in die Freizeit.....	221
5.3.2. Die eigentümliche Trennung in Arbeit und Freizeit.....	223
5.3.3. Die Trennung von Produktion und Konsumtion	224
5.3.4. Belastung für soziale Beziehungen	225
5.4. Exkurs: Charaktermasken.....	227
5.4.1. Der Glaube an die Segnung des Wohlstands...	230
5.4.2. Eine Glaubensfrage	234
6. Die systemische Krise des Kapitalismus	236
6.1. Grundübel: Überdurchschnittliches Wachstum der Kapitaleinkommen.....	236
6.2. Kurzfristiger Ausweg: Blasenökonomie.....	243
6.2.1. Was passiert nun bei einer Spekulationsblase?	246
6.2.2. Ein Nullsummenspiel?.....	249
6.2.3. Was passiert mit dem Geld?	252
6.2.4. Die Realwirtschaft in der Blasenökonomie ...	253
6.3. Kapitalistische Krisenentwicklung seit 1950.....	259
6.3.1. 1950er Jahre: Boom-Phase: „Wirtschaftswunder“	259
6.3.2. 1960er Jahre: erste Krisentendenzen	261

6.3.3. 1970er Jahre: Krisenaufschub 1 (Globalisierung) und Krisenaufschub 2 (Verschuldung)	263
6.3.4. 1980er Jahre: Krisenaufschub 3 (Blasenbildung) & 3. industrielle Revolution	269
6.3.5. 1990er Jahre: Systemwechsel in Osteuropa und UdSSR	277
6.3.6. 2000er Jahre: Einbrüche im globalen Finanzsystem, Weltwirtschaftskrise, Krisenaufschub 4 (billiges Geld).....	281
6.3.7. Zusammenbruch: Die Weltwirtschaftskrise 2007/08.....	288
6.3.8. 2008ff: Der verzweifelte Kampf gegen das Platzen der Blase	291
6.3.9. Euro-Krise	294
6.3.10. Ausblick	296
6.4. Kritische Anfragen.....	299
6.4.1. Warum geben Staaten ständig Krisenaufschub?	299
6.4.2. Warum keine Regulierungen auf den Finanzmärkten?.....	300
6.4.3. Was passiert bei einem globalen bank run?...	302
7. Vorschlag zur Überwindung des Kapitalismus	308
7.1. Variante A: Vermögenssubstanzsteuer: Die Beschränkung der Ausdehnungsdynamik in der Warenwelt	313

7.2. Variante B: Geldsteuer: Die Beschränkung der Ausdehnungsdynamik in der Geldwelt	319
7.3. Vermögensbestandsteuer oder Geldsteuer?	322
7.4. Veränderungen einer Geldsteuer für die verschiedenen AkteurInnen	323
7.4.1. UnternehmerInnen	323
7.4.2. ArbeiterInnen	324
7.4.3. SchuldnerInnen	325
7.4.4. KapitaleignerInnen	325
7.4.5. Community (Staat)	326
7.4.6. KonsumentInnen	328
7.5. Drei Exkurse:	329
7.5.1. Zinskritik und Wertkritik	329
7.5.2. Antisemitismus und Kapitalismuskritik	332
7.5.3. Komplementärwährungen	334
7.6. Einwände	336
7.6.1. Einwand 1: Kapitalflucht	336
7.6.2. Einwand 2: weniger Wohlstand	339
7.6.3. Einwand 3: Umgehung der Geldsteuer durch direkten Tausch	340
7.6.4. Einwand 4: Boden statt Geld	341
7.7. Was kommt dann?	344
7.7.1. Wird die Wirtschaft dann schrumpfen?	345
7.7.2. Würden die Staaten schrumpfen?	349

8. Persönliche Korrektur	352
8.1. Im „Hier und Jetzt“ gut leben!.....	352
8.2. Die Reproduktion des Kapitalismus	354
8.3. Eine persönliche Entscheidung.....	359
9. Schlussbemerkungen	363
10. Danke	364
11. Literatur	366

Vorwort

Kapitalismuskritik beschränkt sich häufig darauf, dem real existierenden Kapitalismus ein menschliches Antlitz zu geben. Einkommen soll umverteilt, die Arbeitslosigkeit bekämpft und der Sozialstaat ausgebaut werden. Man geht implizit davon aus, dass die Grundbausteine des Kapitalismus ok sind, sie müssen nur in geordnete Bahnen gelenkt werden. Oder anders ausgedrückt: Kapital soll Kapital bleiben dürfen, nur soll es in humanere, ökologischere, sozialere Bahnen gelenkt werden.

Ich glaube hingegen, dass der Grundbaustein unseres Wirtschaftssystems einen Baufehler aufweist. Die Folgen sind: Ungerechte Verteilung, ökologische Krise, Entfremdungsprozesse, usw. Wenn wir die Probleme wirklich lösen wollen, müssen wir unserem Wirtschaftssystem auf den Grund gehen: Meine Analyse ist, dass der Grundbaustein des Kapitalismus alles andere als ok ist: Als diesen Grundbaustein identifiziere ich das moderne Geld. An diesem Geld wurde im ausgehenden Mittelalter eine wesentliche Veränderung vorgenommen: War es bis dahin so, dass sich Geld durch Verleih nicht vermehren konnte, so wird diese gesellschaftliche Regel im 13./14. Jahrhundert verworfen. Seither beanspruchen alle VermögensbesitzerInnen die sogenannte Reichtumsprämie. Als Reichtumsprämie bezeichne ich jenen Teil der Kapitalvermehrung, den jemand erhält, ohne dafür eine Arbeitsleistung erbringen zu müssen.

Am Beginn der kapitalistischen Entwicklung lag die Reichtumsprämie oft weit über 10 Prozent. In den letzten 200 Jahren hat sich ein durchschnittlicher Erwartungswert von 4-6 Prozent für die Reichtumsprämie herausgebildet. Um diesen Faktor steigert sich jährlich das veranlagte Kapital. Seit der Durchsetzung der Reichtumsprämie gilt folgende gesellschaftliche Regel: Wer reich ist, erhält eine Prämie. Mit der Reichtumsprämie transformiert sich Geld: Aus einem reinen Tausch- und Zahlungsmittel wird ein Wertsteigerungsmittel. Aus Geld wird Kapital. Diese

Mutation am Geld hat eine Vielzahl von Veränderung mit sich gebracht, die ich im Buch ausführlich vorstelle. Hier seien sie nur einmal skizziert.

Sie hat anfangs zu einer gewaltigen Umverteilung geführt („ursprüngliche Akkumulation“) und verteilt auch heute noch von unten nach oben um. Die globale und nationale Ungleichverteilung von Reichtum ist die logische Folge davon. Die gesellschaftlichen Umwälzungen gingen aber viel weiter: Aufgrund der exponentiellen Wachstumsdynamik musste die Bedeutung von diesem modernen Geld zwangsläufig immer größer werden; so groß, dass das zu Kapital mutierte Geld zum zentralen Grundbaustein unserer Gesellschaft wurde. Geld ist heutzutage vergleichbar mit Atomen oder Genen. So wie sich die Materie aus einer Kombination von Atomen zusammensetzt oder so wie sich alles Leben aus verschiedenen Kombinationen von Genen ergibt, ist das zu Kapital mutierte Geld zum Grundbaustein unserer Gesellschaft geworden. Der Großteil unserer heutigen gesellschaftlichen Kommunikation läuft übers Geld. Freilich, es gibt noch Bereiche, die dem Geld weitgehend entzogen sind: die privaten und privatesten Bereiche, aber alles was die enge Sphäre der (Kern-)Familie und des Freundeskreises verlässt, wird heutzutage von der Kapitallogik dominiert.

So wie im ausgehenden Mittelalter die Mutation am Geld vollzogen wurde, haben sich nach und nach gesellschaftliche Institutionen herausgebildet, die nach der Logik des modernen Geldes funktionieren. Wir produzieren nach der Logik des Geldes, wir tauschen nach der Logik des Geldes und wir konsumieren nach der Logik des Geldes.

Das zu Kapital geronnene Geld hat weiters viele gesellschaftliche Institutionen hervorgebracht:

- Das moderne Bildungssystem, das seine Entstehung und seine Existenz vor allem der Tatsache schuldet, dass es Menschen als Humankapital versteht und dieses Kapital beständig vergrößern will. Kindergärten, Schulen und Universitäten verstehen

sich als Stätten, die der bestmöglichen Ausbildung von zukünftigen Arbeitskräften dienen sollen. Bildung im Sinne der Förderung von kritischem Bewusstsein genießt hier im besten Fall ein Mauerblümchen-Dasein.

- Das moderne Gesundheitssystem, das sich heute vor allem als Reparaturwerkstätte versteht. Die erkrankten Menschen sollen rasch wieder für den Arbeitsprozess fit gemacht werden. Alten und kranken Menschen soll ein Platz zugewiesen werden, damit sie die tatkräftigen Arbeitskräfte nicht von der Arbeit abhalten. Die pharmazeutische Industrie hilft nach, wo der menschliche Körper an seine Leistungsgrenzen gekommen ist. Gesundheit im Sinne der Stärkung der eigenen Gesundheitsressourcen spielt eine untergeordnete Rolle; geschweige denn die Frage, wie krank uns unsere Form zu leben und zu arbeiten macht.

Kapital als Grundbaustein des Zusammenlebens hat schlussendlich den modernen Staat mit seinen Institutionen hervorgebracht: Der moderne Staat war anfangs vor allem ein „Nachtwächterstaat“: Er sollte für Ruhe und Ordnung sorgen. Dafür gab es am Beginn der kapitalistischen Entwicklung eine besondere Notwendigkeit. Das zu Kapital mutierte Geld hat eine Revolution zugunsten der Reichen ausgelöst. Der Großteil der Bevölkerung ist verarmt. Revolten wie die Bauernkriege waren der verzweifelte Versuch, diese Entwicklung aufzuhalten. Die sich entwickelnden modernen Staaten haben am Beginn der Neuzeit versucht, diese Proteste klein zu halten. Erst nach und nach sind weitere Aufgaben für den Staat dazu gekommen: Seine Existenzberechtigung verdankt er aber nach wie vor der Tatsache, dass er die gedeihliche Entwicklung des Kapitals ermöglicht. Das gilt heute wie vor einigen hundert Jahren.

In den Ordnungsrahmen von Kapital und Staat müssen sich die politischen Institutionen einordnen: Parlamentarische Demokratie, Rechtsprechung und Rechtsdurchsetzung sind aus den spezifischen Strukturmerkmalen des zu Kapital mutierten Geldes zu

erklären. Ohne diese Mutation am Geld wären der Staat und seine Institutionen niemals in dieser Form entstanden.

Als zentrales Kommunikationsmittel dringt Geld schließlich ganz tief in die menschliche Gesellschaft ein und verursacht eine Vielzahl von Entfremdungsprozessen: Von uns selbst, von unseren Mitmenschen, von unserer Mitwelt. Die Entfremdung liegt in der Logik des zu Kapital geronnenen Geldes begründet.

Am Ende des Buches versuche ich einen Ausweg zu skizzieren, einen Weg zur Überwindung des Kapitalismus. Dazu ist es nötig, die Logik der leistungslosen Kapitalvermehrung zu durchbrechen. Das bedeutet nichts anderes, als den Grundbaustein unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verändern. Die Funktionsweise von Geld muss so verändert werden, dass ein/e Einzelne/r ihr/sein Geld nicht leistungslos vermehren kann. Das ist grundsätzlich möglich. Es braucht dafür nur neue Spielregeln, auf die sich die Gesellschaft einigt.

Neue Spielregeln wird es aber erst geben, wenn wir unsere zentralen Glaubenssätze transformieren: Denn unser Denken, Glauben und Hoffen ist heutzutage beseelt von der Vorstellung, dass wir mehr Geld verdienen und besitzen. Die Vorstellung, weniger Geld zu verdienen und zu besitzen, lässt in uns rasch (Existenz-) Ängste hoch kommen. Nicht zuletzt deshalb folgt unser Handeln auch heute noch der Logik des modernen Geldes. Noch stehen wir im Bann des Geldes.

1. Methodische Zugänge

Wenn wir über menschliche Gesellschaft nachdenken, müssen wir uns der Begrenztheit unserer Möglichkeiten bewusst sein: Wir können gar nicht anders, als von bestimmten Annahmen über die Wirklichkeit auszugehen. Also will ich anfangs versuchen, meine Annahmen und meine Konstruktionen offen zu legen:

1.1. Radikaler Konstruktivismus

Jeder Mensch nimmt die Welt, so wie sie ist, in seiner je eigenen Wirklichkeit wahr. Er sieht sie mit seinen Augen, hört sie mit seinen Ohren, riecht sie mit seiner Nase, usw. Mithilfe des menschlichen Körpers (v.a. mithilfe der Sinnesorgane, der Nervenbahnen und des Gehirns) konstruiert sich jeder Mensch seine je eigene Wirklichkeit. Man kann gar nicht anders, als durch bewusste oder unbewusste Entscheidungen darüber zu bestimmen, was man wahrnehmen will. Das bedeutet freilich, dass nichts objektiv ist, ja nicht objektiv sein kann. (vgl. Simon 2008: 40ff) Der radikale Konstruktivismus behauptet, dass wir die Wirklichkeit nicht finden, sondern erfinden. Die Wahrnehmung ist nicht das Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität; die Realität ist für jedes Individuum eine Konstruktion; jede Wahrnehmung ist vollständig subjektiv. (vgl. Watzlawick 1976: 32 ff)

Die Erkenntnisse des radikalen Konstruktivismus erschüttern die neuzeitliche Wissenschaftstheorie in ihren Grundfesten: Die neuzeitliche Wissenschaft geht davon aus, dass es für eine/n Wissenschaftler/in möglich ist, von außen die Welt zu betrachten, zu analysieren und ihre Gesetze zu verstehen. Auf René Descartes (1596 – 1650) geht die Figur des „cartesischer Beobachters“ zurück: Dieser sieht die Welt wie ein Ingenieur seine Maschine. Es steht also gedanklich außerhalb der Welt und betrachtet sie objektiv und ohne Eigeninteresse. (vgl. Simon 2008: 10f) Der

Konstruktivismus behauptet nun, dass diese Annahme grundsätzlich nicht haltbar ist. Folgende Einwände sprechen dagegen:

Die Erfahrung prägt die Wahrnehmung

Niemand kann sich aus der Welt herausnehmen. Wie jeder Mensch ist auch jede/r Wissenschaftler/in von klein auf mit dieser Welt verbunden. Diese je eigene Verbindung mit der Welt prägt die je eigene Wahrnehmung. Ein Mensch, der im Amazonas-Urwald aufgewachsen ist, hat eine andere Sicht der Welt als ein Mensch, der in den Nobelviertel von London groß geworden ist. Und dieser wieder ganz anders als ein Tagelöhner in Indien. Niemand kann sagen, was die „wahre“, „objektive“ Sicht ist. Wenn jemand beispielsweise behauptet, er sei mit Ahnen oder Geistern in Kontakt, so klingt das für viele der westlichen ZeitgenossInnen sehr seltsam. Aber – konstruktivistisch gedacht – können wir niemals behaupten, dass es für diesen Menschen diese Wirklichkeit nicht gibt. Wir können nur feststellen, dass es immer unsere je eigene Sichtweisen auf die Welt gibt, ja geben muss: Es ist nicht möglich, die Welt objektiv zu betrachten.

Wir müssen Komplexität reduzieren und eine Auswahl treffen

Eine ungeheure Fülle von Sinnesreizen dringt von außen auf uns ein. Aus dieser Komplexität der Welt müssen wir zwangsläufig eine Auswahl treffen. Einen Großteil dieser Auswahl nimmt bereits unbewusst das Gehirn vor, indem es nur einen Bruchteil aller Sinnesreize ins Bewusstsein vordringen lässt. Aber auch bei den bewussten Eindrücken müssen wir eine Auswahl treffen, was für uns relevant und was weniger relevant ist.

Vor dem prinzipiell gleichen Problem steht jede Wissenschaft: Sie muss eine Entscheidung über ihren Forschungsgegenstand treffen. Was ist dabei interessant und was kann vernachlässigt werden. Auf welche Art und Weise wird der Forschungsgegenstand betrachtet. Das bedeutet im Klartext: Jede/r Wissenschaftler/in

muss eine Reihe von subjektiven Entscheidungen treffen, um überhaupt erst mit der Forschung beginnen zu können.

Jede/r hat ein Eigeninteresse

Es ist schlicht unmöglich, unbeteiligt ein Geschehen zu beobachten, wie das die Denkfigur des „cartesianischen Beobachters“ vorgibt: Jede/r Wissenschaftler/in will mit ihrer/seiner Forschung auch etwas erreichen: Die einen wollen Ruhm und Ehre, andere ihre AuftraggeberInnen zufrieden stellen, wieder andere ihren Ideen zum Durchbruch verhelfen. Man kann gar nicht anders, als absichtsvoll in der Welt zu leben. Das inkludiert, dass es kein absichtsloses, unbeteiligtes wissenschaftliches Arbeiten gibt. All diese Vorentscheidungen und Absichten haben eine entscheidende Auswirkung auf die Ergebnisse der Wissenschaft. (vgl. Brodbeck 2009)

Kommunikation durch menschliche Sprache

Jede Wissenschaft kann nur mittels der menschlichen gemachten Kommunikationsmittel „Sprache“ mit der Welt in Verbindung treten. Sprache an sich ist nichts Eindeutiges, nichts Objektives. Sie ist viel mehr ein gegenseitiges Abtasten von Informationen, Mitteilungen und Verstehen. Nur am äußerlich wahrnehmbaren Verhalten ihres Gegenübers können die KommunikationsteilnehmerInnen erkennen, ob ihre Signale als Information verstanden wurden. (vgl. Simon 2008: 92)

In Summe bedeutet das also für unsere neuzeitliche Wissenschaft: Es kann so etwas wie eine objektive Wissenschaft nicht geben; es gibt keinen „cartesianischen Beobachter“.

Was grundsätzlich für die gesamte neuzeitliche Wissenschaft gilt, gilt im Besonderen für die Sozialwissenschaften, also auch für die Ökonomie: Ungeachtet der konstruktivistischen Einwände wird heute in den allermeisten ökonomischen Disziplinen das Prinzip der Objektivität hoch gehalten. ÖkonomInnen versuchen in aller Regel mit mathematischer Genauigkeit Ursachen und

Wirkungen zu erforschen. Wie die vermeintlich objektive Naturwissenschaft wollen sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge objektiv und von außen ergründen. Sie wähen sich in der Rolle der „cartesischen BeobachterInnen“.

Über ihr Forschungsobjekt, den Menschen, macht die Ökonomie zwei grundlegende Annahmen: Sie geht erstens davon aus, dass menschliches Verhalten rational erklärbar und zweitens, dass menschliches Handeln vom Motiv der Wohlstandsmaximierung angetrieben sei. Diese Annahmen sind aus konstruktivistischer Perspektive nicht haltbar: Allgemeines kann über die menschliche „Natur“ nicht gesagt werden, wenn sich ein jeder Mensch seine Welt selbst konstruiert. Uns modernen ZeitgenossInnen mögen diese Annahmen gar nicht so abwegig erscheinen, aber ein kurzer Blick in die Geschichte oder in nicht-kapitalistische Gesellschaften genügt, um die Allgemeingültigkeit, die diese Annahmen für sich beanspruchen, in Frage zu stellen:

- Viele menschliche Gemeinschaften fühlen sich mit Göttern und Ahnen verbunden und richten ihr Verhalten danach. Auch heute treffen viele Menschen wichtige Entscheidungen „aus dem Bauch heraus“, also gerade nicht rational.
- Bis lange in die Neuzeit hinein war es für Menschen nicht vorstellbar, dass es das vorrangige Ziel menschlichen Handelns sei, den Wohlstand zu vermehren. Häufig standen andere Werte im Fokus des Interesses: Spiritualität, Liebe, Tapferkeit, o.ä.

Halten wir fest: Die Erkenntnisse des Konstruktivismus entziehen allen Wissenschaften, die für sich Objektivität in Anspruch nehmen wollen, den Boden. Dies gilt auch für die Ökonomie. Das gilt freilich auch für meine Thesen.

1.2. Kommunikation

Sobald Menschen miteinander in Kontakt treten, beginnt der komplizierte Prozess der Kommunikation. Schon die Wortwurzel (lat. *communicare* = mitteilen) verweist auf den gemeinschaftlichen Charakter. Kommunikation bezeichnet den Austausch von Informationen zwischen zwei oder mehreren Subjekten.

Damit Kommunikation stattfinden kann, braucht es also jedenfalls Information. Das allein würde noch nicht reichen, denn die Information muss als Mitteilung wahrgenommen und verstanden werden: Kommunikation „kommt zustande durch eine Synthese von drei verschiedenen Selektionen – nämlich Selektion einer *Information*, Selektion einer *Mitteilung* dieser Information und selektives *Verstehen* oder *Missverstehen* dieser Mitteilung und ihrer Information. Keine dieser Komponenten kann für sich allein vorkommen. Nur gemeinsam erzeugen sie Kommunikation.“ (Simon 2008: 93; Hervorhebung durch den Autor) Das sei es auch, was Kommunikation von bloßer Wahrnehmung des Verhaltens. „Kommunikation ist nicht die Leistung eines handelnden Subjekts, sondern ein Selbstorganisationsprozess. Sie passiert.“ (ebd.: 94)

Damit Kommunikation zustande kommt, muss eine dreifache Selektion passieren. „Das macht Kommunikation zu einem unwahrscheinlichen Phänomen. Denn jeder Kommunikationsteilnehmer könnte die wahrgenommenen Signale, das Verhalten des anderen, das Sprechen des anderen usw. auch anders interpretieren, ihm einen anderen oder gar keinen Sinn zuschreiben.“ (ebd.) Kommunikation müsse kontingent sein, damit sie passiert (lat. *cum* = zusammen, *tangere* = berühren).

Für die Kommunikation zwischen Menschen wurden verschiedene Mittel entwickelt. Zu den basalen Kommunikationsmitteln zählen die gesprochene Sprache bzw. andere durch den Mund geformte Laute wie zum Beispiel der Schrei. Aber nicht nur der Mund spricht, auch der Körper sendet Signale aus. Der Körper-

sprache wird in der menschlichen Kommunikation in aller Regel mehr Bedeutung zugemessen als der gesprochenen Sprache. Wir kommunizieren aber auch mit äußeren Mitteln wie Kleidung, Körpergestaltung, Verwendung von Gegenständen bis hin zur Wohn- und Baukultur.

Eine wesentliche menschliche Leistung ist die Erfindung von technischen Kommunikationsmitteln. Eines der größten Errungenschaften ist dabei die Schrift: Dabei handelt es sich ja letztlich nur um Zeichen, die zum Beispiel auf ein Blatt Papier niedergeschrieben werden, um eine bestimmte Information zu transportieren. Damit die Kommunikation auf diesem Weg funktioniert, müssen die Zeichen wahrgenommen und verstanden werden. Heutzutage gibt es eine Fülle von ausgereiften technischen Kommunikationsmitteln: Printmedien, Videos, Fernsehen, Telefon, Internet, usw.

Ich zähle auch Geld zu den Kommunikationsmitteln und denke, dass es unser Zusammenleben in ungeahnter Weise prägt.

1.3. Geld als Kommunikationsmittel

Geld ist in seiner Ursprungsform vorerst einmal nichts anderes als ein Metallstück oder heutzutage ein Stück Papier (respektive Baumwolle). Dieses Metallstück ist gleichermaßen die Information. Wer es an einen anderen Menschen übergibt, tut das in einer Gesellschaft, die Geld als Kommunikationsmittel verwendet, in der Absicht, dass sein/e Kommunikationspartner/in diesem Akt Bedeutung zumisst. Die Information (Übergabe eines Geldstückes) soll das Gegenüber als Mitteilung verstehen. Das ist nicht selbstverständlich: Eine Person, die in einer geldlosen Gesellschaft aufgewachsen ist, kann mit der Information „Metallstück“ vermutlich nichts anfangen: Es wäre so, als würde jemand in einer völlig fremden Sprache sprechen: Man hört zwar die Laute, kann daraus aber keine Mitteilung selektieren.

Die/Der Übergeber/in des Metallstücks wird das Gelingen der Kommunikation erst daran bewerten können, wenn die Mitteilung verstanden wird. Sie/Er wird sich erwarten, dass das Gegenüber eine bestimmte Handlung setzt: eine bestimmte Menge von Waren übergibt oder eine Dienstleistung erbringt. Wie bei der Sprache erkennen wir das Gelingen der Kommunikation an der Reaktion des Gegenübers: „Kommunikation ist also gewissermaßen ein Spiel, das darauf beruht, dass die Teilnehmer sich bei der Interpretation des gegenseitigen Verhaltens Absichten oder Motive unterstellen.“ (Simon 2008.: 92f) Geld taugt dann als Kommunikationsmittel, wenn sich die TeilnehmerInnen vom Gegenüber verstanden fühlen. (Gleiches gilt auch für die Sprache.)

Geld ist ein besonderes Kommunikationsmittel.

Das Kommunikationsmittel Geld entfaltet auch dann seine Wirkung, wenn die KommunikationspartnerInnen gar nicht miteinander in Kontakt treten: Jemand übergibt an eine/n Händler/in ein Metallstück und erhält dafür beispielsweise ein Kilo Salz. Es ist gut möglich, dass die/der Käufer/in und die/der Händler/in einander kennen; vielleicht auch die/der Händler/in und die/der Produzent/in. Aber die beiden Menschen, die hier in Kommunikation treten (Käufer/in und Produzent/in), kennen sich in der Regel gar nicht. Die Kommunikation funktioniert, weil alle Beteiligten (Käufer/in, Händler/in, Verkäufer/in) die Information („Metallstück“) in gleicher Weise interpretieren. Geld ist also ein anonymes Kommunikationsmittel. Es ist das unpersönlichste Kommunikationsmittel. Darauf verweist auch die Geschichte des Geldes: Geld war ursprünglich nur im Fernhandel von Bedeutung, also für die Kommunikation einander nicht bekannter Menschen. Der Binnenhandel, der in früherer Zeit viel bedeutender war, funktionierte weitgehend ohne Geld. Hier war der direkte Tausch vorherrschend.

Im ausgehenden Mittelalter wurde am damals relativ unbedeutenden Kommunikationsmittel Geld eine bedeutsame Veränderung vorgenommen: Für den Verleih von Geld durfte die sogenannte

Reichtumsprämie verlangt werden, also ein Zinsteil, dem keine Arbeitsleistung gegenüber steht. (Warum es dazu gekommen ist, werde ich noch ausführlicher erörtern.) Das hatte zur Folge, dass auf die gesamte Geldmenge eines Wirtschaftsraums jedes Jahr die prozentuelle Reichtumsprämie dazu geschlagen wurde. Also wuchs die Geldmenge mit exponentiellem Wachstum. So stieg zwangsläufig die Bedeutung des Kommunikationsmittels Geld sukzessive an.

Heutzutage hat Geld eine ungeheure Bedeutung als Kommunikationsmittel entfaltet: Wir verbringen einen Großteil unserer Zeit in der Erwerbsarbeit, weil wir davon ausgehen, dass wir dafür eine vereinbarte Summe an Geld erhalten. Wir erhalten die materiellen Dinge, die wir fürs Überleben brauchen, fast ausschließlich für Geld. Selbst die Anerkennung, die uns die Gesellschaft entgegenbringt, definiert sich zu einem guten Teil über Geld. Kurzum: Wir können heutzutage kaum etwas tun und lassen, wo nicht Geld mit im Spiel ist.

Weil Geld eine so große Bedeutung hat, ist die Grammatik, die in diesem Kommunikationsmittel gilt, für das Zusammenleben der Menschen sehr bedeutsam. Ich werde daher in diesem Buch folgende These entfalten: Die spätmittelalterliche Veränderung im Kommunikationsmittel Geld hat nicht nur die Ausdehnung der Geldmenge bewirkt. Sie hat die allgemeine Kommunikation zwischen den Menschen grundlegend verändert. Nichts blieb mehr so wie es früher war: Arbeit, Zeit, Gott, Werte, usw. Selbst die Wahrnehmung der Menschen hat sich verändert. Die neuzeitlichen Menschen sind in den Bann des modernen Geldes geraten. Man kann mit Fug und Recht sagen: Alles wurde anders.

Zugegebenermaßen hat die Reichtumsprämie ein Problem gelöst: Sie hat Angebot und Nachfrage auf den Geldmärkten ins Gleichgewicht gebracht. Sie hat aber eine Vielzahl von neuen Problemen geschaffen, die immer größer wurden und heute sogar das Überleben der Menschheit gefährden. Als Gesellschaft befinden wir uns heute in der Lage des Zauberlehrlings von Goethe:

Dieser konnte mit einem Zauberspruch ein Problem lösen: Er ließ den Besen für sich arbeiten. Anfangs war er erfreut, als sich der Besen laufend teilte (also exponentiell wuchs) und die Arbeit (Wasser tragen) rasch erledigte. Die Freude schlug aber in Entsetzen um, als die vielen Besen begannen, Chaos anzurichten und das Haus zu überfluten. Der Zauberlehrling wusste nicht, wie er den Spuk wieder beenden konnte. In Goethes Gedicht tritt dann der Zaubermeister auf und befiehlt den Besen, ihre Arbeit einzustellen.

Weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Veränderung der Grammatik im Kommunikationsmittel Geld unsere Gesellschaft tief greifend verändert hat, halte ich es für nahe liegend, dass wir uns eben mit der Grammatik des Geldes beschäftigen müssen, wenn wir die Welt wieder in andere Bahnen lenken und den Spuk, in den unsere Gesellschaft geraten ist, beenden wollen. Ich glaube nicht, dass wir am Ende das Geld abschaffen sollen, aber wir sollten die Grammatik des Geldes verändern und dabei die Bedeutung des Kommunikationsmittels Geld zurückfahren.

2. Das oberste Ziel: „Wohlstand“ oder „gutes Leben“?

Wer über Wirtschaft und Gesellschaft nachdenkt, sollte am Beginn grundsätzlich klären, was eigentlich das Ziel und Streben von Wirtschaft und Gesellschaft ist. Was ist das Ziel der Gesellschaft? Was ist das individuelle Ziel menschlichen Handelns? Wenn es viele verschiedene Ziele gibt, so muss es so etwas wie ein oberstes Ziel geben.

In seinen Überlegungen hielt schon Aristoteles (384-322 v. Chr.) Ausschau nach dem obersten Ziel:

„Da der Ziele zweifellos viele sind und wir deren manche nur wegen anderer Ziele wollen, so leuchtet ein, dass sie nicht alle Endziele sind, während doch das höchste Gut ein Endziel und etwas Vollendetes sein muß. Wenn es daher nur ein Endziel gibt, so muß dieses das Gesuchte sein, und wenn mehrere, dasjenige unter ihnen, welches im höchsten Sinne Endziel ist.“ (NE: 1097a) Für dieses Endziel müsse gelten, dass es „niemals eines anderen wegen gewollt wird.“ (ebd.)

Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem gibt auf die Frage nach dem obersten Ziel eine einfache Antwort: Wir sollen uns individuell und kollektiv so verhalten, dass die Summe der Tauschwerte, also unser Wohlstand, maximiert wird. Das Versprechen ist: Dann wird es uns gut gehen. Abgesehen von diesem Projekt der warenförmig-privaten Wohlstandvermehrung kennt der Kapitalismus kein weiteres Ziel. Das oberste Ziel des Kapitalismus ist also die Maximierung der Tauschwerte (siehe Kapitel 3).

Eine Alternative zum obersten Ziel der Wohlstandsmaximierung sehe ich im Konzept des „guten Lebens“ (bzw. „Glück“). Wenn man als oberstes Ziel das „gute Leben“ bzw. das „Glück“ der Menschen definiert, dann stellen sich freilich Fragen wie: Worum geht es wirklich im Leben? Was ist ein „gutes Leben“ und wie erreicht man es? Damit berühren wir Kernfragen der

menschlichen Existenz, die die Menschheit schon seit Tausenden Jahren begleiten.

Freilich: Über „Glück“ oder „gutes Leben“ lässt sich – nach konstruktivistischer Überzeugung – nichts Allgemeines sagen. Letztlich kann nur jede/r für sich selbst entscheiden, was für sie/ihn „Glück“, „Glückseligkeit“ oder ein „gutes Leben“ ist. Nichtsdestotrotz beschäftigen sich Religionen und PhilosophInnen schon seit alters her mit der Frage nach einem rechten, nach einem geglückten Leben. Die ersten schriftlichen Aufzeichnungen dazu finden sich im 4000 Jahre alten Gilgamesch-Epos (vgl. Sedlacek 2011: 33ff). Die Frage nach dem „guten Leben“ gehört also offensichtlich zum Mensch-Sein dazu.

Wenn objektiv über das Glück nichts gesagt werden kann, bleibt nur die Möglichkeit, sich über Beobachtungen dem Glück bzw. dem „guten Leben“ zu nähern:

- Wie *empfinde* ich das mit dem Glück bei mir selbst?
- Wie *erscheint* es mir bei anderen Menschen?

Damit ist aber auch gesagt, dass es sich dabei um nichts anderes als um je eigene Wahrnehmungen handeln kann, die wiederum mit je eigenen Erfahrungen unterfüttert sind. Das galt in der Menschheitsgeschichte für die SumererInnen, für die alten GriechInnen und für alle Religionen. Das gilt heutzutage für die moderne Psychologie oder die Neurobiologie, die im Folgenden noch näher vorgestellt werden. Überall haben wir es mit Konstruktionen von BeobachterInnen zu tun. Weil wir mit gutem Grund davon ausgehen können, dass wir Menschen durch unsere gemeinsame phylogenetische Geschichte¹ ähnlich „programmiert“ wurden (vgl. Bauer 2011: 125ff), sind diese allgemeinen Beobachtungen aber vermutlich gute Annäherungen an das je individuelle Glück der Menschen.

¹ Phylogenese = stammesgeschichtliche Entwicklung

2.1. Ich – Selbst – äußere Welt

Das nun folgende Raster halte ich für die weitere Untersuchung hilfreich: die Einteilung der menschlichen Wirklichkeit in „eigenes Ich“, „inneres Selbst“ und „äußere Welt“. Beginnen wir mit dem „eigenen Ich“

Das „eigene Ich“

Im Zentrum eines jeden Lebewesens steht die Konstruktion eines „eigenen Ichs“. Damit bezeichne ich jene Instanz, die darüber entscheidet, wie wir handeln. Ans „eigene Ich“ werden unterschiedliche Reize aus dem Inneren und aus dem Äußeren eines Menschen herangetragen. Das „eigene Ich“ muss entscheiden, welche Reize es wichtig nimmt und wie es damit umgeht. Sehr häufig trifft das „eigene Ich“ seine Entscheidungen unbewusst, wichtige Entscheidungen werden meistens bewusst getroffen. Als Menschen haben wir die Fähigkeit uns selbst, also die Entscheidungen des „eigenen Ichs“, zu reflektieren. Die Konstruktion des „eigenen Ichs“ impliziert die Idee, dass in uns eine sehr mächtige Instanz wohnt. Wir können entsprechend von Sachzwängen, Erwartungen oder inneren Bedürfnissen handeln. Wir müssen aber nicht. Die Entscheidung liegt bei uns, beim „eigenen Ich“. (vgl. Sprenger 2010)

Ich gehe von der Annahme aus, dass das „eigene Ich“ grundsätzlich egoistisch ist: Es wird sich jeweils für jene Option entscheiden, von der es – bewusst oder unbewusst – glaubt, dass es für sie ganz persönlich am besten ist.² Freilich erscheint es uns manchmal, dass die Freiheit des „eigenen Ichs“ durch die „äußere Welt“, also z.B. durch Sachzwänge und Rahmenbedingungen

² *Meines Erachtens gilt das auch für Menschen, die ihr Lebensglück oder gar ihr Leben für andere opfern: Beispielsweise wird eine Mutter, die ihr Glück vordergründig für ihre Kinder opfert, mit einer Belohnung rechnen (Dankbarkeit, Anerkennung durch Mitmenschen, Lohn im Jenseits, o.ä.) Auch ein Mensch, der sich selbst treu bleibt und sein Leben für eine Idee opfert, geht offensichtlich davon aus, dass es besser für ihn ist, sich selbst oder seiner Idee treu zu bleiben als mit einem Kompromiss das eigene Leben zu retten.*

stark eingeschränkt ist. Wir „müssen“ in die Schule oder in die Arbeit gehen. Wir „müssen“ gesellschaftliche Erwartungen erfüllen. Wir „müssen“ staatliche Gesetze befolgen, usw. Das „eigene Ich“ trifft aber die Entscheidung, ob es so genannte Sachzwänge akzeptiert. Es trifft die Entscheidung, ob es gesellschaftliche Erwartungen und staatliche Gesetze erfüllen will. Freilich muss es auch mit den Konsequenzen seiner Entscheidungen leben, die wir in aller Regel auch miteinkalkulieren. An dieser Stelle ist wichtig: Das „eigene Ich“ ist potenziell frei! „Die Ich-Energie ist die Kraft des Wählens.“ (Essen 2011: 26)

Auf das „eigene Ich“ wirken nun aus zwei Sphären Kräfte ein: aus dem „inneren Selbst“ und aus der „äußeren Welt“.

Äußere Welt

Alles, was außerhalb des einzelnen Menschen liegt, bezeichne ich als „äußere Welt“. Diese „äußere Welt“ gehört notwendigerweise zum Mensch-Sein dazu: Denn kein Mensch kann isoliert von seiner Umgebung betrachtet werden: Wir alle sind entstanden aus der Vereinigung zweier (anderer) Menschen. Wir alle verbrachten neun Monate im Leib eines anderen Menschen (unserer Mutter). Wir mussten in den ersten Lebensjahren von anderen Menschen versorgt und umsorgt werden. Die Mitwelt stellt vieles zur Verfügung, das wir zum Leben brauchen: Luft, Essen, Trinken, Wärme, usw. Das bedeutet im Klartext: Das „eigene Ich“ kann ohne die Mitmenschen und die Mitwelt gar nicht existieren. Es ist essenziell auf sie angewiesen.

Sobald wir mit der „äußeren Welt“ in Kontakt treten, beginnen wir zu kommunizieren. Von anderen Menschen haben wir von klein auf vieles gelernt: die Sprache, die Art und Weise, wie wir für das Nötige im Leben sorgen, eine spezifische Sicht auf die Komplexität der Welt, u.v.a.m. Wir haben auch wahrgenommen, dass es für uns selbst gut ist, von anderen Menschen geliebt, geachtet und (an)erkannt zu werden. Der Mensch ist also – wie alle

anderen Geschöpfe auch – ein soziales Wesen. Es ist ganz und gar unmöglich, den einzelnen Menschen als isoliertes Wesen – unabhängig von seiner Umgebung – zu verstehen. Die soziale und natürliche Mitwelt gehört zum Mensch-Sein dazu. Der Mensch ist ohne sie nicht zu verstehen. Jeder Mensch tritt in vielfältiger Weise in Beziehung zu seiner „äußeren Welt“. Mit Worten, Gesten und/oder Handlungen tritt er mit anderen Lebewesen und seiner Umwelt in Kontakt. Damit verändert er diese „äußere Welt“. Schon die Tatsache, dass der Mensch atmet, verändert die „äußere Welt“. Er entzieht ihr Sauerstoff und gibt Kohlendioxid ab.

Umgekehrt ändert diese Kommunikation mit der „äußeren Welt“ die je eigene Wirklichkeit und Wahrnehmung. Es macht einen Unterschied, ob ein Mensch in einem Plattenbau, einer Villa oder einem Zelt wohnt. Es macht einen Unterschied, ob wir in Friedens- oder Kriegszeiten leben. Die „äußere Welt“ verändert die Wahrnehmung und damit die Wirklichkeit des je „eigenen Ichs“. Dennoch ist das „eigene Ich“ der „äußeren Welt“ nicht willenlos ergeben. Das „eigene Ich“ kann von sich aus die „äußere Welt“ verändern oder aber auch mitentscheiden, in welcher konkreten „äußeren Welt“ es leben will: Es entscheidet, mit welchen Menschen und in welchem Land es leben will, welchen Tätigkeiten es nachgehen will, usw.

Inneres Selbst

Ich glaube, dass das „eigene Ich“ nicht bloß auf äußere Einflüsse („äußere Welt“) reagiert, sondern dass es in einem jeden Menschen so etwas wie einen inneren, spezifischen Kern gibt. Diesen bezeichne ich – in Anlehnung an Carl Rogers (vgl. Rogers 1973: 84ff) und Siegfried Essen (vgl. Essen 2003: 34ff) – als „inneres Selbst“. Ohne „inneres Selbst“ würde der Mensch zu einer reinen Reiz-Reaktions-Maschine verkommen.

Rogers bezeichnet als „Selbst“ jene inhärente Tendenz des Organismus, sich mit aller Reichhaltigkeit und Komplexität, mit

völliger Offenheit und ohne eine Spur von Angst, zu entfalten. (vgl. Rogers 1971: 173) Freilich ist es schwer bis unmöglich, das „innere Selbst“ in völliger Reinheit zur Geltung kommen zu lassen. Trotzdem ist es nach Rogers „eine der offenkundigsten Leitlinien für Klienten, sich zur ganzen Komplexität des eigenen, wechselnden Selbst in jedem bedeutsamen Augenblick hin zu entwickeln.“ (ebd.) Mit dem dänischen Philosophen Sören Kierkegaard meint Rogers: Im Leben gehe es daher um nicht mehr und nicht weniger, „das Selbst zu sein das man in Wahrheit ist“ (Sören Kierkegaard; zitiert nach Rogers 1973: 167) Es gibt für das, was hier als „inneres Selbst“ bezeichnet wird, auch ähnliche Begriffe, die vermutlich auf dasselbe hinweisen: Die Selbstliebe, das Universum, das Göttliche in uns, die Natur. Ich *glaube*, dass wir mit dem „inneren Selbst“ in Kommunikation treten können, wenn sich in uns Ruhe und Gelassenheit ausbreiten.

Nach Siegfried Essen (2003: 60ff) fühlt sich das „innere Selbst verbunden mit allem Lebendigen in unserer Welt und ist dem „eigenen Ich“ wohl gesonnen; mehr noch: Charakteristisch für das „innere Selbst“ ist, dass es das „eigene Ich“ liebt, egal was passiert ist.

Konstruktionen

Die drei entwickelten Einheiten „eigenes Ich“, „inneres Selbst“ und „äußere Welt“³ sind natürlich nichts anderes als *Konstruktionen*. Sie sind genauso wenig wirklich wie der Rest der Welt. Wie jeder andere Begriff versuchen sie die Komplexität der Welt zu reduzieren. Der Wert der Konstruktionen ergibt sich daraus, wie gut oder schlecht sie taugen, die je eigene Welt zu deuten und zu erklären und in der Folge dann zu einem „guten Leben“ beizutragen. Das „eigene Ich“ steht in der dargelegten Konstruktion in

³ Diese Einteilung weist Ähnlichkeiten mit Sigmund Freuds Konstruktion von „Es“, „Ich“ und „Über-Ich“ auf. Der wesentliche Unterschied ist aber, dass Freud das „Es“ als rein triebgesteuerten Bereich begreift, der nur nach dem Lustprinzip funktioniert und dem das „Ich“ ausgeliefert ist. (vgl. Freud 1923/1992: 264f) Das „innere Selbst“ beschreibt viel mehr eine Quelle, aus der das „Ich“ schöpfen kann.

einem ständigen Spannungsprozess zwischen „äußerer Welt“ und „innerem Selbst“. Das „eigene Ich“ ist mächtig. Es entscheidet, wie sehr es sich auf unterschiedlichste Ansprüche der äußeren Welt einlässt (Fremdbestimmung) oder auf sein „inneres Selbst“ hört (Selbstbestimmung). Das „eigene Ich“ entscheidet, wie weit es die Suche nach möglichen Handlungsalternativen zulässt und trifft dann die Wahl.

Das „eigene Ich“ ist ganz individuell: Die Wirklichkeit eines konkreten Menschen ist letztlich nicht vergleichbar mit anderen Wirklichkeiten. Jede Verallgemeinerung tut den einzelnen Menschen Gewalt an. Radikal gedacht ist demnach über die „menschliche Natur“ nichts zu sagen. Wenn jeder Mensch nur über sich selbst – mehr oder weniger gut – Auskunft geben kann, gibt es in Summe nur einzelne Menschen, die über sich selbst etwas aussagen können. Im Prozess der Kommunikation können wir versuchen, uns über unterschiedliche Bedeutungen zu verständigen. Das ist und kann nur ein Aneinander-Antasten sein. Sicher ist nur, dass es nichts Sicheres, also nichts Objektives geben kann. Wer beispielsweise behauptet, alle Menschen streben (in erster Linie) nach Wohlstand, nimmt eine Verallgemeinerung vor, die nicht zulässig ist. Denn wenn ein einziger Mensch gefunden wäre, der von sich sagt, dass dies auf ihn nicht zuträfe, so wäre diese Verallgemeinerung schon verworfen. Gleiches gilt natürlich auch für die Behauptung, alle Menschen streben nach einem guten Leben. Wenn ein Mensch gefunden wäre, der behauptet, er strebe nicht (in erster Linie) nach einem guten Leben, so wäre auch diese These zu verwerfen. Freilich wäre dann zu fragen, ob dieser Mensch überhaupt nach etwas strebt. Es ist *für mich* nicht vorstellbar, dass ein Mensch nach gar nichts strebt; sprich: dass es ihm völlig egal ist, was mit ihm passiert. Wenn ein Mensch („eigenes Ich“) aber wonach strebt, so muss dieses Streben irgendein Ziel haben. Weil ich glaube, dass Menschen lieber gut als schlecht leben wollen, nenne ich dieses Ziel – in langer Tradition mit vielen PhilosophInnen – gutes Leben.

2.2. „Gutes Leben“ bei Aristoteles

Schon die alten Griechen haben über das „gute Leben“ nachgedacht, insbesondere Aristoteles. In seiner „Nikomachischen Ethik“ (NE) untersucht er das menschliche Handeln: Er beginnt seine Überlegungen mit der Annahme, dass alle Menschen in ihren Handlungen nach etwas streben, das ihnen gut erscheint: Er geht damit implizit davon aus, dass menschliches Handeln zielgerichtet sei. Menschen verhalten sich so, dass es gut für sie ist. Als oberstes Ziel definiert Aristoteles die „eudaimonia“ (Glück(seligkeit)).

„Die Glückseligkeit stellt sich dar als ein Vollendetes und sich selbst Genügendes, da sie das Endziel alles Handelns ist.“ (NE: 1097b) Das oberste menschliche Ziel ist es demnach, glücklich zu sein bzw. zu werden. Aristoteles gesteht, dass es nicht so einfach sei, eine klare Definition für die Glückseligkeit abzugeben: *„Was aber die Glückseligkeit sein soll, darüber entzweit man sich, und die Menge erklärt sie ganz anders als die Weisen.“* (NE: 1095a) Um darüber besser Auskunft geben zu können, unterteilt Aristoteles die wache menschliche Zeit in vier Kategorien. Er unterscheidet das Tätigsein vom Nicht-Tätigsein und zweckfreie von verzweckten Zeiten. Dies kann in folgender Matrix dargestellt werden:

	Tätigsein	Nicht-Tätigsein
Verzweckt	Poiesis	Spiel
Zweckfrei	Praxis	Muße

Beginnen wir beim Tätigsein: Aristoteles unterscheidet jene Tätigkeiten, die einen konkreten Zweck verfolgen von jenen, die aus sich selbst heraus erwachsen. (vgl. NE 1094a)

- Poiesis (alt-gr. machen) ist die zweckgebundene Tätigkeit. Dieses Tun wird durch ein Fachwissen geleitet. Der Fokus liegt hierbei auf der Erreichung von vorher definierten Zielen. Man tut also etwas, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.
- Praxis (alt-gr. handeln) ist eine praktische bzw. theoretische Tätigkeit. Derartige Handlungen werden um ihrer selbst willen ausgeführt. Ihr Zweck ist die reine Bewegung und Tätigkeit und nicht die Bestimmtheit eines Produkts. Für das Gelingen einer Handlung ist die Klugheit zuständig. Dieses Handeln kommt von innen heraus. Handlungsfelder sind die Kunst oder andere Formen der kreativen Entfaltung.

Freilich ist es unmöglich, eine scharfe Trennung zwischen poiesis und praxis vorzunehmen: Beispielsweise mag es einen Schneider geben, der die größte Freude hat, neue Stoffe zu Röcken, Blusen oder Anzügen zu verarbeiten. Seine Hauptmotivation an seinem Tun ist sein innerer Antrieb. Also ist seine Tätigkeit der praxis zuzuordnen. Umgekehrt mag es auch einen Menschen geben, der – rein äußerlich – die gleichen Kleider näht. Seine Motivation ist aber eine ganz andere: Er schneidert, weil er die Produkte seiner Tätigkeit für einen Zweck (Eigengebrauch, Verkauf) braucht. Also ist seine Tätigkeit der poiesis zuzuordnen. Die äußerlich gleiche Tätigkeit wird das eine Mal als Lust und Freude und das andere Mal als Last und Mühsal empfunden. Der entscheidende Unterschied zwischen praxis und poiesis ist der jeweilige Grad an innerem Antrieb.

Von diesem Tun unterscheidet Aristoteles das Nichtstun, das ebenso in zwei Varianten in Erscheinung tritt.

- Freizeit/Erholung (von Aristoteles Spiel genannt): Ihr Zweck ist, dass sich der menschliche Körper und Geist wieder soweit erholt, um in der Folge wieder tätig sein zu können: „denn der

Müde braucht Erholung, und das Spiel ist der Erholung wegen, und die Arbeit geschieht mit Mühe und Anstrengung“ (Politik 1337b) Egal, ob sich der Mensch der poiesis oder der praxis widmet: Er braucht nach dem Tätigsein Pausen, um leistungsfähig zu bleiben.

- Muße: Damit bezeichnet Aristoteles das zweckfreie Nichtstun: Die Muße stellte im klassischen Griechenland das eigentliche Leben dar; in den Worten von Aristoteles: *„Denn die Muße (...) ist der Angelpunkt, um den sich alles dreht. (...) Die Muße dagegen scheint Lust, wahres Glück und seliges Leben in sich selbst zu tragen.“ (Politik 1337b) Muße dient ausschließlich der Zelebration ihrer selbst. Nur im zweckfreien Raum der Muße können Menschen – aus sich selbst heraus – über das Gute und Schöne im eigenen Leben und in der Gesellschaft reflektieren und es genießen.*

Glückseligkeit stellt sich nach Aristoteles vor allem in der Muße ein. Deutliche Sympathie zeigt er auch für das zweckfreie Tätigsein (praxis). Von jenen Menschen, die ihr Handeln immer nach dem Zweck ausrichten, hat er keine hohe Meinung: *„Denn überall nach dem Nutzen fragen, ziemt sich am wenigsten für hochsinnige und freie Männer.“ (Politik, 1338b)*

Glück und die Konstruktion von „Ich – Selbst – äußere Welt“

Umgelegt auf die im vorigen Kapitel dargestellte Dreiteilung der menschlichen Wirklichkeit („inneres Selbst“, „eigenes Ich“, „äußere Welt“) könnte die Aristotelische Einteilung wie folgt aussehen: Das „eigene Ich“ trifft die Entscheidung:

- Wie viel Zeit meines Lebens verbringe ich mit (Nicht-)Tätigkeiten aus dem „inneren Selbst“; also mit Muße und praxis?
- Wie viel Zeit meines Lebens verbringe ich mit (Nicht-)Tätigkeiten der „äußeren Welt“, also mit poiesis und verzweckter Erholung?

Folgt man der Aristotelischen Auffassung, dass das Glück vor allem aus den Quellen des „inneren Selbst“ fließt, so müssten sich alle Menschen, die gut und glücklich leben wollen, für ein Leben der Muße (Kommunikation mit dem „inneren Selbst“) oder der „praxis“ (Handeln aus sich selbst heraus) entscheiden. Das bringt – nach Aristoteles – mehr Glück als wenn Menschen den Anforderungen von außen („poiesis“ oder „Spiel“) folgen. ⁴

In unserer heutigen Gesellschaft entscheiden sich Menschen häufig ganz anders: Ihr Leben ist verplant mit Arbeit und Freizeitstress. Für die Erholung bleibt kaum Zeit, viele leiden unter permanentem Schlafmangel. In so einem Zeitkorsett ist es für viele ZeitgenossInnen undenkbar, Zeit für Selbstentfaltung (praxis) oder Muße zu finden. Wenn es aber so ist, dass das Glück vor allem in der Muße und im zweckfreien Tun zu finden ist, dann muss es offensichtlich einen mächtigen Anreiz geben, viel Zeit in der fremdbestimmten „äußeren Welt“ zu verbringen.⁵ Von der „äußeren Welt“ gehen Verlockungen und Verführungen aus. Diese versprechen das schnelle, unmittelbare Glück. Offensichtlich sind diese sehr wirkmächtig.

Halten wir fest: Die Aristotelische Logik legt nahe, viel Zeit und Energie dem zweckfreien Leben aus dem „inneren Selbst“ zu widmen. Denn dort – und nur dort – wartet langfristig und nachhaltig die Glückseligkeit. Es wäre demnach ganz und gar rational, viel Zeit mit Muße und „praxis“ zu verbringen. Das „eigene Ich“ trifft die Entscheidung, wie viel der Zeit und Energie ein Mensch den unterschiedlichen Möglichkeiten der Lebensgestaltung widmet. Mit diesen Entscheidungen beeinflusst es ganz wesentlich das Glück und die Zufriedenheit des konkreten Menschen.

⁴ Mit dieser Erkenntnis ist Aristoteles nicht allein: Auch die großen spirituellen Meister (wie Lao-tse) sagen, dass „die Erlösung und Erleuchtung nichts ist, was durch eigene Anstrengung erreicht werden könnte und müsste.“ (Essen 2011: 37) Die höchste Glückseligkeit fließe quasi aus sich selbst (aus dem „inneren Selbst“) heraus.

⁵ Oder es gibt ein mächtiges Hindernis, Zeit mit dem „inneren Selbst“ zu verbringen.

2.3. „Gutes Leben“ in der Neurobiologie

In den letzten Jahren konnte die Neurobiologie neue Erkenntnisse über das Glück und das Wohlbefinden der Menschen gewinnen. Während die moderne Psychologie in erster Linie versucht, das menschliche Verhalten zu beobachten (und in weiterer Folge zu erklären), beobachtet die Neurobiologie die Veränderungen im menschlichen Körper, vor allem im Gehirn. Mit moderner Computertomografie und mit Messungen des Hormonspiegels will man der Frage näher kommen, wie Menschen auf äußere Reize reagieren und nach welchen Prämissen sie ihr Verhalten steuern. Die Erkenntnisse der Neurobiologie liefern eine genaue Vorstellung, was im Körper passiert, wenn wir uns wohl oder unwohl fühlen. Für die Frage nach dem „guten Leben“ liefert die Neurobiologie wichtige Erkenntnisse.

Erstens: Menschen fühlen sich wohl, wenn in ihrem Körper ein spezifischer Hormon-Cocktail vorhanden ist.

Menschen fühlen sich wohl und sind motiviert, etwas zu tun, wenn in ihrem Hormonhaushalt die Botenstoffe Dopamin, körpereigene Opioide und Oxytozin in der richtigen Menge ausgeschüttet sind. Die einzelnen Botenstoffe erfüllen folgende Funktionen:

- Dopamin: „Vom Körper ausgeschüttetes Dopamin erzeugt ein Gefühl des Wohlbefindens und versetzt den Organismus psychisch und physisch in einen Zustand von Konzentration und Handlungsbereitschaft. (...) Die zentrale Funktion von Dopamin besteht also darin, den Antrieb und die Energie dafür zu erzeugen, dass sich Lebewesen auf ein Ziel zubewegen. (...) Der Botenstoff Dopamin leistet beides: Er macht Bewegung möglich und hat zusätzlich die Funktion einer psychischen Antriebs- und Motivationsdroge.“ (Bauer 2008: 31)

- Oxytozin „wird einerseits verstärkt hergestellt, wenn es zu einer Vertrauen stiftenden oder zu einer eine feste Bindung einleitenden Begegnung kommt. Oxytozin hat andererseits aber auch umgekehrt den Effekt, dass es Bindungen, die zu seiner Ausschüttung geführt haben, rückwirkend stabilisiert, indem es die Bereitschaft erhöht, Vertrauen zu schenken.“ (ebd.: 47) Oxytozin ist das Bindungshormon schlechthin: Im Zusammenspiel mit dem Aktivitätshormon Dopamin begleitet es den Aufbau und die Stabilisierung von menschlichen Beziehungen. Ein hoher Oxytozin-Spiegel hat nebenbei eine Reihe von positiven gesundheitlichen Effekten (vgl. ebd.: 52ff)
- Körpereigene Opioide: „Endogene Opioide haben eine Wirkung, die derjenigen von Opium und Heroin entspricht, wobei die körpereigenen Opioide in der Dosierung allerdings fein abgestimmt sind, so dass sie normalerweise keine betäubende oder einschläfernde Wirkung haben, sondern lediglich einen sanften wohltuenden Effekt nach sich ziehen. Endogene Opioide wirken auf die Emotionszentren des Gehirns, sie haben positive Effekte auf das Ich-Gefühl, auf die emotionale Gestimmtheit und die Lebensfreude.“ (Bauer 2008: 32f) Sie vermindern zudem die Schmerzempfindlichkeit und stärken das Immunsystem.

Wenn der Hormon-Cocktail in der richtigen Zusammensetzung und Dosis im Körper eines Menschen ausgeschüttet ist, dann fühlen wir uns wohl, leistungsbereit, gesund und voller Energie.

Zweitens: Kooperation produziert diesen Wohlfühl-Cocktail

Wenn – aus neurobiologischer Sicht – das Glücksgefühl mit einem richtig dosierten Hormon-Cocktail ident ist, dann ist es freilich vom größten Interesse mehr über das Zustandekommen dieses Cocktails Bescheid zu wissen. Die Neurobiologie kann heutzutage mittels Computertomografie genau jene Bereiche im Gehirn ausmachen, die für die Ausschüttung der o.g. Hormone

zuständig sind. Wenn also bestimmte Reize von außen aufgenommen werden, „feuern“ spezielle Hirnregionen und regen so die Bildung dieser Hormone an. Interessant ist, welche Reize das Potenzial haben, das Motivationszentrum des Menschen zu aktivieren und so die Ausschüttung der Vitalitäts- und Glücksbotsstoffe zu veranlassen. Die Ergebnisse sind diesbezüglich eindeutig:

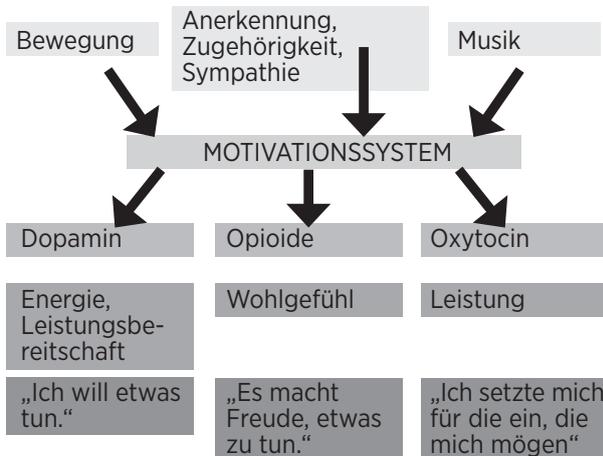
Das Motivationssystem des Menschen springt dann an, wenn uns andere Menschen Gutes tun. „Bereits die bloße Erfahrung, freundlich zugewandten anderen Menschen zu begegnen, erweist sich beim Menschen als eine biologisch verankerte Grundmotivation. Von anderen Vertrauen zu erhalten und zu erleben, dass Menschen bereit sind, in einer konkreten Situation mit der eigenen Person zu kooperieren, wird vom Motivationssystem des Menschen mit einer sofortigen positiven Reaktion beantwortet. Umgekehrt ist ein auf diese Weise in Gang gesetztes Motivationssystem (...) ein sicheres Vorzeichen dafür, dass die Betroffenen sich ihrerseits vertrauensvoll und kooperativ verhalten.“ (Bauer 2011: 35) Der deutsche Neurobiologe Joachim Bauer schließt daraus: „Wir sind – aus neurobiologischer Sicht – auf soziale Resonanz und Kooperation angelegte Wesen. Kern aller menschlicher Motivation ist es, zwischenmenschliche Anerkennung, Zuwendung und Zuneigung zu finden und zu geben.“ (Bauer 2008: 23) Der Wunsch nach Anerkennung ist so stark, dass Menschen, die über längere Zeit zwangsweise isoliert werden, mit der Zeit die Nahrungsaufnahme verweigern und weitere Formen der Vitalität drastisch zurückgehen. Bei sozial lebenden Arten wie dem Menschen „gehen über lange Zeit isolierte und sozial ausgegrenzte Individuen ungeachtet eines angeblichen ‚Selbsterhaltungstriebes‘ zugrunde.“ (Bauer 2011: 31) Ohne Anerkennung versiegt offensichtlich der Lebenswille.

Interessant ist auch: Das Motivationssystem springt auch dann an, wenn wir bloß beobachten, dass einem Mitmenschen Gutes getan wird. In Experimenten kann nachgewiesen werden, dass

ein finanziell gut gestellter Mensch höheres Wohlbefinden empfindet, wenn einem schlechter gestellten Menschen ein Bonus überwiesen wird. Diese Glückssteigerung ist höher, als wenn er diesen Bonus selbst bekommen würde. (vgl. Bauer 2011: 37)

Neben der Anerkennung fördern auch Lachen, körperliche Bewegung, Singen und Musik die Bildung des Wohlfühl-Cocktails. Der sexuelle Höhepunkt, eine Geburt sowie das Saugen an den Brüsten bewirkt eine sehr hohe Oxytozin-Ausschüttung. (vgl. Bauer 2008: 42ff)

GRUNDSHEMA - MOTIVATION



Nach Bauer verdankt der Mensch die Konstruktion des menschlichen Motivationssystems der Evolution: „Sozial gut vernetzte Menschen hatten während der Evolution unserer Spezies eine deutlich bessere Lebenserwartung. Daran hat sich bis heute nichts geändert.“ (Bauer 2011.: 37)

Drittens: Fehlt der Wohlfühl-Cocktail so entsteht Aggression

Wird dem Menschen nachhaltig soziale Akzeptanz und Gerechtigkeit verweigert, so bleibt die Aktivierung des Motivationsystems aus: Der Wohlfühl-Cocktail wird nicht erzeugt und die Glückshormone sinken unter einen kritischen Wert. Im Gehirn werden bei einem „Absturz“ des Motivationsystems unter einen kritischen Wert die Angstzentren (Mandelkerne) sowie die Ekelzentren (Insulae) aktiviert. Das bewirkt folgende Veränderungen im Hormonspiegel. (vgl. Bauer 2008: 64ff): Sinkt Oxytozin für längere Zeit unter einen kritischen Wert, so schütten die Nervenzellen der Mandelkerne den Neurotransmitter Glutamat aus. Der Anstieg von Glutamat bewirkt zum einen, dass im Hypothalamus die Stressgene aktiviert werden; mit der Folge, dass das Stresshormon Cortisol ausgeschüttet wird. Zum anderen bewirkt der Anstieg von Glutamat, dass die Alarmzentren des Hirnstamms angeregt werden, was zur Ausschüttung von Noradrenalin führt. Dieser Stress-Cocktail aus Glutamat, Cortisol und Noradrenalin setzt den gesamten Körper in Panik; einschließlich Herz, Kreislauf und Psyche. Gefühle wie Angst, Panik und Trauer entstehen. Das aktiviert das Aggressionszentrum und löst Schmerz aus: NeurobiologenInnen können nun nachweisen, dass bei Ausgrenzung (psychischem Schmerz) die gleichen Hirnregionen werden aktiviert, als wenn Menschen physischen Schmerz erleiden. Es ist offensichtlich einerlei, ob es sich physischen oder psychischen Schmerz handelt. Für Joachim Bauer (2011: 49) ist klar: „Wer sich der Schmerzgrenze eines Lebewesens nähert, wird Aggression ernten.“

Evolutionär hat die Aggression eine wichtige Funktion: Angestachelt vom Stress-Cocktail wird der Mensch motiviert, die für ihn bedrohlichen Lage (körperlicher Schmerz oder Ausgrenzung aus der Gemeinschaft) durch aktives Verhalten zu beenden: Der Schmerz soll abgewehrt bzw. die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft wieder hergestellt werden. „Aggression steht – ob direkt oder indirekt – immer in funktionalem Zusammenhang mit dem Grundbedürfnis des Menschen nach Beziehung und ist diesem

Bedürfnis unter- oder nachgeordnet.“ (Bauer 2008: 89) Bevor sich die Aggression beim Menschen in konkretes Verhalten umsetzt, „durchläuft sie eine Art neurobiologische Kontrollschleife“ (Bauer 2011: 53): Im „Präfrontalen Cortex“ wird kalkuliert, welche Folgen das aggressive Handeln für die eigene Person ergeben könnte, aber auch wie sich andere Personen fühlen würden, wenn wir unserer Aggression freien Lauf lassen. Durch diese „frotolim-bische Schleife“ erfährt die Aggression in der Regel eine Mäßigung. (vgl. ebd.: 56f) Aggression macht also – aus individueller Sicht – durchaus Sinn, wenn sie als „Hilfssystem des Motivationsystems“ (ebd.: 61) agiert und die Menschen wieder zu Verhalten motiviert, das Bildung des Wohlfühl-Cocktails beiträgt.

Bleibt der Stress-Cocktail im menschlichen Körper auf Dauer bestehen, so hält das Unwohlsein weiter an. Schafft es ein Mensch nicht, Bindungen aufzubauen und so den Wohlfühl-Cocktail wieder zu reaktivieren, so bleibt das Unwohlsein permanent erhalten. Durch aggressives Verhalten kann sich der Stress-Cocktail kurzfristig entladen. Diese Entladung kann sich dann auf Personen oder Objekte richten, die in keinem Zusammenhang mit der Ursache stehen. Es findet dann also eine Verschiebung der Aggression statt. Die Aggression richtet sich dann nicht gegen die/den Verursacher/in, sondern gegen beliebige Menschen oder Objekte. Diese Verschiebung findet vor allem dann statt, wenn die/der Aggressionsauslöser/in zu mächtig oder gerade nicht präsent ist. Die Verschiebung kann auch zeitlich passieren. Dann wird die Aggression zu einem Zeitpunkt ausgelebt, der die Umgebung irritiert. Für Außenstehende entsteht dann der Eindruck, es handle sich um eine Gewalt aus dem Nichts. (vgl. Bauer 2011: 76ff): Auch die verschobene Aggression macht aus neurobiologischer Sicht Sinn: Denn kurzfristig sinkt durch die Aggression der Stress-Cocktail und damit das Unwohlsein. Der Stress-Cocktail sinkt beispielsweise auch dann ab, wenn Menschen die Aggression auf sich selbst richten und sich selbst körperlichen Schmerz zufügen, z.B. indem sie sich ritzen, wie das bei sozial auffälligen Jugendlichen beobachtet werden kann.

2.4. „Gutes Leben“ in der humanistischen Psychologie

Nach der philosophischen Annäherung an das Glück bei Aristoteles und der wissenschaftlichen Annäherung durch die Neurobiologie soll nun auch die moderne Psychologie und Psychotherapie zu Wort kommen: Besonders brauchbar halte ich dabei die humanistische Psychologie, weil sie ihrem Anspruch nach dazu beitragen will, dass sich gesunde, sich selbst verwirklichende und schöpferische Persönlichkeiten entfalten können.

2.4.1. Die Entfaltung des Selbst: Die Personzentrierte Psychotherapie

Darstellen werde ich die humanistische Psychologie anhand der personzentrierten Psychotherapie, die auf Carl Rogers (1902-1987) zurückgeht: Er hält die Entfaltung des Inneren eines Menschen („Selbst“⁶) für den zentralen Schlüssel für ein gutes Leben: Das „Selbst“ ist für ihn der größte und wertvollste Schatz, über den ein Mensch verfügt. Das Bewusstsein (bzw. das „eigene Ich“) erhält die Rolle des Hüters dieses Schatzes. Wenn es dem „eigenen Ich“ gelingt, das „innere Selbst“ wahrzunehmen, wird es – laut Rogers – mehr und mehr auf dessen Impulse hören und die Impulse der „äußeren Welt“ werden an Bedeutung verlieren. In der Folge werden die Menschen mehr und mehr aus sich selbst heraus leben. Und nach tiefster Überzeugung von Rogers kann im Leben nichts wichtiger sein, als dass sich das Selbst entfaltet. Der Lohn ist ein wirklich „gutes Leben“.

Rogers ist überzeugt, dass es in einer vertrauensvollen Atmosphäre gelingen kann, die eigenen Gefühle wieder besser wahrzunehmen, zu achten und ihre Botschaften zu deuten. Auf diese

⁶ Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen sind Programm: Während der Psychoanalytiker Sigmund Freud das Innere sehr unpersönlich als „Es“ bezeichnet, spricht Rogers vom „Selbst“.

Art und Weise können Menschen ihren eigenen Schatz im „inneren Selbst“ entdecken. Sie entdecken dabei, dass die zerstörerischen Gefühle eine Reaktion auf die Nicht-Beachtung des eigenen Selbst sind. (vgl. Rogers 1973: 177f)

In der Therapie hat die/der Therapeut/in vor allem die Aufgabe, diese vertrauensvolle Atmosphäre herzustellen: Dafür braucht es Kongruenz (Echtheit, Authentizität) der/des Therapeutin/s, bedingungslose, positive Zuwendung sowie Empathie durch die/den Therapeutin/en: In einer solchen Atmosphäre des Vertrauens wird die/der Klient/in – freilich über einen längeren Prozess hinweg – sein „Selbst“ wahrnehmen, kennenlernen und schätzen:

Der Prozess ist anfangs meist schmerzhaft und verstörend: Am Beginn einer Therapie werden die Kräfte im Inneren eines Menschen häufig als große Bedrohung wahrgenommen. Die KlientInnen haben Angst davor, sich mit den eigenen Gefühlen auseinanderzusetzen. Sie haben sie über lange Zeit verdrängt und sich überzeugt, dass das Ausleben ihrer Emotionen zur Katastrophe führen würde. In einer Atmosphäre des Vertrauens wird die/der Therapeut/in die/den Klientin/en langsam und behutsam an die aufgestauten Ängste und Gefühle heranführen. Das Bewusstsein („eigenes Ich“) ist dann „nicht länger der Wächter über einen gefährlichen und undurchschaubaren Haufen von Impulsen, die nur im Ausnahmefall das Tageslicht erblicken dürfen, sondern wird zum geruhsamen Mitbewohner einer Gesellschaft von Impulsen, Gefühlen und Gedanken, die sich, wie man feststellt, sehr wohl selbst regulieren können, wenn sie nicht ängstlich behütet werden.“ (ebd.: 125) Diese Erfahrungen brauchen freilich Zeit und Übung.

Nun könnte man einwenden, dass es ein Chaos im Zusammenleben der Menschen geben muss, wenn alle Menschen nur noch auf ihr „inneres Selbst“ hören und egoistisch aus sich selbst heraus leben: Die Herausbildung einer zivilisierten Gesellschaft sei dann nicht möglich, den diese erfordere „Triebopfer“ (vgl. Freud 1930/1994: 61). Nach Rogers ist genau das Gegenteil der Fall. Er

ist von den positiven sozialen Kräften des Selbst überzeugt: Der „innerste Kern der menschlichen Natur, die am tiefsten liegenden Schichten seiner Persönlichkeit, die Grundlage seiner tierischen Natur ist von Natur aus positiv – von Grund auf sozial, vorwärtsgerichtet, rational und realistisch“ (Rogers 1973: 99f) Gelingt dieser Prozess des Heranführens an das Selbst, so ist es nach Rogers selbstverständlich, dass derart bereicherte Menschen mit anderen Menschen in authentischen, tiefen Kontakt kommen wollen. Enge Beziehungen werden als positiv bewertet: Rogers (1981: 30) schreibt: „Ich fühle mich bereichert, wenn ich einen anderen Menschen wirklich schätzen, gern haben oder lieben kann und wenn ich dieses Gefühl dem anderen zuströmen lasse.“

2.4.2. Warum wir unser Glück von den anderen abhängig machen: Ein entwicklungspsychologischer Erklärungsversuch

In seinem ursprünglich 1964 erschienenen Artikel „Toward a Modern Approach to Values: The Valuing Process in the Mature Person“ versucht Rogers die Entwicklungsgeschichte von Kindern nachzuzeichnen: Nach Rogers weiß ein Baby anfangs sehr gut, was für es gut und was für es schlecht ist. Es nimmt also Bewertungen vor. Die Quelle dieser Bewertungen liegt ausschließlich im Organismus des Babys. Rogers (1964: 161) bezeichnet diesen Prozess daher als „organismischen Wertungsprozess“ (organismic valuing process). Die gesamte Umgebung („äußere Welt“) wird danach bewertet, ob es zur Selbstverwirklichung des Organismus beiträgt oder nicht. Hunger ist beispielsweise schlecht, Nahrung ist so lange positiv, bis der Hunger gestillt ist. Wenn der Hunger gestillt ist, wird auch die zuerst so begehrte Muttermilch wieder ausgespuckt.

Rogers geht nun davon aus, dass Menschen soziale Wesen sind. Also sind für sie Liebe, Anerkennung und Zugehörigkeit ein ganz starker Motor für menschliches Verhalten; auch schon bei einem Kleinkind. Wenn ein Kind nun größer wird und es die

Umgebung besser wahrnimmt, macht es die Erfahrung, dass sein Verhalten Reaktionen hervorruft: Manches Verhalten gefällt der Mutter, dem Vater oder anderen Bezugspersonen. Manches Verhalten stößt auf Ablehnung. Rogers hat beobachtet, wie sensibel jedes Kleinkind auf das Schenken bzw. den Entzug von Liebe und Anerkennung reagiert. Ein kleiner Junge merkt beispielsweise, dass seine Eltern nicht erfreut sind, wenn er seine Schwester an den Haaren zieht und wird aufgrund der Reaktionen seiner Eltern sein Verhalten in der Folge tendenziell unterlassen. In späteren Jahren wird ein Kind vermutlich merken, dass sich seine Eltern mehr freuen, wenn es als Berufswunsch „Arzt/Ärztin“ und nicht „Künstler/in“ angibt. Wenn ein Kind spürt, dass die Liebe seiner Eltern davon abhängt, wie es sich verhält und wie es sich entscheidet, wird es sich – weil die Liebe so wichtig ist – im Sinne der Eltern entscheiden. Je älter ein Kind ist, umso wichtiger werden – neben den Eltern – die Zuneigung und Anerkennung durch Gleichaltrige.

Ab dem Kleinkind-Alter entwickelt sich also – zusätzlich zum Organismus – eine zweite Quelle der Bewertung des eigenen Verhaltens: soziale Anerkennung. Das Bedürfnis nach Liebe, Anerkennung und Zugehörigkeit kann nach Rogers so stark werden, dass wir unseren „organismischen Wertungsprozess“ völlig aufgeben und nur noch tun, was unser soziales Umfeld von uns erwartet. Auf diese Art und Weise wachsen Kinder in die Wertungswelt ihrer Bezugspersonen hinein. Rogers nennt einige Beispiele für Erwartungshaltungen der „äußeren Welt“: Sexuelle Wünsche sind zumeist schlecht, Ungehorsam ist schlecht. Viel Geld zu verdienen, ist für viele Menschen in unserer Gesellschaft das höchste Gut. usw. Wenn die „äußere Welt“ das alleinige Kommando über den Wertungsprozess übernimmt, hat dies zur Folge, dass viele Menschen als Erwachsene den Kontakt zu ihrem „organismischen Wertungsprozess“ verlieren. Sie können ihre eigenen, organismischen Werte (ihr „inneres Selbst“) gar nicht mehr wahrnehmen. Es wird nur noch getan, was die „äußere Welt“ erwartet.

Rogers glaubt, dass dieser Befund für die meisten Menschen unserer Gesellschaft zutrifft: Sie haben äußere Werte übernommen und betrachten diese mittlerweile als ihre eigenen Werte. Häufig liegen diese äußeren Werte aber in heftigen Widerstreit zu ihren eigenen Gefühlen, zum organismischen Wertungsprozess. Dennoch wird starr und in unveränderlicher Weise an den äußeren Werten festhalten, weil die Menschen Angst haben, dass sie Liebe und Anerkennung ihrer Mitmenschen verlieren, wenn sie diese Werte aufgeben. Um diese innere Spannung bewältigen zu können, werden diese Spannungen und Ängste ins Unterbewusste abgedrängt. Überbelastung, Unsicherheit und Erkrankungen sind die Folge.

Rogers hat versucht, psychisch kranke Menschen wieder in Kontakt mit ihrem „Selbst“ zu bringen. Das war nur in einer Atmosphäre des Vertrauens möglich. Dieses tiefe Vertrauen kann nach Rogers nur dann entstehen, wenn die/der Therapeut/in selbst mit ihrem/seinem „inneren Selbst“ in gutem Kontakt ist. (Dafür verwendet Rogers den Begriff der „Kongruenz“.) In der Folge muss die/der Patient/in spüren, dass sie/er als Person gewürdigt wird: Eine solche vertrauensvolle, wertfreie Atmosphäre schafft den Rahmen, in welcher Menschen die Entdeckungsreise zu ihrem inneren „Selbst“ wagen. Genau das ist das Ziel der von Rogers inspirierten Schule der personzentrierten Psychotherapie: Menschen mit ihrem „inneren Selbst“ in Berührung zu bringen und so die frühkindliche Erfahrung des „organismischen Wertungsprozesses“ zu reaktivieren. Das ist freilich ein lebenslanger Prozess. Der Lohn dafür ist groß: Es wartet nichts anderes als ein erfülltes Leben.

Was für den therapeutischen Kontext im Besondern gilt, gilt freilich auch für die Begegnung zwischen Menschen im Allgemeinen: Die drei Faktoren (Kongruenz zu sich, positive Zuwendung und Empathie) sind die zentralen Voraussetzungen von gelingender zwischenmenschlicher Beziehung: Dann und nur dann können die Gefühle von Liebe, Anerkennung und Zugehörigkeit wachsen und gedeihen. Weil diese tiefen Gefühle für das menschliche Wohlbefinden essenziell sind, sind die drei Faktoren der Schlüssel zu einem guten Leben.

2.4.3. „Glück“ oder „gutes Leben“

Rogers (1973: 183ff) hat sich in einem Artikel Gedanken über das „Glück“ bzw. das „gute Leben“ gemacht: Er hat in der Therapie viele Menschen auf dem Weg zu ihrem Selbst begleitet und dabei die Überzeugung gewonnen, so den Menschen zu einem besseren Leben verholfen zu haben. Diese Entdeckungsreise ist eine ständige Herausforderung und nicht immer nur schön, weil auf ihr Verletzungen und Verdrängungen wahrgenommen und gefühlt werden. „Das Selbst zu sein, das man in Wahrheit ist“ (Sören Kierkegaard) macht also nicht immer nur glücklich und happy. Es kann anfangs auch verstörend sein. Rogers wendet sich daher gegen den Begriff „Glück“ als Ziel des Lebens, weil er darin einen angestrebten Zustand sieht. Er verwendet lieber den Begriff „gutes Leben“, versteht darunter aber nichts Statisches, sondern einen Prozess. (vgl. Rogers 1973: 185f)

Rogers definiert das gute Leben so: „Das gute Leben ist, vom Standpunkt meiner Erfahrung aus, der Entwicklungsprozess in eine vom menschlichen Organismus gewählte Richtung, sofern das Individuum innerlich frei ist, sich in jede Richtung zu bewegen; die allgemeinen Qualitäten dieser Richtung scheinen eine gewisse Universalität zu besitzen.“ (Rogers 1973: 186) Das gute Leben hat nach Rogers folgende Charakteristika:

1. Der Mensch wird offener gegenüber seiner Erfahrung. Sie/Er nimmt Gefühle und Einstellungen wahr, die sie/er bislang nicht bewusst wahrnehmen konnte und wollte: „Das Individuum wird fähiger, sich zuzuhören, zu erfahren, was in ihm vorgeht. Es ist offener für seine Gefühle, wie sie in ihm existieren, zu leben; es ist auch frei, sich ihrer bewusst zu sein. Es ist leichter in der Lage, die Erfahrungen seines Organismus zu leben, statt sie aus dem Bewusstsein ausschließen zu müssen.“ (Rogers 1973: 187)
2. Der Mensch lebt viel mehr im jeweiligen Augenblick, im Hier und Jetzt. Weil das konkrete Leben jeweils nur in der Gegen-

wart stattfindet, wird der Gegenwart ein viel höherer Stellenwert eingeräumt.

3. Der Mensch vertraut seinem Organismus: Gesellschaftliche Erwartungshaltungen („äußere Welt“) verlieren mehr und mehr an Macht. Der Mensch horcht auf seine Körperwahrnehmung und Intuition und tut – im Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse – das, was er für sich am besten einschätzt.

In Summe bewegt sich der Mensch, der psychisch frei ist, in Richtung auf „eine Entwicklung zu einem vollständiger sich entfaltenden Menschen. (...) Er zieht alle Informationen heran, die ihm sein Nervensystem liefert; er benutzt sie bewusst, aber in der Erkenntnis, dass sein totaler Organismus klüger als sein Bewusstsein sein könnte, und es oft ist. Er kann leichter seinen ganzen Organismus in seiner Komplexität frei fungieren lassen, um aus der Vielfalt der Möglichkeiten jene Verhaltensweise auszuwählen, die in diesem Augenblick am ehesten allgemein und unverfälscht befriedigt.“ (Rogers 1973: 191)

Rogers vertraut auf die Weisheit des Organismus und die Intuition des Menschen. Wer sein eigenes Sensorium schult und angstfrei vor seinen eigenen Empfindungen ist, wird ein Leben in größerer Fülle leben als das „eingengegte Leben, das die meisten von uns führen“ (Rogers 1973: 195) Ein solches Leben lässt sich nicht so gut mit Adjektiven wie „glücklich, zufrieden, glücklich“ beschreiben, sondern besser als „bereichernd, anregend, belohnend, herausfordernd, bedeutungsvoll.“ (ebd.) Es sei kein Leben für die Kleinmütigen: Der Prozess des guten Lebens „enthält ein Ausdehnen und ein Wachsen der Entwicklung zu einem Sein, in dem man zunehmend seine eigenen Möglichkeiten *ist*. Der Mut zum Sein ist darin inbegriffen. Es bedeutet, sich völlig in den Strom des Lebens hineinzubegeben. Das ist aber das höchst Aufregende beim Menschen: wenn das Individuum innerlich frei ist, wählt es als das „gute Leben“ diesen Prozess des Werdens.“ (ebd.; Hervorhebung durch den Autor)

2.5. Zusammenfassung: Warum wir nicht immer „gut leben“?

Es gehört vermutlich zur menschlichen Existenz (und zur Existenz eines jeden Lebewesens), dass es nach einem „guten Leben“ strebt. Es ist schwer vorstellbar, dass jemand ganz bewusst nach „schlechtem Leben“ strebt. Offensichtlich gibt es aber Anreize und Hindernisse, die uns vom Weg zu einem wirklich „guten Leben“ abhalten: Wenn dem nicht so wäre, hätten sich nicht schon seit Jahrtausenden PhilosophInnen und religiöse Menschen Gedanken über das „gute Leben“ gemacht.

- Jedes Lebewesen ist im Leben mit positiven Anreizen, also verführerischen Verlockungen konfrontiert, die im Moment oder kurzfristig Befriedigung versprechen, sich aber langfristig negativ auswirken. Man denke an Werbung, Verrat einer Freundschaft, ungesunder Lebensstil, u.ä.
- Jedes Lebewesen ist im Leben auch mit negativen Anreizen, also Hindernissen konfrontiert, die die Verfolgung des „guten Lebens“ erschweren: Angst vor Liebesentzug, Angst vor Bestrafung, Angst vor Einsamkeit, u.v.a.m.

Das Leben wird offensichtlich dann gut, wenn wir in erster Linie unseren eigenen, inneren Impulsen folgen und weniger auf die positiven und negativen Anreize aus der „äußeren Welt“ folgen. Gut leben lässt sich – nach Aristoteles – vor allem dann, wenn wir mit unserem Nichts-Tun bzw. Tun nichts bezwecken. Wenn wir aus uns selbst heraus handeln („praxis“) oder – mehr noch – wenn wir uns in Phasen des Nichtstuns der Muße hingeben, dann können sich die inneren Kräfte entfalten. Für das „gute Leben“ braucht es eine spezielle Rahmenbedingung, nämlich „zweckfreie Lebensräume und Lebenszeiten“. Nur in diesem Rahmen kann nach Aristoteles das Ziel menschlichen Handelns („Glückseligkeit“) erreicht werden.

Die Neurobiologie kann eindrucksvoll nachweisen, dass das Wohlbefinden der Menschen mit einem spezifischen Zustand im Körper korreliert. Wenn bestimmte Botenstoffe im Körper in der richtigen Dosierung ausgeschüttet sind, fühlen wir uns wohl. Ist das nicht der Fall, fühlen wir Unwohlsein bzw. Schmerz. Damit im Körper die richtige Dosierung des „Wohlfühl-Cocktails“ hergestellt wird, brauchen wir vor allem Anerkennung, Liebe und Zugehörigkeit. Evolutionär gedacht sind wir Menschen offensichtlich soziale und kooperative Wesen, die sich nur dann wohl fühlen, wenn sie in guter Gemeinschaft mit anderen Menschen leben.

Die Neurobiologie unterstreicht die zentrale Bedeutung von Liebe, Anerkennung und Zugehörigkeit für das Wohlbefinden von Menschen, also für das „gute Leben“. Sie gibt aber keine Auskunft darüber, wie Menschen besser fähig werden können, einander Liebe, Anerkennung und das Gefühl von Zugehörigkeit zu schenken.

Oberflächlich betrachtet könnte man die neurobiologischen Erkenntnisse auch so deuten, dass man eigene Ansprüche und Wünsche zurückstellen soll, um in guter Gemeinschaft mit anderen Menschen zu leben. Wie Carl Rogers in seinem Artikel über die Entstehung des Wertesystems bei erwachsenen Menschen gezeigt hat, neigen wir Menschen von Kindheit an dazu, den anderen gefallen zu wollen. Wir verleugnen unsere eigenen, organismischen Wünsche, wenn wir dafür Liebe und Anerkennung erwarten dürfen. Also könnte man die neurobiologischen Erkenntnisse auch als Selbstverleugnungsprojekt verstehen. Die personenzentrierte Psychotherapie schlägt nun eine Brücke zwischen der Aristotelischen Gedankenwelt („aus dem „inneren Selbst“ heraus leben“) und der Neurobiologie („Wohlbefinden ist abhängig von der „äußeren Welt“, also den Beziehungen zu den Mitmenschen): Wem es gelingt, in gute Kommunikation mit seinem „inneren Selbst“ zu treten, dem wird ein erfülltes Leben geschenkt. Und wer mit sich selbst in Einklang ist, wird sich um gute Beziehungen zu anderen

Menschen kümmern. Das passiert dann von ganz alleine, weil die guten Beziehungen mit Wohlfühlen („Wohlfühl-Cocktail“) belohnt werden. Der Dreh- und Angelpunkt ist die gute Kommunikation zum „inneren Selbst“.

Keine Knappheit beim „guten Leben“

Das, was ich hier beschreibe, weist freilich frappante Parallelen mit der zentralen christlichen Botschaft von der Eigen- und Selbstliebe auf: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ (Mk 12, 31). Im griechischen Urtext steht das noch präziser: „Du wirst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ Diese Aussage ist demnach nicht als Aufforderung oder als Gesetzesvorschrift zu verstehen, an die sich gut gläubige ChristInnen halten sollen, sondern viel mehr als Prognose, als Prophezeiung oder als sozialpsychologische Gesetzmäßigkeit (vgl. Essen 2011: 33): Wem es gelingt, sich selbst, das eigenes Wesen, das „innere Selbst“ wirklich zu kennen, schätzen und lieben, der/die wird auch seinen/ihren Nächsten in authentischer Form schätzen und lieben. Das ist die unausweichliche Folge.

Das biblische Versprechen ist, dass es denen gut gehen wird, die die Selbstliebe kultivieren. Sie werden „das Reich Gottes“ auf Erden kennen lernen. Sie werden sich rundherum wohl und zufrieden fühlen. Die Entscheidung liegt aber beim einzelnen Menschen, bei seinem „eigenen Ich“: Wie viel Zeit und Energie nimmt man sich für die Kommunikation mit dem „inneren Selbst“? Oder umgedreht: Wie viel Zeit lässt man sich von äußeren Zwängen in Beschlag nehmen?

Diese Erkenntnis bedeutet auch: Das, was wirklich wichtig ist im Leben (Selbstliebe und Nächstenliebe), ist in dieser Welt potenziell in Übermaß vorhanden. Wir müssten ihnen „nur“ die Zeit geben, um sich entfalten zu können. Psychisch kranke Menschen werden bei der Entdeckungsreise zum „inneren Selbst“ vermutlich die Hilfe von anderen, erfahrenen Menschen brauchen. Gesunde Menschen können „hier und jetzt“ damit beginnen. Für

das, was wirklich wichtig im Leben (Selbst- und Nächstenliebe) ist, gibt es keine Knappheit, im Gegenteil: Je mehr Selbst- und Nächstenliebe wir verschenken, umso mehr wird als Geschenk zu uns zurückfließen. Selbst- und Nächstenliebe befruchten sich gegenseitig: Die Erfahrung der Selbstliebe wird die Nächstenliebe beflügeln. Umgekehrt wird es auch leichter fallen, sich selbst zu lieben, wenn man von anderen Menschen geliebt und anerkannt wird. Wenn man der Selbst- und Nächstenliebe Raum gibt, werden sie sich von selbst vermehren.

Warum leben wir nicht gut?

Was weder Aristoteles noch die NeurobiologInnen aber auch die personenzentrierte Psychotherapie nicht beantworten können, ist die Frage, warum wir in unserer modernen Gesellschaft mit dem Phänomen konfrontiert sind, dass sich moderne ZeitgenossInnen so wenig Zeit für sich und für authentische Begegnungen nehmen. Wenn es stimmt, dass Selbstliebe und Nächstenliebe die zentralen Schlüssel für das individuelle menschliche Wohlbefinden sind, so ist es rätselhaft, dass die Menschen in den entwickelten Gesellschaften diesen Faktoren nur eine nachrangige Bedeutung zumessen.

Meine These ist: In unserer kapitalistischen Gesellschaft ist nicht das „gute Leben“ das oberste Ziel des Handelns. *Die* zentrale Leitidee für unsere kapitalistische Gesellschaft im Allgemeinen und für viele einzelne ZeitgenossInnen im Speziellen ist die ständige Mehrung des Wohlstandes. Das ist nach wie vor der Fall, obwohl mittlerweile – zumindest in den kapitalistischen Zentren – ein historisch einzigartiges Wohlstandsniveau erreicht ist. Vermutlich glauben viele ZeitgenossInnen, dass sie über „Wohlstand“ zum „guten Leben“ gelangen. Das halte ich aber für einen großen Irrtum, denn die Wohlstandsproduktion nimmt so viel Zeit in Anspruch, dass für die Entfaltung des Selbst kein Raum und keine Zeit bleibt. Wenn aber „Wohlstand“ nicht der entscheidende Faktor für das „gute Leben“ ist, so stellen sich freilich folgende Fragen:

- Warum sind Menschen bei einem hohen Wohlstandsniveau weiterhin bereit, viel Zeit in der Arbeits- und Konsumwelt zu verbringen, wo sie doch – ganz egoistisch gedacht – viel besser dran wären, wenn sie mehr Zeit für Selbst- und Nächstenliebe aufwenden würden?
- Warum nehmen sich Menschen nicht mehr Zeit für sich selbst?
- Warum engagieren sich Menschen nicht viel mehr für den Aufbau und Erhalt von menschlichen Beziehungen?
- Oder anders gewendet: Warum gibt es diese deutliche Dominanz der „äußeren Welt“ vor dem „inneren Selbst“?

Um diese Fragen beantworten zu können, muss man sich näher mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem auseinandersetzen. Das tun wir im nächsten Kapitel.

3. Geld regiert die Welt: Eine kurze Geschichte des Kapitalismus

Bevor eine Geschichte des Kapitalismus erzählt wird, muss geklärt werden, was als „Kapitalismus“ bezeichnet wird: Als kapitalistisches System bezeichne ich jenes historisch einzigartige System, in welchem die endlose Akkumulation von Kapital höchste Priorität genießt (vgl. Wallerstein 2004: 24). Kapital wiederum bezeichnet alle Gegenstände und Leistungen, die Tauschwert haben. Gemessen wird der Tauschwert in Geldeinheiten. Also können die Begriffe „Kapital“, „Tauschwert“ und „Geld“ synonym verwendet werden.

Das oberste Ziel einer kapitalistischen Gesellschaft ist die Mehrung des Kapitals (= der Tauschwerte = des Geldes). Nach Wallerstein ist weder die Produktion für den Markt noch das Lohnarbeitsverhältnis das wesentliche Kriterium für den Kapitalismus. Marktwirtschaft und Lohnarbeitsverhältnisse gibt es schon seit Tausenden von Jahren (ebd.). Es gab schon lange vor der kapitalistischen Entwicklung Systeme, die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhten: Schon die ältesten schriftlichen Aufzeichnungen der Menschheit berichten über ungleiche Machtverteilungen, Ausbeutung und gewaltsame Konflikte (vgl. Sedlacek 2012: 33ff). Das historisch Einzigartige am Kapitalismus ist, dass er auf der endlosen Verfolgung von Profit und Kapitalakkumulation basiert. (vgl. Li 2008: 174)

Formal kann das Wesen des Kapitalismus so beschrieben werden: Aus Geld (G) wird Ware (W), um dann in mehr Geld (G') verwandelt zu werden. Karl Marx hat diese Grundlage des Kapitalismus in der Formel $G-W-G'$ zusammengefasst: „Die allgemeine Formel des Kapitals ist $G - W - G'$; d.h. eine Wertsumme wird in Zirkulation geworfen, um eine größere Wertsumme aus ihr herauszuziehen.“ (MEW 25: 51) Diese Formel wird im Spätmittelalter etabliert und startet dann mit der Neuzeit ihren Siegeszug. Aus

einer Tauschwirtschaft (W-G-W) wird eine kapitalistische Wirtschaft (G-W-G'). Das halte ich für die Essenz des Kapitalismus.

Im gesellschaftlichen Mainstream wird die Geschichte des Kapitalismus bzw. der Industrialisierung als Erfolgsstory wiedergegeben. Der Kapitalismus hat Wohlstand, Fortschritt, Demokratie und Entwicklung gebracht. Auch wenn es einige Opfer im Zuge der kapitalistischen Entwicklung zu beklagen gibt, wie zum Beispiel die Umweltzerstörung, die ungleiche Verteilung des Wohlstands oder wiederkehrende Krisen: Mit Fug und Recht könne man von einer Erfolgsstory sprechen.

Es gibt auch andere Geschichten über den Kapitalismus: Geschichten, die den Fokus auf die systematischen Zerstörungen legen. Der Klassiker ist in diesem Zusammenhang Karl Marx, der die Ursprünge des Kapitalismus („ursprüngliche Akkumulation“) von „Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt“ (MEW23: 742) geprägt sieht. Einen sehr detailgetreuen historischen Abriss über die Zurichtung des Menschen an die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaftsweise liefert Robert Kurz (2002) in seinem „Schwarzbuch Kapitalismus“. Andere haben sich auf die Veränderungen in der Wahrnehmung konzentriert: Der Kapitalismus hat – im wahrsten Sinn des Wortes – unsere sinnliche Wahrnehmung verändert (vgl. Bockelmann 2004), er hat unser gesellschaftliches Bewusstsein transformiert (Postone 2003).

Ich will im Folgenden keine neue historische Abhandlung über den Kapitalismus verfassen, sondern ein paar Konturen nachzeichnen, die ich für das Wesen der kapitalistischen Geschichte halte. Ich betrachte es als ein Angebot für eine alternative Deutung der Geschichte. Dabei gehe ich der Frage nach:

- Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich am Beginn der kapitalistischen Entwicklung verändert?
- Welche Dynamik hat diese Veränderung ausgelöst?
- Wie ist diese „Entwicklung“ zu bewerten?

3.1. Tauschwert und Gebrauchswert

Beginnen wir die Untersuchung des Kapitalismus – in guter marxistischer Tradition – mit dem Wert. Karl Marx beginnt sein Hauptwerk „Das Kapital“ mit der Untersuchung der Ware, um so dem Wert auf die Schliche zu kommen. Nach Marx ist die Ware „zunächst ein äußerer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt.“ (MEW 23: 49) Um überhaupt als Ware zu existieren, muss dieser Gegenstand einen Nutzen (Gebrauchswert) haben, also menschliche Bedürfnisse befriedigen können: „Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert.“ (MEW 23: 50) Davon zu unterscheiden sei der Tauschwert. Dieser „erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen.“ (MEW 23: 50) Während sich die Waren als Gebrauchswerte durch ihre Qualität auszeichnen, existiert für den Tauschwert nur die Quantität. Werden Waren getauscht, so muss es eine Vorstellung vom (Tausch-)Wert dieser Waren geben. Wer Dinge für den Tausch produziert, ist – nach Marx – nur an einem möglichst hohen Tauschwert interessiert. Also wird in einer Warenwirtschaft vom konkreten Gebrauchswert abstrahiert. Interessant ist einzig und allein der Tauschwert.

Wie kommt nun der Wert der Waren zustande? Marx meint: „Sieht man nun vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten.“ (MEW 23: 52) Demnach macht den konkreten Wert einer Ware langfristig die abstrakte menschliche Arbeit, also die durchschnittlich nötige Entlohnung einer Durchschnitts-Arbeitskraft aus. (vgl. MEW 23: 52f) Das ist soweit noch nicht aufregend, denn Menschen haben schon lange vor der kapitalistischen Entwicklung miteinander Dinge getauscht. Folglich mussten sie eine Idee von Gebrauchs- und Tauschwert haben. Freiwilliger Tausch konnte nur zustande kommen, wenn beide TauschpartnerInnen im eingehandelten Gut einen höheren Gebrauchswert sehen als im vereinbarten Tauschwert.

An einem Beispiel verdeutlicht: Eine Bäuerin tauscht eine bestimmte Menge Getreide gegen eine bestimmte Menge Salz bei einem Händler zum vereinbarten Tauschwert. Beide TauschpartnerInnen werden freiwillig nur dann tauschen, wenn sich beide aus diesem Tausch einen Vorteil versprechen, also wenn für die Bäuerin die Menge des eingetauschten Salzes einen höheren Gebrauchswert hat als die Menge des eigenen Tauschguts (Getreide); und vice versa für den Händler. Ob nun bei den alten Ägyptern, Römern oder in der mitteleuropäischen Geschichte: Überall gibt es Zeugnisse, dass Menschen miteinander gehandelt haben, Güter ausgetauscht und häufig dabei auch Geld verwendet haben. Schon Aristoteles hat sich theoretisch mit dem Tausch auseinandergesetzt. Er meint, dass sich der Tauschhandel etabliert, „indem er natürlich damit einsetzte, dass die Menschen einmal über mehr und einmal über weniger von dem verfügten, das für sie ausreicht. Insoweit ist es auch klar, dass von Natur aus das Handelswesen nicht zum Kapitalerwerbswesen gehört. Denn nur so viel, als für die Menschen hinreichend ist, durfte man den Tausch betreiben. (...) Ein solcher Tauschhandel nun steht nicht wider die Natur und ist auch keine Spielart des Kapitalerwerbswesens, denn es gab ihn nur zur Auffüllung der naturgemäßen Selbstgenügsamkeit.“ (Pol. 1257a)

Jeder Tausch ist in die jeweilige Gesellschaft eingebettet. Der Austausch ist ein „allgemein gesellschaftlicher Prozess.“ (MEW 23: 101) Zwei Personen werden in der Regel nicht losgelöst von der sie umgebenden Gesellschaft tauschen. In ihrem Tauschverhältnis wird sich die kollektive Bewertung eines Produkts widerspiegeln. Wenn beispielsweise der Händler weiß, dass Salz nicht so sehr begehrt ist (also einen geringen Gebrauchswert für viele Bäuerinnen und Bauern hat), wird das den Tauschwert des Salzes tendenziell senken. Der sinkende Preis hat zur Folge, dass weniger abstrakte Arbeitsquanta in der Salzbranche entlohnt werden können. Also werden in weiterer Folge weniger Menschen im Salzabbau und -handel und mehr Menschen in der Landwirtschaft arbeiten. Diese Bewertungen können sich regelmäßig ver-

ändern, was dann wiederum Auswirkungen auf die Austauschverhältnisse hat. Wenn in einer Gesellschaft beispielsweise Salz stärker begehrt wird als früher, so wird man mehr Produkte im Austausch gegen Salz aufwenden müssen.

Die Bedeutung des Tausches

Wenn wir die heutige Zeit mit der vorkapitalistischen Zeit vergleichen, müssen wir feststellen, dass der Tausch an sich nichts Neues ist. Was sich aber gewaltig verändert hat, ist die Bedeutung des Tausches für die Wirtschaft: In vorkapitalistischer Zeit erzeugten die Menschen die allermeisten Dinge, die sie zum Überleben brauchten, in Subsistenzwirtschaft: Aristoteles beschreibt diese Wirtschaftsform als Oikonomiké oder Hausverwaltungskunde, abgeleitet vom Wort „Oikos“ (=Haus). Er nennt sie auch „naturgemäße“ Wirtschaft, weil sie auf die Deckung der natürlichen Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist. „Der weitaus überwiegende Teil der Menschen lebt von der Erde und von angebauten Früchten.“ Sie beschaffen sich die Nahrung „nicht durch Eintausch und Handel.“ (Pol. 1256a) Sie ist in diesem Sinn eine „Versorgungswirtschaft“ (Binswanger 2006: 378). Die Basis dieser Wirtschaftsform bildete die Landwirtschaft und eine Gewerbetätigkeit, die auf landwirtschaftlichen Rohstoffen aufbaut. In größeren (Familien-)Verbänden wurden die nötigen Lebensmittel und die Behausungen hergestellt. Getauscht wurde in der Regel nur das, was überschüssig war. Man produzierte – in aller Regel – nicht für einen anonymen Markt, sondern für das eigene Überleben. Was man selbst nicht gut herstellen konnte, wurde – in aller Regel – im Naturaltausch gehandelt. Natürlich hat es in der Geschichte der Menschheit immer wieder Menschen gegeben, die vom Tausch der Produkte lebten: HändlerInnen und Fuhrleute; oder beispielsweise die BergarbeiterInnen, die Salz abbauten.

Der große Unterschied zu heute ist: In vorkapitalistischer Zeit waren die Tauschwirtschaften wie kleine Inseln in einem riesigen Meer von Subsistenzwirtschaft. Die vorherrschende Produktionsform war die Selbstversorgung. Die vorwiegende Produktion für den eigenen Gebrauch impliziert auch, dass in der vorkapitalistischen Gedankenwelt nur die Dinge einen Tauschwert besaßen, die wirklich getauscht wurden. Getauscht wurde nur ein sehr geringer Teil der erwirtschafteten Güter, weil der Großteil für die Selbstversorgung produziert wurde. Nur der Überschuss war überhaupt handelbar. Demnach war es im Mittelalter lange Zeit denkunmöglich, gemeinschaftlichem Grundeigentum (Allmende⁷) einen Tauschwert zuzumessen. Es war Gemeineigentum und damit dem Tausch entzogen. (Vermutlich war es damals ähnlich denkunmöglich, wie wenn heutzutage jemand den Tauschwert für das eigene Kind definieren will.)

Halten wir fest: Der Tausch von Produkten ist etwas sehr Altes: Schon vor tausenden Jahren haben Menschen miteinander Tauschhandel betrieben. Tausch gab es schon lange vor der kapitalistischen Entwicklung. Die Tatsache, dass Menschen Produkte ausgetauscht haben, bedeutet, dass sie eine Vorstellung von Gebrauchs- und einem Tauschwert hatten. Im Gegensatz zu heute spielte der Tausch früher eine untergeordnete Rolle. Der Fokus der Wirtschaft war auf Selbstversorgung (in größeren Gemeinschaften) gerichtet. Tausch (in Form von direktem Tausch, Märkten oder Handel) spielte eine ergänzende, untergeordnete Rolle.

7 Die „Allmende“ bezeichnete jene Grundflächen, die von Bauern, Bäuerinnen und HirtInnen gemeinsam als Weideland genutzt wurden. Die gemeinschaftlichen Besitzverhältnisse wurden erst zum Problem, als einzelne das Land als Privateigentum beanspruchten. Erst dann beginnt man von der „Tragik der Allmende“ zu sprechen (im englischen Original „tragedy of the commons“).

3.2. Geld

Zum Tausch braucht es grundsätzlich kein Geld. Es erleichtert den Tausch, aber es ist keine Voraussetzung für den Tausch.

Was ist aber Geld eigentlich? Die Frage scheint trivial zu sein. Bei näherer Betrachtung mag man aber leicht irre werden. Der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi schrieb beispielsweise:

„Geld ist kein vollständig einheitliches System, die Suche nach einem einzigen Zweck führt in die Sackgasse. Dies erklärt die vielen fruchtlosen Versuche, „Natur und Wesen“ des Geldes zu bestimmen. Wir müssen uns mit den Aufzählungen der Zwecke zufrieden geben, für die jene als Geld bezeichneten quantifizierbaren Objekte tatsächlich Verwendung finden. Dies wird erreicht, indem wir auf die Situation verweisen, in der wir diese Objekte mit welchem Effekt verwenden.“ (vgl. Polanyi 1979: 317)

3.2.1. Oberflächlich: Geld ein spezieller Gegenstand

Geld ist oberflächlich betrachtet ein Gegenstand, der bestimmte Eigenschaften erfüllen muss (vgl. Bockelmann 2004: 189ff sowie Brodbeck 2009: 393):

- Der Gegenstand muss in beschränkter, jedoch ausreichender Menge verfügbar sein.
- Der Gegenstand soll in seiner Menge weitgehend stabil bleiben: Er soll nicht verderben, er soll aber auch nicht einfach vermehrbar sein.
- Der Gegenstand muss teilbar sein.
- Der Gegenstand muss von einer größeren menschlichen Gruppe akzeptiert sein und benutzt werden.

Wenn ein Gegenstand diese Eigenschaften aufbieten konnte, war er geeignet, die Funktion eines allgemeinen Tausch- und

Zahlungsmittel (Warengeld) zu übernehmen. Als Gegenstände eigneten sich entweder Naturgegenstände (Naturalgeld), Schmuckstücke (Schmuckgeld) oder allgemeine Gebrauchs- und Nutzgegenstände. Diese Formen des Geldes waren früher weit verbreitet und in allen Kulturen und Epochen vorzufinden.

Münzen werden in Europa das erste Mal in Griechenland im siebten vorchristlichen Jahrhundert geprägt, innerhalb des römischen Imperiums dann zwei Jahrhunderte später. (vgl. Bockelmann 2004: 194f) Münzgeld verschwindet in den ersten Jahrhunderten des europäischen Mittelalters dann fast gänzlich von der Bildfläche. Michael North (1994: 10) berichtet, dass beispielsweise im 9. Jahrhundert eine reiche Abtei wie St. Germain-des-Prés kaum über Geldeinnahmen verfügte. Nicht weit von der Abtei entfernt „hatte kaum ein Mensch je eine Münze zu Gesicht bekommen, geschweige denn besessen.“ Erst ab der Jahrtausendwende werden Münzen in Europa wieder häufiger. Bis ins Spätmittelalter hin spielte Geld aber im Alltag nur eine untergeordnete Rolle; der Großteil der Tauschakte fand in Naturalform statt. Der Regelfall war der, dass Tauschakte ohne ZwischenhändlerInnen abgewickelt wurden; also beispielsweise der Bauer direkt mit der Handwerkerin getauscht hat. Dazu war kein Geld nötig (vgl. Bockelmann 2004: 202)

Nur im Fernhandel war Geld von Bedeutung. Das dort vorherrschende Geldverständnis ist aber ein ganz anderes als unsere heutige Vorstellung vom Geld: Als Münze ist Geld in dieser Zeit noch nichts Abstraktes: Die Münze hat ihren Tauschwert, weil ihr Material einen Tauschwert hat. Getauscht wird in dieser Vorstellungswelt das Material, das in der Münze auf seine Menge (sein Gewicht) hin standardisiert wird. (An sich wertlose Papierscheine zu tauschen wäre damals undenkbar gewesen.) Man *vertraute* Geld also nur, weil sein Material (Tausch-)Wert besaß. Geld existiert und kann seine Wirkung erst entfalten, wenn die TauschpartnerInnen darauf *vertrauen*, dass sie das *Geldmaterial* wieder gegen andere Produkte eintauschen können. Dieses allge-

mein geteilte Vertrauen in die Beständigkeit von Geld war lange Zeit (bis ins späte Mittelalter hinein) an die Tatsache gebunden, dass das Material, mit dem Geld geprägt wurde, entsprechenden Tauschwert besaß. Geld war also „im Wesentlichen gemünztes Metall und sonst gar nichts.“ (Finley 1984: 235)

Halten wir hier also fest: Geld ist oberflächlich betrachtet ein Gegenstand, der bestimmte Eigenschaften aufweist. Jeder (Tausch-)Wert der Produktwelt erhält mit Geld sein Pendant in der Geldwelt:

Ware – Geld (kurz: W-G) und Geld – Ware (G-W)

In dieser Form von Geldwirtschaft haben wir es mit reinem Warentausch zu tun: W-G-W. Geld erfüllt dabei die Funktion, dass es den Warentausch von konkreten Personen unabhängig macht. Also ist Geld vorrangig dort von Vorteil, wo Menschen, die in keiner engeren sozialen Beziehung stehen, miteinander tauschen wollen. Der Gegenstand „Geld“ erleichtert den Tausch zwischen zwei fernen TauschpartnerInnen. An die Stelle des Naturaltaushes tritt das Zahlungsmittel Geld: Es ist nicht mehr nötig, dass die Salzhändlerin, die Gemüse braucht, eine/n Tauschpartner/in findet, die/der Gemüse vorrätig hat und Salz will. Es reicht, wenn sie jemanden findet, die/der Salz mit Geld kauft. Mit diesem Geld kann sie bei einem anderen Menschen Gemüse kaufen.

3.2.2. Tiefgehend: Geld als allgemeine Austauschbeziehung

Wenn Geld in einer Gesellschaft an Bedeutung gewinnt, wird es zu einem allgemeinen Kommunikationsmittel. Geld wird zur Mitte der gesellschaftlichen Austauschbeziehungen. Wenn Geld zu einem allgemeinen Kommunikationsmittel wird, übernimmt es drei wesentliche Funktionen (vgl. Binswanger 2006: 40):

- Zahlungsmittel (Tauschmittel): Dafür braucht es zuallererst das Vertrauen der HändlerInnen in das Geld. Ohne Vertrauen wird kein Gegenstand zu Geld.
- Wertmaßstab (Recheneinheit): Im Geld werden gesellschaftliche Wertungen sichtbar: Wie viel ist eine bestimmte Menge an Weizen wert? Wie viel ist die Tätigkeit einer Lehrerin wert? - Im Gewicht der Münzen (und in späterer Zeit in den Zahlen, die auf den Münzen bzw. Geldscheinen aufgedruckt ist) spiegelt sich die gesellschaftliche Wertung.
- Wertaufbewahrung (Kassenhaltung): Geld ermöglicht es, erwirtschaftete Werte in die Zukunft zu transferieren: Das tun im Wesentlichen auch alle anderen Produkte: Ein Kilo Weizen hat auch morgen in etwa noch den gleichen Wert. Ein Haus hat auch in einem Jahr noch Wert. Während menschliche Produkte mit der Zeit an Wert verlieren, hat Geld im Normalfall die Eigenschaft, seinen Wert über die Zeit beizubehalten.

Damit Geld seine Funktion als allgemeines Kommunikationsmittel gut wahrnehmen kann, muss die Gesellschaft dafür sorgen, dass Geld seine grundlegenden Eigenschaften beibehält. Diese sind vor allem:

- **Allgemeine Verfügbarkeit**

Geld soll allen, die über Tauschwerte verfügen, bereit stehen. Wenn die Gesellschaft das gewährleisten kann, hat schon alleine diese Tatsache gravierende Konsequenzen. Denn Geld kennt als Kommunikationsmittel keine Schranken von Stand, Abstammung oder Hautfarbe. Wer über Tauschwerte verfügt, soll Geld haben. Insofern hat Geld einen universalistischen, egalitären Ansatz. Entsprechend dieses Ansatzes unterhöhlt die alleinige Tatsache, dass Geld als Kommunikationsmittel immer wichtiger wird, die früheren gesellschaftlichen Schranken von Stand und Abstammung. Andererseits baut Geld andere Schranken

auf (vgl. Brodbeck 2009: 374ff): Wer über keine Tauschwerte verfügt, soll kein Geld erhalten und daher auch am Tausch nicht teilnehmen. Insofern hat Geld einen elitären Ansatz: Im schlimmsten Fall bedeutet es, dass jemand, der nicht über den Eintrittsschein „Geld“ verfügt (weil sie/er über keine Tauschwerte verfügt), neben vollen Lagerhallen verrecken wird.

- **Teilbarkeit**

Geld muss so gestaltet werden, dass es beliebig teilbar ist. Diese Funktion erfüllte Geld in früher Zeit noch nicht: Es gab zwar die rechnerische Teilung von Münzen, also zum Beispiel einen halben Gulden oder einen viertel Gulden. Es gab auch eine Hierarchie der Münzen: Also zuerst Groschen, dann Schillinge, wobei 100 Groschen einem Schilling entsprachen. Mit der Zunahme der Bedeutung des Geldes war es auch nötig, dass alle mathematischen Schranken abgebaut wurden. Zumindest rechnerisch musste es möglich sein, jede beliebige Zahl in Geld zu verwandeln. Bockelmann (2004: 297ff) meint, dass diese Notwendigkeit, die aus der Geldwelt gekommen ist, zur Entwicklung der „reinen Zahlen“ geführt hat, also zur Entdeckung von Zahlen, die sich nicht durch Brüche darstellen lassen wie die „Wurzel aus 2“ oder „Phi“. Auch Brodbeck (2009: 716ff) streicht die hohe Bedeutung der modernen Ökonomie für die Mathematik (und umgekehrt) hervor.

- **stabile Geldmenge**

Wenn Geld das Abbild des Tauschwertes der Waren sein soll, dann ist es wichtig, dass sich der Tauschwert aller Waren im gleichen Verhältnis zur gesamten Geldmenge bewegt. Wenn der Tauschwert der Waren über die Zeit hinweg konstant bleibt, dann soll auch Geld konstant bleiben. Ist beispielsweise Geld an ein Material (Silber) gebunden und gibt es in kurzer Zeit große Silberfunde, so weitet sich die Geldmenge aus und es kommt zu inflationären Tendenzen. Geld wird immer weniger

wert. Wenn nun alle, die Geld besitzen, erwarten, dass sich dieser Prozess auch in Zukunft fortsetzen wird, werden sie danach trachten, es los zu werden und es in beständigere Waren umtauschen. Weil niemand mehr Geld (=Silber) haben will, wird es als gesellschaftliches Kommunikationsmittel uninteressant. Der Geldverkehr kommt ins Stocken und im Extremfall ganz zum Erliegen. Man wird zum Warentausch zurückkehren oder einen anderen Gegenstand als allgemeines Zahlungsmittel auswählen. Passiert der umgekehrte Fall und wird Geld knapper, beispielsweise weil Silber für andere Zwecke (Schmuck, Produktionsmittel, Hortung) gebraucht wird, so ist auch das für die Funktionstüchtigkeit des Geldes nicht günstig. Es treten deflationäre Tendenzen auf: Menschen, die Geld haben und erwarten, dass es in Zukunft mehr wert werden wird, werden es nur sehr ungerne ausgeben. Das führt dazu, dass Geld als gesellschaftliches Kommunikationsmittel immer mehr verschwindet.⁸

- **Vertrauen ins Geld**

Geld muss als gesellschaftliches Kommunikationsmittel akzeptiert sein. Nur dann kann es seine Wirkung entfalten. Die Existenz des Geldes ist also essenziell davon abhängig, dass die Menschen einer Gemeinschaft an seine Beständigkeit in Gegenwart und Zukunft *glauben*. Für diesen Glauben ist es wichtig, dass Geld über eine gewisse Stabilität verfügt. Anfangs wurde der Glaube an die Beständigkeit des Geldes vom Materialwert des Gegenstandes „Geld“ geknüpft. Geld konnte sich vom Materialwert lösen, als alle daran glaubten, dass ein an sich wertloses Stück Papier (respektive: Baumwolle) einen (Tausch-)Wert repräsentiert. Damit ist mit dem Geld ein Ding geschaffen, das an sich keinen Gebrauchswert hat.

⁸ Theoretisch ist es viel leichter über so etwas wie „Geldmenge“ zu sprechen: In unserer modernen Gesellschaft gibt es viele geldähnliche Zahlungsmittel: Bonuspunkte, Gutschriften, Derivate, etc. Es ist in der Praxis heutzutage faktisch unmöglich, so etwas wie eine Geldmenge zu definieren. (vgl. Brodbeck 2009: 395ff)

Es ist ein Maßstab für den Wert der Dinge, das an sich keinen materiellen Wert hat. Dafür braucht es den kollektiv geteilten Glauben der MarktteilnehmerInnen in die Beständigkeit des Geldes (vgl. Brodbeck 2009: 388ff).

Die bloße Tatsache, dass es in einer Gesellschaft Geld gibt, ändert noch nichts am grundlegenden Charakter der Wirtschaft. „Geld spielt keine selbstständige Rolle, es ist nur Hilfsmittel.“ (Binswanger 2006: 378) Weil das Geld den Tausch erleichtert, gibt es in Geldgesellschaften vermutlich mehr Tauschakte als in anderen. Aber die bloße Existenz von Geld macht aus einer nicht-kapitalistischen noch keine kapitalistische Gesellschaft. Die Existenz von Geld erklärt noch nicht, weshalb der Wert nach seiner ständigen Vermehrung verlangt. Oder um mit Marx zu sprechen: Aus der Tatsache, dass es Geld (G) gibt, lässt sich noch nicht ableiten, dass daraus über Waren (W) immer mehr Geld (G´) werden muss. Es könnte auch immer auf einem stationären Zustand (G) verharren.

3.3. Händlerwirtschaft: Wirtschaften mit und für Geld

Aristoteles hat eine wesentliche Unterscheidung von Wirtschaftsformen vorgenommen: Auf der einen Seite die Oikonomiké, auf der anderen Seite die Kapeliké („kapelos“ = Händler) bzw. Chrematistiké („chrémata“ = Ware).

- Als Oikonomiké bezeichnet er die Wirtschaftsform des „oikos“, also der antiken Haus- und Wirtschaftsgemeinschaft, bestehend aus Familie, Bediensteten und Sklaven. Im oikos seien weitgehend alle Produkte, die zum Leben nötig sind, in gemeinschaftlicher Arbeitsteilung hergestellt und konsumiert worden. Dafür brauche man kein Geld. Aristoteles nennt diese Wirtschaftsform natürlich. (vgl. Pol. 1252a ff) Anfänglich hat sich dazu ergänzend ein Tauschhandel entwickelt, der – nach Aristoteles – „einen durchaus natürlichen Ursprung“ hatte, „denn es gab ihn nur zur Auffüllung der naturgemäßen Selbstgenügsamkeit. (Pol. 1257a)
- Aus diesem Tauschhandel sei aber nach und nach eine Händler- bzw. Warenwirtschaft hervorgegangen, die Aristoteles als künstlich bezeichnet. Die Entwicklung sieht er wie folgt: „Als nun bereits aus dem notwendigen Tauschverkehr heraus das Geld eingeführt worden war, kam es zu einer weiteren Art des Kapitalerwerbswesens, zum Handelswesen, das sich vorerst wohl recht einfach entwickelte, dann aber durch die Erfahrung bereits kunstvoller dahingehend, woher und wie man im Handelstausch den größten Gewinn erzielen würde.“ (Pol. 1257a f)

Im Gegensatz zum einfachen Tausch zwischen zwei Häusern, verkaufen die HändlerInnen nicht, was sie überflüssig haben und kauft nicht das, was sie brauchen, sondern der Handel wird zu ihrem Erwerbszweig. Sie versuchen aus dem Kauf und Verkauf von Waren einen möglichst großen Gewinn zu erwirtschaften.

Um dabei erfolgreich zu sein, werden sie ein genaues Sensorium entwickeln, nach welchen Produkten es in einzelnen Regionen und zu bestimmten Zeiten große Nachfrage gibt: Ihr Sinnen und Trachten dreht sich um die Frage, welche Waren können zu einem niedrigen Tauschwert eingekauft und zu einem hohen Tauschwert wieder verkauft werden. Geld erleichtert den Tausch und schafft damit bessere Rahmenbedingungen für die HändlerInnen. Es liegt daher der Schluss nahe: Je mehr Handel, desto mehr Geld und umgekehrt.

Wenn die Organisation des Handels komplizierter wird und/oder sich durch die Zusammenarbeit von HändlerInnen höhere Gewinne erzielen lassen, dann werden sich größere Handelsunternehmen herausbilden. HändlerInnen werden Werbung für ihre Waren machen. Sie werden ihre Lagerhaltung optimieren und die Löhne für ihre MitarbeiterInnen drücken. Vieles, was uns in unserer heutigen Wirtschaftsform nur allzu gut bekannt ist, wird sich auch in einer Händlerwirtschaft herausbilden. Aber auch eine Händlerwirtschaft ist immer noch keine kapitalistische Wirtschaft. Die HändlerInnen machen sich zwar Mangel und Überfluss der sich großteils selbstversorgenden Haushalte zunutze und versuchen durch intelligenten Tausch und geschickte Handelsstrategien hohe Gewinne zu erzielen. Diese Gewinne können sie – in Form von wertbeständigem Geld – über längere Zeit aufbewahren. Die Basis einer Händlerwirtschaft bildete noch immer die Subsistenzwirtschaft. In den ausgeprägten Händlerwirtschaften der Antike (Griechenland oder römisches Reich) spielte der Handel zwar schon eine wichtige Rolle, aber als Erwerbszweig glich er dennoch – gesamtwirtschaftlich gesehen – einer Insel in einem Meer von Selbstversorgung. Der Handel war immer vom allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld abhängig. Beispielsweise kam mit dem Niedergang des römischen Reiches in Europa der Handel fast vollständig zum Erliegen; mit ihm dann auch das Münzwesen. Vom 3. bis ins 8. Jahrhundert gab es in Mitteleuropa so gut wie kein Geld. Erst die karolingischen Könige Pippin und Karl der Große legten mit ihren Münzreformen die Grundlagen

für die mittelalterliche Geldgeschichte. Die HändlerInnen verwendeten Geld im Mittelalter in erster Linie für den Fernhandel, im Binnenhandel war es weitgehend ohne Bedeutung. (vgl. Bockelmann 2004: 205f) Einen neuen Aufschwung erlebte der Handel im Gefolge der Kreuzzüge. Diese sorgten – neben der kriegerischen Verwüstungen – auch für kulturelle und wirtschaftliche Kontakte zwischen westeuropäischen Städten und Byzanz sowie den weiter östlich gelegenen islamischen Gebieten. Europa lernte neue Handelswaren wie Gewürze, Stoffe und Obst kennen und schätzen. Die Produkte waren freilich nur für die reiche Oberschicht leistbar. Deren Nachfrage sorgte aber dafür, dass sich die europäischen Handelstätigkeiten ausweiteten: Es bildeten sich neue Handelswege, -zentren und –messen heraus. Das wiederum förderte die Entwicklung von Städten. Gab es vom Ende des römischen Reiches bis ums Jahr 1000 kaum neue Stadtgründungen, so sind dann ab dem Jahr 1100 zahlreiche Stadtgründungen zu verzeichnen; eine Entwicklung, die vor allem im westlichen Teil des Kontinents zu beobachten ist. Im Osten Europas gibt es zu dieser Zeit kaum nennenswerte Stadtgründungen. (vgl. Le Goff 2007: 154ff)

3.4. G-W-G´ : Die Geburt des Kapitalismus

Die Tatsache, dass es Tauschwert, Geld und Handel in einer Gesellschaft gibt, ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung, dass sich aus einer Handelswirtschaft eine kapitalistische Wirtschaft entwickelt. Tauschwert, Geld und Handel gibt es auf unserer Erde schon seit vielen Jahrtausenden. Ansätze zu kapitalistischen Entwicklungen gibt es auch schon länger, denn die Tatsache, dass Aristoteles beobachtete, dass es Menschen gibt, die aus Geld mehr Geld machen wollen, weist schon in diese Richtung. Auch finden sich in vielen religiösen Schriften Ge- und Verbote, die den Geldhandel beschränken wollten. Aber erst mit dem ausgehenden Mittelalter hat eine Entwicklung begonnen, die aus dem Kapitalismus ein globales Phänomen gemacht haben.

Im Folgenden werde ich der Frage nachgehen, was diesen Wachstumsschub ausgelöst hat. Hat das Wachstum des Wertes (Realwirtschaft) das Geldwachstum (Finanzwirtschaft) nach sich gezogen oder war es genau umgekehrt?

3.4.1. Kommt die kapitalistische Dynamik aus der Realwirtschaft?

Beginnen wir die Untersuchung mit dem (Tausch-)Wert, also der realen Sphäre: Das spätmittelalterliche Europa war geprägt von feudalen Herrschaftsstrukturen. Die kirchlichen und weltlichen Feudalherren sorgten für Schutz und Sicherheit. Die große Masse der Bevölkerung arbeitete in der Landwirtschaft und musste an die Herrschaft ihre Feudalrente abliefern. Die Landbevölkerung lebte auf Subsistenzniveau, sah aber wenig Veranlassung, dieses Niveau zu verlassen. Es hätte durchaus Möglichkeiten gegeben, mehr zu arbeiten (und in der Folge mehr zu konsumieren), aber die Menschen wollten offensichtlich nicht: Verschiedene historische Quellen beziffern die Arbeitstage der Bäuerinnen und Bauern

im Mittelalter auf 120 bis 150 Tage. Für die HandwerkerInnen gab es neben den selbstverständlich arbeitsfreien Sonntagen – im Europa des 13. und 14. Jahrhunderts – zumindest weitere etwa einhundert Feiertage. Die tägliche Zeit und Intensität der Arbeit erstreckte sich über Jahrhunderte hinweg auf die Tagesstunden, unterbrochen von mehreren ausführlichen Mahlzeiten und Ruhepausen. (vgl. Heide 2002: 20ff) (Heutzutage sind deutlich über 200 Arbeitstage die Norm.)

„Arbeit“ war damals viel weniger fremdbestimmt und normiert. Arbeitstage waren gespickt mit vielen Ruhepausen und kannten nicht unseren modernen Zwang zur Pünktlichkeit (vgl. Exner, Lauk & Kulterer 2008: 117) In den weniger arbeitsintensiven Teilen des Jahres wurde ohnehin recht unregelmäßig gearbeitet. Thompson (2007: 38) zieht daraus den Schluss: „*Wo immer die Menschen ihren Arbeitsrhythmus selbst bestimmen konnten, bildete sich ein Wechsel von höchster Arbeitsintensität und Müßiggang heraus.*“ Das konnte in „guten Zeiten“ am Ausgang des 14. Jahrhunderts bedeuten, dass viele nur 120 Tage im Jahr arbeiteten (Schor 1991: 47). Man genoss offensichtlich die arbeitsfreien Zeiten: „*Unsere Vorfahren mögen nicht reich gewesen sein, aber sie verfügten über einen Überfluss an Muße*“ (Schor 1991: 41). Diese Grundeinstellung war in England auch noch während des 18. Jahrhunderts vorherrschend, d.h. in der Zeit der beginnenden industriellen Revolution. Viele ArbeiterInnen konnten nicht zu mehr als vier Arbeitstagen in der Woche motiviert werden: Denn der „*Umstand daß sie eine ganze Woche mit dem Lohn von 4 Tagen leben konnten, schien den Arbeitern kein hinreichender Grund, auch die andren zwei Tage für den Kapitalisten zu arbeiten.*“ (MEW 23: 290).

Die landwirtschaftliche Produktionsweise war im Mittelalter einfach und arbeitsintensiv. Freilich konnte auch in dieser Zeit die Produktivität durch Investitionen (Prozess- und Produktinnovationen) gesteigert werden. Hier sind vor allem Pflüge, verstärkter Einsatz von Pferden und Ochsen, Schulterkragen für Zugtiere und Dreifelderwirtschaft zu nennen. (vgl. Le Goff 2007: 74f). Diese Produk-

tionssteigerungen wurden im Hochmittelalter aber nicht dazu eingesetzt, den Überschuss ständig zu steigern; im Gegenteil: „Nach dem Jahr 1000 hebt sich immer geschlossener eine Oberschicht aus der Gruppe der Grundherren ab: der Adel. (...) Er bildet eine Klasse, die ganz von Prestige abhängt und in erster Linie darauf bedacht ist, ihren Rang zu beweisen, insbesondere durch ein bestimmtes soziales und religiöses Verhalten, die Freigebigkeit.“ (Le Goff 2007: 78) Für die Feudalherren galt das Ideal vom guten Hausvater, der sich um die Versorgung seiner Untertanen zu sorgen hat.

Reichtum an sich war im Mittelalter nicht erstrebenswert, sondern ein Mittel zum Zweck: „*Der Reichtum ist für den Feudalherren ein Mittel zur Unterhaltung gesellschaftlichen Einflusses und der Bestätigung der Ehre. Der Reichtum allein bringt keinerlei Achtung; im Gegenteil, der Kaufmann, der unermessliche Werte aufbewahrt und nur dafür Geld ausgibt, um dieses im Ergebnis kommerzieller oder Wucheroperationen zu vermehren, löst in der mittelalterlichen Gesellschaft alle möglichen negativen Emotionen aus – Neid, Hass, Verachtung, Schrecken, – nur keine Achtung. Ein Herr aber, der ohne Berechnung sein Einkommen und die Beute vergeudet, verdient, sogar wenn er über seine Verhältnisse lebt, noch Gelage veranstaltet und Geschenke verteilt, jegliche Hochachtung und Ruhm.*“ (Grujewitsch 2006: 41)

Eine solche Einstellung erscheint uns heutzutage befremdlich. Im Kontext der Erkenntnisse der Neurobiologie ist sie aber verständlich: Wenn es so war, dass die/der Geber/in durch Vergeudung und Freigebigkeit große Anerkennung durch seine Mitmenschen erhielt und eben diese Anerkennung für das Wohlbefinden der Menschen das zentrale Element ist, dann ist es klug, diese Überschüsse zu verschenken. Es besteht kein Anlass, die Überschüsse zu sammeln und zu investieren. In unsere moderne Wirtschaftssprache übersetzt bedeutet das: Die Überschüsse, die offensichtlich auch im Hochmittelalter erzielt wurden, wurden für konsumptive Zwecke („Freigebigkeit“) verwendet und nicht (oder nur in geringem Ausmaß) für investitive.

Freilich hat es auch im Mittelalter Feudalherren gegeben, die sich nicht an das Gebot der Freigebigkeit gehalten und versucht haben ihren Überschuss hoch zu halten. Dem waren aber Grenzen gesetzt, weil die Zahl der Frondienste und der Abgaben (Zehnt) gesellschaftlich geregelt waren und es gesellschaftlich offensichtlich nicht opportun war. Der wesentliche Unterschied zur heutigen Situation scheint mir aber der zu sein: Es gab damals keine Möglichkeit die Überschüsse gewinnbringend anzulegen: Ein reicher Feudalherr konnte seine Getreidespeicher auffüllen, größere Lager anlegen, Schmuck sammeln oder vieles andere mehr. Sein Reichtum wurde dadurch aber nicht mehr: Im Gegenteil musste er damit rechnen, dass Lebensmittel verderben, Geräte altern, er ausgeraubt wird oder seine Gebäude mit der Zeit an Wert verlieren. Es gab in der hochmittelalterlichen Realwirtschaft wenig Anreiz, Kapital anzulegen.

Also denke ich, dass die kapitalistische Entwicklung ($G - W - G'$) nicht durch eine Veränderung in der Realwirtschaft zu erklären ist. Es ist offensichtlich nicht so, dass Menschen – im ausgehenden Mittelalter – neue materielle Bedürfnisse entwickelt und in der Folge begonnen haben, materielle Tauschwerte zu vermehren. Von Seiten der Tauschwerte (W) sehe ich also keinen Impuls, zu vermehren. Also kann es auch nicht sein, dass durch eine Mehrung der Tauschwerte ein größerer Bedarf an Geld (G) erzeugt wurde. Wenn die kapitalistische Entwicklung nicht durch W ausgelöst wurde, dann bleibt nur noch G , also das Geld.

3.4.2. Kommt die kapitalistische Dynamik aus der Geldwirtschaft?

Wie schon vorhin dargestellt erlebt der Handel ab dem 12. Jahrhundert einen markanten und stetigen Aufstieg: Im Zuge dessen werden neue Städte gegründet und alte Städte vergrößert, Handelswege werden verbessert und Handelsmessen etablieren sich. Damit vor allem der internationale Handel florieren kann, braucht

es als gesellschaftliches Kommunikationsmittel immer häufiger Geld. Bis ins 12. Jahrhundert war die byzantinische Goldwährung ein weit verbreitetes Zahlungsmittel. Im 13. Jahrhundert beginnen aber auch die westeuropäischen Handelszentren mit der Münzprägung: In Genua, Florenz und Venedig werden ab der Mitte des 13. Jahrhunderts Goldmünzen geprägt. Die oberitalienischen Städte beherrschten den Handel im Mittelmeerraum. Im Norden Europas konnten die deutschen Städte eine Vormachtstellung aufbauen. (vgl. Le Goff 2007: 154ff)

Mehr Handel und größere gesellschaftliche Arbeitsteilung steigert spätestens ab dem 12. Jahrhundert die Nachfrage nach Geld. Wie sieht es nun mit dem Geldangebot aus? Das Angebot geht im Spätmittelalter zurück: Die Silberproduktion kommt in Europa im Laufe des 14. Jahrhunderts ins Stocken. Auch der Zufluss von Gold wird weniger. Edelmetall bleibt in Europa bis zum Ende des 15. Jahrhunderts sehr knapp. (vgl. Bockelmann 2004: 209) An diesem Punkt gilt es, sich das mittelalterliche Geldverständnis zu vergegenwärtigen: Geld war gedanklich fest an das Material gekoppelt. Wenn dieses Material knapp wird, weil zum einen die Nachfrage steigt (mehr Handel) und zum anderen das Angebot sinkt (weniger Silber), haben wir ein gewaltiges Problem. Eine theoretisch mögliche Lösung dieses Problems wäre – wie am Ausgang der Antike – ein Rückgang des Handels und eine Renaissance der Subsistenzwirtschaft. Das würde bedeuten, dass sich der Umfang des Tausches an das vorhandene Geldmaterial anpassen müsste. Dieser Lösungsweg wird im ausgehenden Mittelalter nicht beschritten: Die Arbeitsteilung war schon sehr weit fortgeschritten und hatte schon jenen kritischen Punkt überschritten, indem es nicht so einfach möglich war, zur reinen Selbstversorgung zurückzukehren. Die Menschen machen in dieser Situation die Erfahrung, dass sie das Geld brauchen:

„Seine Präsenz besteht nunmehr darin, dass ein gestiegener Anteil der Lebensbedürfnisse auf das Gelingen von Geldhandlungen angewiesen ist. Um sich mit den notwendigen Gütern zu

versorgen, muss nun an mehr Stellen und größerem Umfang Geld anstelle der naturalen Güter aufgeboten werden, muss Geld weggegeben und folglich auch eingelöst werden können.“ (Bockelmann 2004: 209, Hervorhebungen vom Autor)

Eine Rückkehr zum Naturaltausch war aufgrund der Komplexität der Handelsbeziehungen schwierig bis unmöglich. Also musste ein anderer Lösungsweg gefunden werden: Für moderne ZeitgenossInnen ist es sehr nahe liegend, was passiert, wenn die Nachfrage nach einem Gut steigt und das Angebot zurückgeht: Der Preis wird steigen. Also müsste der Preis des Geldes steigen. Man müsste Zins einheben. Dieser Lösungsweg hatte aber im Hochmittelalter einen gewaltigen Pferdefuß: Denn es gab eine gesellschaftliche Norm, die diese Lösung verbot. Und diese Norm hatte die Rückendeckung der damals mächtigsten Autorität im Land, jene der katholischen Kirche. Diese definierte Zins bzw. Wucher⁹ als „Inbegriff des Bösen, seit der Antike und durch das gesamte Mittelalter hindurch verfolgt von Bibel, Evangelien, Kirchenvätern und Kirchenrecht.“ (Prinz 2008: 134)

Das kirchliche Zinsverbot und seine Begründung

Das Zinsverbot wurde von der damals in Europa dominanten gesellschaftlichen Autorität, der katholischen Kirche, erlassen: 1139 wurde das altkirchliche Zinsverbot im Zweiten Laterankonzil postuliert und in der Folge von nahezu jedem Konzil wieder bekräftigt: Drittes (1179) und Viertes (1215) Laterankonzil, das zweite Konzil von Lyon (1274) und das Konzil von Vienne im Jahr 1311. Im päpstlichen Decretum Gratiani werden um 1140 die entsprechenden Stellen aus der Bibel und von den alten Kirchenvätern zusammengetragen. (vgl. LeGoff 2008: 30) Demnach war es also verboten, „usura“¹⁰ (Zins, Wucher) auf geliehenes Geld zu verlangen.

⁹ *Zins und Wucher wurden im Mittelalter synonym verwendet.*

¹⁰ *Der im Mittelalter gebräuchliche lateinische Terminus „usura“ kann sowohl mit dem Begriff „Zins“ als auch mit dem heute negativ besetzten Begriff „Wucher“ übersetzt werden: Die beiden Begriffe hatten im Sprachgebrauch der Kirche in Antike und Mittelalter die gleiche Bedeutung.*

Begründet wird das Zinsverbot zum einen durch den Rückgriff der kirchlichen Autoritäten auf Aristoteles, dessen Schriften eine wichtige Rolle in der ganzen mittelalterlichen Wissenschaft einnahmen. Aristoteles hatte argumentiert, dass mit dem Zins das Geld zweckentfremdet wird.¹¹ Geld sei für den Tausch und nicht für den Erwerb da. Aristoteles schreibt:

„So ist vollkommen vernünftig die Wucherei verhasst, deswegen, weil dort vom Geld selber das Erwerben rührt, nicht aber von dem, wozu eigentlich das Geld angeschafft wurde. Denn zum Geld kam es des Umsetzen willens, der Zins jedoch vermehrt dieses selbst. (...) Demnach ist diese Art des Kapitalerwerbes die, die am meisten der Natur zuwiderläuft.“ (Pol. 1258b)

Andererseits wird das Zinsverbot auch theologisch begründet: Stellvertretend für viele TheologInnen der damaligen Zeit sei der Scholastiker Thomas von Chobham (1160-1233/36) genannt. Chobham sieht in seinem Werk „*summa confessorum*“ (um 1216) die Grundproblematik des Zinses in der Tatsache, dass die Zeit Gott gehöre und der Zins folglich Diebstahl an Gottes Eigentum sei:

„Der Wucherer leiht dem Schuldner nichts, was ihm gehört, sondern nur die Zeit, die Gott gehört. Da er also mit einer fremden Sache handelt, darf er daraus keinen Gewinn ziehen.“ (zit. in Le Goff 2008: 54).

Und an anderer Stelle: *„Der Wucherer begeht einen Diebstahl (furtum) oder einen Wucher (usuram) oder einen Raub (rapinam), denn er empfängt fremden Besitz (rem alienam) gegen den Willen des >Eigentümers< (invito domino), welcher Gott ist.“* (zit. in Le Goff 2008: 52)

Einer der einflussreichsten Theologen des Mittelalter, Thomas von Aquin (1225-1274) hat sich intensiv mit dem Zinsverbot auseinandergesetzt. Wie viele TheologInnen seiner Zeit beruft er

¹¹ Die griechische Sprache unterscheidet nicht zwischen den Wörtern „Wucher“ und „Zins“. Das griechische Wort „*tókos*“ bedeutet Geburt, Nachkommenschaft, bezeichnet also die Vermehrung von Lebendigem. Dieses Wort wurde im Sinne von Ertrag, Gewinn, Zins und Wucher genutzt.

sich auf Aristoteles: Demnach verletze der Zins das Prinzip des Äquivalenztauses. Ein Tauschakt ist – nach Thomas von Aquin – nur dann gerecht, wenn Äquivalenz herrscht: Leistung und Gegenleistung sollen den gleichen Wert haben. Der Zins sei jedoch eine Äquivalenzverletzung, weil er über das Maß der Gleichheit von Leistung und Gegenleistung hinausgehe: Weil Münzen keine Münzen zeugen („Nummus non parit nummos“), müsse der Zins von jemand erarbeitet werden. Die/Der Gläubiger/in erhalte zwar den Lohn (Zins), erbringe aber keine Leistung.

„Das Geld aber ist ... vornehmlich erfunden, um Tauschhandlungen zu tätigen. Und so besteht der eigentliche und hauptsächliche Gebrauch des Geldes in seinem Verbrauch oder im Ausgeben des Geldes, sofern es für Tauschgegenstände aufgewandt wird. Und deshalb ist es unerlaubt, für den Gebrauch geliehenen Geldes eine Belohnung zu nehmen, die man Zins nennt.“ (Aquin: Summa theologica II – II, quaestio 78)

Thomas von Aquin hat den Zins dann genauer unter die Lupe genommen: Er untersucht, welche Teile des Zinses dem Äquivalenztausch entsprechen, wo also der Leistung eine Gegenleistung gegenübersteht und welche Teile des Zinses dem Äquivalenztausch widersprechen:

- **Versicherungsprämie (Äquivalenzprinzip erfüllt):**

Übernimmt ein/e Gläubiger/in mit ihrem/seinem Geld-Verleih das Risiko eines Kapitalverlusts, so konnte sie/er dafür – nach Meinung von Aquin – eine Entschädigung verlangen. Die/Der Gläubiger/in wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit einen Verlust (*damnum emergens*) erleiden. Dafür darf man Zins verlangen. Aquin schreibt:

„Wer ein Darlehen gibt, kann ohne Sünde mit demjenigen, der das Darlehen nimmt, ein Entgelt für den Schaden vereinbaren, durch welchen ihm etwas entzogen wird, was er haben soll: das heißt nämlich nicht, den Gebrauch des Geldes verkaufen, sondern einen Schaden vermeiden.“ (Aquin: Summa theologica II – II, quaestio 78)

Dieser Teil des Zinses hat – in moderner ökonomischer Sprache gesprochen – die Funktion einer Versicherungsprämie. Die Einnahmen (Prämien) und die erwarteten Verluste (Kreditverlust) sollten sich idealtypisch ausgleichen.

- **Strafgebühr (Äquivalenzprinzip erfüllt)**

Gerechtfertigt ist für Thomas von Aquin, wenn ein/e Gläubiger/ in eine Strafgebühr für die verspätete Rückzahlung eines Darlehens verlangt. Denn in diesem Fall erleidet die/der Gläubiger/ in einen doppelten Schaden: „Einmal, indem ihm genommen wird, was er tatsächlich besitzt. Und ein solcher Schaden ist immer wiedergutzumachen nach der vollen Höhe des Gleichmaßes; [...] In anderer Weise schädigt einer den anderen dadurch, daß er ihn am Gewinn dessen hindert, was jener zu gewinnen im Begriffe war. Und ein solcher Schaden braucht nicht in voller Höhe wiedergutmacht zu werden.“ (Aquin: Summa theologica II – II, quaestio 62)¹²

- **Vermittlungsgebühr (Äquivalenzprinzip erfüllt)**

Ein Teil des Zinses kann dadurch gerechtfertigt werden, wenn er als Vergütung für die Arbeit (stipendium laboris) verstanden wird. „Über Land zu fahren, Handelsplätze aufzusuchen, Geld zu wechseln und sogar die Bücher zu führen sind ebenfalls Tätigkeiten, die wie jede andere Arbeit einen Lohn beanspruchen dürfen.“ (Le Goff 2008: 103)

- **Reichtumsprämie (Äquivalenzprinzip nicht erfüllt)**

Thomas von Aquin hält aber jenen Teil des Zinses für verwerflich, wo ein/e Schuldner/in für die/den Gläubiger/in arbeitet, ohne dass die/der Gläubiger/in dafür eine Gegenleistung erbringt. Es sei nicht ethisch, wenn für einen entgangenen Gewinn (*lucrum cessans*) eine Entschädigung verlangt wird. Aquin meint: „Eine Vergütung hingegen des Schadens, der daraus in

¹² Aus dieser letzten Argumentation heraus wurde dann versucht, eine Rechtfertigung für den Zins als entgangenen Gewinn (*lucrum cessans*) zu bauen: Das erscheint mir nicht legitim, denn Aquin trifft eine Unterscheidung, ob der Gläubiger sein Geld freiwillig gibt (wofür es keine Entschädigung gibt) oder unfreiwillig (weil ihm der Schuldner den Kredit nicht zum vereinbarten Zeitpunkt zurückzahlt).

Betracht kommt, daß er mit dem Geld keinen Gewinn macht, kann nicht in die Vereinbarung einbezogen werden“ (Aquin: Summa theologica II – II, quaestio 78)

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Hochmittelalter

In dieser Phase (14. Jahrhundert) macht Europa eine traumatische Zeit durch, die u. a. durch das Stocken des Handels noch verschlimmert wurde: Zwischen 1315 und 1318 wurde Europa von einer „kleinen Eiszeit“ heimgesucht: Infolge dreier aufeinander folgender kalter und nasser Sommer kam es europaweit zur größten Hungerskatastrophe des Spätmittelalters, bei der in manchen Gegenden ein Drittel der Bevölkerung starb. Noch verheerendere Auswirkungen hatten die Pestepidemien, die Europa zwischen 1348 und 1353 heimsuchten: Nach der älteren Forschung sind dabei rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung Europas gestorben; in manchen Regionen gleich 75 Prozent. (Es dauerte mehrere Jahrhunderte, bis Europa wieder die alte Bevölkerungsdichte erreichte. Erst in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts nahm die Bevölkerung nicht mehr weiter ab, erst ab 1460 stieg sie allmählich wieder an.)

Viele HistorikerInnen gehen davon aus, dass diese humanitären Katastrophen das Leben für die Überlebenden aus der Bahn geworfen haben. Das unaufhaltsame Massensterben bedeutete eine tiefgreifende Erschütterung für das Lebensgefühl der Menschen. Es wird als unerhörtes, nie dagewesenes Unheil empfunden. Die Vorstellung von einem wohlwollenden Gott wird in ihren Grundfesten erschüttert. Gott wird zu einem Richter, der die Menschen für ihren Lebenswandel straft. Sein Zorn ist nur durch Opfer zu besänftigen. (vgl. Le Goff 2007: 212) Allerorts werden Schuldige für die Katastrophe gesucht und Sündenböcke gefunden: Judenprogrome und -verfolgungen finden im gesamten 14. Jahrhundert in vielen europäischen Ländern statt. Die „Heilige Inquisition“ nimmt sich in diesem Jahrhundert weniger der männlichen Ketzer,

als vielmehr der Hexen an. Umgekehrt entsteht auch eine neue Form der Frömmigkeit, insbesondere die Anrufung bestimmter Heiliger, die als VermittlerInnen zwischen Gott und den Menschen fungieren soll. Gott wird offensichtlich nicht mehr direkt angesprochen, es braucht besonders würdige VertreterInnen. Insbesondere der Hl. Sebastian und der Hl. Rochus erwerben einen Ruf als Pestheilige. (Le Goff 2007: 219ff)

Die Pest hatte eine bedeutende Auswirkung auf das Sozialgefüge der Menschen: Diese Krankheit hat eine kurze Inkubationszeit und führte nach zwei bis drei Tagen zum Tod. Und sie war vor allem ansteckend. Die Entdeckung der Ansteckungsgefahr brachte die fatale Erkenntnis: Der andere ist eine Gefahr für das eigene Leben. Die gesellschaftliche Gruppenstruktur wurde durch die Pest zerstört. Vor allem dicht zusammenlebende Gemeinschaften waren bedroht. Die Überlebenden verließen – so gut es ging – die größeren Gemeinschaften und gingen von den Städten aufs Land. Wenn das Zusammenleben mit anderen Menschen eine Gefahr darstellt, dann müssen – um des Überlebens willens – die anderen vermieden werden. So zersetzt der Schwarze Tod die Gemeinschaft und fördert die Individualisierung der Menschen. Er fördert die Idee von einem unabhängigen und autonomen Individuum, das um seine Einzigartigkeit und seine Bedeutung kämpft (vgl. Gronemeyer 2009: 20). Ein Überleben in einer individualisierten Gesellschaft ist aber nur möglich, wenn man entweder zur Subsistenzwirtschaft zurückkehrt oder aber den materiellen Austausch über das Geld organisiert. Also erhöht diese Individualisierung weiter die Nachfrage nach Geld.

Wir haben im 14. und 15. Jahrhundert folgende Gemengelage:

- Das Vertrauen in den wohlwollenden Gott und einen wohlwollenden Verlauf des Schicksals ist – durch die Katastrophen des 14. Jahrhunderts – nachhaltig erschüttert.
- Handel und die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land haben die Bedeutung von Geld – als Tauschmittel – in den vorhergehenden Jahrhunderten stetig steigen lassen.

- Das Material, auf dem Geld gemünzt wurde, wurde knapp.
- Das führte zu neuen Finanzinnovationen wie die Münzverschlechterungen, die sich aber langfristig nicht bewähren.

Weil die Knappheit von Geldmaterial als Geldknappheit wahrgenommen wird, beginnen beim Geld dieselben Kräfte zu wirken, die auch bei anderen knappen Gütern wirken. Mit größerer Knappheit werden die Kräfte immer größer: Die GeldbesitzerInnen machen die Erfahrung, dass sie von denen, die Geld für die Abwicklung ihrer Geschäfte brauchen, für die reine Überlassung des Geldes einen Preis, den Zins, verlangen könnten. Dem steht aber noch das gesellschaftliche Zinsverbot vor.

Also erscheint die Situation fatal: Wenn das Zinsverbot bleibt, stockt der Geldverkehr. Dann stockt in der Folge der Handel und die gesellschaftliche Arbeitsteilung müsste zurückgehen. Wenn man das Zinsverbot aber umgeht, zieht man sich den Zorn der höchsten gesellschaftlichen Autorität zu. Historisch dürfte im 14. Jahrhundert ein dritter Lösungsweg beschritten worden sein: Man kehrte nicht zum Naturaltausch zurück, setzte aber auch das Zinsverbot nicht außer Kraft, sondern verschlechterte sukzessive die Münzen. Man senkte den Feingehalt des Edelmetalls und konnte so aus der gleichen Materialmenge mehr Münzen prägen. Dabei entdeckt man offensichtlich folgendes Phänomen: Die schlechten Münzen laufen viel rascher um als die guten. Denn die guten Münzen werden – im Vertrauen auf dem Tauschwert des Materials – zurückgehalten; die schlechten werden gerne weitergegeben und sind damit viel häufiger im Umlauf. (vgl. Bockelmann 2004: 209f) Für die HerausgeberInnen der Münzen war diese Finanzinnovation mit einer großen Versuchung verbunden: Mit der Senkung des Materialgehalts konnten sie hohe Gewinne erzielen. Wird der Materialwert der Münzen ständig reduziert, so entsteht die Gefahr, dass das Vertrauen in das Geld sinkt; vor allem dann, wenn in kurzer Zeit eine zu große Entwertung vorgenommen wird. Weil das offensichtlich der Fall war, konnte sich diese Lösung nicht durchsetzen. Es musste eine andere Lösung her.

Die Umgehung des Zinsverbots

Der Effekt des kirchlichen Zinsverbotes war in sich paradox. Wenn sich das Verbot weitgehend – aber nicht vollkommen – durchsetzt (und die wirkenden Marktkräfte von Angebot und Nachfrage weiterhin am Werk aktiv sind), bewirkt das Verbot eine zusätzliche Einschränkung des Angebotes. Das bedeutet in einer Marktwirtschaft, dass der Preis des Geldes (Zinsen) weiter steigt, sprich die Verlockung, sich doch über das Verbot hinwegzusetzen, immer größer wird. Diese marktwirtschaftlichen Wirkkräfte waren schlussendlich stärker als die kirchlichen Autoritäten.

Ein erster Ausweg war die Tatsache, dass das Zinsverbot nicht für die gesamte Gesellschaft galt. Das kirchliche Verbot bezog sich nur auf die Zinsnahme durch ChristInnen von ChristInnen. Damit waren beispielsweise JüdInnen bei ihren Geschäften mit ChristInnen von diesem Verbot ausgenommen. „Übrigens galt für Juden untereinander ebenfalls das biblische Gebot, Geld gegen Zins nur an Nichtjuden zu leihen; es wurde ebenso wenig konsequent befolgt wie von Christen.“ (Fried 2008: 144) Die Nicht-ChristInnen durften also erlaubter Weise mit den ChristInnen Geldgeschäfte abwickeln und dafür Zins verlangen. Damit war ein erstes Loch in den Damm des kirchlichen Verbots gerissen: Wenn es einer Gruppe erlaubt war, Zins zu nehmen, konnte sich diese Wirtschaftsform in der Gesellschaft ausbreiten.

Der zweite Ausweg war, dass man sich schlicht und einfach über das Verbot hinwegsetzte: Trotz Zinsverbotes verbreitete sich das Bankgeschäft (inklusive Zinsnehmen) frühzeitig auch unter ChristInnen, vor allem in den oberitalienischen Handelszentren in der Lombardei und in der Toskana. Seit dem 13. Jahrhundert traten dort die sogenannten Lombarden auf. Das waren befristet zum Geldhandel zusammengeschlossene Kaufleute, zumeist aus dem Piemont, die sich in Gesellschaften zusammenschlossen und als reisende GeldhändlerInnen westlich und nördlich der Alpen in Erscheinung traten. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts weiteten sie ihren Einflussbereich bis Holland und Flandern aus. (vgl. Fried 2008: 136f)

Im 13. Jahrhundert entwickelte sich ein gewaltiger gesellschaftlicher Widerspruch: Einerseits hatten die anerkannten gesellschaftlichen Autoritäten (katholische Kirche) den Zins verpönt. Das Zinsnehmen war Sünde. Der Wucherer gehörte zu dieser Zeit „zu den wenigen Menschen, deren Beruf *secundum se*, „an sich“ und *de natura*, „seiner Natur wegen“ verurteilt wird. (...) Dieses bittere Leid teilte er mit Dirnen und Gauklern.“ (Le Goff 2008: 67f) Dies hatte zur Folge, dass sie nicht das Recht hatten, der Kirche Almosen zu geben, damit die Gläubigen für sie beten. Zudem wurde ihnen ein christliches Begräbnis verweigert. (vgl. Le Goff 2008: 68) Andererseits wurde gesellschaftlich akzeptiert, dass sich eine neue wirtschaftliche Praxis entwickelte: In den Zentren des christlichen Abendlandes entstand ein neuer Wirtschaftszweig; der Zins abschöpfende Geldhandel. Die GeldhändlerInnen kamen rasch zu großem Reichtum und genossen hohes Ansehen: „Die soziale Rangstellung eines Bankiers im Florenz des 13. Jahrhunderts [war] mindestens so gehoben wie die eines Bankiers im New York des 20. Jahrhunderts.“ (John Noonan; zitiert in: Le Goff 2008: 76)

Die weltlichen gesellschaftlichen Autoritäten versuchten indes, die Kreditwirtschaft in geordnete Bahnen zu lenken und die Höhe des Zinses in Zaum zu halten: „Nach den moderaten Bestimmungen des bereits christlich geprägten und für die mittelalterliche Jurisprudenz bedeutsamen justinianischen Zivilrechts (...) akzeptierte [man] als allgemeinen Satz lediglich 6 Prozent, (...) für Seedarlehen wegen des höheren Risikos 12 Prozent.“ (Fried 2008: 137f) Man ließ den Zins also zu, versuchte ihn aber zu begrenzen. Aber auch diese Begrenzung gelang nicht: Denn tatsächlich bewegten sich die mittelalterlichen Sätze im Schnitt um die 30 Prozent; Spitzensätze konnten weit über 200 Prozent erreichen. (vgl. Fried 2008: 138) Es war also ein sehr gutes Geschäft, in den Geldhandel einzusteigen.

An dieser Stelle sei schon einmal skizziert, was es bedeutet, wenn ein Geldbetrag jährlich um einen gewissen Prozentsatz

steigt. Der Betrag vermehrt sich dann exponentiell. Für exponentielles Wachstum haben wir Menschen kaum eine Vorstellung entwickelt: Wird ein Geldbetrag jährlich um 30 Prozent vermehrt (und muss dabei keine Verluste wie Kreditausfall o.ä. in Kauf nehmen), so wird sich der eingesetzte Geldbetrag innerhalb von zwei Jahren fast verdoppeln. Nach zehn Jahren hat er sich bereits um den Faktor 14 vermehrt, nach 20 Jahren um den Faktor 190 und nach 30 Jahren um den Faktor 2.620. Um das an einem Beispiel deutlich zu machen: Hat jemand einen Geldbetrag, um den sie/er sich ein Haus kaufen kann, so kann sie/er sich – ohne nur einen Finger gerührt zu haben – nach 30 Jahren 2.620 Häuser kaufen.¹³ Damit das möglich ist, müssen andere für ihn arbeiten und – wie in diesem Beispiel – die Häuser bauen. (Wenn „nur“ die Hälfte des Zinses, also 15 Prozent, in die Geldvermehrung eingespeist werden kann, wäre ein Geldbetrag nach 30 Jahren „nur“ um den Faktor 66 vervielfacht.)

Wenn man diese Dynamik zulässt, entwickelt sie in kurzer Zeit eine solche Kraft, dass sie zwangsläufig die gesellschaftlichen Machtverhältnisse transformieren muss. Diejenigen, die zufällig oder bewusst nach dieser Logik handeln (weil sie Geld gewinnbringend anlegen), werden in kurzer Zeit reich, vermögend und mächtig.

Die alten, kirchlichen Autoritäten ahnten vermutlich, dass eine solche Entwicklung den einzelnen Menschen und der Gesellschaft nicht gut tun konnte. Es gelang ihnen aber im ausgehenden Mittelalter nicht, eine intelligente Lösung zu finden. Sie schafften es nicht, die wirkenden Kräfte zu bändigen. Es fiel ihnen nichts anderes ein als die gebetsmühlenhafte Wiederholung des Zinsverbotes. Damit waren sie angesichts der großen Verlockung des Zinsnehmens auf verlorenem Posten.

¹³ Die Dynamik geht freilich auch nach 30 Jahren weiter: Nach 50 Jahren wurde aus einem Gulden bei 30prozentiger Verzinsung schon fast eine halbe Million Gulden, nach 60 Jahren schon beinahe sieben Millionen Gulden.

Ausbeutung und Pogrome

Nach Thomas von Aquin verletzt ein Teil des Zinses (Reichtumsprämie) gegen das Prinzip des Äquivalenztauses: Einer erbringt keine Leistung und erhält dafür einen Lohn. Ein anderer erbringt eine Leistung und erhält dafür keinen (bzw. nicht den vollen) Lohn. Das ist im Prinzip schon bei sehr geringen Reichtumsprämien der Fall, erlangt aber besondere Bedeutung, wenn Zinssätze von 30 Prozent oder mehr ins Spiel kommen. Es wird dann umverteilt: von jenen, die wenig haben zu jenen, die viel haben. Oder anders ausgedrückt: Von jenen, die nur noch über ihre Arbeitskraft verfügen zu jenen, die über Kapital verfügen. Es handelt sich dabei um gesellschaftlich akzeptierte Ausbeutung. Durch die Umgehung des Zinsverbotes wird die Ausbeutung in der Gesellschaft nach und nach etabliert. Die Folgen sind bedeutsam: Reichtum konzentriert sich bei den GeldbesitzerInnen, die breite Masse verarmt. Diese Entwicklung ist gefährlich, denn die steigende Ungleichheit steigert den gesellschaftlichen Stress. Wenn die Entwicklung lange andauert, kann sie rasch in Revolten und Gewalt umschlagen: Ziel der Gewalt sind die Menschen, die für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden. Die Gewalt muss nicht zwangsläufig die Reichen treffen; die Aggression kann auch verschoben werden. (vgl. Bauer 2011: 76ff)

Für die weitere Abhandlung ist mir sehr wichtig: Die Reichtumsprämie verändert die *Strukturen* des Zusammenlebens. Wie die Geschichte tragischerweise zeigt, werden diese Strukturen häufig *personalisiert*. Die Ausbeutung wird mit konkreten Menschen und Menschengruppen assoziiert, die im Sinne dieser Strukturen handeln. Wie die europäische Geschichte zeigt, setzte man häufig die Ausbeutung durch das Zinssystem (Strukturen) mit den JüdInnen (Personen) gleich. Indem man die Personen bekämpfte und furchtbare Verbrechen beging, sollte das System bekämpft werden.¹⁴ Diese Gleichsetzung halte ich in zweifacher Weise für fatal:

¹⁴ Diese Gleichsetzung von JüdInnen mit dem Zinssystem ist freilich nicht der einzige Grund für den Antisemitismus. Ich halte sie aber für ein zentrales Element. Die Gleichsetzung der Ausbeutung mit den JüdInnen ist auch heutzutage zu beobachten; auch in der globalisierungskritischen Bewegung.

Erstens wird mit der Gleichsetzung von Personen (JüdInnen, BankerInnen, usw.) mit einem ausbeuterischen System Gewalt gerechtfertigt: Vertreibung, Einschüchterung und Ermordung von Menschen: Man verübte Judenprograme, weil die JüdInnen für die ausbeuterischen Strukturen verantwortlich gemacht wurden (und erfand dazu noch allerlei Geschichten über die Bösartigkeit dieser Gruppe: Brunnenvergiftung, Hostienschändung, usw.). Die Gleichsetzung von Strukturen mit Personen ist aber zweitens auch fatal, weil mit der Vertreibung und Ermordung der Personen, die im Sinne der ausbeuterischen, gesellschaftlichen Strukturen handeln, die Strukturen nicht verändert werden. Die Folge ist: Menschen werden getötet, die ungerechten Strukturen aber bleiben.

Die europäische Geschichte im Spätmittelalter und in der Neuzeit ist voll mit Berichten über Judenverfolgung und -vernichtung. Die ersten Berichte sind schon im 12. Jahrhundert in Frankreich zu finden. Dort wird zunächst auch den JüdInnen der Wucher verboten¹⁵. Man sagt ihnen, sie sollten von ihrer Hände Arbeit leben. In der Folge werden JüdInnen ein erstes Mal des Landes verwiesen; die ausstehenden Kredite wurden konfisziert. Im 13. Jahrhundert finden sich schon in anderen europäischen Ländern Berichte über die Ausweisung von JüdInnen. Immer wieder holt man sie wieder zurück, um sie nach Jahrzehnten wieder zu vertreiben. Mit der Vertreibung werden in der Regel die Kredite gestrichen. (vgl. Fried 2008: 145) Weil die Strukturen unverändert blieben, wurde dieses – oft blutige – Schauspiel immer wieder von vorne begonnen.

Offensichtlich besteht ein grausam-tödlicher Wiederholungszwang, der sich aus folgenden Elementen speist:

- Ausgangspunkt ist die steigende Arbeitsteilung, die die Nachfrage nach Geld erhöhte. Gleichzeitig wurde aber das Geldmaterial knapp.

¹⁵ Im Übrigen war für die JüdInnen der Geldhandel im mittelalterlichen Deutschland nicht der wichtigste Erwerbszweig. (Fried 2008: 144f)

- Knappes Geld ist im Kapitalismus nur mit leistungslosen Zinsen (Reichtumsprämie) zu haben. Also benötigt man Menschen, die dieses Geld leihen.
- Die leistungslosen Zinsen sind für die VerleiherInnen ein gutes Geschäft (weil sie keine Leistung für den Verleih erbringen müssen) und für die LeiherInnen nichts anderes als Ausbeutung (weil sie für die Abgeltung der Zinsen arbeiten müssen).
- Die Dynamik ist exponentiell; am Beginn kaum spürbar und nach einigen Perioden nicht mehr bewältigbar. Durch die exponentielle Wachstumsdynamik explodieren die Spannungen immer wieder. Sie entladen sich in der Vertreibung oder im Mord der GeldverleiherInnen. Die systemischen Ursachen werden personalisiert.
- Nach der Vertreibung oder dem Ermorden der GeldverleiherInnen sind die Schulden (und Vermögen) gelöscht. Die Ausgangssituation ist aber wieder die gleiche: hohe Nachfrage nach Geld und geringes Angebot. – Am System hat sich nichts geändert. Das tödliche Spiel kann wieder von vorne beginnen.

Wucherer: Angesehen und verhasst

Der Geldverleih wird angesichts der skizzierten Zinssätze rasch zu einem lukrativen Geschäft. Dieser Beruf bringt gutes Einkommen und damit eigentlich hohes Ansehen. Aber die katholische Kirche zählt die Wucherer zu den verdammten Berufszweigen. Im 13. Jahrhundert vollzieht sich nun in der christlichen Heilslehre eine interessante Wendung: Bis dahin gab es für die Menschen nach dem Tod nur zwei Alternativen: Hölle oder Paradies. Nun kommt eine neue Alternative dazu: das Purgatorium, eine Stätte der Reinigung, also das Fegefeuer. Jaques Le Goff datiert die Geburt des Fegefeuers ins 13. Jahrhundert. Dieses Fegefeuer war vor allem für die Wucherer interessant. Für sie bedeutete es, dass sie nicht mehr automatisch verdammt wurden, sondern durch gute Taten und Reue über das Fegefeuer auch ins Paradies gelangen konnten. (vgl. Le Goff 2008: 107ff)

Eine Möglichkeit, gute Taten zu setzen, waren beispielsweise der Kirchenbau, die Almosenpflege oder die Errichtung von Hospitälern. Wir finden nun im 14. und 15. Jahrhundert tatsächlich viele Hinweise auf das Mäzenatentum der neuen Oberschicht: Die reichen Kaufleute und GeldhändlerInnen förderten den Kirchenbau und die Bezahlung von KünstlerInnen für die Ausschmückung der Bauwerke. Diese Taten galten als Akte der Frömmigkeit. (vgl. Le Goff 2007: 161) Damit wurde das christliche Zinsverbot auch für ChristInnen nach und nach ausgehöhlt; auch mit Unterstützung der katholischen Kirche.

Ein weiterer Schritt war die Legalisierung des so genannten Zinskaufs. Dies war eine Art Hypothekengeschäft. Ein Gläubiger (Zinsherr) leiht einem Schuldner (Zinsmann) Geld. Der Zinsherr beteiligt sich damit an einem Geschäft des Zinsmannes, zum Beispiel einer Landwirtschaft. Als Sicherheit dient dem Zinsherrn die landwirtschaftliche Fläche. Als Gegenleistung zahlt der Zinsmann dem Zinsherrn nicht nur die Schuldsomme, sondern auch einen Teil des erwirtschafteten Ertrags (Rente) – definiert als Entschädigung für den Verzicht auf die Gewinnbeteiligung – zurück.

Die Zinsfrage bewegt die christlichen Gemüter aber bis in die Neuzeit hinein: Die Auseinandersetzung um das Zinsverbot nimmt eine zentrale Rolle in den reformatorischen Bewegungen ein: Gerechtfertigt wird diese Praxis vom Theologen Dr. Johannes Eck (1486 - 1543), *dem* Widersacher von Martin Luther (1483 - 1546), durch die theoretische Rechtskonstruktion des *contractus trinus*. Es gäbe demnach drei erlaubte Verträge:

- Ein Gesellschaftervertrag, bei welchem der eine eine Geld- oder Sacheinlage und der andere seine Arbeitskraft einbringe
- Ein Garantievertrag über den Erhalt der Summe
- Eine Absprache über den Verzicht auf die Gewinnbeteiligung gegen eine Zahlung, die allerdings in der Regel unter dem möglichen Gesamtgewinn lag

Sobald die Entschädigungszahlung nicht mehr vom jeweiligen Ertrag abhing, sondern eine feste Summe vereinbart wurde, haben wir es faktisch mit einem verzinsten Darlehen zu tun. Konsequenterweise hielt Eck auch einen Zins (von fünf Prozent) für gerechtfertigt.

Sein ideologischer Widersacher Martin Luther geißelt hingegen die Praxis des Zinsnehmens: „*Darum ist ein Wucherer und Geizhals wahrlich kein rechter Mensch; er sündigt auch nicht eigentlich menschlich! Er muss ein Werwolf sein, schlimmer noch als alle Tyrannen, Mörder und Räuber, schier so böse wie der Teufel selbst!*“ (Fabiunke 1963: 229) Luther kritisiert den Zins (unabhängig von seiner Höhe), weil durch den Geldverleih mehr oder Besseres gefordert und genommen wird. Allerdings nennt auch er Ausnahmen vom Zinsverbot: Erlaubt sei der Zins als Schadensersatz bei verspäteter Rückzahlung, als Entschädigung für entgangenen Gewinn, als „Zinskauf“ (Rentenkauf) in Form eines bestimmten Prozentsatzes des konkreten Ertrags und als „kleines Notwüchlein“, das z.B. dann vorliege, wenn eine Witwe außer einer Zinseinnahme für ihr Vermögen nichts zum Leben habe. (vgl. Geitmann 1989: 21f)

Die Reformatoren Ulrich Zwingli (1484 - 1531) und Johann Calvin (1509 - 1564) liefern neue Argumente zur Umgehung des Zinsverbots: Sie nehmen eine Trennung zwischen Kirche und Staat vor: Zwingli meint, der Zins sei zwar unchristlich, aber im staatlichen Kontext sei er legitim: Der Staat habe das Recht, einen Zinsfuß festzusetzen. Calvin legitimiert das Zinsnehmen, wenn es mit brüderlicher Liebe im Einklang stehe. Selbst in der Tradition der Händler groß geworden meint Calvin: „*Geld ist dazu da, sich durch wirtschaftliche Tätigkeit zu vermehren.*“

In den folgenden Jahrhunderten wurde in den Kirchen noch um die Auslegung des Zinsverbotes gerungen. Allerdings handelte es sich dabei um eine theoretische Diskussion, denn die größeren Kirchen hatten sich längst damit abgefunden, dass die weltlichen Mächte das Zinsnehmen in der Praxis akzeptierten. (vgl. Geitmann

1989: 22f) Mit der Tatsache, dass der verzinste Geldverleih immer üblicher wurde, bekam auch die kirchliche Argumentation gegen das Zinsverbot Schwierigkeiten: Im 17. Jahrhundert versucht ein gewisser Leonard Lessius mit Verweis auf Thomas von Aquin den Zins zu rechtfertigen: Wie schon dargestellt hielt es Thomas von Aquin für angemessen, einen Zins zu verlangen, wenn die/der Schuldner/in der/dem Kreditgeber/in den Kredit nicht zum vereinbarten Zeitpunkt zurückzahlt. Diese Strafzahlung sei gerechtfertigt, weil die/der Kreditgeber/in dann in der Folge sein Geld nicht in Gewinn bringende Geschäfte investieren könne. Obwohl Thomas von Aquin dezidiert die Zinsnahme für Gewinnentgang ausschloss, knüpft Lessius an dieser Stelle an: Die Rahmenbedingungen hätten sich nun so weit verändert, dass nicht-verzinstes Eigen- oder Fremdkapital *immer* einen Gewinnentgang bedeuteten. Der Zins sollte daher generell zu zahlen sein. (vgl. Bockelmann 2004: 219)

Trotz des formellen Zinsverbotes ist es also an der Zeitenwende von Mittelalter und Neuzeit gelungen, den Geldverleih zu etablieren und zu einem wichtigen Geschäftszweig auszubauen. Freilich gilt es zu beachten: Handel und Gewerbe machten in dieser Zeit nur einen sehr kleinen Teil der Wirtschaft aus. Der allergrößte Teil der Menschen war in der Landwirtschaft tätig. Geld spielte im bäuerlichen Alltag nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Es ist das „lange 16. Jahrhundert“, in dem sich die Geldwirtschaft in alle gesellschaftlichen Schichten hinein ausbreitet. Am Beginn des 17. Jahrhunderts zieht der englische Ökonom und Kaufmann Ewald Misselden die Bilanz, dass nun Schritt für Schritt alle Dinge mit Geld bewertet wurden und so Geld zum Wert aller Dinge wurde. (vgl. Bockelmann 2004: 213) *„Dieser Stand des Geldes, derjenige, der sich für uns so ganz und gar von selbst versteht, dieser Stand, auf dem das Geld eine „Wirtschaft“ und diese Wirtschaft sich des Geldes bedient, ist zu jener Zeit zum ersten Mal historisch erreicht.“* (Bockelmann 2004: 213)

Der Samen war aber schon im ausgehenden Mittelalter gesetzt: Der Anfang wurde mit der zuerst stillen und später dann offenen Duldung des Zinses – in seiner arbeits- und risikolosen Form – gesetzt. Dieses neue Kreditgeld wurde in den damaligen Handelszentren etabliert und breitete sich von dort aus immer weiter aus. Aus Geld wurde also Kapital. Das eingesetzte Geld sollte nicht einfach bloß verliehen und damit Einkommen erzielt werden. Das eingesetzte Geld wollte vermehrt werden. In diesem Sinne war es dann auch egal, ob Geld als Eigen- oder Fremdkapital verwendet wurde. Die Veränderung beim Geldverleih (Fremdkapital) wirkt also auf das gesamte Kapital (Fremd- und Eigenkapital) zurück. Kapital musste nun ständig mit einem Überschuss versehen werden. Aus Geld muss mehr Geld werden.

Finanzinnovation: Papiergeld und Geldschöpfung

Wenn es erlaubt war, für den Verleih des knappen Gutes Geld eine Reichtumsprämie zu verlangen, so ändert das nichts an der Knappheit des Geldmaterials, im Gegenteil: Wie soll Geld wachsen, wenn es an den Tauschwert des Materials gekoppelt ist, dieses Material aber endlich ist? Eine Lösung wäre es, dass neues Geldmaterial gefunden wird. Weil Edelmetalle im ausgehenden Mittelalter aber knapp waren, musste eine neue Finanzinnovation aushelfen. Historisch gesehen waren das neue Kreditinstrumente wie Wechsel oder Inhaber-Schuldscheine. (vgl. Bockelmann 2004: 209f) Aus der scheinbaren Zwangslage (zurückgehendes Angebot an Geld-Material, steigende Nachfrage) wird die Erkenntnis gewonnen, dass Geld auch dann funktioniert, wenn es keinen unmittelbaren Gebrauchswert repräsentiert. Man entdeckte offensichtlich, dass Geld auch dann seine Funktionsweise entfalten kann, wenn jemand einen Papierschein ausfüllt, indem die/der Gläubiger/in der/dem Schuldner/in verspricht, dass sie/er ihr/ihm bei der Einlösung des Scheins eine bestimmte Menge an Edelmetall aushändigen wird. Wenn nun in einem anderen Finanzgeschäft zwei PartnerInnen der/dem Schuldner/in *vertrauten*,

dass sie/er die Schuld zurückbezahlen wird, dann konnten mit eben diesem Schuldschein andere Rechnungen bezahlt werden. Statt des Edelmetalls kamen Schuldscheine in Umlauf.

Im ausgehenden Mittelalter und in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit ist der Glaube an die Kraft des Papiers noch sehr eng an das Material des Münzgeldes verknüpft. Nur vorübergehend akzeptierte man, dass – wie bei einem Wechsel – das Bargeld durch Papier ersetzt wurde. (vgl. North 1994: 66) Der Glaube an die Kraft des Papiers musste vom Tauschwert des Geldmaterials „gedeckt“ sein. Und man musste auf eine Autorität vertrauen, die imstande war, den Schuldschein wieder in das bewährte Edelmetall umzutauschen. Je mächtiger und potenter eine Autorität war, desto leichter war es, an die Kraft des Papiers zu *glauben*. Daher übernahm am besten eine mächtige Institution die Garantie für die Deckung der Schuldscheine. Es beginnt hier ein Prozess, in dem sich der materielle Wert des Geldes vom gedachten Geldwert löst. „Der feste Bestand, den es bis dahin nur im wertvoll gedachten *Material* hatte, geht dann nämlich über in die bestandsfeste *Allgemeinheit des Bezugs* aller Dinge auf den Geldwert.“ (Bockelmann 2004: 225; Hervorhebungen durch den Autor)

Der Bezugspunkt für Geld muss sich zwangsläufig ändern, wenn die Geldmenge – bei physisch begrenztem Angebot von Geldmaterial – durch die Reichtumsprämie laufend ausgedehnt wird. Geld löst sich vom Material und nimmt sich die *Allgemeinheit des Bezugs aller Dinge* als neuen Bezugspunkt. Der gedachte Tauschwert aller Waren wird zur neuen Messlatte für Geld. Das Papier, auf dem Schuldscheine oder Papiergeld gedruckt werden, hat nur noch symbolische Bedeutung. Essenziell ist der *Glaube* der MarktteilnehmerInnen, dass alle anderen auch an die symbolische Bedeutung des Papiers *glauben*.

Das, was hier beschrieben wird, sind die Anfänge der Geldschöpfung. Sie ist die logische Folge der Geldvermehrung. Geld löst sich nach und nach vom Tauschwert des Materials, ist aber anfangs noch sehr eng an die Tauschfähigkeit des Geldmaterials

geknüpft. Diese Verknüpfung ist anfangs essenziell, damit der *Glaube* in die Kraft des Geldes nicht gestört wird. Um den *kollektiv* geteilten Glauben in die Tauschfähigkeit des Geldes zu fördern, wird die Tauschfähigkeit durch mächtige Institutionen garantiert.¹⁶ In meiner Darstellung bin ich vereinfachend davon ausgegangen, dass sich die Reichtumsprämie – aus der Knappheit des Geldes heraus – seine Bahn geschlagen hat und dann im Gefolge die Geldschöpfung quasi erzwungen hat. Ich glaube jedoch nicht, dass diese beiden Prozesse chronologisch genauso abgelaufen sind: zuerst Reichtumsprämie, dann Geldschöpfung. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass sich die beiden Prozesse gegenseitig bedingt haben: ohne Reichtumsprämie keine Geldschöpfung, ohne Geldschöpfung keine Reichtumsprämie. Die Reichtumsprämie ergibt sich aus der Knappheit des Geldes. Wenn sie in den Geldprozess eingeführt ist, erhöht sie ja die Geldmenge und verschärft die bestehende Geldknappheit. Also verlangt sie zwangsläufig nach der Finanzinnovation der Geldschöpfung.

Das moderne Geld, das für den Geldverleih eine Reichtumsprämie berechnet, verlangt nach mächtigen Institutionen, die den Geldhandel abwickeln. Also entstehen in den reichen Handelszentren erste Bankhäuser, die das Geld der AnlegerInnen gewinnbringend verwalten. Das führt u.a. dazu, dass sich der Geldbestand konzentriert und die neuen Bankhäuser sehr große Vermögen verwalten, die ihrerseits in gewinnbringenden Geschäften investiert werden mussten. Die großen Bankhäuser schufen mit ihrer Größe die Garantie, dass ihre Schuldscheine gedeckt waren. Am Beginn der Neuzeit entstehen in Europa die modernen Staaten. Sie lösen nach und nach die großen Geldhäuser in ihrer Funktion der Sicherstellung des Geldwertes ab. Ausgehend von den Handelszentren, die auf die Funktionstüchtigkeit des Geldes angewiesen waren, werden ab Beginn der Neuzeit Territorien definiert, in denen die staatliche Autorität Münzen

16 Das bedeutet umgekehrt: Wenn in Krisensituationen diese mächtigen Institutionen die Funktionsweise des Geldes nicht mehr aufrecht erhalten können, weil sie die Nachfrage nach Geld nicht mehr befriedigen können, wird dieser Glaube erschüttert. Die ehemals mächtigsten Institutionen verlieren dann über Nacht an Autorität und werden macht- und wertlos.

druckt, die Garantie für Schuldscheine übernimmt und notfalls auch für die Eintreibung der Schulden sorgt. Die Existenz von Staaten ist also sehr eng an das Geld gebunden. Staaten haben ihre Berechtigung dann, wenn sie die Funktionstüchtigkeit des Kreditgeldes garantieren können.

Historisch war es so, dass das ausgehende Mittelalter von weiten Entdeckungsreisen geprägt war. Nicht nur Amerika wurde entdeckt, auch der Fernhandel nach Afrika und Asien erlebte einen deutlichen Aufschwung. Eine notwendige Voraussetzung für diese Expeditionen war deren Finanzierung. Es musste also im 15. Jahrhundert schon Menschen(gruppen) gegeben haben, die über viel Geld und Vermögen verfügten und es – mit der Aussicht auf noch mehr Geld und Vermögen – in riskante Abenteuer steckten. Als Voraussetzung für die Entdeckungsfahrten brauchte es also die Konzentration von Kapital in den Bankhäusern, damit derartig kostspielige Unternehmen überhaupt finanziert werden konnten.

Halten wir also fest: Ich glaube, dass im Geldsystem der Auslöser für die kapitalistische Entwicklung ($G - W - G'$) zu suchen ist: Durch die gesellschaftliche Akzeptanz der Reichtumsprämie, also jenem vollkommen leistungslosen Zinsteil, vermehrt sich die vorhandene Geldmenge automatisch. Wenn G nun laufend wächst, wird W in aller Regel mitwachsen.

3.5. Klärungen

Bevor ich die Auswirkungen des „modernen Geldes“ ausführlicher beleuchte, möchte ich wesentliche Klärungen vornehmen: Wie schon Thomas von Aquin dargestellt hat, sind die unterschiedlichen Teile des Zinses unterschiedlich zu bewerten. Anstößig haben die mittelalterlichen TheologInnen alleine die Tatsache empfunden, dass beim Zinsnehmen jemand leistungs- und risikolos Einkommen erhält. Für alle anderen Bestandteile des Zinses fanden sie eine Rechtfertigung. Daher soll im Folgenden für eine ethische Beurteilung noch einmal deutlich gemacht werden, in welche Bestandteile der Zins aufgeteilt werden muss.

3.5.1. Die verschiedenen Bestandteile des Zinses

Der Zins zerfällt in folgende Teile:

- **Versicherungsprämie:** Besteht beispielsweise ein 5prozentiges Risiko, dass ein/e Kapitalverleiher/in ihren/seinen Kredit nicht mehr zurückgezahlt bekommt, so wird sie/er einen 5prozentigen Risikoausgleich verlangen. Gesetzt den Fall, sie/er vergibt an viele KreditnehmerInnen Kredite, so muss sie/er dieses Risiko mit einkalkulieren, wenn sie langfristig nicht verlieren will. Vergibt unser/e Gläubiger/in also beispielsweise die gleiche Summe an 20 KreditnehmerInnen mit einem Ausfalls-Risiko von jeweils 5 Prozent, dann muss sie/er damit rechnen (Erwartungswert), dass sie/er durchschnittlich in genau einem Fall ihren Kredit nicht zurückbekommt. Durch die Berechnung der Versicherungsprämie hält sie/er sich aber schadlos. Aus ethischer Sicht ist gegen diesen Ausgleich nichts einzuwenden.
- **Vermittlungsentgelt:** Im Regelfall steht zwischen Kreditgeber/in und Kreditnehmer/in eine Bank. Sie erhält von den KreditgeberInnen die Einlagen und gibt sie – mit Aufschlag – an die KreditnehmerInnen weiter. Die Tatsache, dass für die Dienstleistung der Vermittlung ein Entgelt verlangt wird, ist nachvoll-

ziehbar. Es müssen von einer Bank sowohl die variablen (Löhne) als auch die fixen Kosten (Gebäude, Einrichtung, etc.) erwirtschaftet werden. In einer gut funktionierenden Marktwirtschaft sollte die Konkurrenz unter den Banken dafür sorgen, dass dieses Entgelt nicht zu hoch wird. Außerdem stellt auch die Möglichkeit, dass ein/e Kreditgeber/in direkt an eine/n Kreditnehmer/in ihr/sein Geld verleiht, eine Option dar. Wenn das Vermittlungsentgelt, das die Banken verlangen, zu hoch ist, wird diese Option attraktiver.

- **Liquiditätsprämie:** Für jeden Menschen ist es ein Vorteil, wenn er sein Geld immer zur Verfügung hat. Er wird es zumeist nicht in voller Summe und über die gesamte Zeit brauchen, aber es ist für ihn besser, alles Geld zu haben, um im Notfall sofort liquide zu sein. Wie wir bei der Rekonstruktion der Geburtsstunde des Kapitalismus gesehen haben, gab und gibt es Menschen, die bereit waren (und sind), für die Überlassung des Geldes etwas zu zahlen. Dieser Anteil des Zinses wird aus den gesellschaftlichen Macht-Verhältnissen heraus geboren: Es gibt (reiche) Menschen, die über Geld verfügen und (bedürftige) Menschen, die dieses Geld brauchen. In einer Marktwirtschaft ist es nahe liegend, dass für die Überlassung des Geldes ein Preis gezahlt wird; ein Preis, der über der Summe aus Versicherungsprämie und Vermittlungsentgelt liegt. Wenn ein/e Gläubiger/in nur diese Summe bekommen würde, würde sie/er – wenn sie/er wirtschaftlich rational handelt – niemals Geld verleihen. Also ist es nachvollziehbar, dass dieser Zinsteil existiert. Dennoch halte ich die Liquiditätsprämie für ethisch problematisch, weil ihr keine Leistung (kein Äquivalent) gegenübersteht. Sie macht sich *gesellschaftliche Verhältnisse* zunutze, die es erlauben, für eine Nicht-Leistung eine Entschädigung zu verlangen. Die/Der Geldverleiher/in tut nichts. Sie/Er verborgt bloß Geld, das sie/er im Regelfall sowieso gerade nicht benötigt. Die einzige „Leistung“ ist der Verzicht¹⁷ (auf Liquidität), der fürstlich belohnt wird.

¹⁷ In einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist der Verzicht kein wirklicher Verzicht: Im akuten Bedarfsfall kann ein/e Geldverleiher/in ihre/seine offenen Forderungen als Absicherung für eigene Kreditaufnahme verwenden. Wenn ein/e Gläubiger/in Geld rasch benötigt, wird sie/er es in aller Regel rasch von anderen GläubigerInnen bekommen, weil sie die Forderung als Sicherheit verwenden.

- **Risikoprämie:** Eine spezielle Sache ist die sogenannte Risikoprämie. Für jede Anlageform gibt es einen Erwartungswert, wie hoch die Rendite sein wird. Weil AnlegerInnen im Normalfall risikoavers sind, wollen sie nicht das volle Risiko der Kreditvergabe übernehmen. Lieber geben sie ihr Geld einer Bank (oder einem Fonds) und erhalten folglich nicht den vollen Erwartungswert des Kapitalwachstums. Je risikoaverser die AnlegerInnen, desto höher wird die jeweilige Risikoprämie ausfallen. Die AnlegerInnen tragen damit nicht das volle Risiko des Kreditausfalls, sondern kein bzw. ein kleineres Risiko. Dafür zieht ihnen die Bank die Risikoprämie vom vollen Erwartungswert des Kapitalwachstums ab. Von der Risikoaversität der kleinen SparerInnen profitieren folglich die Banken: Sie können das Risiko der Veranlagung streuen und werden im Durchschnitt den vollen Erwartungswert des Kapitalwachstums erhalten. (Reiche AnlegerInnen können ihre Veranlagung selbst streuen und werden daher den Banken weniger prozentuelle Risikoprämie überlassen.) Die Banken machen sich über diesen Mechanismus die gesellschaftlichen Verhältnisse zunutze und erhalten mit der Risikoprämie eine Geldleistung, die über das Vermittlungsentgelt hinausgeht. Für die Risikoprämie erbringen sie keine Arbeitsleistung. Also ist auch dieser Teil ethisch als problematisch zu werten.

Halten wir also fest: Bei dem, was als Zins bezeichnet wird, müssen wir eine genaue Unterscheidung vornehmen: Versicherungsprämie und Vermittlungsentgelt sind Teil des unternehmerischen Handelns, wo jeweils eine Gegenleistung erbracht wird. Folglich ist dagegen aus ethischen Gründen nichts einzuwenden. Ethisch bedenklich halte ich nur jene Teile des Zinses für die keine Gegenleistung erbracht wird: also die Liquiditäts- und Risikoprämie. Diese Summe aus diesen beiden Prämien bezeichne ich als Reichtumsprämie: Sie ist so groß wie der Erwartungswert, den die Gesamtheit der KapitaleignerInnen für ihre Anlageformen bildet. Dieser Erwartungswert bildet sich aus einer Kombination von Erfahrungen der Vergangenheit und Prognosen für die Zukunft.

Wie hoch die Reichtumsprämie in den letzten Jahrhunderten war, lässt sich schwer abschätzen. Zwei Zahlen können eine Vorstellung geben: Siegel (1999:11) hat berechnet, dass das durchschnittliche reale (!) Wachstum von US-amerikanischen Aktien in den vergangenen 200 Jahren 7 Prozent betrug. Nach einer Studie der Credit Suisse („Returns Yearbook 2013“) betrug die realen Renditen für Aktien im Zeitraum von 1900 bis 2013 jährlich im globalen Durchschnitt 4,1 Prozent (vgl. Credit Suisse 2013)¹⁸

Die Reichtumsprämie ist nichts anders als gesellschaftlich akzeptierte Ausbeutung. Wenn es sich um *gesellschaftliche Verhältnisse* und Konventionen handelt, die eine ethisch problematische Eigenschaft des Kommunikationsmittels Geld zulassen, so heißt das nichts anders, als dass diese *gesellschaftlichen Verhältnisse* auch wieder verändert werden können. Die Tatsache, dass sich aus dem Besitz von Geld ein leistungsloses Einkommen generieren lässt, muss nicht automatisch bedeuten, dass dieses leistungslose Einkommen den GeldbesitzerInnen zugutekommt. Eine Gesellschaft kann das Wirken dieser Kräfte akzeptieren, aber die Grammatik des Kommunikationsmediums Geld so verändern, dass dieses leistungslose Einkommen nicht mehr den GeldbesitzerInnen zugutekommt. (*mehr dazu in Kapitel 7*)

In einem Bild ausgedrückt: Die Veranstaltung des Kapitalismus gleicht einem wunderbaren Casino. In einem normalen Casino ist der Erwartungswert einer/s Spielerin/s unter Null: Wenn sie/er Jetons aufs Roulette (oder in andere Spiele) setzt, so wird sie/er im Durchschnitt niemals mehr herausbekommen als sie/er einsetzt. Freilich kann ein/e Einzelne/r Glück haben, aber die Gesamtheit der SpielerInnen wird à la longue verlieren. Ihr Verlust ist das Einkommen der/s Casinobetreiberin/s.

¹⁸ Die Berechnungen wurden vorgenommen von Elroy Dimson, Paul Marsh und Mike Staunton.

Im kapitalistischen Casino ist das anders: Da hat sich ein positiver Erwartungswert gebildet. Für die Gesamtheit der SpielerInnen (=KapitalistInnen) gilt, dass sie ihr Kapital um ein paar Prozent vermehren. Der Erwartungswert verändert sich mit den Jahren, aber mittlerweile haben die KapitalistInnen schon seit Jahrhunderten die Erfahrung gemacht, dass der Erwartungswert in aller Regel über Null liegt. Freilich gibt es auch in diesem kapitalistischen Casino KapitalistInnen, die verlieren. Aber das Wichtige ist die Gesamtsicht: Die Summe der KapitalistInnen erhält fürs Mitspielen eine Prämie. Freilich muss auch im kapitalistischen Spiel jemand die Zeche bezahlen. Das sind im Kapitalismus die KonsumentInnen, die über die Warenpreise das kapitalistische Casino finanzieren.

3.5.2. Unternehmerlohn: Teil des Profits oder Teil der Arbeit?

Ist nur die leistungslose Reichtumsprämie ein ethisches Problem? Müssen wir nicht weitergehen und den gesamten Profit als problematisch betrachten? Nach traditioneller marxistischer Lehre ist der Profit das Problem. Der Profit wird als Summe von Zins und Unternehmensgewinn definiert. Weil dieser Betrag den ArbeiterInnen vorenthalten wird, sei der gesamte Profit Ausbeutung. Der Zins sei zwar ein Teil des Profits, aber eben nur ein Teil davon. Daher müsse die private Aneignung des Profits bekämpft werden. Nur den Zins zu bekämpfen, sei daher zu wenig.

Die grundsätzliche Frage ist daher: Ist der Gewinn, der der/m Unternehmer/in nach Abzug der Zinsen bleibt, eine Folge der Ausbeutung der angestellten ArbeiterInnen oder ist er auch als Lohn, als Lohn für die eigene (UnternehmerInnen-)Arbeit, zu betrachten und wäre dann ethisch legitim?

In einer analytischen Untersuchung müssen die Rollen von „Kapitalistin/en“ und „(mittellosem) Unternehmer/in“ feinsäuberlich getrennt werden.¹⁹

- Kapitalist/in ist, wer Geld verleiht und dafür eine Entschädigung (Liquiditätsprämie) erhält.
- Unternehmer/in ist, wer über Produktionsmittel verfügt und diese so einsetzt, dass diese im Produktionsprozess den Tauschwert maximal steigern. In dieser Funktion ist die/der Unternehmer/in mittellos zu denken: Die Produktionsmittel gehören nicht ihr/ihm, sondern der/dem Kapitalistin/en.

Karl Marx hat der Frage, wem der Unternehmensgewinn zuzurechnen ist, das 23. Kapitel des dritten Bandes des Kapitals gewidmet. Darin untersucht er das Verhältnis zwischen „Zins und Unternehmergeinn“. Marx trifft die Unterscheidung zwischen dem Geldkapitalisten, der nur verleiht, und dem mittellosen „Industriekapitalisten“ oder Unternehmer. Als Profit definiert er die Summe aus Zins und Unternehmergeinn. Es heißt bei ihm: „Der eine Teil des Profits erscheint nun als Zins; der andre Teil erscheint als spezifische Frucht des Kapitals in einer entgegengesetzten Bestimmung und daher als Unternehmergeinn; der eine als bloße Frucht des Kapitaleigentums, der andre als Frucht des bloßen Fungierens mit dem Kapital“ (vgl. MEW23: 388). Profit sind für Marx sowohl Zins als auch Unternehmergeinn. Der Unternehmergeinn ist jene Restgröße, die vom Rohprofit nach Abzug des Zinses übrig bleibt. Implizit schlägt er damit die/den Unternehmer/in der KapitalistInnen-Seite, und nicht der ArbeiterInnen-Seite zu. Auch durch die semantische Bezeichnung des Unternehmers als „Industriekapitalist“ macht Marx deutlich, dass die/der Unternehmer/in ein/e Kapitalist/in ist.

19 Im 19. Jahrhundert, als Marx seine Kritik der politischen Ökonomie formulierte, sind in der realen Welt die Rollen des Kapitalisten und des Unternehmers sehr häufig in ein und derselben Person (also in Personalunion) aufgetreten sein. Der reiche Kapitaleigner führte gleichzeitig auch sein eigenes (Familien-)Unternehmen. Reine Unternehmensbeteiligungen oder gewöhnliche Sparformen waren damals noch selten, gegeben hat es sie aber bereits: Die ersten Aktiengesellschaften wurden im 17. Jahrhundert gegründet.

Im gleichen Kapitel arbeitet Marx aber den grundlegenden Unterschied zwischen Zins und Unternehmergewinn heraus. Er schreibt: „Im Gegensatz zum Zins stellt sich ihm also sein Unternehmergewinn dar als unabhängig vom Kapitaleigentum, vielmehr als Resultat seiner Funktionen als Nichteigentümer, als – *Arbeiter*.“ (MEW23: 393: Hervorhebung im Original). Der Unternehmergewinn sei also selbst „Arbeitslohn, Aufsichtslohn, wage of superintendence of labour, höherer Lohn als der des gewöhnlichen Lohnarbeiters, 1. weil sie kompliziertere Arbeit, 2. weil er sich selbst den Arbeitslohn auszahlt.“ (ebd.) Dennoch bleibt Marx im gleichen Absatz dabei, dass der Unternehmerlohn dem Profit bzw. dem Mehrwert zuzurechnen sei. In der weiteren Darstellung wiederholt Marx jedoch seine Ansicht, dass der Unternehmer ein (Lohn)arbeiter sei: „Der industrielle Kapitalist, als unterschieden vom Kapitaleigentümer, erscheint daher nicht als fungierendes Kapital, sondern als Funktionär auch abgesehen vom Kapital, als einfacher Träger des Arbeitsprozesses überhaupt, als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter.“ (ebd.: 395) Der Unternehmer schafft Mehrwert, „nicht weil er *als Kapitalist* arbeitet, sondern weil er, abgesehen von seiner Eigenschaft als Kapitalist, *auch* arbeitet.“ (ebd.: 396; Hervorhebung im Original) Daher: „Dieser Teil des Mehrwerts ist also gar nicht mehr Mehrwert, sondern sein Gegenteil, Äquivalent für vollbrachte Arbeit.“ (ebd.) Die Arbeit des Unternehmers sei eine besondere Form der Arbeit. Ihre Funktion ist es, die ArbeiterInnen auszubeuten (Marx spricht von „exploitieren“) und damit maximalen Mehrwert zu erzielen. Der Exploitationsprozess sei aber selbst ein Arbeitsprozess: „So dass die Arbeit des Exploitierens und die exploitierte Arbeit, beide als Arbeit, identisch sind. Die Arbeit des Exploitierens ist ebenso gut Arbeit, wie die Arbeit, die exploitiert wird.“ (ebd.) Der Unternehmer übernehme also die Rolle eines „Dirigenten“. Er übernimmt eine besondere Form der Arbeit; aber sie ist eben auch Arbeit. Auch im 48. Kapitel wiederholt Marx diese Einsicht: Der Zins erscheint „als das eigentliche, charakteristische Produkt des Kapitals und der Unternehmergewinn im Gegensatz dazu als vom Kapital unabhängiger Arbeitslohn“. (ebd.: 822)

Schlussendlich wird Marx eindeutig: Wenn die unternehmerische Arbeit des „Exploitierens der Arbeit“ genauso Arbeit darstellt, dann kann sie nicht als vorenthaltener Mehrwert verstanden werden. Erzielt ein/e Unternehmer/in hohe Gewinne, so ist es ihr/ihm – dank Innovation, Brutalität, Schaffung eines guten Betriebsklimas oder anderen Führungseigenschaften – gelungen, die Arbeitskräfte so zu organisieren, dass sie/er bei bestehenden Preisen (für Löhne, Maschinen, Rohstoffe und Kreditzinsen) überdurchschnittlich viel Gewinn erwirtschaften konnte.²⁰ In einer analytischen Betrachtung unterscheidet sich also der Unternehmerlohn nicht vom Lohn einer gewöhnlichen Arbeiterin. Auch ein/e Arbeiter/in bringt in den Produktionsprozess ihre/seine Fähigkeiten und Fertigkeiten ein und will dafür bestmöglich entlohnt werden. Dasselbe macht prinzipiell auch die/der Unternehmer/in. Arbeiter/in wie Unternehmer/in werden im Sinne der kapitalistischen Logik versuchen, ihre/seine Fähigkeiten und Fertigkeiten (verstanden als Humankapital) bestmöglich zu verwerten: Wenn sie in anderen Betrieben eine bessere Bilanz zwischen Erträgen (Löhne/Unternehmergewinn und sanfte Faktoren wie Betriebsklima, usw.) und Kosten (Arbeitsleistung, etc.) erzielen können, wird sowohl die/der Arbeiter/in als auch die/der Unternehmer/in den Betrieb wechseln. Der Unterschied zwischen beiden Formen der Arbeit (Unternehmensleitung versus gewöhnliche Arbeit) besteht zum einen in der unterschiedlichen Funktion im Arbeitsprozess. Zum anderen erhält die/der gewöhnliche Arbeiter/in einen im Vorhinein definierten Lohn, während die/der Unternehmer ein höheres Risiko trägt: Sie/Er erhält, was nach der Bezahlung von konstantem Kapital, Zins und Arbeitslöhnen der gewöhnlichen ArbeiterInnen übrig bleibt.

20 Im real existierenden Kapitalismus versuchen natürlich auch die Kapitalisten an hohen Unternehmensgewinnen zu partizipieren. Sie werden in diesem Fall nach hohen Dividenden verlangen und selbst in die Unternehmensführung eingreifen. Idealtypisch hätte ein Unternehmer aber nichts zu befürchten, weil er seine Kredite zu einem üblichen Marktzinssatz aufgenommen hat und die konkreten Kreditgeber kein Erpressungspotenzial haben: Würden sie – aufgrund von hohen Unternehmensgewinnen – nun höhere Zinsen fordern, könnte der Unternehmer gerne auf andere Kreditgeber zurückgreifen, die die marktüblichen Konditionen verlangen. In der Realität sind die Kapitalisten oft zugleich Unternehmer. Ansonsten haben sie sich oft Mitbestimmungsrechte gesichert.

Wenn – nach den zuletzt zitierten Aussagen von Marx – der Unternehmenslohn nicht mehr Teil des Mehrwertes, sondern selbst Arbeitslohn ist, dann bleibt als Mehrwert (Profit²¹) nur noch der Zins. Insofern widerspricht Marx am Ende des Kapitels seiner anfangs gemachten Definition: Der Mehrwert (Profit) ist nicht mehr die Summe aus Zins und Unternehmergeinn, sondern nur noch Zins. Der Unternehmergeinn ist als Unternehmerlohn den Arbeitskosten zuzurechnen.²²

21 Den Begriff „Mehrwert“ verwendet Marx in Bezug auf das „variable Kapital“ (Löhne). Der Begriff „Profit“ bezieht er auf das gesamte (variables+konstantes) Kapital.

22 Wie schon im vorherigen Kapitel ausführlich dargestellt, halte ich es für eine problematische Verallgemeinerung, wenn der gesamte Zins als Ausbeutung betrachtet wird. Ich glaube, dass nur die beiden Teile des Zinses (Liquiditäts- und Risikoprämie), die ich als Reichtumsprämie bezeichne, ethisch bedenklich sind.

3.6. Neuzeit: Geld wird zum wichtigsten Kommunikationsmittel

Geld ist nicht einfach eine Ware wie viele andere Produkte auch. Man erfasst das Wesen des Geldes nicht, wenn man es nur von seinen wirtschaftlichen Funktionen (Tauschmittel, Recheninheit und Wertaufbewahrung) betrachtet. Denn Geld ist ein wesentliches Mittel der Kommunikation zwischen Menschen. (vgl. Brodbeck 2009: 14ff)

Das Kommunikationsmittel Geld funktioniert, weil alle Beteiligten (Käufer/in, Händler/in, Verkäufer/in) die Information („Metallstück“) in gleicher Weise interpretieren. Geld ist ein anonymes Kommunikationsmittel. Es ist das unpersönlichste Kommunikationsmittel und war daher ursprünglich nur für den Fernhandel von Bedeutung. Geld gibt es schon seit vielen Jahrhunderten. Es war lange vor der neuzeitlichen kapitalistischen Epoche in Verwendung. Es war aber ein Kommunikationsmittel von untergeordneter Bedeutung. Das ändert sich im ausgehenden Mittelalter, als am Kommunikationsmittel Geld eine bedeutsame Veränderung vorgenommen wurde: Auf Geld durfte eine Reichumsprämie (leistungsloser Zinsteil) eingehoben werden. Das hatte zur Folge, dass sich Geld automatisch vermehrte und damit seine Bedeutung innerhalb aller menschlichen Kommunikationsmittel zwangsläufig stieg. Geld drängte sich mehr und mehr in die zwischenmenschliche Kommunikation. Austauschbeziehungen, die bis dahin ohne Geld abgewickelt wurden, wurden mehr und mehr in Geld verrechnet:

- Subsistenzwirtschaft verliert mehr und mehr an Bedeutung: Menschen werden von Grund und Boden verjagt. Hat die Subsistenzwirtschaft weitgehend ohne Geld funktioniert, so wird für die ArbeiterInnen nun Geld zu einer Lebensnotwendigkeit: Weil sie nichts haben, müssen sie ihre Arbeitskraft verkaufen, um sich damit am Markt Lebensmittel kaufen zu können.

- Das Zusammenleben in überschaubaren Gemeinschaften (Bauernhöfe, Zünfte, Großfamilien, ...), die ihren Austausch ohne Geld abwickelten, verschwinden mehr und mehr. Dafür entstehen Wohnsiedlungen in der Nähe von Fabriken, wo anfangs nur die ArbeiterInnen hinziehen. Später ziehen die Kernfamilien nach. Das Leben in größeren Gemeinschaften wird zugunsten der Kleinfamilien aufgegeben.
- Der Austausch auf den Märkten basierte großteils zwischen Menschen, die einander kannten. Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung gewinnt der Fernhandel immer mehr an Bedeutung. Dieser kommt ohne Geld nicht aus.
- Natur und Wildnis hatten im Mittelalter keine ökonomische Bedeutung und daher keinen Preis. Nun wird alles Leben und alles Land nach verwertbaren Tauschwerten abgesucht. Alle Länder werden im Zuge dieser Entwicklung vermessen und in Geldeinheiten verrechnet.

Geld war und ist ein probates Kommunikationsmittel für Menschen, die miteinander *nicht* vertraut sind. Ich meine, dass diese Logik aber auch umgekehrt gilt: Wenn sich das Kommunikationsmittel Geld immer weiter ausdehnt, überträgt es seine Eigenschaften nach und nach auf die Kommunikation zwischen den Menschen. Sein häufiger werdender Gebrauch macht die Menschen immer weniger miteinander vertraut. Man könnte es auf die Kurzformel bringen: „Wo Vertrautheit ist, ist das Geld nicht und wo Geld ist, ist die Vertrautheit nicht.“

Die fehlende Vertrautheit – als Vorbedingung für das Geld – ist weiters noch nicht bedenklich, denn Menschen haben schon vor vielen Tausenden Jahren mit Menschen gehandelt, die ihnen nicht vertraut waren. Für diesen Austausch war Geld schon lange vor der kapitalistischen Zeit ein probates Kommunikationsmittel. Es spielte aber – verglichen mit heute – nur eine untergeordnete Rolle unter den anderen Kommunikationsmitteln (wie verbale und

nonverbale Sprache, Schrift, technische Infrastruktur). Mit der gesellschaftlichen Etablierung der Reichtumsprämie erhält Geld einen permanenten Wachstumsimpuls: Es muss sich in dieser Form („modernes Geld“) immer weiter ausdehnen. Die Folgen sind dramatisch und werden in der Folge noch näher ausgeführt. Mit diesem Wandel geht es nun „nicht länger um die harmlose Erzeugung, Verteilung und Konsumption von Gütern im Rahmen des „ganzen Hauses“, wie die akademische Theorie bis heute unterstellt, sondern um einen die ganze Gesellschaft wie die Natur beständig und mit unbekanntem Ziel umwälzenden Prozess.“ (Deutschmann 2004: 157)

Die Reichtumsprämie bewirkt, dass sich die Geldmenge ständig ausdehnen muss und damit das Kommunikationsmittel Geld permanent an Bedeutung gewinnt. Damit steigt die quantitative Bedeutung von Geld innerhalb der menschlichen Kommunikationsmittel. Die Reichtumsprämie hat aber auch eine wichtige qualitative Änderung im Zusammenleben der Menschen bewirkt. Denn mit ihr wurde eine neue Anreizstruktur etabliert, die die menschliche Kommunikation grundlegend verändert. Diesen Auswirkungen will ich im folgenden Kapitel genauer nachspüren.

4. Modernes Geld transformiert die gesamte Gesellschaft

Es ist für uns ZeitgenossInnen vermutlich unmöglich, in voller Konsequenz nachzuvollziehen, welche Veränderungen im Denken (Bewusstsein) und im Zusammenleben der Menschen durch die Veränderungen im Kommunikationsmedium Geld (Sein) ausgelöst wurden. Durch die Etablierung der Reichtumsprämie wurde Geld zu einem Grundbaustein unserer Gesellschaft. Das zu Kapital mutierte Geld hat die Anreizstruktur für menschliches Verhalten grundlegend verändert. Dem soll in diesem Kapitel näher auf den Grund gegangen werden.

4.1. Die Logik der Reichtumsprämie

Vor der Legitimierung der Reichtumsprämie war es so: Gelang es einer Person materielle Reserven (beispielsweise für Notzeiten) anzulegen, so blieben diese Reserven im besten Fall gleich viel wert, im Normalfall schrumpften sie sogar. Waren die Reserven in Gold oder Edelmetall angelegt, so behielten sie ihren Wert. Diese Materialien waren aber für Notzeiten schlecht geeignet, man musste sie also eintauschen. In Notzeiten ist davon auszugehen, dass die Preise beispielsweise für Lebensmittel steigen, also war auch diese Anlagestrategie mit dem Risiko eines Wertverlustes behaftet. Waren die Reserven in Lebensmittel oder Gebäude angelegt, so machte sich der natürliche Verfall bemerkbar: Lebensmittel verderben mit der Zeit, Gebäude verfallen, usw. – Ohne gesellschaftlich akzeptierte Reichtumsprämie war es also im Normalfall nicht möglich, Reserven zu vermehren. Eine Tonne Weizen war in zehn Jahren weniger wert. Ein Haus hatte ebenso in zehn Jahren an Wert verloren. Ein Klumpen Gold mag vielleicht noch gleich viel wert gewesen sein, aber sicher nicht mehr.

Bildlich dargestellt verhielt es sich also in der Zeit vor der Reichtumsprämie wie folgt. Das Männchen verfügt – im besten Fall! – immer noch über eine Reserve, die so viel wert wie ein Haus ist. Der Normalfall ist jedoch, dass das Haus an Wert *verloren* hat.



Mit der Etablierung des Reichtumsprämie ändert sich das: Wer Reserven anlegt, der hat in der Zukunft noch größere Reserven. Konkreter gesprochen: Wer es schafft, Reserven anzulegen und diese als Geld zu veranlagen, dessen Reserven (=Geldguthaben) werden – ohne eigenes Zutun – immer mehr. Wie vorhin schon erwähnt, waren Zinssätze von 30 Prozent im Mittelalter nicht außergewöhnlich. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, dass ein Teil davon als legitime Versicherungsprämie für riskante Geldgeschäfte zu werten ist. Aber ein Teil war die Reichtumsprämie. Nehmen wir für das folgende Beispiel an, sie betrug zehn Prozent:

Unser Männchen hat es – wie vorhin – geschafft, den Gegenwart eines Hauses als Reserve anzulegen. Er veranlagt diesen Gegenwart in modernes Geld, also in eine Reichtumsprämie versprechende Kapitalanlage.



Nach 10 Jahren hat das Männchen – bei einer 10prozentigen Verzinsung – schon mehr als 2,5 Häuser (exakt: 2,59). Das Wesentliche dabei: Unser Männchen musste dafür keine Leistung erbringen. Nach 20 Jahren hätte es schon 6,7 Häuser, nach 30 Jahren 17,4 Häuser. (Für den Fall, dass unser Männchen eine Veranlagungsform mit 30prozentiger Reichtumsprämie findet, sind die Steigerungsraten viel dramatischer: Nach 10 Jahren hätte es schon den Gegenwert von fast 14 Häusern, nach 20 Jahren 190 Häuser, nach 30 Jahren 2.620 Häuser; und nach 60 Jahren bereits sieben Millionen Häuser.)

An der Zeitenwende zwischen Mittelalter und Neuzeit machten Menschen in den sich entwickelnden kapitalistischen Zentren (oberitalienische Städte, Flandern, England, usw.) die praktische Erfahrung, dass einige Menschen sehr reich wurden, indem sie Geld verliehen. Geld vermehrte sich in deren Händen scheinbar wie von selbst. Wer viel Geld und Vermögen in den Prozess der Geldvermehrung einbringen konnte, konnte aus dieser Dynamik heraus, viel verdienen, ohne dafür irgendeine Gegenleistung (in Form von Arbeit oder Risikübernahme) zu erbringen. Wer wenig Geld und Vermögen einbringen konnte, dem fiel weniger Einkommen zu. Wer nichts hatte, konnte auch nichts in dieser Geldwelt verdienen. Geld transformiert sich von einem Wertaufbewahrungsmittel zu einem Wertsteigerungsmittel. Freilich dauerte es noch Jahrhunderte bis mehr und mehr Menschen von dieser Logik erfasst wurden und nach ihr handeln. Am Beginn der

Neuzeit war die überwiegende Wirtschaftsform die Subsistenzwirtschaft, für die man kein Geld benötigte. Noch weit bis ins 20. Jahrhundert gab es Menschen, die kaum mit Geld in Berührung kamen. Aber die Saat war mit der Etablierung des leistungslosen Zinsteils gesät.

Neu ist im ausgehenden Mittelalter nicht die Tatsache, dass manche Menschen reich und manche Menschen arm sind. Das hat es quer durch die menschliche Geschichte immer gegeben. Neu ist auch nicht die Tatsache, dass Menschen durch Geschick, gute Ideen oder Gewalt zu Reichtum kommen. Auch dafür finden sich viele Beispiele in der Geschichte. Wirklich neu ist jene *strukturelle* Veränderung im Kommunikationsmittel Geld, die es vermögenden Menschen ermöglicht, ohne Gegenleistung ein Einkommen zu erhalten, das durch die inhärente Wachstumslogik in kurzer Zeit unvorstellbar große Dimensionen annehmen konnte. Wer also die neue Grammatik des Geldes verstanden hatte und die neuen Möglichkeiten zur eigenen Reichtumsvermehrung nutzen wollte, musste danach trachten, so viel Geld und Vermögen als möglich in diesen Prozess einzuspeisen. Wie man zu Geld kommt, ist nicht wichtig. Wichtig ist nur, dass man über eine möglichst große Ausgangsbasis (Geldmenge) verfügt.

Wesentlich ist noch folgender Aspekt, der sich aus der inneren Logik der Reichtumsprämie ergibt. Sowie sich diese Reichtumsprämie etabliert hat, wurde gesellschaftlich ein positiver Erwartungswert für die Vermehrung von Kapital gebildet. Dieser Erwartungswert lag anfangs sicherlich weit über 10 Prozent. So wie sich ein solcher Erwartungswert gebildet hat, wurde es für die handelnden Personen zur Selbstverständlichkeit, die Höhe der individuellen Reichtumsprämie zu maximieren. Denn wem es gelingt, das eigene eingesetzte Kapital in der aktuellen Periode maximal zu vermehren, der kann in der nächsten Periode mehr in den Prozess der weiteren Kapitalvermehrung einbringen. Eine hohe Reichtumsprämie der aktuellen Periode sorgt für eine große Steigerung des Kapitalstocks. Eine große Steigerung wird mit

einer großen zukünftigen Prämie belohnt. Eine kleine Steigerung würde den Kapitalstock weniger vergrößern und daher die Prämie (nach etlichen Jahren) kleiner ausfallen. Die obere Grenze der Reichtumsprämie bilden die fundamentalen Daten der Real- und Finanzwirtschaft.

Der Mechanismus der Maximierung kann an einem Beispiel gezeigt werden: Angenommen es ist zum Normalfall geworden, dass die AnlegerInnen mit einer 10prozentigen Reichtumsprämie rechnen: Wie schon dargestellt, vermehrt sich dann das eingesetzte Kapital in 10 Jahren um den Faktor 2,59. Gelingt es allerdings in einem einzigen Jahr die Prämie auf 20 Prozent zu erhöhen, so kommen nicht einfach 10 Prozentpunkte dazu. Das eingesetzte Kapital ist dann nach 10 Jahren schon um den Faktor 2,83 vermehrt worden. (Nach 30 Jahren wäre – nur aufgrund dieser einmalig erhöhten Reichtumsprämie – die Steigerung nicht 17,4, sondern schon 19,0.) Jede überdurchschnittliche Steigerung der Reichtumsprämie erhält also ihrerseits wieder eine Prämie. Also gibt es einen inneren Zwang, dass die Reichtumsprämie, sobald sie das Licht der Welt erblickt hat, auf ihren maximalen Wert, der in der Real- bzw. Finanzwirtschaft zu erreichen ist, hinaufschnellt.

4.2. Die Logik der Reichtumsprämie wird auf die Warenwelt übertragen

Derartig dramatische Veränderungen in der Geldsphäre haben unmittelbare Auswirkungen auf die Warenwelt. Die Existenz von Geld beruht darauf, dass es sich mit Waren in Verbindung setzt (G-W) und so den Tausch von Waren erleichtert. Wenn nun beim Geld – mit der gesellschaftlichen Etablierung des leistungslosen Zinsteils – eine zentrale Eigenschaft verändert wird, muss sich das zwangsläufig auf die Warenwelt auswirken.

Versuchen wir dieser historischen Entwicklung nachzuspüren:

- Menschen machen im ausgehenden Mittelalter die Erfahrung, dass sich durch das Anlegen von Geld große Einkommen erzielen lassen. Damit wird ein mächtiger Anreiz etabliert, alle Vermögenswerte in Geld anzulegen.
- Wenn sich Geld so leicht vermehren lässt, wird jede/r Vermögensbesitzer/in verlockt sein, alle realen Güter, die über (Tausch-) Wert verfügen, in Geld umzutauschen und es in dieser Sphäre vermehren zu lassen. (Die ÖkonomInnen sagen: Es entstehen nun Opportunitätskosten: Es entgeht ein Erlös, wenn man Realkapital nicht in Geldkapital tauscht.)
- Allmählich wird die Veränderung in der Geldwelt zu Veränderungen in der Realwirtschaft führen: Die Warenwelt muss sich an die neue Geldwelt angleichen. Die Opportunitätskosten werden in der Warenwelt mitkalkuliert, sprich: Wenn sich Geldvermögen von alleine vermehrt, muss sich auch ihr Äquivalent – Realvermögen – von alleine vermehren. Folglich werden alle RealvermögensbesitzerInnen für ihr Vermögen einen (internen) Zins berechnen, und sei es „nur“ ein kalkulatorischer auf ihr eigenes Kapital.

So führt die Veränderung in der Geldwelt zur Veränderung der Warenwelt: Alles, was Tauschwert hat, muss einen Zins abwerfen,

egal ob es sich dabei um Real- oder Geldkapital bzw. um Fremd- oder Eigenkapital handelt.

Beispielsweise wird ein/e Gutsbesitzer/in, die/der bislang zufrieden mit den Erträgen ihres/seines Landes war, von dieser Logik erfasst. Würde sie das Gut verkaufen, so würde sie/er einen Geldbetrag erhalten, den sie/er bei einem der neuen Bankhäuser anlegen könnte. Diesen hypothetischen Ertrag wird sie/er mit dem Ertrag ihres/seines Landes vergleichen. Weil die Erträge am Geldmarkt sehr hoch sind, wird sie/er vermutlich mit den Erträgen ihres/seines Landgutes immer weniger zufrieden sein. Sie/Er wird versuchen, mehr aus dem Land herauszuholen: durch mehr (eigene und fremde) Arbeit, durch bessere Düngung, durch besseren Einsatz von Maschinen, usw. – Nun war es bisher nicht so, dass sie/er nicht auch an Effizienz interessiert war. Das Interesse war bisher nicht sonderlich groß, weil sich allfällige Überschüsse nicht leistungslos vermehren ließen: Durch die Veränderung beim Kommunikationsmittel Geld ist nun alles anders: Die Erträge des Landgutes müssen den Erträgen in der Geldwelt standhalten können.

Oder betrachten wir eine/n einfache/n Unternehmer/in: eine Stoffhändlerin, der ihr Unternehmen zur Gänze selbst gehört. Sie ist Unternehmerin und Kapitalistin in einem: Durch die Veränderung im Kommunikationsmittel Geld kann sie – in ihrer Rolle als Eigentümerin von Kapital (Kapitalistin) ihr Vermögen vermehren. Aber auch in ihrer Rolle als Unternehmerin ist sie mit einer neuen Anreizsituation konfrontiert. Denn: Je höher ihr Gewinn im aktuellen Jahr ist, umso mehr Kapital hatte sie zur Verfügung. Den Gewinn kann sie investieren (Realkapital) oder anlegen (Geldkapital). Wenn sie die neue Logik richtig verstanden hat, wird sie sich für jene Alternative entscheiden, wo sie mehr Rendite erwartet. Für die Stoffhändlerin steht nun nicht bloß der aktuelle Gewinn zur Disposition: Weil die Höhe des Gewinns die neue Basis für die Kapitalvermehrung ist, geht es für sie um mehr; nämlich um den in der Zukunft potenzierten Gewinn. Kann

sie den Gewinn – durch eigenes Geschick, niedrige Löhne oder anderes - um den Betrag X erhöhen, so wird sein Lohn nicht nur X sein, sondern – nach einiger Zeit ein Vielfaches davon:

- Wenn am Geldmarkt 30 Prozent leistungsloser Zins gezahlt werden, ist der Betrag X nach einer Generation (30 Jahre) „2.620 mal X“ wert.
- Liegt die Reichtumsprämie 15%, so steigt der Geldbetrag in dieser Zeit „nur“ um das 60fache.

(Im Vergleich dazu: Als es noch keine Reichtumsprämie gegeben hat, war der Betrag X auch nach 30 Jahren maximal X wert. Die Anreizwirkung, hohe Gewinne zu erzielen, war also vergleichsweise gering.)

Von Anfang an ist es also nebensächlich, ob der Tauschwert die Form des Geld- oder des Realkapitals einnimmt. Beide Formen sind aufs Engste miteinander verbunden; beide können gar nicht anders, als nach der gleichen Logik zu funktionieren.²³ In anderen Worten: Mit der Veränderung in der Geldwelt ist eine neue Wirtschaftsform bereits geboren: der Kapitalismus. Diese Veränderung zieht konsequenterweise die Veränderung in der Warenwelt nach sich.

Für die Reservebildung eignen sich idealtypisch drei Strategien, denen in der Folge nun im Einzelnen nachgegangen wird:

- Raub und private Aneignung von bislang nicht Verwertetem („ursprüngliche Akkumulation“)
- Verzicht: Weniger konsumieren, um mehr Reserven anzulegen
- Arbeit: Mehr arbeiten (lassen), um mehr Reserven anzulegen

Beginnen wir mit der „ursprünglichen Akkumulation“:

²³ Um es auch an dieser Stelle schon ganz klar zu sagen: Eine Trennung in gutes Realkapital und böses Finanzkapital war schon am Beginn der Neuzeit nonsense und ist es auch heute noch immer. Was meines Erachtens zutreffend ist, ist die Tatsache, dass die Veränderung von der Geldwelt ausging. Sobald sich diese durchsetzen konnte, wurde aber die reale Warenwelt sofort mitgezogen.

4.3. Schafe fressen Menschen: Die „ursprüngliche Akkumulation“ als Folge der Reichtumsprämie

Karl Marx bezeichnet die Startphase des Kapitalismus als „ursprüngliche Akkumulation“. Sie sei geprägt von „Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt“ (MEW23: 742). Die neuen KapitalistInnen hätten am Beginn der kapitalistischen Entwicklung alle Tauschwerte an sich genommen, derer sie habhaft werden konnten: vormaliges Gemeineigentum, aber auch vormaliges Privateigentum anderer EigentümerInnen.

Der Prozess der „ursprünglichen Akkumulation“ lässt sich in England gut darstellen: Dort begannen die Feudalherren am Übergang des 15. zum 16. Jahrhundert die Bauernschaft gewaltsam von Grund und Boden zu verjagen und eigneten sich das bisherige Gemeindeland an. Ein kritischer Beobachter aus dieser Zeit, der Philosoph Thomas Morus (1516/2003: 27f), spricht in seiner im Jahr 1516 erschienenen „Utopia“ davon, dass nun *„die Schafe die Menschen auffressen“*. Die Schafe würden als sanft und genügsam gelten. Sie hätten aber *„auf einmal angefangen, so gefräßig und wild zu werden, dass sie sogar Menschen fressen, Länder, Häuser, Städte verwüsten und entvölkern. Überall da nämlich, wo in eurem Reiche die besonders feine und darum teure Wolle gezüchtet wird, da lassen sich die Edelleute und Standespersonen (...) nicht mehr genügen an den Erträgen und Renten, die ihren Vorgängern herkömmlich aus ihren Besitzungen zuwachsen; nicht genug damit, dass sie faul und üppig dahingleben, der Allgemeinheit nichts nützen, eher schaden, so nehmen sie auch noch das schöne Ackerland weg, zäunen alles als Weiden ein, reißen die Häuser nieder, zerstören die Dörfer, lassen nur die Kirche als Schafstall stehen.“* PächterInnen werden von Haus und Hof vertrieben; *„durch listige Ränke oder gewaltsame Unterdrückung macht man sie wehrlos oder bringt sie durch ermüdende Plackerei zum Verkauf.“*

Morus beobachtet also Folgendes: Die Vermögenden der damaligen Zeit (Edelleute und Standespersonen) waren mit den Erträgen, die ihren Vorfahren noch ausreichend erschienen, nicht mehr zufrieden. Sie eigneten sich schönes Ackerland an und vertrieben die Landbevölkerung. Diese Entwicklung hatte folgenden ökonomischen Hintergrund: Die steigende Nachfrage nach Wolle – ausgelöst durch die flandrischen Wollmanufakturen – trieb die Preise für Wolle in die Höhe. Also war am Beginn des 16. Jahrhunderts die Wollerzeugung (Schafzucht) sehr lukrativ, weil sich dabei hohe Gewinne erzielen ließen. Weil mittlerweile die Reichtumsprämie gesellschaftlich akzeptiert war, ließen sich diese Gewinne gewinnbringend anlegen. Also wurde der Anreiz, sich Kapital anzueignen, potenziert: Also schreckten die „Edelleute und Standespersonen“ vor nichts zurück: Durch die private Aneignung von bisherigem Gemeineigentum und die Vertreibung der PächterInnen wurde neues Privat-Kapital²⁴ geschaffen, das sich im Prozess der Geldvermehrung in kurzer Zeit vermehren ließ.

Die herrschenden Königshäuser haben anfangs versucht, dieser Entwicklung entgegenzusteuern: In England versucht die offizielle Gesetzgebung 150 Jahre vergeblich, den Prozess der gewaltsamen Enteignung aufzuhalten: Die Tudors und frühen Stuarts wollten die Vertreibung der PächterInnen nicht zulassen und betrieben eine regelrechte „Anti-Einfriedungspolitik“ (vgl. Polanyi 1995: 105). Erst im 18. Jahrhundert gibt die Monarchie den Kampf gegen die KapitalistInnen auf und wird zu einer Verbündeten des Kapitals. Karl Marx meint, dass erst dann das Gesetz „zum Vehikel des Raubs am Volksland“ (MEW23: 752) geworden sei. Das Parlament verabschiedete in dieser Zeit ein Gesetz für Einhegung des Gemeindelandes, wodurch sich die Grundherrn Volksland als Privateigentum schenkten. Der Prozess der Aneignung von Gemeineigentum dauert noch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts an. Diese Einfriedungen sind zutreffend als „Revolution der Reichen gegen die Armen“ (Polanyi 1995: 61) bezeichnet worden.

²⁴ Merke: „private“ bedeutet von der Wortwurzel her „rauben“.

Auch in vielen anderen europäischen Ländern ist der Prozess der „ursprünglichen Akkumulation“ zu beobachten: Dieser Prozess setzt freilich nicht in ganz Europa zur selben Zeit ein. Im Zuge der „ursprünglichen Akkumulation“ beanspruchten viele GrundbesitzerInnen das frühere Gemeineigentum für sich. Sie entzogen vielen Bäuerinnen und Bauern ihr Recht, dieses Eigentum zu nutzen. Häufig machten sie von ihrer Übermacht Gebrauch, vertrieben die ländliche Bevölkerung von Haus und Hof und eigneten sich so zusätzliche Reichtümer an. Die Bäuerinnen und Bauern wurden gewaltsam enteignet und verfügten am Ende über keine anderen Produktionsmittel als ihre eigene Arbeitskraft. Viele Bäuerinnen und Bauern wehrten sich mit Gewalt gegen die hohen Pachtzahlungen bzw. gegen die Vertreibung durch die Grundherren. Folglich sind vom 15. bis zum 17. Jahrhundert in vielen europäischen Regionen Bauernaufstände und Bauernkriege zu beobachten. Die GegnerInnen der Bäuerinnen und Bauern sind die GrundbesitzerInnen, also vor allem der niedere Adel und der Klerus. Unterstützung erhielten die Bäuerinnen und Bauern häufig durch die BewohnerInnen der freien Städte und zum Teil auch durch den hohen Adel.²⁵

Der Prozess der ursprünglichen Akkumulation war in aller Regel nach einigen Jahrzehnten abgeschlossen: Früheres Gemeineigentum war privatisiert. Wehrlose PächterInnen waren von Grund und Boden vertrieben. Wenn sämtliches Land unter den neuen KapitalistInnen aufgeteilt ist, erlahmt die ursprüngliche Akkumulation. Man konnte noch versuchen, andere KapitalistInnen mit Gewalt zu verjagen, aber im Wesentlichen ist der Prozess einmal abgeschlossen, wenn alles Land unter den KapitalistInnen aufgeteilt ist. In der Folge mussten die KapitalistInnen versuchen, auf dem bestehenden Grund und Boden die Erträge zu maximieren.

Die Probleme, die in Folge der ursprünglichen Akkumulation auftraten, lassen sich auch anhand der ökonomischen Ideen der jeweiligen Zeit nachzeichnen: Die Physiokratie (dt. „Herrschaft

²⁵ Die Tatsache, dass sich für die Anliegen der Reformation so viele Menschen begeistern konnten, liegt auch in den ökonomischen Entwicklungen der damaligen Zeit begründet.

der Natur“⁶) war die erste Theorie, die das Wesen der Ökonomie eigenständig untersuchte. Sie wurde im Frankreich des 17. und 18. Jahrhunderts entwickelt. Die französischen ÖkonomInnen sind damals mit der Situation konfrontiert, dass der Prozess der ursprünglichen Akkumulation mehr oder weniger abgeschlossen ist: Auf dem Land hatten sich inzwischen reiche Gutsherren breit gemacht, die die Reichtümer des Landes – über die Rente – auspressten, um hohe Gewinne zu erzielen, die sie dann wiederum gewinnbringend investierten. Die wichtigsten Physiokraten Francois Quesnay (1679-1774) und Anne Robert Jaques Turgot (1727-1781) waren irritiert von der Gier der GrundeigentümerInnen und sahen darin die Ursache für ökonomische Fehlentwicklungen.

Die Physiokraten haben noch eine stationäre Vorstellung von der Wirtschaft: Die Grundlage allen Wirtschaftens ist für sie die Fruchtbarkeit des Bodens und die Arbeit, die auf eben diesem Boden verrichtet wird. Der überwiegende Teil des landwirtschaftlichen Ertrages wird für die Subsistenz benötigt. Dazu zählt alles, was die bäuerliche Familie braucht (Ernährung, Kleidung, etc.) sowie auch der Ersatz der Einrichtungen (wie Wohnung, Ställe, Geräte, Saatgut, etc.) Dieser Subsistenzteil wird von den Physiokraten Reprisen genannt. Die Differenz zwischen dem Gesamtertrag und den Reprisen ist das Nettoprodukt oder der Überschuss. Der Überschuss wird zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und den Grundherren (in Form der Rente) aufteilt. Im Frankreich des 18. Jahrhunderts waren die Renten in der Regel nun so bemessen, dass sie den ganzen Überschuss abschöpften; ja mehr noch: Die Grundherren versuchten die Renten darüber hinaus zu steigern. Dies hatte zur Folge, dass die bäuerliche Bevölkerung im besten Fall auf Subsistenzniveau verharrte. Wenn die Renten so groß waren, dass die LandwirtInnen ihren Subsistenzlevel nicht mehr halten konnten, sparten sie in aller Regel bei den Investitionen. Mit heutigen Worten würde man sagen: Die Netto-Investitionen waren negativ: Die Abschreibungen übertrafen die Brutto-Investitionen, dh der Kapitalstock wurde kleiner. Auf Grundlage dieser

Analyse forderten die Physiokraten, dass die Grundherren zumindest einen Teil der Überschüsse, der ihnen zufloss, wieder in die Landwirtschaft investieren sollten, um die Erträge, die damals außerordentlich niedrig waren, zu steigern. (vgl. Binswanger 2006: 145ff) Ihr Rezept war: Die Renten dürften die Überschüsse nicht übersteigen.

Offensichtlich hatten die Physiokraten aber nicht verstanden, dass bereits eine neue Ära angebrochen war, denn die Grundherren handelten – im Sinne der neuen kapitalistischen Ära – rational: Weil es lukrative Möglichkeiten gab, die Renten leistungslos zu vermehren, hatten die Grundherren einen größeren Anreiz als früher, die Renten zu maximieren. Je größer die versprochenen Reichtumsprämien (bzw. vergleichbare Anlagemöglichkeiten), desto größer der Anreiz. Wer also die bäuerliche Bevölkerung maximal ausgepresste, wurde nicht nur mit der höheren Rente belohnt, sondern in der Folge auch mit den sich selbst vermehrenden Erträgen auf diesen Gewinn. Aus individuell-ökonomischer Sicht wäre es nur dann sinnvoll, der bäuerlichen Bevölkerung einen Teil des Überschusses für Investitionen zu geben, wenn diese Investition mehr Ertrag (in Form einer höheren Rente in den Folgejahren) erzielen würde als die alternativen Anlagemöglichkeiten. Weil die alternativen Anlagemöglichkeiten (Reichtumsprämien) aber sehr hoch waren, bestand im Frankreich des 17./18. Jahrhunderts kaum ein Anreiz, in die Realwirtschaft zu investieren. Daher verkommt der Ratschlag der Physiokraten zu einem wirkungslosen Appell an die Moral an die Grundherren. Wenn die Grundherren nach der Logik des veränderten Kommunikationsmittels Geld handeln, können sie diesen Appell nur ignorieren.

Gier?

Man kann also schon am Beginn der kapitalistischen Entwicklung erkennen, dass die Menschen nicht einfach gieriger geworden sind, auch wenn die Physiokraten zu dieser Diagnose kommen. Grundsätzlich gilt: Aussagen über die „Natur des Menschen“ oder das „Mensch-Sein“ halte ich grundsätzlich für sehr gewagt. Nie existiert ein Mensch einfach so. Nie existiert er ohne gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Also ist es eine faktische Unmöglichkeit, das So-Sein des Menschen zu beobachten. Dennoch wird man bei der Betrachtung der menschlichen Geschichte sagen müssen, dass es Geiz (Habgier) bei den Menschen offensichtlich immer wieder gegeben hat. Geiz (Habgier) hat – als eine der sieben Todsünden – Eingang in die christliche Mythologie gefunden. Auch in alten Mythen und Sagen taucht immer wieder die Gier auf.

Die Gier ist demnach nicht etwas, was erst mit dem Kapitalismus Eingang in die menschliche Geschichte gefunden hat. Neu ist allerdings, dass durch die leistungslose Reichtumsprämie ein neuer Anreiz geschaffen wird: Gieriges Verhalten wird – in bisher ungeahntem Ausmaß – belohnt. Wer akkumuliert und die anderen beraubt („ursprüngliche Akkumulation“), erhält nicht nur das Diebesgut, sondern bekommt – wenn sie/er dieses nicht gleich konsumiert – eine exponentiell wachsende Prämie dazu. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass Menschen unter solchen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mehr gieriges Verhalten zeigen. Das bedeutet aber auch: Würde man die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wieder ändern, würde man auch vermutlich weniger gieriges Verhalten beobachten.

Die menschliche Gier muss jedoch häufig als Grund für das ständige Wachstum der Wirtschaft herhalten. Weil Menschen an sich gierig seien, werde der materielle Wohlstand immer mehr. Eine solche Begründung hält einer näheren Überprüfung nicht stand: Denn wenn alleine die Gier für das Wachstum von Geld und Wert verantwortlich wäre, dann müsste es auch schon in

anderen Zeiten (vor der kapitalistischen Ära) und in anderen Weltgegenden (außerhalb des kapitalistischen Einzugsbereichs) ein ständiges Wachstum von Wohlstand und Konsum gegeben haben. Dafür gibt es aber keine stichhaltigen Indizien. Im Gegenteil: Wir werden im Kapitel über die Arbeit noch sehen, dass sich Menschen in nicht-kapitalistischen Gesellschaften häufig mit einem bescheidenen materiellen Niveau zufrieden gaben. Von Gier war in diesen Gesellschaften kaum etwas zu beobachten. Daher müssen es offensichtlich äußere Faktoren sein, die gieriges Verhalten hintanhaltend oder begünstigend. Ich meine, dass die Reichtumsprämie einen sehr großen Anreiz für Gier geschaffen hat und wir seit Etablierung der Reichtumsprämie verstärkt gieriges Verhalten bei Menschen beobachten.

4.4. Wertewandel: Verzicht wird gut

Die Logik des modernen Geldes ist nicht nur der Auslöser für die ursprüngliche Akkumulation. Sie schafft auch neue Anreize für Verzicht: Die Reichtumsprämie bedeutet, dass jemand eine Belohnung dafür erhalte, wenn sie/er heute verzichtet. Wird der Betrag X , den man als Tauschwert erworben hat, nicht konsumiert, sondern gespart, so erhält die/der Sparer/in nach einem Jahr nicht nur X zurück, sondern den um die Prämie ($X \cdot r$) erhöhten Betrag. In Summe bekommt sie/er also $X(1+r)$. Wenn wir das an dem im vorigen Kapitel gebrachten Beispiel mit dem Haus veranschaulichen: Wer den Tauschwert X , der ein Haus wert ist, konsumiert (für ein Fest, ein Geschenk oder Sonstiges) hat nach einem Jahr nichts mehr und dann auch nach zehn Jahren nichts. Wer aber auf den Konsum verzichtet, erhält nach zehn Jahren (bei einer 10prozentigen Reichtumsprämie) nicht nur den Gegenwert von einem Haus, sondern bereits einen Geldbetrag im Gegenwert von 2,6 Häusern. Also gilt nach der Logik des modernen Geldes: Wer heute verzichtet, wird morgen einen höheren Lohn erhalten. Je größer die Reichtumsprämie, umso größer der Lohn und damit umso größer der Anreiz für den Verzicht.

Das Versprechen auf größeren Lohn durch Verzicht gilt freilich immer. Das moderne Geld implementiert also einen systematischen Anreiz, das „gute Leben“ aus dem „Hier und Jetzt“ hinauszuschieben, zugunsten eines noch „besseren Lebens“ in der Zukunft. Die neue Grammatik schafft also einen permanenten Anreiz, mit dem „guten Leben“ im Heute noch zu warten. Diesen Anreiz kann man freilich ignorieren und schon jetzt sein Leben genießen. Aber es hat seinen Preis: Man verbraucht ja mit dem Konsum von X nicht nur X sondern auch die Belohnung ($X \cdot (1+r)^t$). Es gibt im Kapitalismus demnach keinen Zwang zum Verzicht; sehr wohl aber eine systematische Belohnung für den Verzicht: Die tragische Pointe ist, dass wir Menschen immer im „Hier und Jetzt“ leben. Wir leben nur im Heute und niemals im Morgen. „Morgen“ wird nie erreicht.

Bildlich ist es mit der neuen Grammatik des Geldes wie mit einer Karotte, die vor dem Esel am Karren aufgespannt wird. Ständig sieht der moderne Mensch vor sich eine Karotte, die immer größer wird. Weil die Karotte ständig wächst, wäre es zu seinem Schaden, wenn er jetzt schon einen Teil davon genießen würde. Das „bessere Leben“ hängt also ständig vor ihm. Wenn er verzichtet, wird es noch besser. Der Preis ist, dass er auf das „gute Leben“ im Jetzt verzichten muss. Das Tragische ist, dass er die Karotte, also das „bessere Leben“, nie erreichen wird. Es ist immer besser, im Jetzt noch zu verzichten. Weil das Leben nun aber nur im „Hier und Jetzt“ passiert, wird weder das „gute“ noch das „bessere Leben“ jemals gelebt.²⁶

Mit der Veränderung im Kommunikationsmittel Geld sind alle Menschen mit einer neuen Anreizstruktur konfrontiert: Konsumverzicht wird systematisch belohnt. Je größer die Reichtumsprämie, umso größer der Anreiz zum Verzicht. Daher ist es nahe liegend, dass alle Menschen, die das moderne Geld verwenden, intuitiv lernen, sich nach dieser Regel zu verhalten. Geld wird – aufgrund seiner inhärenten Wachstumslogik – als Kommunikationsmittel quantitativ immer wichtiger. Mit dem Geld verbreitete sich implizit auch die Verhaltensregel des Verzichts. Geld prägt seine Eigenschaften der menschlichen Gesellschaft auf. Es verändert die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben der Menschen und damit für ihr individuelles Verhalten.

4.4.1. Verzicht und Opfer: Die protestantische Ethik

Wie schon bei der Gier lässt sich auch über den Verzicht (bzw. über die Freigiebigkeit) nichts Allgemeingültiges sagen: Wie bei der Gier findet sich auch der Verzicht und die Freigiebigkeit in alten Mythen und Sagen, was ein Indiz dafür ist, dass diese Eigenschaften die Menschen schon lange begleiten: Vermutlich

26 Dieser Logik folgend formulierten die TeilnehmerInnen des Weltsocialforums Anfang 2009 einen Aufruf mit dem Leitsatz „Wir wollen nicht besser leben, wir wollen gut leben!“ – vgl. Aguiton 2009: 8f

kennen alle Menschen die Haltung des Verzichts und die Haltung der Freigiebigkeit. In unterschiedlichen Aspekten kennen sie auch die jeweiligen Folgen. Wie Verzicht und Freigiebigkeit bewertet werden, hängt sehr stark von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und konkreten Umständen ab. Beispielsweise gilt es als gut, dass dem Ratschlag des biblischen Joseph (vgl. Genesis 41) gefolgt wurde und in den sieben fetten Jahren Verzicht geübt wurde, um dann in den folgenden mageren Jahren genug Reserven zu haben. Umgekehrt wird der reiche Gutsbesitzer, der nur arbeitet und spart, als Narr bezeichnet. Denn noch in der folgenden Nacht werde er sterben. (vgl. Lukas 12, 15-21)

Bis ins ausgehende Mittelalter hinein war Verzicht tendenziell nichts Erstrebenswertes; im Gegenteil: Anerkennung in der Gesellschaft genossen diejenigen, die besonders freigiebig waren. (vgl. Le Goff 2007: 78) Vor der kapitalistischen Zeit war es gesellschaftliches Ideal, dass sich Grundherren gut um ihre Untertanen sorgten. Dazu zählte auch, dass sie zu Festen luden, Geschenke verteilten und feierten; kurzum: eben gerade nicht Verzicht übten. Mit Beginn der kapitalistischen Ära ändert sich das nun. Verzicht wird als „gut“ gedeutet. Vergeudung und Freigiebigkeit werden als Laster gebrandmarkt.

Nachzeichnen lässt sich diese Umdeutung von Werten sehr gut in der religiösen Bildersprache, nämlich im Motiv des Opfers: Durch das Opfer soll ein Gott (die Götter) sanftmütig gestimmt werden. Man verzichtet also auf etwas, um dafür einen höheren Lohn zu erlangen. Umgekehrt ist das Opfer ein Widerspruch in sich: Wer daran glaubt, dass alles von Gott geschaffen ist, der kann Gott nichts schenken: Wenn alles – das Leben der Menschen, der Tiere und der Pflanzen – von Gott geschenkt ist, was soll dann diesem Gott geopfert werden? Es könnte ja nur Gott gestohlen werden, um es ihm dann wieder darzubringen. Man kann Leben töten und diesen Akt dann zur Ehre Gottes umdeuten. Aber wenn Gott das Leben schenkt und der Mensch nimmt es, um damit Gott zu ehren, dann kann der Mensch ja nur etwas,

was ihm geschenkt wurde, wieder zurückgeben. Es ist so, wie wenn man ein Gastgeschenk wieder zurückgibt.

Die Auseinandersetzung mit Verzicht und Opfer begleitet den religiösen Diskurs in verschiedenen Weltreligionen und in vielen Jahrhunderten. Man könnte auf der einen Seite den Eindruck gewinnen, eine Religion sei ohne Opfer gar nicht zu denken. Es gehöre zum Wesen einer Religion, dass sie ihrem Gott (bzw. ihren Göttern) Opfer darbringt. Ihr ganzer Kult sei rund um das Opfer aufgebaut. Auf der anderen Seite sprechen gerade die ProphetInnen und Religionsgründer eine ganz andere Sprache: Sie fordern die radikale Zurückdrängung der Opfer aus. Sie wollen die Überwindung der Opfer (vgl. Baudler 1994). Sie meinen, der opfernde Mensch habe das Geschenk, das ihm Gott gemacht hat, nicht verstanden. Von Jahwe, dem Gott der abrahamitischen Religionen, heißt es, er wolle Liebe und Barmherzigkeit, nicht Opfer (vgl. Hos 6,6). Dieser Gott verlangt die radikale Zurückweisung von Opfer und Verzicht. Dieser Gott will, dass wir leben und in Fülle leben (Joh 10,10).

Am Beginn der Neuzeit gewinnen – jedenfalls im christlichen Abendland – jene Interpretationen an Oberwasser, die dem Opfer (und damit dem Verzicht) eine positive Bewertung beimessen. Am deutlichsten macht sich diese Entwicklung in den protestantischen Kirchen bemerkbar, die zu dieser Zeit entstehen. Vor allem die calvinistische Lehre hat den Verzicht in ihren Wertekanon inkorporiert. Sie zeichnet sich – wie die protestantische Ethik allgemein – durch die Betonung von Sparsamkeit, Askesse und Verzicht aus. Mit der Prädestinationslehre gelingt es den CalvinistInnen, das Opfer (und damit den Verzicht) positiv zu deuten: Nach dieser Lehre kann der Mensch die Vorherbestimmung (Prädestination) nicht positiv beeinflussen, sie drücke sich jedoch schon im Diesseits durch (wirtschaftlichen) Erfolg aus. Wirtschaftlicher Erfolg und Reichtum sind demnach Zeichen der Auserwählung. Also sind diejenigen, die die Spielregeln des neuen Geldes beachten und so wirtschaftlichen Erfolg erzielen,

genau die, die von Gott auserwählt wurden. Calvin meint dementsprechend: „*Es ist nicht sündhaft, reich zu sein. Sondern in Sünde fällt nur, wer sich auf seinem Vermögen ausruht und es zur Befriedigung seiner lasterhaften Begierden missbraucht.*“ (Johannes Calvin; zitiert aus Söhner 2004: 8f) Es ist also ethisch korrekt, wenn die/der Unternehmer/in viel arbeitet, ihren/seinen Reichtum (bzw. Gewinn) immer wieder neu investiert und damit sinnvolle Dinge finanziert: Kirchen, Häuser, Fabriken, Infrastruktur. Auf alles, was der Befriedigung von Begierden dient, soll verzichtet werden.

Die katholische Kirche hat – rein äußerlich – die Absegnung eines solchen Wertekanons eine Zeitlang verweigert: Noch bis ins 19. Jahrhundert hat sie ihre grundsätzlich zinskritische Haltung mehrfach wiederholt. In der Praxis hat sie sich aber auch schnell an die neuen Erfordernisse angepasst: Die Inquisition verbreitet ab dem 13. Jahrhundert Angst und Schrecken: Sie bereitet damit schon den Boden dafür, dass Verzicht und Opfer von den Gläubigen eingemahnt werden. Den Wucherern droht die katholische Kirche seit dem Hochmittelalter nicht mehr die vollkommene Verdammnis an und schuf für sie das Fegefeuer. Außerdem steigt die katholische Kirche mit dem Ablasshandel selbst ins Geschäft ein und versucht daraus Profit zu ziehen.

Am Beginn der Neuzeit wurden also in vielen christlichen Kirchen religiöse Weltbilder etabliert, die das Heil in der Zukunft versprechen: Wer heute ein Opfer erbringt, wird später (im Jenseits) einen viel größeren Lohn erhalten. Der Aufschub eines „guten Lebens“ im Jetzt zu Gunsten eines noch „besseren Lebens“ in der Zukunft (und sei es im Jenseits) findet sich also in der profanen Welt, überträgt sich aber in der Zeitenwende vom Mittelalter zur Neuzeit auch auf die religiöse Vorstellungswelt. Die Logik des Kommunikationsmittels Geld überträgt sich so im ausgehenden Mittelalter auf religiöse Weltbilder.

Max Weber verweist in seinem 1904/05 erschienenen Hauptwerk über die „Protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus“ auf die Parallelen zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftsethos und der „rationalen Ethik des asketischen Protestantismus“ (Weber 2004: 65f). Der Kapitalismus konnte sich also nach Weber besonders dort gut entfalten, wo die religiös-gesellschaftlichen Leitlinien einen asketischen Lebensstil forderten: Wo dem Verzicht der Boden bereitet war, konnte sich der Kapitalismus am besten entfalten. Demgegenüber glaubt Walter Benjamin, dass die Sache genau umgekehrt war: Der Kapitalismus habe sich entfaltet und dabei das Wesen des Christentums in seinen Grundfesten verändert. In seinem berühmten Fragment „Kapitalismus als Religion“ (erstmalig erschienen im Jahr 1921) meint Benjamin, dass im „Kapitalismus eine Religion zu erblicken“ sei. „Der Kapitalismus dient essentiell der Befriedigung derselben Sorgen, Qualen, Unruhen, auf die ehemals die so genannten Religionen Antwort gaben.“ (Benjamin 2004: 15) Das Christentum habe zur Reformationszeit nicht das Aufkommen des Kapitalismus begünstigt, sondern es habe sich in den Kapitalismus umgewandelt (ebd.: 17).

Weber und Benjamin sind die Protagonisten eines Streits. Der eine (Weber) sagt, zuerst war eine neue Ethik da. In dieser konnte sich der Kapitalismus am besten entfalten. Der andere (Benjamin) meint, dass die neue kapitalistische Wirtschaftsform die Ethik verändert hat. Die Legitimierung des risiko- und leistungslosen Zinses war die Initialzündung für den Kapitalismus. Die Logik des neuen Geldes hat in der Folge die Lebenswirklichkeit und den Wertekanon der Menschen nachhaltig verändert. Die Menschen haben ganz praktisch erfahren, dass jemand, der Tauschwerte anhäuft (durch Raub, Arbeit oder Verzicht), in kurzer Zeit sehr reich werden kann. Wer also anhäuft, erhält später noch mehr. Also tendiere ich hier zur Ansicht von Walter Benjamin: Die veränderte Wirtschaftsform hat die gesellschaftlichen Werte (inklusive der Religion) verändert. Zentrale Glaubenssätze des Christentums wurden so umgedeutet, dass sie mit dem

Kapitalismus gut einhergingen. Mit Walter Benjamin: Wichtige christliche Botschaften wurden so verändert, dass sie mit dem Kapitalismus kompatibel wurden. Sowie das gelungen war, waren gute Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Kapitalismus geliefert: Weil es gut war zu verzichten, konnte sich der Kapitalismus gut entfalten: Wer viel und schwer arbeitete (auf sein Lebensglück verzichte) und sparte (auf Konsum verzichte), wurde auf Erden (Reichtum) und im Himmel belohnt.

4.5. Wertewandel: Die Arbeit wird heilig gesprochen

Wie schon beschrieben kann man zu Tauschwerten auf drei verschiedene Arten kommen:

- Aneignung von Tauschwerten, die bisher niemandem gehörten bzw. Raub („ursprüngliche Akkumulation“)
- Verzicht
- Schaffung von neuen Tauschwerten durch Arbeit

Durch die „ursprüngliche Akkumulation“ und durch Verzicht werden gesamtgesellschaftlich keine neuen Tauschwerte geschaffen: Es werden bloß vorhandene Tauschwerte anders verteilt. Einzig die Arbeit kann den gesellschaftlichen Reichtum (gemessen in Geld) vermehren (vgl. MEW 25: 158). Daher bildet die Tauschwert produzierende Arbeit das Zentrum einer kapitalistischen Gesellschaft.

4.5.1. Der Begriff der Arbeit

Die Arbeit an sich hat der Kapitalismus freilich nicht erfunden. Arbeit ist schon viel älter: Etymologisch kommt das Wort „Arbeit“ von der indogermanischen Wortwurzel „orbh-s“ mit der Bedeutung „(arme) Waise“ (vgl. später griechisch orphanós oder englisch orphan). Diese Grundbedeutung findet sich auch noch in altgermanischen Quellen: arbejdz ist ein „(zu unfreier Arbeit gezwungene) Waise“. (vgl. Heide 2002: 288) Von dieser konkreten Bedeutung abstrahierend wird das Wort „Arbeit“ im Mittelalter in der Bedeutung von „Mühsal“, „Strapaze“, „Plage“ verwendet. (vgl. Höffe 1992: 16) Verwandt dazu ist auch das altslawische „rabota“, das „Knechtschaft“ bzw. „Sklaverei“ bedeutet und heute in allen slawischen Sprachen den Begriff „Arbeit“ bezeichnet. Im Englischen gibt es für den Begriff der „Arbeit“

zwei unterschiedliche Begriffe, die auch noch die Aristotelische Unterscheidung zwischen selbstbestimmter „praxis“ und fremdbestimmter „poiesis“ reflektieren: Das Wort „labour“ („sich abmühen“) bezeichnet Tätigkeiten, die unangenehm, erzwungen oder von außen bestimmt sind. Demgegenüber hat „work“ ursprünglich die Bedeutung von selbstbestimmter Tätigkeit im Sinne von kreativem Schaffen. Diesen Aspekt erkennt auch Friedrich Engels, wenn er im 1. Band des Kapitals als Fußnote hinzufügt: „Die englische Sprache hat den Vorzug, zwei verschiedene Worte für diese zwei verschiedenen Aspekte der Arbeit zu haben. Die Arbeit, die Gebrauchswerte schafft und qualitativ bestimmt ist, heißt work, im Gegensatz zu labour; die Arbeit, die Wert schafft und nur quantitativ gemessen wird, heißt labour im Gegensatz zu work.“ (MEW23: 62f, Fußnote 16) Auch das französische Wort für Arbeit (travail) ist negativ konnotiert: Es kommt vom lateinischen „tripalium“ (tripalare=quälen), was sowohl eine Vorrichtung zum Beschlagen von wilden Pferden wie auch ein Folterwerkzeug meinte.

Der Begriff der Arbeit verweist also auf Zwang und Lustfeindlichkeit. In diesem Sinne argumentierte schon Aristoteles, der im zweckgerichteten Tun eine menschliche Notwendigkeit sah, die auf ein Minimum reduziert werden sollte. Die „Arbeit“ ist nach der Aristotelischen Einteilung dem Feld der „poiesis“ zuzuordnen. Denn in der Arbeit werden Menschen tätig, um ein äußerliches Ziel zu erreichen: Solche Ziele können sein: das Überleben sichern, einen gewissen Lebensstil erreichen, Anerkennung, o.ä. Nach dieser Begrifflichkeit bedeutet das, dass die Arbeit grundsätzlich kein Handeln ist, „das wir seiner selbstwegen wollen“ (NE 1094a). Aristoteles würde sagen: Arbeit muss halt sein. In seiner Gesellschaft ließ man sie von SklavInnen erledigen. Das wahre Leben findet aber fern der Arbeit statt.

4.5.2. „Arbeit“ in nicht-kapitalistischen Gesellschaften

Ein Teil der menschlichen Zeit muss vermutlich in allen Gesellschaften für zweckgerichtete Tätigkeiten verwendet werden: Lebensmittel produzieren, Behausungen schaffen und instand halten, usw. Auch müssen Tätigkeiten verrichtet werden, die wenig Freude machen (z.B. Abfall und Fäkalien entsorgen). Die verrichtete Arbeit soll Produkte hervorbringen, die das Überleben sichern bzw. das Leben angenehmer machen. Eine gewisse Vorstellung vom Arbeitsverständnis in nicht-kapitalistischen Gesellschaften gewinnt man, wenn man anthropologische Studien über so genannte primitive Völker analysiert oder Berichte aus vorkapitalistischer Zeit studiert.

Der US-amerikanische Anthropologe Marshall Sahlins (1972: 29) versuchte aus vielen ethnologischen Untersuchungen zu ergründen, wie und wie viel in „primitiven Gesellschaften“ gearbeitet wurde. Zwei Beispiele seien hier kurz skizziert:

- eine Beobachtung aus Australien: „*The Aboriginals of Victoria (...) are as a rule „lazy travellers. They have no motive to induce them to hasten their movements.*“ Sie beginnen mit ihrer Arbeit spät am Morgen und machen viele Pausen.
- In einer anderen Untersuchung aus dem 17. Jahrhundert über die „Micmac“ in Acadia (damalige französische Kolonie im Nordosten Nordamerikas) wird die Beobachtung gemacht: „*They are never in a hurry.*“ (ebd.)

Nach Sahlins (ebd.: 86) war Arbeit in vorkapitalistischen Gesellschaften bloß eine Teilzeit-Beschäftigung. Die verrichtete Arbeit war wenig intensiv, häufig unterbrochen und angepasst an viele rituelle Tätigkeiten. Zeiten der Aktivität wechselten mit jenen der Passivität. Je größer die Produktivität war, desto weniger wurde gearbeitet (ebd.: 87ff). Der Grund für die niedrige gesellschaftliche Arbeitszeit liegt nach Sahlins vor allem in der

Tatsache begründet, dass diese Gesellschaften ein – für unsere Verhältnisse – sehr geringes materielles Wohlstandsniveau als ausreichend hielten; in der Begrifflichkeit von Marianne Grone-meyer (2002: 43): Das „necessarium“ („das für lebensnotwendig Gehaltene“) war gering. Das hatte nicht nur zur Folge, dass wenig gearbeitet wurde; diese Gesellschaften lebten sogar in einem Gefühl des Überflusses: „a trust in the abundance of nature’s resources rather than despair at the inadequacy of human means.“ (Sahlins 1972: 29) Sie hatten das „necessarium“ niedrig angesetzt und gaben sich mit dem Erreichen eines soliden Existenzminimums zufrieden. War ein als ausreichend angesehenes materielles Niveau erreicht, widmeten sich „primitive Gesellschaften“ anderen, nicht-materiellen Dingen. Dazu zählt nach Sahlins der Schlaf, die Muße, die Spiritualität und die Pflege der sozialen Beziehungen (ebd.: 14ff)

Eine laxe Arbeitsauffassung war auch dem mittelalterlichen Europa nicht fremd. Es gab damals eine ganz andere Zeitvorstellung. Nach der „aufgabenbezogenen Zeitvorstellung“ folgten auf dem Lande die Arbeitszeiten einem „natürlichen Rhythmus“, die sich an den jahreszeitlich wechselnden Aufgaben in der Agrargesellschaft orientierte (Thompson 2007: 23f). Das konnte schon bedeuten, dass an bestimmten Tagen von frühmorgens bis spätabends gearbeitet wurde, allerdings mit sehr vielen und recht ausgiebigen Pausen, normal vier Mahlzeiten, dazu oft noch ein oder zwei Erfrischungspausen. Diese Unterbrechungen, wie Juliet Schor (1991: 46) betont, zu den Rechten der LandarbeiterInnen, auf deren Einhaltung sie selbst während der Haupterntezeit Anspruch hatten.

Eine strikte Trennung der menschlichen Zeit in „Arbeit“ und „Leben“ war im Mittelalter wenig ausgeprägt (vgl. Thompson 2007: 24). Der Arbeitsprozess war durch eine Vielzahl von Unterbrechungen gekennzeichnet: In der mittelalterlichen Gesellschaft im Europa des 13. und 14. Jahrhunderts gab es zumindest für die HandwerkerInnen neben den selbstverständlich arbeitsfreien

Sonntagen weitere etwa einhundert Feiertage. Die tägliche Zeit und Intensität der Arbeit erstreckte sich über Jahrhunderte hinweg auf die Tagesstunden, unterbrochen von mehreren ausführlichen Mahlzeiten und Ruhepausen. (vgl. Heide 2002: 20ff)

In den weniger arbeitsintensiven Teilen des Jahres wurde ohnehin recht unregelmäßig gearbeitet. Ähnlich wie Sahlins kommt auch Thompson (2007: 38) zum Schluss: *„Wo immer die Menschen ihren Arbeitsrhythmus selbst bestimmen konnten, bildete sich ein Wechsel von höchster Arbeitsintensität und Müßiggang heraus.“* Die Menschen arbeiteten nur für ein als angemessen empfundenes Auskommen („necessarium“). Das konnte in „guten Zeiten“ am Ausgang des 14. Jahrhunderts bedeuten, dass viele nur 120 Tage im Jahr arbeiteten (Schor 1991: 47). Ähnlich wie in den „primitiven Gesellschaften“ genoss man offensichtlich die arbeitsfreien Zeiten: *„Unsere Vorfahren mögen nicht reich gewesen sein, aber sie verfügten über einen Überfluss an Muße“* (Schor 1991: 41).

Diese Grundeinstellung war in England auch noch während des 18. Jahrhunderts vorherrschend, d.h. in der Zeit der beginnenden industriellen Revolution. Viele ArbeiterInnen konnten nicht zu mehr vier Arbeitstagen in der Woche motiviert werden: Denn der *„Umstand, daß sie eine ganze Woche mit dem Lohn von 4 Tagen leben konnten, schien den Arbeitern kein hinreichender Grund, auch die andren zwei Tage für den Kapitalisten zu arbeiten.“* (MEW 23: 290).

4.5.3. Arbeit und das „necessarium“

Arbeit im Sinne von zweckgerichtetem Tun hat es vermutlich in allen Gesellschaften gegeben. Unter den Annahmen, dass Menschen überleben wollen, und für die Versorgung der Menschen ein gewisses Mindestmaß an zweckgerichtetem Tun nötig ist, ist Arbeit eine „ewige Naturnotwendigkeit“ (MEW 23: 57). Ein

gewisser Teil der menschlichen Zeit muss offensichtlich für Arbeit verwendet werden, um zu überleben. In allen Gesellschaften gibt es notwendige Tätigkeiten, die niemand gerne macht (z.B. Toiletten putzen). Aber auch Tätigkeiten wie Felder bewirtschaften, Früchte sammeln, Vieh beaufsichtigen, Häuser bauen, usw. werden nicht notwendigerweise immer mit großer Freude gemacht. Es gibt also notwendige Tätigkeiten, die mit Mühsal beladenen sind. Das bedeutet, dass Menschen einen Teil ihrer Lebenszeit mit verzweckten Tätigkeiten (poiesis) verbringen müssen. Die wesentliche Frage ist, wie viel Zeit wir mit solchen Tätigkeiten verbringen. (Um diesen Gedanken plastisch zu machen: Auch Tiere müssen tätig sein, um überleben zu können, aber man käme wohl nicht auf die Idee, ihre Tätigkeit als Arbeit zu bezeichnen.) Wenn sich die für diese Arbeit aufgewendete Zeit in Grenzen hält, erscheint es anhand der Beobachtungen in nicht-kapitalistischen Gesellschaften, als würden die fremdbestimmten (Routine-)Tätigkeiten des Menschen nicht als Last empfunden, sondern – in einem guten Ausgleich zwischen Aktivität und Passivität – eine Möglichkeit darstellen, im konkreten Tun die eigenen Fähigkeiten entfalten zu können.

Der Zweck der Arbeit ist es, die Reproduktion der Menschen sicher zu stellen und gewisse Reserven für Notzeiten zu schaffen. Das bedeutet, dass Menschen eine Vorstellung davon haben müssen, was für sie ein ausreichendes materielles Niveau ist. Wie schon dargelegt spricht Marianne Gronemeyer (2002: 43) in diesem Zusammenhang vom „necessarium“, vom „für lebensnotwendig Gehaltenen“. Das absolute Minimum dafür stellt ein materielles Niveau dar, das zum nackten Überleben reicht. Darüber hinaus wollen Menschen aber offensichtlich auch gewisse Reserven für Notzeiten anlegen oder sich manche Annehmlichkeiten gönnen. Dieser Zusatz zum materiellen Überlebensniveau ist freilich relativ und wird von unterschiedlichen Gesellschaften auch unterschiedlich definiert. Ist dieses „necessarium“ erreicht, dann gibt es keinen Grund für weitere Arbeit: In nicht-kapitalistischen Gesellschaften war es offensichtlich möglich,

dass Menschen ein ausreichendes materielles Niveau erreichten: Nach Sahlins (1972: 21) reichten dafür ein paar wenige Stunden Arbeit am Tag. Ist dieser Punkt erreicht, so könnte man sich – nach Hannah Arendt (1982: 166ff) – dem Herstellen (Tätigsein aus einem inneren Impuls heraus), dem Handeln (zweckfreie Interaktion mit anderen Menschen) bzw. der *vita contemplativa* (Muße) widmen.

In einer kapitalistischen Gesellschaft kann ein solches „necessarium“ niemals erreicht werden, weil – nach der kapitalistischen Logik - das investierte Kapital immer weiter vermehrt werden muss. Es kann kein Zustand hergestellt werden, wo ein erreichtes materielles Niveau als ausreichend angesehen wird: Aus G muss immer weiter G' werden. Oder umgekehrt gewendet: Würde eine kapitalistische Gesellschaft mit dem erreichten materiellen Wohlstand zufrieden sein, wäre kein Platz für (reales) Kapitalwachstum. Daher bleibt in einem kapitalistischen System keine Zeit für zweckfreies Tun und schon gar nicht fürs Nichts-Tun. Folglich soll die ganze Zeit des Individuums zur Arbeitszeit werden. (vgl. MEW 42: 604)

4.5.4. Der Begriff „abstrakte Arbeit“

Für den kapitalistischen Prozess der Geld- und Wertvermehrung (G-W-G') muss die Arbeit in eine ganz bestimmte Form gegossen werden. Arbeit ist im Kapitalismus längst nicht mehr nur „*zweckmäßig produktive Tätigkeit oder nützliche Arbeit*“ (MEW 23: 56), die das Leben oder Überleben sichert. Arbeit muss so organisiert werden, dass sie die geschaffenen Tauschwerte maximiert. Die Arbeit wird so zur „*abstrakten Arbeit*“ (ebd.) In diesem Prozess der Geld- und Wertvermehrung wird der einzelne Mensch zum Humankapital. Die Arbeitskraft wird zur Ware. (MEW 23: 184) Für den Prozess der kapitalistischen Arbeit bedeutet dies: Je mehr (Tausch-)Wert die individuelle Arbeit produzieren kann, umso besser: Das erhöht auf der einen Seite

den Gewinn der/des Unternehmer/in (und/oder den Lohn der/s Arbeiterin/s) in dieser Periode. Es erhöht auf der anderen Seite auch den Marktwert (=Preis) der/s Arbeiterin/s.

Die Höhe des Tauschwertes orientiert sich zum einen an der Nachfrage nach den produzierten Produkten, auf die die Arbeit nicht wirklich einen Einfluss hat. Zum anderen orientiert sie sich an den durchschnittlichen Kosten zur Herstellung eines Produkts, wofür die entscheidenden Faktoren die Entlohnung und die Produktivität der Arbeit sind. Gelingt es einer/m Unternehmer/in die Arbeit so zu organisieren, dass sie/er die Produkte unter den durchschnittlichen Kosten anbieten kann, so bleibt ihr/ihm ein Extraprofit. Aus verteilungstheoretischer Sicht ist es freilich interessant, wer sich diesen Extraprofit aneignet: Bekommen ihn die Unternehmens-BesitzerInnen (KapitalistInnen) in Form von Renditen, bekommen ihn die (besitzlos gedachten) UnternehmerInnen in Form von erhöhtem UnternehmerInnen-Lohn oder aber bekommen ihn die ArbeiterInnen in Form von höheren Löhnen. Es sind also nicht nur die KapitalistInnen und UnternehmerInnen, die ein Interesse an permanenten Rationalisierungen haben, um ihre Renditen bzw. ihre Unternehmensgewinne zu steigern: Es sind im Kapitalismus auch die ArbeiterInnen einer Anreizstruktur ausgesetzt, die eine permanente Verbesserung der Kostenstruktur – inklusive Wegrationalisierung der Arbeit – gut heißt. Mit der Etablierung der Reichtumsprämie wurde für alle drei (KapitalistInnen, UnternehmerInnen und ArbeiterInnen) ein permanenter Anreiz geschaffen, die menschlichen Tätigkeiten nach der Logik der „abstrakten Arbeit“ zu organisieren.

Freilich muss über die Aufteilung der Überschüsse verhandelt und manchmal gestritten werden.

- Für die KapitalistInnen gibt es eine praktische Beschränkung, nämlich die Zinsen, die auf den Kapitalmärkten gezahlt werden. Würden die KapitalistInnen zu hohe Reichtumsprämien für das Verleihen von Geld verlangen, hat die/der Unternehmer/in einen Anreiz, das Geld bei anderen KapitalistInnen zu

besorgen. Das beschränkt grundsätzlich die Möglichkeiten der KapitalistInnen. Freilich können sie höheres Risiko nehmen und so höhere Zinsen verlangen. Aber sie tragen damit das Risiko eines Kreditausfalls. (Wie schon dargestellt halte ich den Zinsteil, der als Versicherungsprämie berechnet wird, für nicht problematisch.)

- Für die UnternehmerInnen besteht ein Anreiz, nicht nur auf die eigene, sondern auch auf fremde Arbeit zurückzugreifen. Der Zugriff auf fremde Arbeit wurde am Beginn der kapitalistischen Entwicklung erleichtert, weil viele Menschen – im Zuge der „ursprünglichen Akkumulation“ – ihrer Produktionsmittel beraubt wurden. Weil diese völlig besitzlos waren, verfügten sie nur noch über ihre eigene Arbeitskraft. Diese mussten sie verkaufen, um überhaupt überleben zu können. Für die wenigen BesitzerInnen der Produktionsmittel war diese Ausgangssituation erfreulich, weil sie ihre Verhandlungsposition stärkte. Die ArbeiterInnen mussten jeden Lohn akzeptieren, der das Überleben sicherte. Also waren die Löhne niedrig und die UnternehmerInnen konnten den allergrößten Teil der Überschüsse, die die fremden Arbeitskräfte erwirtschaften, für sich beanspruchen.
- Für die ArbeiterInnen gilt die gleiche Logik: Sie stehen in einer permanenten Konkurrenzsituation mit den UnternehmerInnen. Durch Bildung von gewerkschaftlichen Organisationen konnten die ArbeiterInnen ihre Verhandlungsposition verbessern und höhere Anteile am Überschuss für sich beanspruchen.

Die inhärente Konkurrenzsituation zwischen UnternehmerInnen und ArbeiterInnen kann nicht aufgehoben werden. Sie kann aber gemildert werden, wenn insgesamt hohe Überschüsse produziert werden, weil dann die Verteilungsmasse größer ist und für jede Seite ein großes Stück abfallen kann. Verschärft wird diese Konkurrenzsituation durch hohe Reichtumsprämien. Je höher die prozentuelle Prämie, desto größer ist der Anreiz, diese Prämie für sich zu beanspruchen.

Karl Marx meinte, die Individuen scheinen nun nicht mehr – wie in feudalen Gesellschaften – von sachlichen Abhängigkeitsverhältnissen beherrscht, sondern von Abstraktionen. (vgl. MEW 42: 97). Die gesellschaftliche Produktion ist nur noch auf die Abstraktion von G-W-G' ausgerichtet, also auf ein Verhältnis, das außerhalb der konkreten Menschen und der konkreten Zeit existiert. (vgl. ebd.: 92)

4.5.5. Der Doppelcharakter der Arbeit

Es ist eines der großen Verdienste von Karl Marx, dass er auf diesen prägenden Charakter der kapitalistischen Arbeit hinweist: Gleich im ersten Kapitel des „Kapitals“ arbeitet er den „Doppelcharakter der Arbeit“ heraus. Mit diesem Begriff will Marx auf die zwei Seiten der kapitalistisch geprägten Lohnarbeit hinweisen: zum einen ist sie nützliche und konkrete Arbeit, die Gebrauchswert schafft; zum anderen ist sie aber vor allem abstrakte Arbeit, die Tauschwert schafft. Dieser „Doppelcharakter der Arbeit“ ist – nach Marx – der „Springpunkt (...), um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht.“ (MEW 23: 56)²⁷

Gehen wir dem „Doppelcharakter der Arbeit“ noch etwas nach: Marx versucht ihn an einem Beispiel deutlich zu machen: *„Der Rock ist ein Gebrauchswert, der ein besonderes Bedürfnis befriedigt. Um ihn hervorzubringen, bedarf es einer bestimmten Art produktiver Tätigkeit. Sie ist bestimmt durch ihren Zweck, Operationsweise, Gegenstand, Mittel und Resultat. Die Arbeit, deren Nützlichkeit sich so im Gebrauchswert ihres Produkts oder darin darstellt, daß ihr Produkt ein Gebrauchswert ist, nennen wir kurzweg nützliche Arbeit. Unter diesem Gesichtspunkt wird sie stets betrachtet mit Bezug auf ihren Nutzeffekt.“* (MEW 23: 56)

²⁷ In einem Brief an Engels betont Marx nach der Veröffentlichung des ersten Bandes des Kapitals: *„Das Beste an meinem Buch ist 1. (darauf beruht das Verständnis der facts) der gleich im Ersten Kapitel hervorgehobene Doppelcharakter der Arbeit, je nachdem sie sich in Gebrauchs- oder Tauschwert ausdrückt, 2. die Behandlung des Mehrwerts (...).“* (MEW 31: 326; Brief an Engels vom 24. August 1867)

Indem Menschen schöpferisch tätig sind, schaffen sie Gebrauchswerte, oder umgekehrt formuliert: In „*dem Gebrauchswert jeder Ware steckt eine bestimmte zweckmäßig produktive Tätigkeit oder nützliche Arbeit.*“ (MEW 23: 57)

Schöpferisch tätig zu sein kann aber genauso gut bedeuten, ein schönes Gedicht zu schreiben, für die Liebste einen Blumenkranz zu flechten, aus bloßer Freundschaft für jemanden einen Kuchen zu backen. Man macht solche Tätigkeiten, weil man sich im Tun – überwiegend zweckfrei – selbst entfalten will (im Sinne der Aristotelischen „praxis“) oder weil man einem konkreten, geliebten Menschen eine Freude bereiten will. Der Wert für die/den Empfänger/in entsteht vor allem durch die Absicht, die hinter der Tätigkeit vermutet wird. Und weil Beziehungen für das (Über-)Leben notwendig sind (siehe das Kapitel über die Neurobiologie), ist es durchaus rational, auch in dieser Art und Weise tätig zu werden.

In einer kapitalistischen Gesellschaft macht der Schneider den Rock nicht mehr für konkrete Personen, sondern einzig und allein für den Tausch gegen Geld. In vorkapitalistischen Zeiten hätte ein Schneider vielleicht noch andere Motive gehabt: sein individuelles Können zu entfalten, den Rock individuell auf die Wünsche des Trägers anzupassen, einen Freundschaftsdienst zu erweisen, sich selbst daran zu erfreuen, wenn man den stolzen Rockträger mit dem Rock auf der Straße trifft usw. Der Rock erfüllte also nicht bloß einen materiellen Nutzen, sondern er festigt in der Regel – weil er für eine konkrete Person gemacht wurde – auch die Beziehung zwischen Schneider und Rockträger. Im Kapitalismus produziert der Schneider den Rock als Ware, das heißt, für den Tausch gegen Geld. Das bedeutet, der Schneider produziert den Rock nicht für einen konkreten Menschen, sondern für den freien Markt. Freilich gibt es auch im Kapitalismus Menschen, die bei einem Schneider einen Rock für sich selbst bestellen. Der Schneider und die/der Kundin/Kunde stehen aber prinzipiell unter der Anreizwirkung der Reichtumsprämie: Demnach soll der Schneider so viel als möglich für seine Dienstleistung

verlangen. Umgekehrt wird die/der Kundin/Kunde so wenig als möglich bezahlen wollen. Wer am besten verhandelt, hat nicht nur den kurzfristigen Gewinn, sondern erhält – wenn sie/er den Überschuss anlegt – noch eine exponentiell steigende Prämie auf diesen Gewinn dazu. Das grundlegende Neue an der Logik des modernen Geldes ist: Der Schneider wird – wenn er nicht den maximalen Preis erzielt – nicht nur mit dem entgangenen Gewinn für diese Inkonsequenz bestraft werden, sondern auch noch mit den Zinsen und Zinseszinsen auf diesen entgangenen Gewinn. Das bedeutet, dass der Anreiz, systemkonform zu handeln, vergrößert wird. Der Schneider hat im Kapitalismus einen deutlich höheren Anreiz, sein Humankapital bestmöglich zu verwerten und seine Produkte zum maximal erzielbaren Tauschwert zu verkaufen.

Diese Logik wirkt aber freilich auf die Arbeit an sich zurück: Der Schneider wird seine Arbeit zunehmend so organisieren, dass er möglichst hohe Tauschwerte für seine Röcke erzielt. Das heißt auch:

- Er wird sich nicht mehr für die Nützlichkeit (oder den Gebrauchswert für konkrete Personen) interessieren (vgl. Holloway 2010: 94ff). Welchen Gebrauchswert seine Produkte haben, ist für unseren kapitalistischen Schneider zunehmend nebensächlich, zumal er die Personen, die seine Röcke kaufen, in der Regel gar nicht kennt.
- Sich in der Arbeit schöpferisch zu entfalten, ist nur dann gefragt, wenn es sich *auszahlt*. Freude an der schöpferischen Tätigkeit zu haben ist nach der kapitalistischen Logik wichtig. Alles hat sich an der maximalen Produktion von Tauschwerten zu orientieren; also auch die Freude an der „Arbeit“.
- Unbezahlte Freundschaftsdienste in der Produktion kosten Zeit, die sich alternativ auch in die Produktion von Tauschwerten investieren ließe. Also wird man Tätigkeiten, die (hauptsächlich) der Beziehungspflege dienen, sukzessive zurückfahren.

- Der Arbeitsprozess wird mehr und mehr so organisiert, dass Pausen, arbeitsfreie Zeiten und unproduktive Tätigkeiten minimiert werden.

In den Worten von Karl Marx: „*Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit.*“ (MEW 23: 52) Diese Logik gilt unabhängig davon, ob wir es mit einem selbstständigen Schneider zu tun haben oder ob der Schneider als Angestellter in einer Fabrik mitarbeitet. In beiden Fällen gilt, dass das Primat der Maximierung der produzierten Tauschwerte die konkrete Arbeit formt.

4.5.6. Das ambivalente Verhältnis des Kapitals zur Arbeit

Der Kapitalismus hat zur Arbeit ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits ist sie die zentrale Quelle der Wertschöpfung, andererseits wird sie laufend wegrationalisiert.

Wie wir schon gesehen haben, hat die Arbeit im Kapitalismus nicht bloß die Funktion, den Wertbestand zu reproduzieren, sondern zusätzlich einen Mehrwert hinzuzufügen. Nach der auch hier vertretenen marxistischen Grundposition wird der Mehrwert von den ArbeiterInnen erwirtschaftet und von den KapitalistInnen angeeignet.²⁸ Das Kapital ist also auf Gedeih und Verderb auf die Arbeit angewiesen. Das ist die eine Seite.

Andererseits verlangt die Logik der permanenten Geld- und Tauschwert-Steigerung, dass die Produktion der Waren – im Vergleich zu den KonkurrentInnen – möglichst billig ist. Ein – aus Sicht einer/s einzelnen Kapitalistin/en – Erfolg versprechender

²⁸ *Wie ich später noch deutlicher ausführen werde, vereinigt heutzutage fast jeder Mensch beide Rollen in sich: Sobald jemand über ein kleines Sparbuch verfügt und für Geld arbeitet, ist sie/er sowohl Kapitalist/in als auch Arbeiter/in.*

Weg ist es daher, den Faktor Arbeit wegzurationalisieren. Von dieser Prämisse ist Karl Marx bei seiner Untersuchung des „*tendenziellen Falls der Profitrate*“ ausgegangen. In den Grundrissen (1858) bezeichnet er es als „in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie und das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehn. Es ist vom historischen Standpunkt aus das wichtigste Gesetz. Es ist ein Gesetz, das trotz seiner Einfachheit bisher nie begriffen und noch weniger bewußt ausgesprochen worden ist.“ (MEW42: 641) Im 3. Band des Kapitals widmet er diesem Gesetz einen ganzen Abschnitt. (MEW25: 221-277) Demnach versuchen die einzelnen UnternehmerInnen durch Investitionen ins Realkapital einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen, mit dem sich zusätzliche Gewinne erzielen lassen. Tote Arbeit²⁹ (= Maschinen, Gebäude, Innovationen) soll lebendige Arbeit ersetzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Investitionen ins Realkapital höhere Renditen abwirft als Investitionen in das Humankapital (= mehr ArbeiterInnen, bessere Arbeitsorganisation oder höhere (Anreiz-)Löhne).

Die Folge ist also: Der Anteil des toten Kapitals wächst sukzessive, der Anteil der Arbeit (=Humankapital) geht zurück. Weil aber die Arbeit die einzige, langfristige Quelle für die Produktion von Wert (und damit auch von Mehrwert) ist, entzieht – auf gesellschaftlicher Ebene – das Kapital sich selbst die Grundlagen seiner Existenz.

4.5.7. Die Änderung im Kommunikationsmittel Geld zieht die Veränderung des menschlichen Verhaltens nach sich

In Bezug auf die Arbeit wird besonders deutlich, welche Auswirkungen das moderne Geld auf das Verhalten der Menschen hat: Offensichtlich ändert sich bei einer veränderten Anreizstruktur des Geldes das menschliche Verhalten. Es macht für Menschen

29 „Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je mehr sie sich davon einsaugt.“ (MEW23: 247)

einen Unterschied, ob ihre erwirtschafteten Überschüsse – ohne eigene Gegenleistung – innerhalb von zehn Jahren gleich viel wert bleiben, weniger werden oder sich mit großen Steigerungsraten vermehren. Weil mit der Etablierung der Reichtumsprämie letzteres der Fall ist, haben Menschen ihr Verhalten verändert. Sie stehen im Banne der spezifischen Anreizstruktur des modernen Geldes:

- Alle haben nun einen erhöhten Anreiz, viel zu arbeiten: Also wird mehr gearbeitet. (quantitative Änderung)
- Alle haben nun einen höheren Anreiz, die Arbeit nach der Logik der „abstrakten Arbeit“ zu organisieren. Also wird die Arbeit verdichtet. Es gibt weniger Pausen und mehr Stress, usw. (qualitative Änderung)

Die spezifischen Eigenschaften des Geldes übertragen sich auf die Gesellschaft.

Natürlich kommunizieren in real existierenden kapitalistischen Gesellschaften die Menschen nicht nur übers Geld: Man verwendet auch weiterhin andere Kommunikationsmittel: Man spricht miteinander, man pflegt Beziehungen, usw. Mit dem Wachstum des Geldes verlieren diese Kommunikationsmittel an Bedeutung. Mehr und mehr zählt das, was sich zu Geld machen lässt. Weil sich die Logik des Kapitals mehr oder weniger auf die ganze Welt ausgedehnt hat, hat es „eine gesellschaftliche Totalität“ konstituiert (Postone 2003: 236).

4.6. Kaufen und Verzichten: ein kapitalistischer Grundwiderspruch

Der Kapitalismus könnte die Dynamik der Geld- und Wertvermehrung (G-W-G') niemals entfalten, wenn die produzierten Waren nicht auch verkauft würden. Was produziert wird, muss auch gekauft werden. Nur durch den Kauf (oder Tausch) kann Tauschwert erst entstehen. Wenn die produzierten Dinge nicht gekauft werden (Nachfrage), werden sie auf kurze Frist gar nicht mehr produziert (Angebot). Damit sich das kapitalistische System entfalten konnte, musste sich der Mensch als kaufender Mensch definieren. Das steht nun in scheinbarem Widerspruch zu den bisher besprochenen Folgen des veränderten Kommunikationsmittels Geld. Wie ich in den vorherigen Kapiteln dargestellt habe, belohnt das neue Geld systematisch

- die private Aneignung von Tauschwerten (legal oder illegal),
- den Verzicht und
- die Arbeit

Die systematische Belohnung des Verzichts steht aber im Widerspruch zur Notwendigkeit des Kaufs. Es handelt sich dabei um einen Grundwiderspruch, der im Kapitalismus angelegt ist:

- Die Reichtumsprämie ist ein systematischer Anreiz zum Verzicht. Wird das gesparte Geld für Investitionen ausgegeben, ist das System im Lot. Mit der gesparten Summe wird Nachfrage erzeugt: nicht in Form von Konsumgütern, sondern in Form von Investitionsgütern ausgegeben. Das Wichtige ist: Es wird damit gekauft.
- Wird aufgrund der Anreizwirkung der Reichtumsprämie zu viel verzichtet (=zu viel Kaufkraft abgezogen), so kommt die Wirtschaft ins Stocken: Wenn zu wenig Nachfrage erzeugt wird, wird weniger produziert. Die Wirtschaftsleistung geht zurück.

Allerdings würde bei hoher Sparneigung in einer funktionierenden Marktwirtschaft Folgendes passieren: Die Zinsen (und damit die Reichtumsprämien) fallen. Diesem Fall sind in einem kapitalistischen System aber Grenzen gesetzt: Wenn sich die Reichtumsprämie dem Wert Null annähert, würde niemand mehr Geld verleihen. Man würde lieber das Geld behalten als es zum Nulltarif zu verleihen. (In der Ökonomie spricht man in diesem Fall von der Liquiditätsfalle.)

In kapitalistischen Krisenzeiten wird dieser Grundwiderspruch virulent: Die Belohnung des Verzichts verursacht eine zu geringe Nachfrage, was eine stockende Wirtschaftsleistung zur Folge hat. Also wird die Wirtschaft schrumpfen oder es gleicht jemand die Nachfrangelücke aus. In den letzten Jahrzehnten haben die Staaten (und Private) diese Lücke durch Verschuldung geschlossen. Allerdings hat die Verschuldung ihren Preis. Denn in Zukunft müssen dann Zinsen gezahlt und irgendwann auch die Schulden getilgt werden. Das reduziert freilich in der Zukunft die Nachfrage. Das Problem ist dann in der Zukunft größer. Darauf kann man freilich mit noch höherer Verschuldung reagieren, was aber den zukünftigen Probleberg weiter vergrößert. Die kurzfristige Lösung des Problems ist also die langfristige Verschlimmerung des Problems.

4.6.1. Kauf und Konsum in nicht-kapitalistischen Gesellschaften

Wie schon bei Gier, Verzicht, Freigiebigkeit und Arbeit gilt auch bei Konsum und Kauf: Allgemeingültiges über die menschliche Haltung zu Kauf und Konsum zu sagen, ist unmöglich: Die menschliche Neigung zu Besitz und Eigentum war und ist immer gesellschaftlich geprägt. Kein Mensch ist ohne gesellschaftliche Rahmenbedingungen denkbar.

Die langfristige Beobachtung von Menschen legt aber den Schluss nahe, dass Menschen immer schon gerne Dinge besessen haben; auch Dinge wie Schmuck oder Spiele, die nicht unbedingt zum Überleben notwendig waren. Das belegen auch anthropologische Studien aus vergangenen Jahrtausenden. Marshall Sahlins (1972: 13) kommt in seiner Studie von nicht-kapitalistischen Gesellschaften zum Schluss, dass diese vergleichsweise frei von materiellen Zwängen gewesen wären. Vorkapitalistische Menschen kannten keinen Sinn für Besitz, sie zeigten einen unterentwickelten Sinn für Eigentum und hatte einen Mangel an Interesse an technologischen Verbesserungen. Der frühere Jäger, Sammler oder Bauer sei ein „uneconomic man“ gewesen. Seine Wünsche waren knapp und seine Mittel in Relation dazu genügend. Nach Sahlins sei der „economic man“ eine neuzeitliche Konstruktion.

Auch im europäischen Hochmittelalter waren Reichtum und Konsum keine erstrebenswerten Ziele. Reichtum an sich brachte keinerlei Achtung; im Gegenteil: Gesellschaftliche Anerkennung gab es, wenn jemand sein Einkommen verschenkte (vgl. Grujewitsch 2006: 41). Auch die christlichen Kirchen bewerten – jedenfalls in ihren theologischen Schriften – materiellen Wohlstand durchaus negativ. Selig seien die Nicht-Besitzenden, also die Armen (Mt 5,1-12a) Ein Kamel komme eher durch ein Nadelöhr, als ein Reicher in das Reich Gottes.“ (Mk 10,25) Ab dem 13. Jahrhundert breiten sich so genannte Bettelorden in ganz Europa aus. Sie machen genau das Gegenteil von Reichtum und Konsum zu ihrem Programm und beanspruchen dabei, die christliche Grundlage glaubwürdiger zu vertreten.

4.6.2. Kauf und Konsum in kapitalistischen Gesellschaften

Mit der gesellschaftlichen Akzeptanz der Reichtumsprämie wird nun allmählich ein gesellschaftlicher Wertewandel eingeleitet. Modernes Geld schafft einen impliziten Anreiz, mehr Tauschwerte zu schaffen. Es wird mit der Reichtumsprämie nicht

einfach Geld nominell mehr; es müssen real mehr Tauschwerte geschaffen werden, damit – um in unserem Beispiel zu bleiben – nach zehn Jahren aus einem Haus 2,6 Häuser werden. Damit das möglich wird, müssen Menschen mehr und mehr ihr Verhalten ändern. Sie legen dann ein Verhalten an den Tag, dass die ständige Mehrung des materiellen Wohlstands zum Ziel hat.

Dem steht allerdings im ausgehenden Mittelalter der gesellschaftliche Wertekatalog im Weg. Reichtum und Konsum galten bis dahin als wenig erstrebenswert. Das Handeln nach der sich entwickelnden kapitalistischen Logik widersprach also den gesellschaftlichen Werten. Weil ein solcher Widerspruch langfristig nicht gut auszuhalten ist, gibt es zwei prinzipielle Möglichkeiten: Man passt das Handeln an die Werte an oder man passt die Werte an das Handeln an. Im ausgehenden Mittelalter wird der zweite Weg gewählt: Materieller Wohlstand wird gesellschaftlich positiv konnotiert; ja das Streben des Menschen nach mehr Wohlstand wird als „natürlich“ wahrgenommen.

Dieser Wertewandel lässt sich sehr gut anhand der calvinistischen Lehre nachzeichnen: Die von Calvin vertretene Prädestinationslehre befürwortet auf der einen Seite den Verzicht. Sie besagt aber gleichzeitig, dass der wirtschaftliche Erfolg ein Zeichen der Auserwählung sei. Wer also viel besitzt und über hohes Einkommen verfügt, kann sich glücklich schätzen. Denn sein Reichtum und sein Einkommen sind ein Zeichen der Auserwählung. Freilich sollen mit dem Einkommen bestimmte Dinge gekauft werden: vor allem Investitionsgüter. Erlaubt waren aber auch Güter, die den wirtschaftlichen Erfolg sichtbar machten. Kauf und Reichtum werden so legitimiert.

Auf säkularer Ebene lässt sich der gesellschaftliche Wertewandel gut beim englischen Philosoph Thomas Hobbes (1588-1679) zeigen. Dieser versucht zu erklären, warum es „natürlich“ sei, dass der Mensch lieber mehr als weniger konsumiert. Hobbes beschreibt in seinem Hauptwerk „Leviathan“ die Unruhe der neuen Zeit, die geprägt sei von den Entdeckungen der neuen Welt

und der sich entfaltenden kapitalistischen Wirtschaftsform: Das Glück des Erdenlebens bestehe nun nicht mehr in einer „*ungestörten Seelenruhe*“, wie es noch die „*älteren Sittenlehrer*“ behauptet hätten. (vgl. Hobbes 1970/1651: 90) Hobbes definiert die moderne Glückseligkeit neu: „*Glückseligkeit schließt in sich einen beständigen Fortgang von einem Wunsch zum anderen, wobei die Erreichung des ersteren immer dem folgenden den Weg bahnen muss.*“ (ebd.) Es reicht aber laut Hobbes nicht, dass die Wünsche im „Hier und Jetzt“ erfüllt werden, weil es „*bei den Wünschen der Menschen nicht darauf ankommen darf, dass sie das, was sie wünschen, etwa nur einmal und gleichsam für einen Augenblick genießen, sondern dass vielmehr der Genuss auch für die Zukunft sichergestellt werde.*“ (ebd.) Die Menschen streben ein ganzes Leben lang nach immer größerer Macht, „*weil sie die gegenwärtige Macht und die Mittel, glücklich zu leben, zu verlieren fürchten.*“ (ebd.: 91)

Hobbes erkennt also implizit, dass er an einer Zeitenwende lebt. Vor seinen Lebzeiten gab es einen anderen Zugang zum Glück. Er unterscheidet:

- Das Glück der „*ungestörten Seelenruhe*“: Glück und Zufriedenheit erwächst dann aus dem Inneren des Menschen. Das war in vorkapitalistischer Zeit der Fall. Nun sei es aber anders:
- Das Glück des „*beständigen Fortgangs von einem Wunsch zum anderen*“. Das menschliche Glück ist dann laut Hobbes von äußeren Faktoren wie Reichtum, Ruhm und Ehre abhängig. Menschen konstruieren ihre Welt so, dass ihr Glück von außen abhängt.

Hobbes ist offensichtlich fasziniert von der neuzeitlichen Reichtumsproduktion, die mit der Etablierung der Reichtumsprämie in Gang gekommen ist. Die Ursache für diese Entwicklung ist für ihn klar: Es sind die Menschen, die nach Reichtum, Ehre und Macht streben, daher produzieren sie immer mehr Güter. Das hält er für natürlich. Im Einklang mit modernen ÖkonomInnen *glaubt* Hobbes, dass das menschliche Glück – bei allen Menschen – von

äußeren Faktoren (Ruhm, Ehre, Reichtum) abhängig ist. Für die Legitimierung des kapitalistischen Systems ist die Hobbsche Weltsicht sehr praktisch: Hobbes – und viele PhilosophInnen und ÖkonomInnen in seiner Folge – behaupten, dass die Welt so ist wie sie ist, weil die Menschen so sind wie sie sind. Die permanente Reichtumsproduktion ist für Hobbes nicht aus der systemimmanenten Logik des neuen Geld- und Wertsystems zu erklären, sondern einzig und allein aus der menschlichen Natur. Wenn die grundlegende Funktionsweise der Ökonomie und der Gesellschaft aus der Natur des Menschen heraus erklärt werden kann, wird diese Funktionsweise faktisch unantastbar.

Im Gegensatz zu Hobbes bin ich der Meinung, dass – mit der Etablierung der Reichtumsprämie – die Spielregeln in der „äußeren Welt“ grundlegend verändert wurden. Es wurden damit neue mächtige Anreize geschaffen: private Aneignung, Verzicht und Arbeit. Diese Anreize verlagern die Aufmerksamkeit der Menschen auf die „äußere Welt“. Eine Folge dieser Anreizwirkung ist, dass faktisch mehr materieller Wohlstand produziert wird. Diese Dynamik erfasst immer weitere Schichten der Bevölkerung. Das gesellschaftliche Tun wird in der Folge positiv bewertet. Die Wohlstandsproduktion wird zum gesellschaftlichen Leitprojekt. Gleichzeitig mit diesem gesellschaftlichen Wertewandel gewinnt für die einzelnen Menschen die „äußere Welt“ als (vermeintliche) Quelle des Glücks immer mehr an Bedeutung: Das „innere Selbst“ (mit Hobbes: die „ungestörte Seelenruhe“) gerät als Quelle des Glücks in Vergessenheit. Folglich erscheint es als natürlich, dass Menschen immer mehr haben wollen.

Halten wir fest: Die gesellschaftliche Bewertung von Besitz, Eigentum und Konsum ist von sozioökonomischen Rahmenbedingungen abhängig. Es hat in der Vergangenheit offensichtlich Rahmenbedingungen gegeben, die aus Menschen „unökonomische Menschen“ machten: Menschen in solchen Gesellschaften hatten ein geringes Interesse an Besitz, Eigentum und Konsum. Die moderne Konsum- und Warenwelt besaß in nicht-kapitalistischen Gesellschaften niemals diese Bedeutung, die sie bei uns heute besitzt.

4.6.3. Die Geburt des „Homo oeconomicus“

Die sich entwickelnde ökonomische Wissenschaft konstruierte im 18./19. Jahrhundert ein Menschenbild, das mit den Erfordernissen des kapitalistischen Systems kompatibel war. In der Konstruktion des „homo oeconomicus“ nimmt dieses Menschenbild Gestalt an. Der „homo oeconomicus“ wurde im 19. Jahrhundert von John Stuart Mill (1808-1873) entwickelt. Mill vertrat die Philosophie des Utilitarismus, die sämtliches menschliches Handeln mit dem Nutzenkalkül erklären will. Er stützte sich dabei auf Vorläufer wie Thomas Hobbes, Francis Bacon oder Jeremy Bentham. Der „homo oeconomicus“ wird in der Folge zum zentralen Menschenbild der Ökonomie. Denn diese Konstruktion schafft den theoretischen Brückenschlag zwischen der systemimmanenten kapitalistischen Entwicklung (ständige Vermehrung des Tauschwertes) und der positiven Bewertung dieser Entwicklung.

Das Menschenbild des „homo oeconomicus“ geht davon aus, dass alle Menschen dem „Prinzip des größten Glücks“ (Mill 1864: 9) folgen. Der Mensch sei mittels seiner Vernunft fähig, jeder Handlung und jedem Konsum einen Glücksertrag zuzuordnen. Unterschiedliche Menschen haben zwar unterschiedliche Präferenzen, daher wollen nicht alle das gleiche. Mill geht aber davon aus, dass jeder Mensch fähig ist, unterschiedliche Freuden zu vergleichen (ebd.: 12f). So entsteht eine persönliche, über die Zeit hinweg grundsätzlich stabile Glückshierarchie. (vgl. Zerb 1987: 177f) Mill ist persönlich überzeugt, dass geistige Freuden den körperlichen qualitativ überlegen sind. Dies mündet in das bekannte Zitat: „It is better to be a human being dissatisfied than a pig satisfied“ (Mill 1864: 13) („Es ist besser ein unzufriedener Mensch zu sein als ein zufriedenes Schwein.“) Damit nimmt er freilich eine persönliche Wertung vor und verlässt die neutrale Beobachterposition.

Das Menschenbild „homo oeconomicus“ gibt Auskunft, wie sich die ÖkonomInnen den Menschen vorstellen. Folgende Elemente halte ich in diesem Zusammenhang für bemerkenswert:

- Jegliches Glück („Nutzen“) kommt von Außen (v.a. durch Konsum). Der Mensch wird als passiver Konsument verstanden, der alle Konsumprodukte (und Tätigkeiten) mit einem Glücksertrag (Nutzenwert) versieht und dann den individuellen Gesamtnutzen maximiert. Ein „inneres Selbst“ als eigenständige Quelle für das Glück hat darin keinen Platz.
- Je mehr die Menschen von einem Gut haben, umso höher ist ihr Nutzen. Weil mit Geld alle Konsumgüter zu kaufen sind, steigt mit steigendem Einkommen automatisch das Glück bzw. die Zufriedenheit.
- Alles ist gegeneinander austauschbar, somit auch gegen Geld: Die UtilitaristInnen verkennen nicht, dass es viele wichtige menschliche Bereiche gibt, die zum „guten Leben“ gehören, aber nicht zu kaufen sind: Beziehungen, Freundschaften, Kinder, Spiritualität, etc. Aber sie gehen davon aus, dass die Menschen den Nutzwert aller Aktivitäten, Handlungen und Konsumgüter gut abschätzen und bewerten können (vgl. Höffe 1992: 43). Schließlich und endlich könne man mit Geld auch für Einbußen in den nicht-ökonomischen Bereichen entschädigen.
- Menschen sind grundsätzlich voneinander isoliert: Jeder Mensch nimmt seine Nutzenbetrachtungen individuell für sich vor.
- Jeder Mensch ist vernünftig. Entscheidungen werden nicht intuitiv aus dem Bauch heraus getroffen, sondern mit dem Kopf. Damit widerspricht Mill beispielsweise dem englischen Philosophen David Hume (1711 – 1776), der überzeugt war, dass das menschliche *Moralgefühl* stärker und tiefer sei als das Nutzenprinzip. Hume meinte im Gegensatz zu Mill, dass die Gefühle (das Emotionale) stärker seien als die rationale Berechnung. (vgl. Sedlacek 2012: 259)

Mill zufolge beschäftigt sich die Politische Ökonomie „mit dem Menschen lediglich in seiner Eigenschaft als ein Wesen, das Reichtum besitzen möchte und das die relative Effizienz der Mittel zum Erreichen dieses Zieles beurteilen kann. Sie sagt nur solche Phänomene des gesellschaftlichen Zustandes voraus, die aus dem Streben nach Reichtum resultieren.“ (Mill 1976: 161) Interessant ist, dass Mill diese Aussage nicht als empirische Realaussage verstanden wissen will, sondern ganz im Gegenteil: „Nicht, dass jemals ein politischer Ökonom so töricht gewesen wäre, anzunehmen, die Menschheit sei wirklich so beschaffen, sondern vielmehr, weil dies die Art und Weise ist, wie eine Wissenschaft zwangsläufig vorgehen muss.“ (ebd.: 162) Trotz dieses gewichtigen Einwandes wurde der „homo oeconomicus“ zur Basis der modernen Volkswirtschaftslehre. Weil die Ökonomie zu einer sehr wichtigen gesellschaftlichen Disziplin wurde, gewann das ökonomische Menschenbild immer mehr an Bedeutung. Der Mensch wird mehr und mehr „in seiner Eigenschaft als ein Wesen, das Reichtum besitzen möchte“ (ebd.) wahrgenommen. Andere menschliche Wirklichkeiten werden zusehends ausgeblendet. Mit Mill könnte man sagen: Wir sind mittlerweile so töricht und glauben, dass die Menschheit wirklich so beschaffen sei, dass ihr wichtigstes Trachten jenes der Wohlstandsvermehrung ist.

Ich denke aber, dass ein solches Menschenverständnis keinesfalls zufällig ist. Die ökonomische Wissenschaft musste „zwangsläufig“ auf ein derart konstruiertes Menschenbild zurückgreifen, weil die Logik der ständigen Wertvermehrung geradezu nach so einem Menschentypus verlangt. Wenn immer mehr materieller Wohlstand produziert wird, dann soll das auch gut sein, dann soll das auch im Sinne des Menschen sein. Nun will ich nicht behaupten, dass Menschen nicht auch in vorkapitalistischer Zeit schon gerne Dinge besessen und Reichtum genossen hätten. Einzigartig an der kapitalistischen Vorstellung vom Menschen halte ich aber die Tatsache, dass der Mensch *ausschließlich* als rationaler, konsumierender Nutzenoptimierer verstanden wird.

Für den Prozess der kapitalistischen Wohlstandsproduktion macht es freilich Sinn, wenn sich der Mensch als kaufender Mensch versteht. (Und damit das Kaufen auch irgendeinen Sinn macht, darf das Gekaufte konsumiert werden.³⁰) Der kapitalistische Mensch soll denken, dass es gut ist, dass er kaufen (und konsumieren) kann. Und je mehr er kauft (und konsumiert), umso besser ist es. Im Sinne des Kapitalismus ist es wesentlich, dass sich der moderne Mensch seine Welt so konstruiert, dass er in seinem Leben vor allem wertschätzt, was zu kaufen/konsumieren ist. Zugespitzt könnte man formulieren: Der Mensch ist kein homo oeconomicus, aber er soll – im Sinne der kapitalistischen Logik – ein solcher sein, damit der Prozess der Geld- und Wertvermehrung nicht gestört wird.

4.6.4. Modernes Geld schafft sich Menschen mit unendlichen Bedürfnissen

Es ist für das kapitalistische System gut, wenn sich der Mensch als kaufender Mensch definiert. Nun könnte man freilich einwenden, dass das System die Menschen ja nicht dazu zwingen könne, nach seinen Prämissen zu handeln. Wenn die Menschen nicht kaufen und konsumieren wollen, müssen sie ja nicht. Sie müssen ja kein „homo oeconomicus“ sein. Die Tatsache, dass sie – wie wir heutzutage beobachten können – gerne kaufen, spricht offensichtlich dafür, dass Menschen an sich gerne kaufen und konsumieren.

In ihrem Buch „Die Macht der Bedürfnisse“ behauptet jedoch Marianne Gronemeyer, dass Bedürfnisse nicht „natürlich“ seien, sondern gemacht werden: Eine gesellschaftliche Macht verstehe es

30 Das Modell des „homo oeconomicus“ folgt also nicht punktgenau dem Imperativ der kapitalistischen Wertvermehrung. Die reine Logik der permanenten Wertvermehrung verlangt nicht einen konsumierenden, sondern einen kaufenden Menschen. Ob die Dinge, die gekauft werden, konsumiert werden, spielt in der kapitalistischen Logik keine Relevanz. Es ist für das kapitalistische System belanglos, ob das gekaufte Paar Schuhe getragen wird oder in der Originalverpackung gleich wieder weggeworfen wird. Wichtig ist nur der Kaufakt. Weil es in der realen Welt so ist, dass in aller Regel die Dinge, die gekauft werden, auch konsumiert werden, ist das Modell des „homo oeconomicus“ für die kapitalistische Ökonomie eine gute Annäherung.

„die äußeren Verhältnisse so zu arrangieren, dass darauf mit der Entwicklung, fast bin ich versucht zu sagen, mit der *Bereitstellung* von Bedürfnissen – sogar zwingend – geantwortet wird.“ (Gronemeyer 2002: 37) Weil es diese Macht versteht, Knappheit zu konstruieren, werden Bedürfnisse erzeugt.³¹ Aus dem Menschen wird ein „belieferungsbedürftiges Mängelwesen“ (© Ivan Illich, zitiert aus: ebd.: 27) Alles Glück komme demnach aus der „äußeren Welt“.

Wie konnte das aber passieren? Wie konnte die „äußere Welt“ aus dem Menschen ein „belieferungsbedürftiges Mängelwesen“ machen, das sich selbst zu einem guten Teil über Konsum und Kauf definiert? Eine Antwort darauf kann formuliert werden, wenn man Geld als Kommunikationsmittel zwischen Menschen versteht. Zu den charakteristischen Eigenschaften des Geldes (auch für Geld ohne Reichumsprämie) gehört es, dass es sich in Beziehung zu Gütern setzt, die einen Tauschwert haben. Tauschwert haben aber wiederum nur Güter, die begrenzt bzw. begrenztbar sind. Also setzt sich Geld mit Dingen in Beziehung, die knapp sind: Salz, Edelmetalle, Schmuck, Gewürze, etc. Das war schon lange vor der kapitalistischen Ära so. Keinen Tauschwert haben solche Rohstoffe bzw. Produkte, die nicht begrenztbar sind. (Das trifft auch auf immaterielle Elemente wie Anerkennung, Liebe und Akzeptanz zu.) Beispielsweise wird von der Luft in der Regel angenommen, dass sie keinen Tauschwert besitzt, obwohl sie für das Überleben absolut essenziell ist. Sie ist aber im Normalfall in einem solchen Übermaß vorhanden, dass sie keinen (Tausch-)Wert hat. Was im Überfluss vorhanden ist, hat daher keinen/wenig (Tausch-)Wert.

Geld ist also ein Kommunikationsmittel für den Austausch von knappen Gütern. Geld setzt sich in Beziehung zu Waren (G-W). Weil sich das moderne Geld – durch seine innere Wachstumslogik – beständig ausdehnt, muss es zwangsläufig immer weiter Ausschau halten nach Dingen, die sich begrenzen lassen und damit einen Tauschwert erhalten. Interessant ist alles, was knapp

³¹ Gronemeyer verweigert die gängige Einteilung in wahre und falsche Bedürfnisse, wie sie beispielsweise Marcuse (2004: 26) vornimmt. Bedürfnisse sind ihrer Meinung nach keine anthropologische Grundkonstante, sondern gemacht.

ist. Also folgen die Menschen immer mehr der Logik des dominanten Kommunikationsmittels: Menschen, die tagtäglich dieses Kommunikationsmittel verwenden, lernen offensichtlich ihrerseits den Fokus ihrer eigenen Wahrnehmung auf jene Dinge zu richten, die knapp sind. Die Eigenschaft des Kommunikationsmittels, das immer wichtiger wird, überträgt sich sukzessive auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung von Menschen. Somit wird mit der Ausbreitung des Geldes auch die Knappheits-Wahrnehmung nach und nach auf die Selbstwahrnehmung der menschlichen Wirklichkeit ausgedehnt.

4.6.5. Der Zangengriff des modernen Geldes

Die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung hat gezeigt, wie wirkmächtig sich die Logik des Geldes auf die Konstruktion des menschlichen Selbstverständnisses übertragen hat. Das kapitalistische System hat dabei einen Zangengriff verwendet: Auf der einen Seite wurde die innere Logik des Geldes auf die Wahrnehmung der Menschen übertragen: Die Anreizwirkung des modernen Geldes veränderte das menschliche Denken und Handeln. – Auf der anderen Seite wurde der Großteil der Bevölkerung im Zuge der ursprünglichen Akkumulation in blanke Not gestoßen: Die Landnahme durch das Kapital führt dazu, dass das neue Geld den Großteil der Menschen ihrer Existenzgrundlage (Produktionsmittel und Land) beraubt („ursprüngliche Akkumulation“). Die ihrer Produktionsmittel beraubten Menschen verfügen über nichts anderes mehr als über ihre Arbeitskraft, die sie gegen Geld am Arbeitsmarkt feilbieten mussten. Das moderne Geld wird so vom Räuber zum Retter. Zuerst beraubt es die Menschen ihrer Lebensgrundlagen und wird dann zum einzigen Mittel, um überhaupt noch überleben zu können. Menschen *müssen* – wenn sie überleben wollen – für Geld arbeiten und können dann für dieses Geld am Markt Waren kaufen. Das Überleben ist also vom Kauf abhängig geworden. Wer nicht kaufen kann, stirbt.

Das war in Subsistenzwirtschaften noch anders: Wer – als Einzelne/r oder als Gemeinschaft – selbst über Produktionsmittel verfügte, konnte das, was er zum Leben brauchte, größtenteils selbst erwirtschaften. Nur für einen sehr kleinen Teil der Produkte benötigten Menschen Geld. Das ändert sich durch die inhärente Dynamik der Geldvermehrung. Marianne Gronemeyer (2002: 27) macht deutlich, dass Menschen dadurch zu Mitteln für einen äußeren Zweck wurden: „Wer sich nicht durch seine Tätigkeit erhalten kann, muss sich *verdingen*. Dieses unscheinbare, etwas altmodische Wort weist darauf hin, wie einschneidend die Landnahme ist. Durch sie werden tätige Menschen zum Ding, sie werden in ihrer ganzen Person zum Vertrags- und Verhandlungsgegenstand und geraten in fremde Verfügungsmacht. Der Besitzer hat mit dem Land zugleich die Leute in Besitz genommen. (...) Er verfügt nicht nur über ihre Arbeitskraft, sondern, was schwerer wiegt: Die Menschen werden ihrer *Daseinsmächtigkeit* und Selbsterhaltungskunst beraubt; d.h. ihrer Fähigkeit, ihr Leben in Gemeinschaft mit anderen aus eigenen Kräften zu erhalten und zu gestalten.“ Geld wird also zum Kommunikationsmittel, das für große Teile der Bevölkerung über Leben und Tod entscheidet. Menschen werden also – mit Beginn der Epoche des Kapitalismus – von den gemeinschaftlich organisierten, stärker selbstbestimmten Formen ihrer Tätigkeiten in die fremdbestimmte Lohnarbeit hineingezwungen. Fortan müssen sich Menschen den äußerlichen Anforderungen des Kapitals unterordnen. Den Menschen wird also durchaus mit Gewalt gelernt, dass die Ansprüche der „äußeren Welt“ absoluten Vorrang genießen. Das Leben wird mehr und mehr fremdbestimmt.

4.7. Wertewandel: Konkurrenz wird gut

Wenn wir unsere Welt so konstruieren, dass unser Glück (Nutzen) vom Konsum von knappen Gütern abhängt, dann folgt daraus zwangsläufig, dass wir die anderen als KonkurrentInnen und RivalInnen wahrnehmen *müssen*. Wir rivalisieren dann um knappe Güter. Was ich habe, hat der andere nicht. Und was andere haben, habe ich nicht. Wenn es so ist, dass mein Glück vom Konsum von knappen Gütern abhängt, ist jeder andere potenziell eine Gefährdung für mein Glücksniveau.

4.7.1. „Konkurrenz“ in nicht-kapitalistischen Gesellschaften

Wieder einmal lohnt sich der Blick auf nicht-kapitalistische Gesellschaften: Wie schon skizziert beobachtet Marshall Sahlins in seinen Studien, dass viele „primitive“ menschliche Gesellschaften in einer Vorstellungswelt lebten, in welcher sie sich als übermäßig beschenkt wahrnahmen. Sie betrachteten ihre Gesellschaft als „Überflussgesellschaft“ (Sahlins 1972: 1ff), obwohl der materielle Wohlstand im Vergleich zu modernen westlichen Gesellschaften alles andere als üppig war. Ihre materiellen Wünsche waren knapp und ihre Ausstattung war im Normalfall reichlich.

Freilich sind Konkurrenz, Kampf und Krieg keine Erfindungen des Kapitalismus. Es ist nicht so, dass Menschen vor dem Hochmittelalter in trauter Zweisamkeit und Frieden gelebt haben. Schon die ersten schriftlichen Aufzeichnungen der Menschheit zeugen von der Auseinandersetzung um ein gutes Leben: Schon das älteste erhaltene literarische Werk der Menschheit, das Gilgamesch-Epos, handelt von Menschen, die ihre Stadt gegen Eindringliche schützen wollen, die Allianzen schmieden und das Böse bekämpfen (vgl. Sedlacek 2012: 33ff). Auch die Bibel ist voll von Geschichten über Mord, Krieg und Verrat (vgl. ebd.: 65ff). Paradiesische Zustände sind in der Menschheitsgeschichte

eher die Ausnahme denn die Regel gewesen. Konkurrenz und Zusammenleben sind also sehr alte menschliche Themen. Wieder einmal kann man nicht sagen, wie Menschen „an sich“ sind. Wieder einmal kommen wir zur Erkenntnis, dass es häufig die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind, die darüber entscheiden, ob sich Menschen als KonkurrentInnen oder als FreundInnen begegnen.

Das Thema der Konkurrenz führt zur alten Frage der Menschen, was ein gelungenes Leben denn ausmacht: Eine Quelle des Glücks könnte die „äußere Welt“ bereithalten: Wenn man daran glaubt, dass hauptsächlich aus dieser Quelle der Strom für ein gelungenes Leben fließt, dann sind Konsum und Wohlstand für unser Glück hauptverantwortlich. Weil Konsumgüter und materieller Wohlstand knapp sind, stehen Menschen mit einer solchen Glaubensüberzeugung zwangsläufig zueinander in Konkurrenz. Ganz andere Quellen des Glücks sind die gute Kommunikation zum „inneren Selbst“ bzw. die gelingenden Beziehungen zu unseren Mitmenschen.

- Betrachten wir das „innere Selbst“: Siegfried Essen (2011: 150ff) beschreibt das „Selbst“ als Quelle, die dem „Ich“ als süßer Nektar bzw. als unendlicher Energiestrom zufließt. Das „Ich“ kann soviel davon essen bzw. aufnehmen, als es ihm gut tut. Es kann immer wieder zur Quelle zurückkehren. Es ist selbstverständlich, dass der Nektar bzw. der Energiestrom niemals ausgehen wird. Von Seiten des „inneren Selbst“ gibt es also keine Knappheit. Also kann es bei dieser Quelle niemals Konkurrenz geben.
- Ebenso verhält es sich mit den guten Beziehungen zu den Nächsten: Gelingt uns im Leben echte Kommunikation mit unseren Mitmenschen, so werden beide Seiten einen Gewinn erfahren. Wer Liebe und Zuneigung verschenkt, wird auch Liebe und Zuneigung erhalten. Gesellschaftlich gesehen wird das Glück also mehr, wenn es verschenkt wird. Daher gibt es keine Knappheit und folglich keine Konkurrenz.

Die Konstruktion eines „übermäßig beschenkten Menschen“ (statt derer eines Mängelwesens) ist von materiellen Rahmenbedingungen abhängig: Ein Mensch, der all seiner Produktionsmittel beraubt ist und tagtäglich um sein nacktes Überleben kämpfen muss, wie es heute noch in vielen Teilen dieser Erde der Fall ist, wird sich schwer als „übermäßig beschenkt“ fühlen können. Sobald die materielle Existenz gesichert ist, ist es eine Frage der *je individuellen Sichtweise*, ob wir uns als „übermäßig beschenkt“ oder als „Mängelwesen“ wahrnehmen. Es ist eine Entscheidung des „eigenen Ich“, ob es sich als „belieferungsbedürftiges Mängelwesen“ mit unbegrenzten Bedürfnissen oder als „übermäßig beschenkter Mensch“ sieht.

Freilich orientieren sich Menschen immer auch am Verhalten ihrer Mitmenschen: Wenn alle Mitmenschen genügsam sind, wird ein/e Einzelne/r („eigenes Ich“) wohl kaum nach großem Wohlstand streben. Wenn aber die meisten Mitmenschen dem Reichtum nachlaufen, wird vom „eigenen Ich“ schon viel Kraft verlangt, dass es diesen Impulsen widersteht. Wer es allerdings schafft, auf seine inneren Impulse zu hören, wird großen Lohn erfahren: Der Lohn ist auch in einem kapitalistischen Umfeld ein „gutes Leben“ im „Hier und Jetzt“.

4.7.2. „Konkurrenz“ in kapitalistischen Gesellschaften

Thomas Hobbes hat schon am Beginn der Neuzeit die Logik der kapitalistischen Gesellschaft wahrgenommen. Er hat beobachtet, an welchen Prämissen seine ZeitgenossInnen ihr Verhalten ausgerichtet haben. Wie schon dargestellt hat Hobbes zwei grundsätzliche Wege zum Glück erkannt (vgl. Hobbes 1970/1651: 90):

- Das Glück der „ungestörten Seelenruhe“
- Das Glück des „beständigen Fortgangs von einem Wunsch zum anderen“

Hobbes hat offensichtlich wahrgenommen, dass für die „unge störte Seelenruhe“ in der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft kein Platz mehr ist. Das sei früher einmal so gewesen. Das hätten die „alten Sittenlehrer“ behauptet.

Hobbes hat aber scharfsichtig erkannt, dass die Menschen seiner Zeit schon ganz anders tickten und sich mit der „Seelenruhe“ nicht mehr zufrieden gaben. Hobbes hat das Verhalten seiner ZeitgenossInnen beobachtet. Er hat angenommen, dass er darin die Natur des Menschen erkennen könne. Ich glaube aber, dass Hobbes bei seinen Beobachtungen nicht eine ahistorische Natur des Menschen, sondern ein spezifisches Verhalten unter spezifischen Umständen beobachtet hat. Hobbes hat menschliches Verhalten unter kapitalistischen Rahmenbedingungen beobachtet. Sein Trugschluss war, dass es sich dabei um die Natur des Menschen handle.

Ich glaube, dass der Grund für die Veränderung im Verhalten von neuzeitlichen Menschen zu einem wesentlichen Teil in den veränderten Rahmenbedingungen zu finden ist: Mit der Etablierung der Reichtumsprämie sind die Menschen der Anreizwirkung des modernen Geldes ausgesetzt. Auf der einen Seite haben viele Menschen durch die ursprüngliche Akkumulation ihre Lebensgrundlagen verloren und müssen daher – wenn sie überleben wollen – trachten, in den Besitz von Geld zu kommen. Auf der anderen Seite besteht für alle, die fähig sind, Reserven anzulegen, der Anreiz möglichst große Reserven anzulegen, weil sie damit an der Dynamik der automatischen Geldvermehrung bestmöglich partizipieren. Das Verhalten der Menschen folgt also – mit Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise – mehr und mehr der Logik der neuen kapitalistischen Rahmenbedingungen:

Die kapitalistische Logik forciert ein spezifisches menschliches Verhalten: Belohnt werden diejenigen, die materielle Reserven bilden können. Folglich gewinnen ursprüngliche Akkumulation, Verzicht und Arbeit immer mehr an Bedeutung. Die innere Logik des Kapitalismus verlangt nach einer Orientierung auf die „äußere

Welt“. Damit werden Entfremdungsprozesse vom „inneren Selbst“ gefördert. Die Rede von der „ungestörten Seelenruhe“ wird als alt und befremdlich wahrgenommen. Das „innere Selbst“ versiegt als Quelle des Glücks. Es bleibt nur noch die „äußere Welt“ oder – in den Worten von Hobbes – der „beständige(n) Fortgang von einem Wunsch zum anderen.“

Wenn die Quelle des Glücks nur noch im außen liegt, dann werden Menschen unweigerlich zu RivalInnen. Das hat Hobbes völlig richtig erkannt. Denn im Gegensatz zu Selbst- und Nächstenliebe sind die Güter dieser Erde potenziell knapp. Er schreibt: *„Sooft daher zwei ein und dasselbe wünschen, dessen sie aber beide nicht zugleich teilhaftig werden können, so wird einer des anderen Feind.“* (Hobbes 1970/1651: 113) Das Naturrecht billigt einem jeden Menschen die Freiheit zu, *„zur Erhaltung seiner selbst seine Kräfte beliebig“* (ebd.: 118) zu gebrauchen. Die Menschen würden sich daher *„in dem Zustande des Krieges aller gegen alle befinden.“* (ebd.: 119) Hobbes bezeichnet den „Krieg aller gegen alle“ (*bellum omnium contra omnes*) als „Naturzustand“.

Ungeachtet der Tatsache, dass zu seiner Zeit noch der überwiegende Teil der Wirtschaft subsistenzwirtschaftlich organisiert war und die neue Grammatik des Geldes erst begonnen hatte, sich auszuweiten, sah Hobbes den Menschen bereits als abstrakten Einzelnen, der um seine individuelle Selbsterhaltung kämpft. (Kurz 2002: 18f)

4.7.3. Die Geburt des Staates

Rekapitulieren wir meine Grundthese: Die Anreize für menschliches Handeln wurden mit dem modernen Geld im ausgehenden Mittelalter neu gesetzt. Darauf reagieren die Menschen mit dem dazu passenden Verhalten: Weil sich Reserven wie von selbst in exponentieller Geschwindigkeit vermehren, streben die Menschen

danach, immer mehr Reichtümer zu erwerben. Die „ungestörte Seelenruhe“ hat in dieser Strebsamkeit nach immer mehr Reichtum keinen Platz mehr. Das Glück wird mehr und mehr in der „äußeren Welt“ gesucht. Wenn Menschen ihr Glück im „Fortgang von einem (materiellen) Wunsch zum anderen“ sehen, ist der andere zwangsläufig die/der Konkurrent/in um das eigene Glück.

Die Anfangszeit der kapitalistischen Entwicklung („ursprüngliche Akkumulation“) ist von dieser Konkurrenzsituation geprägt: Jede/r eignet sich privat an, was zu haben ist. Diese Zeit war geprägt von „Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt“ (MEW23: 742). Hobbes beobachtet schon im 16. Jahrhundert eine Entwicklung, in der die Menschen den anderen Menschen zum Wolf³² („homo homini lupus“³³) werden. Er hält es für das Wesen des Menschen. Nun will ich nicht abstreiten, dass es bei Menschen in vielen Kulturen auch diese Seiten gibt. Wesentlich halte ich aber, dass durch die neuzeitlichen Rahmenbedingungen (sprich: das moderne Geld) die Anreiz für konkurrierendes Verhalten deutlich verstärkt wurden: Wer die anderen übervorteilte, hatte nicht nur den aktuellen Gewinn, sondern bekam auch noch eine exponentiell steigende Prämie dafür in Aussicht gestellt.

Hobbes hat erkannt, dass diese potenzielle Konkurrenzsituation für die Menschheit gefährlich werden kann. Nach dieser Logik braucht es – des Überlebens willen – eine höhere institutionelle Gewalt, also einen Staat. Nur ein mächtiger Staat kann die Menschen davon abhalten, übereinander herzufallen. *„So entsteht der große Leviathan oder, wenn man lieber will, der sterbliche Gott, dem wir unter dem ewigen Gott allein Frieden und Schutz zu verdanken haben.“* (Hobbes 1970/1651:155) Um den Frieden zu erhalten, braucht es notwendigerweise eine Zentralmacht, die so mächtig ist, dass sich kein/e Einzelne/r gegen sie behaupten kann.

32 *Der Wolf ist ein hochgradig soziales Wesen. Es ist ganz offensichtlich die Wahrnehmung von Menschen, die ihn als gewalttätig und blutrünstig beschreiben.*

33 *Dieses Zitat stammt ursprünglich vom Römischen Komödiendichter Titus Maccius Plautus (ca. 250 v.Chr. – ca. 184 v.Chr.). Es wird von Hobbes in der Widmung seines Werkes De Cive (Hobbes 1994/1642: 69) verwendet.*

Die potenzielle Konkurrenzsituation ist nicht nur für die Menschen, sondern auch für die gesellschaftlichen Tauschwerte („das gesellschaftliche Kapital“) gefährlich. Denn durch das moderne Geld wurde ein Anreiz geschaffen, möglichst große Reserven zu bilden. Das hat zu den Beutezügen der ursprünglichen Akkumulation geführt, wo die Mächtigeren den Ohnmächtigen Land und Besitz genommen haben. Freilich bestand für die sehr Mächtigen nach wie vor ein Anreiz, die weniger Mächtigen zu berauben. Das eigene Vermögen (also die Basis für die leistungslose Vermehrung) könnte so vermehrt werden. Setzten sich diese allerdings zur Wehr, so bestand die Gefahr, dass durch kriegerische Konflikte privates Vermögen vernichtet und damit die Summe der gesellschaftlichen Tauschwerte verringert wurde. Die Dynamik der leistungslosen Geld- und Wertvermehrung wirkt also tendenziell selbstzerstörerisch. Also müssen nicht die Tauschwerte (das Kapital) voreinander geschützt werden. Zur Verhinderung dieser Selbstzerstörung braucht es eine Zentralmacht, die stärker ist als die Mächtigsten im Lande. Weil diese Zentralmacht (Leviathan) übermächtig ist, wird verhindert, dass die KapitalistInnen übereinander herfallen und dabei gesellschaftliches Kapital zerstören. Also sind moderne Staaten souveräne Staaten, die in ihrem Territorium das Gewaltmonopol beanspruchen.

Historisch gesehen entstehen die modernen Staaten als „neue Monarchien“ in England, Spanien und Frankreich am Ende des 15. Jahrhunderts. Der Prozess der Staatenbildung wird in Europa – nach dem 30jährigen Krieg – mit dem Westfälischen Frieden im Jahr 1648 abgeschlossen. In allen Staaten wurden in der Folge Bürokrationen aufgebaut, die folgende politische Funktionen erfüllen sollten: Einhebung von Steuern, Rechtssicherheit und Durchsetzung des Rechts, vor allem der Eigentumsrechte. Denn ohne Sicherung der Eigentumsrechte ist keine Akkumulation von Kapital möglich. (vgl. Wallerstein 2004: 42ff)

Das moderne Geld gebiert das kollektives Streben nach Reichtum. Dieses gebiert die Konkurrenz aller Menschen gegenein-

ander. Diese wiederum gebiert die Angst vor der gegenseitigen Vernichtung. Der Staat sorgt also dafür, dass die Selbstzerstörungskräfte der privaten Kapitale gezügelt werden. Der bürgerliche Staat bezieht sich auf eine kapitalistische Ökonomie, die aus „freien“ WarenbesitzerInnen besteht und deren Interessen absichert. (vgl. Fresin 2010: 11) Der Staat ist wesentlich dazu da, das Eigentum zu schützen („Eigentum ist unverletzlich“: Artikel 5 des Österreichischen Staatsgrundgesetzes) Eine mächtige Zentralmacht („ein Staat“) ist die einzig denkbare Rettung vor den Selbstzerstörungskräften der privaten Kapitale. So gebiert das „moderne Geld“ den „bürgerlicher Staat“. Der Staat ist das Kind des Geldes. Umgekehrt ist das „moderne Geld“ existenziell auf sein Kind, also den „bürgerlichen Staat“, angewiesen. Denn es gehört zu den Grundaufgaben des Staates, dass er auf seinem Territorium für „die Geldhoheit“ sorgt: „[E]r allein verleiht Papierzetteln kraft seiner Gewalt die Gültigkeit als Geld. „Du sollst keine anderen Gelder neben mir haben, ich bin einzig und alleine für das Geld in meinem Staat zuständig“ ist das gewaltträchtige Gebot des Staates.“ (Fresin 2010: 11)

Erst einige Jahrhunderte später werden Staaten mit Nationen in Verbindung gebracht. Der historische Wendepunkt ist dabei laut Wallerstein (2004: 51) die Französische Revolution von 1789. Die Staaten bekommen damit eine neue Aufgabe: Sie sollen auf ihrem Territorium den „Wohlstand der Nation“ steigern³⁴. Das kapitalistische System tritt damit in eine neue Phase: Die Staaten sorgen nun nicht mehr bloß passiv dafür, dass sich die private Kapitalakkumulation entfalten kann, sie werden nun selbst aktiv: Durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit soll die Summe der Tauschwerte gesteigert werden.

Der „bürgerliche Staat“ sorgt also in seiner modernen Form dafür, dass sich die Dynamik der Geld- und Wertvermehrung auf seinem Territorium bestmöglich entfalten kann. Der bürgerliche Staat weist also eine spezifische Grundstruktur und –form auf, an der nicht beliebig hantiert werden kann. (vgl. Schandl 2011: 15).

34 *Adam Smiths gleichnamiges Werk erschien schon 1776.*

„Der Staat ist also nicht von kapitalistischen Interessen durchdrungen, der Staat *ist* das organisierte kapitalistische Interesse.“ (ebd., Hervorhebung durch den Autor).

4.7.4. Krieg und Frieden

Gewalt, Mord und Krieg begleiten die menschliche Geschichte von ihren Anfängen. Wieder braucht man nur in den alten Erzählungen der Menschheitsgeschichte nachlesen (vgl. Sedlacek 2011: 33ff) und wird entdecken, dass fast alle menschlichen Gemeinschaften mit den dunklen Seiten der Menschheit konfrontiert sind.

In der mittelalterlichen Welt der Kleinstaaten gab es viele Kriege, diese waren aber in vielfacher Weise begrenzt. Kriege dauerten oft nur Tage oder Wochen. Die Opferbilanz war im Vergleich zu heutigen Kriegen sehr gering. Es gab gesellschaftliche Normen, die das Kriegführen örtlich und zeitlich beschränkten (vgl. Kohr 2002: 118ff): Kirchen, Kirchengründe oder Äcker zur Zeit der Ernte waren für den Krieg absolut tabu. Auch Frauen, Kinder, alte Menschen und auf den Feldern arbeitende Bäuerinnen und Bauern durften nicht belästigt werden. Zudem war das Kriegführen nur an bestimmten Tagen erlaubt. Die Regel von der *treuga Dei* („*Waffenstillstand Gottes*“) besagte ursprünglich, dass von Samstag mittags bis Montag morgens nicht Krieg geführt werden durfte, damit der sonntägliche Gottesdienst ungestört besucht werden konnte. Später wurde der Waffenstillstand sogar ausgedehnt: Es war dann nur noch erlaubt, von Montag bis Mittwoch Krieg zu führen. Für uns fast unglaublich: Die mittelalterlichen Gesellschaften hielten sich an diese Gebote!

Die Logik des modernen Geldes hat aber nachhaltige Veränderung gebracht: Auf der individuellen Ebene hat das moderne Geld die Konkurrenzsituation zwischen den Menschen verschärft, weil die Aneignung von Tauschwerten – auch wenn sie gewaltsam

vorgenommen wurde – mit einer Prämie belohnt wird. Auf gesellschaftlicher Ebene hat das moderne Geld die modernen Staaten hervorgebracht: Es hat sich damit Institutionen geschaffen, die auf ihrem jeweiligen Territorium für Sicherheit (v.a. des Eigentums), Sicherung der Geldhoheit und Wohlstand sorgen. Die Staaten stehen ihrerseits wieder in einem Konkurrenzverhältnis. Wie auf individueller Ebene gilt aus der Logik des nationalstaatlichen Kapitals die Rechnung: Wenn der erwartbare Nutzen einer gewaltsamen Aneignung von ausländischen Tauschwerten die erwartbaren Kosten (für Kriegsführung, eigene Schäden durch Vergeltung, usw.) übersteigt, dann gibt es einen wirtschaftlichen Anreiz zum Kriegführen. Der Anreiz an sich ist nicht neu, er wird allerdings durch die Reichtumsprämie vergrößert.

Im Zuge der Durchsetzung der Kapitallogik bildeten sich die modernen Staaten heraus. Ihre Territorien wurden dabei immer größer: Zum Teil ist auf staatlicher Ebene das Gleiche passiert, was wir auch schon auf individueller Ebene bei der ursprünglichen Akkumulation beobachtet haben: Mächtige Staaten haben andere Staaten erobert oder sich Länder angeeignet, auf die bis dahin niemand einen Besitzanspruch erhoben hat (Kolonialisierung). Zum Teil schlossen sich Staaten aber aus freiem Entschluss zusammen. Dies war vor allem dann sinnvoll, wenn die Verflechtung des Kapitals schon weit über die nationalstaatlichen Grenzen hinausging. Denn dann wäre ein Krieg auch zu einer potenziellen Gefahr für das eigene Kapital geworden. Die Abschaffung der Handelsbarrieren durch Fusionierung von Staaten war insofern interessant, als sie neue Entfaltungsmöglichkeiten für das Kapital schuf.

Was ist nun aus Sicht des Kapitals die optimale Größe eines Staates? Dazu gibt es zwei sich widersprechende Tendenzen: Einerseits wirken die Barrieren zwischen den Staaten (Zölle, Währungsrisiko, etc.) als Schutz für das jeweilige nationale Kapital. Dies ist dann besonders wichtig, wenn nationale Wirtschaft noch vor dem internationalen Wettbewerb geschützt werden soll, weil

sie im internationalen Vergleich nicht die produktivste ist. Wenn zudem das nationale Kapital im eigenen Wirtschaftsbereich noch genügend Entfaltungsmöglichkeiten hat, wird es aus nationaler Sicht kein großes Interesse an der Senkung der Handelsbarrieren geben. Andererseits schränken die Barrieren zwischen den Staaten die Entfaltungsmöglichkeiten des Kapitals ein. Dies wird vor allem dann spürbar, wenn es für die KapitalistInnen im eigenen Staat nicht mehr genügend Anlagemöglichkeiten gibt. Ist das der Fall, so wurde und wird immer nach Möglichkeiten in anderen Staaten Ausschau gehalten. Dies passiert häufig auf friedliche Art und Weise, indem Zoll- und Währungsschranken abgebaut werden.

Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung wurde in einem, Jahrhunderte dauernden Prozess die gesamte Welt in moderne Staaten eingeteilt. In den wirtschaftlichen Zentren haben sich in dieser Zeit immer größere Staaten und Wirtschaftsräume herausgebildet, die sich an nationalen Grenzen orientieren: Man denke an die nationalen Einigungsprozesse in den USA im 18. Jahrhundert, Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert. Nationalismus wird im 19. Jahrhundert zur herrschenden Ideologie: Am Beginn des 19. Jahrhunderts haben nur wenige Staaten eine einheitliche Landessprache, am Ende dieses Jahrhunderts waren es fast alle Staaten. (vgl. Wallerstein 2004: 66)

Die Herausbildung von großen, nationalen Staaten hat jedenfalls nach innen einen pazifizierenden Charakter. Nach außen sorgt die internationale Verflechtung des Kapitals für Frieden, weil durch Krieg eigenes Kapital im Ausland zerstört werden könnte. Es sinkt folglich die Wahrscheinlichkeit, dass es zwischen Staaten zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt, allerdings steigt gleichermaßen die potenzielle Dimension eines Krieges (vgl. Kohr 2002: 116). Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, dass große Kriege vor allem in Gefolge von großen wirtschaftlichen Verwerfungen auftreten. Die beiden Weltkriege waren die größten Kriege der Menschheitsgeschichte.

Die internationale Verflechtung zwischen Staaten ist seit Mitte des 20. Jahrhunderts noch weiter vorangetrieben worden: in Europa durch die Bildung der Europäischen Union, global durch die WTO (World Trade Organisation), die den Abbau von Handelshemmnissen schrittweise vorantreibt. Wir sind also heute an einem Punkt angelangt, wo Kriege in den ökonomischen Zentralländern sehr unwahrscheinlich geworden sind, obwohl die (großen) Staaten mittlerweile ein großes militärisches Vernichtungspotenzial angelegt haben, um ihre Interessen notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen zu können. Wenn allerdings unter diesen Umständen – im Zuge von wirtschaftlichen Verwerfungen – ein Krieg ausbricht, wäre die Zerstörung riesig: Nicht zuletzt aus dieser Erfahrung heraus empfiehlt Leopold Kohr (2002: 108) „die Zerstückelung der vereinigten nationalen Komplexe, die normalerweise Großmächte genannt werden“. Anstatt dessen soll ein System von Kleinstaaten geschaffen werden. Allerdings bekennt er, dass ihm der Glaube fehle, dass ein solches System verwirklicht werden könne. (vgl. Kohr 2002: 281)

4.8. Geld schafft sich seine Zeit

„Es ist eine Binsenweisheit, dass sich zwischen 1300 und 1650 das Zeitverständnis innerhalb des europäischen Kulturkreises entscheidend verändert hat.“(Thompson 2006/1967: 19) So beginnt Edward P. Thompson seine Abhandlung über die Zeit. Zeit ist eine Konstruktion. Die Logik des modernen Geldes hat sich auch eine neue Zeit geschaffen.

4.8.1. Zeit in vorkapitalistischen Gesellschaften

Zeit war vor der Entwicklung der modernen kapitalistischen Gesellschaften keine autonome, von Ereignissen unabhängige Kategorie. (vgl. Postone 2003: 308) In der vorkapitalistischen Ära war das Leben der Menschen an den Rhythmus der Natur angepasst. Die Zeit war aufgabenbezogen eingeteilt: Die bäuerliche Zeiteinteilung richtete sich nach den Rhythmen von Tag und Nacht bzw. nach den Jahresrhythmen: Die Landwirtschaft war und ist von einem jährlichen Rhythmus geprägt: Es gab und gibt die Zeit der Aussaat und die Zeit des Erntens. Die Haltung von Tieren bringt eigene Rhythmen mit sich: Beispielsweise erfordert das Füttern und Melken von Kühen einen fixen täglichen Rhythmus. Die Haltung von Schafen erfordert saisonal bedingte Rhythmen, beispielsweise die besonders intensive Pflege zur Zeit des Lammens, und so weiter. Aber auch fernab der Landwirtschaft diktierte der Rhythmus der Natur das Handeln der Menschen: FischerInnen und SeefahrerInnen richteten sich nach den Gezeiten. In gewerblichen Betrieben konnte man in der Regel nur so lange arbeiten, als Tageslicht zur Verfügung stand. Kohlmeiler mussten bewacht werden, also richtete sich die Arbeitszeit nach diesem Rhythmus. (vgl. Thompson 2006: 24)

Thompson (2006: 24f) nennt drei Charakteristika der „aufgabenbezogenen Zeiteinteilung:

- Für die Menschen ist die aufgabenbezogene Zeit verständlicher als die Arbeit nach der Uhr. Die Menschen erfüllen eine Aufgabe, deren Notwendigkeit sie für das Überleben unmittelbar wahrnehmen.
- „Arbeit“ und „Leben“ werden in vorkapitalistischen Zeiten nur selten als unterschiedliche Bereiche wahrgenommen. Persönliche Beziehungen und Arbeit vermischen sich. Die Länge des Arbeitstages richtet sich unmittelbar an der zu bewältigenden Aufgabe. Es gibt kaum das Gefühl eines Konflikts zwischen „Zeit“ und „Arbeit“.
- Dringlichkeit konnte nur die Aufgabe erfordern. Eine Dringlichkeit, die sich aus dem Rhythmus einer Maschine oder der Arbeitszeit ergibt, ist nicht denkbar.

Für die praktische Zeiteinteilung bedeutet das, dass der Tag jeweils in zwölf „Stunden“ zwischen Morgen- und Abenddämmerung eingeteilt wurde. Je nach Jahreszeit variierte also die Länge einer „Stunde“. Diese Art der Zeitrechnung wurde vermutlich im alten Ägypten entwickelt und verbreitet sich dann in Europa und in der islamischen Welt. In Europa war sie bis zum 14. Jahrhundert vorherrschend. „Der Umstand, dass die Zeiteinheit nicht konstant ist, sondern selbst variiert, verweist darauf, dass diese Zeitform eine abhängige Variable ist, eine Funktion von Ereignissen, Geschehnissen oder Handlungen.“ (vgl. Postone 2003: 309)

Bis ins hohe Mittelalter hinein wurde Zeit in Beziehung mit konkreten Ereignissen und äußeren Notwendigkeiten gesetzt. Das hat in aller Regel den Vorteil, dass es zwischen den Ereignissen, Geschehnissen und Handlungen immer wieder Pausen gab. Zwischen den Ereignissen gab es Zeiten, in denen es nicht notwendig war, aktiv zu sein: Im Winter war in der Landwirtschaft wenig zu tun. Wenn die Kühe gemolken waren, hatte man unter Umständen noch Zeit für eine Plauderei, bis man sich der nächsten Aktivität widmete. „Wo immer die Menschen ihren Arbeitsrhythmus selbst bestimmen konnten, bildete sich ein Wechsel von höchster

Arbeitsintensität und Müßiggang heraus.“ (Thompson 2006: 38)
Die Zeit war also geprägt von einem ständigen, ungleichmäßigen Wechsel zwischen Aktivität und Passivität.

4.8.2. Zeit in kapitalistischen Gesellschaften

Demgegenüber steht die heutige „Kaufmannszeit“, die als „gleichförmige, kontinuierliche, homogene, „leere“ Zeit“ (Postone 2003: 309f) konstruiert wird. Newton spricht von der „absoluten, wahren und mathematischen Zeit, [die] ohne jede Beziehung zu irgendetwas Äußerem völlig gleich fließt.“ (zit. nach Postone 2003: 310) Die neue, abstrakte Zeit ist unabhängig von Ereignissen und setzt sich zwischen dem 14. und dem 17. Jahrhundert in Europa durch. Unsere heutige „abstrakte Zeit“ ist ebenso eine Konstruktion wie die frühere „aufgabenbezogene Zeit“. Die Art und Weise, wie wir unsere Zeit konstruieren, ist historisch einzigartig.

Die moderne, abstrakte Zeit steht in engem Zusammenhang mit dem modernen Geld. Der Zins als Gesamtes (und damit auch die Reichtumsprämie) ist aufs Engste mit der Zeit verbunden. Er ist eine Funktion der Zeit. Der zu leistende Zins ergibt sich aus dem eingesetzten Kapital, der Höhe des Zinssatzes *und* der Zeit. Es kann an dieser Stelle nochmals deutlich gemacht werden, warum gerade die Reichtumsprämie der problematische Teil des Zinses ist. Wie schon dargestellt setzt sich der Zinssatz aus vier wesentlichen Teilen zusammen: Versicherungsprämie, Vermittlungsentgelt, Risiko- und Liquiditätsprämie (Die Summe der beiden letztgenannten Teile bezeichne ich als Reichtumsprämie.)

- Der Teil des Zinses, der für die Versicherungsprämie berechnet wird, hebt sich im Durchschnitt auf. Dem Gewinn stehen im Normalfall gleich hohe Verluste durch Kreditabschreibungen gegenüber. Mit der vergehenden Zeit wird aufgrund der Versicherungsprämie das verliehene Kapital nicht mehr. Idealtypischerweise sollte es konstant bleiben.

- Der Teil des Zinses, der als Arbeitsentgelt für die/den Kreditbearbeiter/in berechnet wird, ist nicht anders zu werten als der Lohn für andere Arbeiten auch. Diesem Teil des Zinses steht eine Arbeitsleistung gegenüber. Ist sie zu hoch berechnet, werden die KreditnehmerInnen zu anderen AnbieterInnen wechseln. Also wird sie sich regulieren. Für den/die Kreditgeber/in bedeutet dieser Zinsteil aber, dass sie/er mit diesem Zinsteil die/den Bearbeiter/in bezahlen muss. Das eingesetzte Kapital wird aufgrund dieses Zinsteils mit der Zeit nicht mehr. Idealtypischerweise sollte es konstant bleiben.
- Der Teil des Zinses, der als Reichtumsprämie berechnet wird, ist allerdings anders zu bewerten. Wie schon der mittelalterliche Theologe Thomas von Chobham in seiner Zinskritik erkannt hat, erhält aufgrund dieses Zinsteils jemand ein Einkommen, bloß weil die Zeit vergeht. Anders ausgedrückt: In der Reichtumsprämie wird die Zeit im wahrsten Sinn des Wortes zu Geld. Die/Der Kreditgeber/in erhält eine mit der Zeit wachsende Prämie für das verliehene Kapital. Sie/Er profitiert aus der Tatsache, dass Zeit vergeht.

Wenn man aus der Tatsache, dass die Zeit vergeht, Profit schlagen kann, dann ist es bedeutsam, *wie viel* Zeit vergeht. Es macht für die/den Kapitaleigner/in und für die/den Schuldner/in einen großen Unterschied, ob ein Jahr, ein Monat, ein Tag oder eine Sekunde vergeht. Für die Dynamik der Geldvermehrung ist die „aufgabenbezogene Zeit“ uninteressant, für sie ist alleine die abstrakte, mathematische Zeit von Belang. Alleine nach dieser Logik richtet sich der Betrag, den die/der Schuldner/in zurückzahlen hat.

Durch die exponentielle Logik der Geldvermehrung wird die pünktliche Bezahlung der Schuld immer wichtiger. Entsteht beispielsweise jemanden durch die zu späte Rückzahlung einer Schuld ein Schaden von einem Gulden, so verliert sie/er ja nicht bloß diesen einen Gulden, sondern auch die Möglichkeit der

Veranlagung dieses einen Guldens. Dieser Gulden könnte sich – bei hohen Zinsen und nach einigen Jahren – zu einem erklecklichen Vermögen vermehren. Mit der Etablierung der Reichtumsprämie wird nun ein Anreiz zur pünktlichen Bezahlung der Schuld geschaffen.

Die Logik der Geld- und Kapitalvermehrung verlangt nach einer kontinuierlichen Zeiteinteilung und nach einer genauen Berechnung dieser Zeit. Es ist beispielsweise wider die Logik der neuen Zeit, dass Stunden im Sommer und im Winter (bzw. bei Tag und bei Nacht) unterschiedlich lange dauern. Es ist wider die Logik, dass man sich an „natürlichen“ Umständen oder an gesellschaftlichen Ereignissen orientiert. Die Logik des sich vermehrenden Geldes verlangt nach einer neuen Konstruktion der Zeit. Je höher der Zinssatz, umso bedeutsamer wird die exakte Messung und die korrekte Einhaltung *dieser* Zeit. Anders ausgedrückt: Das zinstragende Geld schafft sich seine eigene Zeit; nämlich jene Zeit, die wir als „unsere Zeit“ für selbstverständlich halten.

Auch in diesem Bereich kann man erkennen, dass eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen das menschliche Verhalten deutlich verändert hat: GläubigerInnen und SchuldnerInnen hat es auch schon lange vor der kapitalistischen Ära gegeben. Und vermutlich hatte ein/e jede/r Gläubiger/in ein Interesse daran, dass die Schuld zu einem bestimmten Zeitpunkt (vermutlich orientiert an Ereignissen) beglichen wurde. Wenn die/der Schuldner/in nicht zahlen konnte, so war eine Bestrafung – als Verletzung einer Vereinbarung – legitim. Die/Der Gläubiger/in profitierte dann aber *nicht* davon, dass die Zeit verging. Für die/den Gläubiger/in hatte es folglich *keine Bedeutung*, dass die Zeit exakt gemessen wurde. Und weil es auch für alle anderen KapitaleignerInnen keine Möglichkeit gab, ihr Kapital leistungs- und risikolos zu vermehren, rechneten sie nicht mit der Vermehrung des Kapitals durch das Vergehen der Zeit. Also war auch für sie eine kontinuierliche Zeit nicht von Belang.

Erst zu dem Zeitpunkt, wo es möglich wurde, dass aus Geld – ohne eigenes Zutun – mehr Geld werden, also der Prozess $G-W-G'$ in Gang kommen konnte, wurde es wichtig, die Zeit kontinuierlich – in unserem heutigen Verständnis – zu messen. Sowie sich modernes Geld aufgrund seiner inhärenten Wachstumsdynamik immer weiter ausdehnt, drückt es seine Zeitvorstellung der Gesellschaft auf. Die Logik des zinstragenden Geldes überträgt sich auf mehr und mehr gesellschaftliche Bereiche und verdrängt die vorkapitalistische Konstruktion der „aufgabenbezogenen Zeit“. An seine Stelle setzt es die kontinuierliche, mathematische Kaufmannszeit.

4.8.3. Die Entstehung der „abstrakten Zeit“

In seinem Kapitel über die „abstrakte Zeit“ zeichnet Moïse Postone (2003: 287ff) nach, dass es die Vorstellung einer kontinuierlichen Zeit im Altertum wie auch im mittelalterlichen Europa bis ins 14. Jahrhundert nicht gab. Der Tag war in variable Stunden eingeteilt, die die Grundlage für die kanonischen Stunden der Kirche bildeten. Für diese Form der Zeit kannte die griechische und römische Gesellschaft auch Uhren, die jedoch so komplex konstruiert waren, dass sie variable Stunden anzeigen konnten. Technisch ist es schwieriger, Uhren für die „aufgabenbezogene Zeit“ zu konstruieren, aber weil nur diese Zeit relevant war, mussten die (wenigen) Uhren diese Zeit wiedergeben können.

In den mittelalterlichen Klöstern kannte man nur die aufgabenbezogene Form der Zeitmessung. Klöster waren immer schon Orte, wo in besonderem Ausmaß auf die Einhaltung der zeitlichen Disziplin geachtet wurde. Ein Rhythmus von Beten und Arbeiten wurde von den Ordensgemeinschaften zum Ideal erkoren. Mit Glockenschlägen versuchten sie ihr Modell von den Klöstern auf die Landbevölkerung zu übertragen. Aber auch in den städtischen Gemeinden Westeuropas stieg das Bedürfnis, das Leben der Gemeinschaft zu rhythmisieren. Das städtische Leben wurde

durch eine Vielzahl von Glockenschlägen reguliert: Öffnung und Schließung der Märkte, Anfang und Ende eines Arbeitstages, Versammlungen, Zeiten des Verbots des Alkoholausschankes, Alarm, usw. wurden durch verschiedene Glockenschläge markiert. Diese Zeit orientierte sich an der Zeitmessung in variablen Stunden. (vgl. ebd.: 317f)

Erst im Laufe des 14. Jahrhunderts wurde die aufgabenbezogene „Zeit der Kirche“ nach und nach durch moderne, konstante Stunden ersetzt. Von den Klöstern aus setzte sich diese neue Zeitmessung am Beginn des 15. Jahrhunderts auch in den städtischen Zentren Europas durch. Der Mittelalter-Forscher Jacques Le Goff (1977: 393ff) bringt die Durchsetzung der modernen Zeit mit den ökonomischen Erfordernissen der damaligen Zeit in Verbindung. In den tuchproduzierenden Städten tauchten Arbeitsglocken bereits im 14. Jahrhundert auf und breiteten sich rasch aus. Die Tuchindustrie war in Flandern und Italien groß geworden. Sie war im Wesentlichen so organisiert, dass die TuchhändlerInnen die Wolle einkauften, sie an die Weber-, Walker- und FärbermeisterInnen verteilten, die diese mit Hilfe von ArbeiterInnen (oft auch in Heimarbeit) zu Tuch verarbeiteten. Die MeisterInnen erhielten von den StoffhändlerInnen die Rohstoffe sowie die Löhne für die ArbeiterInnen. Ihre Hauptaufgabe war es den Arbeitsprozess zu überwachen. Der fertige Stoff wurde dann wieder an die HändlerInnen abgeliefert. (vgl. Postone 2003: 320) Diese Form des Arbeitsprozesses bedeutet, dass ein/e Stoffhändler/in Kapital vorstreckte und dieses – seit der Etablierung der Reichtumsprämie - jedenfalls um den handelsüblichen Zinssatz vermehrt haben wollte. Wenn die ArbeiterInnen allerdings noch nach der „aufgabenbezogenen Zeit“ arbeiteten, so schwankte ihr Output je nach Jahreszeit und Wetter: Wenn die Tage lang waren, konnte mehr produziert werden; im Winter weniger. Diese Logik kennt die neue Grammatik des Geldes nicht. Ihr ist egal, ob Sommer, Frühling oder Winter ist. Der Zins wird davon unabhängig berechnet. Folglich passt diese alte Zeit nicht mehr zu den Erfordernissen der neuen Grammatik. Also muss eine neue Zeit her;

eine stetige, kontinuierliche Zeit, auch wenn sie dem (bisherigen) menschlichen Erleben widerspricht.

Es reicht also nicht, dass die StoffhändlerInnen (und die MeisterInnen und ArbeiterInnen) einfach gut leben, sie mussten der Logik des Kapitals folgen. Die Arbeitsglocken hatten die Funktion, dass die ArbeiterInnen zur Arbeit diszipliniert werden. Dies war nicht neu: Diese Funktion hatten auch schon die Glocken der Klöster und Städte. Neu ist nun, dass die Arbeitsglocken nicht nach der aufgabenbezogenen Zeit, sondern nach der konstanten Zeit läuten. Nicht mehr Sonnenauf- und Sonnenuntergang markieren den „natürlichen“ Arbeitstag, sondern die konstante Zeit, die man brauchte, um sein immer gleich langes Tagewerk zu verrichten. Le Goff bezeichnet diese Transformation als Übergang von der Kirchen- zur Kaufmannszeit. (Le Goff 1977: 393ff)

Es wird also bei der Konstruktion der Zeit deutlich, dass sich der Mensch an die neuen Verhältnisse – ausgelöst in der Geldsphäre – anpassen muss. Die neue Zeit wird von zwei Seiten durchgesetzt:

- Einerseits von Seiten der ArbeitgeberInnen: Die neue, abstrakte Zeit wurde durch „die Bedürfnisse eines Bürgertums von Arbeitgebern hervorgebracht (...), das angesichts der Krise darauf bedacht war, die Arbeitszeit und das heißt *die Zeit seiner Gewinne* zu messen.“ (Le Goff 1987: 36f – Hervorhebung: MP) Sie haben ein Interesse, über die kontinuierliche Zeit genau Buch zu führen und den Arbeitstag – auch über die bisher als „natürlich“ verstandene Grenze der Abenddämmerung hinaus – auszudehnen.
- Andererseits aber auch von den ArbeiterInnen: Sie kommen in eine Zwangslage, die sie die Verlängerung des Arbeitstages fordern lässt: Im Zuge der Expansion der Tuchindustrie kommt es – wenig überraschend – zu einem Preisverfall: Das hohe Angebot drückt den Preis. Damit geraten die Löhne unter Druck, was manche ArbeiterInnen schon im 14. Jahrhundert die Verlängerung ihres Arbeitstages fordern lässt. (Le Goff 1987: 33)

Die Logik des Kapitals zwingt also sowohl den ArbeitgeberInnen als auch den ArbeitnehmerInnen seine neue Zeit auf. Diese neue Zeitrechnung erforderte auch eine neue Form der Zeitmessung: Mechanische Uhren wurden entwickelt und verbreiten sich rasch in ganz Europa. (vgl. Postone 2003: 311ff)

Die abstrakte Zeit entstand zwar schon im ausgehenden Mittelalter, sie setzte sich aber erst viel später allgemein durch. Sie beschränkte sich anfangs nur auf die Kaufleute und die vergleichsweise geringe Anzahl von Lohnabhängigen. Das ländliche Leben wurde weiterhin von der aufgabenbezogenen Zeit, also vom Rhythmus der Jahreszeiten, bestimmt. In den landwirtschaftlich strukturierten Landstrichen hielt sich die variable Zeitrechnung in Europa noch bis ins 19. Jahrhundert hinein. Nur dort, wo die menschliche Kommunikation von Geld und Wert geprägt ist, bahnt sich die abstrakte Zeit ihren Weg. *„Die fortschreitende Durchsetzung der abstrakten Zeit zur vorherrschenden Zeitform ist eng mit dem „Fortschritt“ des Kapitalismus als Lebensform verknüpft.“* (Postone 2003: 324)

Nach der Logik der neuen Zeit, die die Logik des sich vermehrenden Geldes widerspiegelt, macht es nun *keinen* Unterschied, ob in der Zeit Ereignisse, Geschehnisse oder Handlungen stattfinden. Es ist für die Geldvermehrungslogik egal, ob es äußere Anlässe wie Ernten, Notfälle oder Feste gibt. Die Struktur der neuen Zeit orientiert sich nicht mehr an Aufgaben, „natürlichen“ Umständen oder (außergewöhnlichen) Ereignissen. Die Konstruktion der neuen Zeit ebnet die Zeit ein.

4.9. Modernes Geld schafft sich eine völlig neue Produktionsweise

Die Etablierung der Reichtumsprämie hat sich ihre eigene Zeit geschaffen. Die moderne Wirtschaftsform verlangt nach dieser abstrakten Zeit. Nur in dieser neuen Zeitform kann sich die moderne Produktionsform bestmöglich entfalten. Zeit und Produktion richten sich an der Formel $G-W-G'$ aus. Produziert wird, was maximalen Wert schafft. Damit folgt das kapitalistische Produktionssystem der inhärenten Logik der Geld- und Wertvermehrung.

In der kapitalismuskritischen Literatur rückt zumeist die Verteilung in das Zentrum der Kritik. Die Produktionsform soll gewisse menschenrechtliche Mindeststandards erfüllen (Beschränkung der Arbeitszeit, Verbot von Kinderarbeit, Mitbestimmung am Arbeitsplatz). Weil durch die Produktion der erwünschte Wohlstand geschaffen wird, gilt sie häufig als sakrosankt. Diese Fokussierung auf die Verteilung (Distribution) war schon Karl Marx suspekt: Der US-amerikanische Wertkritiker Moishe Postone (2003) kann anhand der „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ zeigen, die Marx im Jahr 1857/58 verfasste, dass die Marxsche Analyse sowohl die Produktions- als auch die Distributionsweise einer fundamentalen Kritik unterzieht. Also seien alle jene Interpretationen der Marxschen Theorie fragwürdig, die ihre Aufmerksamkeit alleine auf die Distribution legen, also auf die Eigentumsverhältnisse (Privateigentum), den Austausch (Markt) und die Klassenherrschaft. „Die Analyse des Widerspruchs zwischen den „Produktionsverhältnissen“ und den „Produktivkräften“ in den *Grundrissen* unterscheidet sich grundlegend von den Auffassungen der traditionellen marxistischen TheoretikerInnen, die sich auf die Distributionsweise konzentrieren und diesen Widerspruch als einen zwischen Distribution- und Produktionssphäre verstehen. Marx kritisiert ausdrücklich die TheoretikerInnen, die zwar eine geschichtliche Transformation der Distributionsweise für möglich halten, aber die Möglichkeit ausschließen, dass

auch die Produktionsweise umgestaltet werden könnte.“ (Postone 2003: 50) Marx hält die Trennung von Produktion und Distribution für illegitim: In Bezug auf John Stuart Mill schreibt er in den *Grundrissen*:

„Die „laws and conditions“ der Produktion des Reichtums und die laws der „distribution des Reichtums“ sind dieselben Gesetze unter verschiedener Form, und beide wechseln, untergehen [durchmachen] denselben historischen Prozeß; sind überhaupt nur Momente eines historischen Prozesses.“ (MEW42: 723)

Die kapitalistische Dynamik gebiert aus sich selbst heraus sowohl eine spezifische Verteilung des Reichtums (Eigentumslosigkeit der ArbeiterInnen, hohes Einkommen für KapitaleigentümerInnen und UnternehmerInnen, usw.), aber eben auch eine spezifische Form der Produktion (ständige Steigerung des Tauschwertes). Diese beiden Prozesse sind Teil ein und desselben Gesamtprozesses. Sie bedingen sich gegenseitig. Die Produktion basiert im Kapitalismus auf dem (Tausch-)Wert und seiner beständigen Vermehrung. Die Voraussetzung für die Schaffung und Mehrung des Wertes „ist und bleibt die Masse unmittelbarer Arbeitszeit, das Quantum angewandter Arbeit als der entscheidende Faktor der Produktion des Reichtums.“ (vgl. MEW 42: 600) Ohne Arbeit kann im Kapitalismus der Reichtum (=Summe der Tauschwerte) nicht vermehrt werden. Also wäre die spezifische Produktion ohne die spezifische Verteilung nicht möglich. Wert ist also eine historisch spezifische Form gesellschaftlichen Reichtums und wesentlich an eine spezifische Produktionsweise gebunden. Das bedeutet umgekehrt freilich auch, dass Reichtum in nicht-kapitalistischen Gesellschaften anders – nämlich nicht in Bezug auf den Wert – definiert werden kann. (vgl. Postone 2003: 55)

Nach der in diesem Buch entwickelten These, wonach die Veränderung in der Grammatik des Geldes (durch die Zulassung der Reichtumsprämie) der Auslöser für die kapitalistische Entwicklung war, hat das so geborene Kapital zuerst durch die ursprüngliche Akkumulation (also eine gewaltsame Umverteilung durch

Aneignung der vorherigen Gemeingüter) vermehrt. Sobald dieser Raubzug – mangels weiterer Verteilungsmasse – abgeschlossen war, musste zum einen das private Kapital gut abgesichert werden (was zur Geburt der modernen Staaten und zur Erhöhung der Ausgaben für Sicherheit geführt hat). Zum anderen musste die Produktion nach den Erfordernissen des Kapitals umgestaltet werden. Der Kapitalismus schuf sich seine ganz besondere Produktionsform: Er revolutionierte – wie schon beschrieben – die Zeit, die Formen des Zusammenlebens, die Identitätsbildung der Menschen und natürlich und vor allem die Arbeit. Die Formen mussten so gestaltet werden, dass sich die Dynamik der Geld- und Wertvermehrung bestmöglich entfalten konnte. Ziel der Produktion ist und bleibt in einer kapitalistischen Wirtschaft die maximale Mehrung des Wohlstands, also der in Geldeinheiten gemessenen Tauschwerte.

In der kapitalismuskritischen Szene wird am Kapitalismus häufig nur die ungerechte Verteilung kritisiert. Die Produktion an sich wird nicht in Frage gestellt, im Gegenteil: Die Produktion von maximalem Wohlstand gilt als *die* wichtigste Kulturleistung. Sie ist ein Synonym für menschliche Entwicklung und für Fortschritt. Diesen Glauben teilen linke wie rechte ÖkonomInnen: KommunistInnen und (Neo-)Libernale. Linke wie rechte Ideologien haben gleichermaßen die Logik der Geld- und Wertvermehrung auf das individuelle und gesellschaftliche Glück der Menschen übertragen. Idealtypisch ist der Unterschied zwischen den beiden Ideologien: Während die (Neo-)Liberalen die Verteilung des Einkommens, wie sie der Markt zustande gebracht hat, weitgehend akzeptieren, greifen die KommunistInnen in die Verteilung ein. Einig sind sich beide über das gesamtgesellschaftliche Ziel: Der „Wohlstand der Nation“, also die Summe aller in Geldeinheiten gemessenen Tauschwerte, soll maximiert werden.

Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt das deutlich: Das kommunistische Großexperiment hat versucht, die Produktionsweise („große Industrie“) zu kopieren. Wie in den kapitalistischen

Mutterländern *glaubten* die kommunistischen MachthaberInnen, dass es gut sei, wenn der Reichtum ständig steigt. Die ständige Mehrung des Reichtums galt als transhistorisches Element der menschlichen Entwicklung („Fortschritt“) und nicht als Spezifikum der kapitalistischen Entwicklung. Der so definierte Fortschritt sollte auch in den realsozialistischen Ländern erzielt werden. Indem die Produktionsmittel vergesellschaftet wurden, sollten alle ArbeiterInnen vom Wohlstand profitieren, nicht nur die KapitalistInnen. Die Arbeit an sich war – als wesentliches Instrument der Reichtumsproduktion – hoch angesehen und wurde – wie in den westlichen Ländern – geadelt.³⁵

Die Systemkonkurrenz des 20. Jahrhunderts bestand vor allem darin, welches Mittel (westliche Marktwirtschaft oder östlicher Staatswirtschaft) besser geeignet sei, das gemeinsame Ziel (höherer materieller Wohlstand) zu erreichen: Diese Frage war lange Zeit durchaus offen: Während und nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre war nicht sicher, ob nicht das staatskapitalistische Modell besser geeignet sei, den „Wohlstand der Nationen“ zu maximieren: Während in den kapitalistischen Mutterländern (England, USA) die Produktion rückgängig war, konnte die Sowjetunion ihre Produktion – freilich von niedrigem Niveau aus – kontinuierlich steigern. Bis in die 1960er Jahre war es offen, ob nicht der Staatskapitalismus das produktivere System sei (vgl. Hobsbawn 2011: 17). Der Glaube der orthodoxen KommunistInnen war: Die Umverteilung des Reichtums führe zu höherer Motivation der ArbeiterInnen, weil sie ja am Mehrwert beteiligt waren. Der Mehrwert wurde vergesellschaftet und als solcher wieder investiert. Kombiniert mit der zentralen Steuerung der Wirtschaft führe das zu höherer Produktivität. Folglich müsse der Wohlstand in einer kommunistischen Gesellschaft schneller wachsen als in einer privatkapitalistischen.

³⁵ Man denke beispielsweise an den Text der „Internationalen“: In der 3. Strophe heißt es dort: „Die Müßiggänger schiebt beiseite!“

Welches Ende diese Geschichte genommen hat, ist allseits bekannt: Die privatkapitalistisch-marktwirtschaftliche Organisationsform hat sich durchgesetzt: Die staatskapitalistisch-zentrale Organisationsform erwies sich langfristig als zu bürokratisch und starr. Über längere Zeiträume hinweg war sie weniger produktiv, dh sie produzierte weniger Tauschwerte als die privatkapitalistisch-marktwirtschaftliche Variante. Weil die staatskapitalistische Produktionsform das schlechtere Mittel zur Zielerreichung „materieller Wohlstand“ war, musste sie weichen. Ich will hier keine neue Abhandlung über Markt- versus Staatswirtschaft schreiben. Wesentlich erscheint mir an dieser Stelle die Erkenntnis, dass beide Systeme prinzipiell dasselbe Ziel verfolgt haben: Maximierung des materiellen Wohlstands (= Maximierung der Wertvermehrung). In beiden Gesellschaften ist/war das *der* zentrale Maßstab, mit welchem „Fortschritt“, „Entwicklung“ oder „gutes Leben“ gemessen wurde.

4.10. Umverteilung von unten nach oben: Eine systemische Folge des modernen Geldes

Bis jetzt habe ich die Folgen der Veränderung im Geldsystem vor allem auf ihre Auswirkungen auf das persönliche Erleben der Menschen hin untersucht: Dabei habe ich versucht zu vermitteln, dass die Veränderung des Kommunikationsmittels Geld die Wahrnehmung der Welt und das Zusammenleben der Menschen revolutioniert hat. Das neue Geld hat aber auch ganz handfeste Folgen für die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft.

4.10.1. Umverteilung durch die „ursprüngliche Akkumulation“

Wie schon näher ausgeführt, fand die erste große Umverteilungswelle am Beginn der kapitalistischen Entwicklung statt („ursprüngliche Akkumulation“): Weil es mit der Veränderung in der Geldsphäre nun attraktiv war, Geldreserven anzulegen, wurde Gemeineigentum privat angeeignet bzw. geraubt. Das hatte dramatische Verteilungswirkungen zur Folge: Wenige Menschen wurden sehr reich, weil sie mit Gewalt, Autorität, Geschick und/oder Phantasie die neuen Spielregeln für sich nutzen. Große Bevölkerungsgruppen verarmten, weil sie ihrer Produktionsmittel beraubt wurden und nur noch ihre Arbeitskraft besaßen. Der Beginn der kapitalistischen Entwicklung ist also geprägt von einer ungeheuren Umverteilung von unten nach oben. Die Ungleichheit explodiert.

Die Phase der „ursprünglichen Akkumulation“ war begrenzt: Nach einiger Zeit war der Großteil der Gemeingüter privatisiert. Das, was leicht zu rauben war, war geraubt. In fernen Ländern gab es noch einiges anzueignen und zu verwerten, in den kapitalistischen Kernländern muss der Kapitalismus nach einigen Jahrzehnten in eine entwickeltere Phase treten: Der Mehrwert kann

nicht einfach mehr erbeutet, er muss in der Produktionssphäre realisiert werden. Auch dieser Prozess hat bedeutsame Folgen für die Verteilung.

4.10.2. Umverteilung im entwickelten Kapitalismus

Betrachten wir die Situation vorerst in einem einfachen Modell (ohne Staat, ohne Außenhandel): Im Kapitalismus gibt es grundsätzlich zwei Quellen des Einkommens: Das gesamte Einkommen einer kapitalistischen Volkswirtschaft setzt sich zusammen aus:

- Einkommen für Arbeit (Löhne, inkl. Unternehmerlohn) und
- Einkommen für Kapitalbesitz (Wie in den vorigen Kapiteln beziehe ich mich beim Kapitaleinkommen auf die leistungslose Reichtumsprämie.)

Das Einkommen eines einzelnen Menschen besteht aus der Summe von Arbeits- und Kapitaleinkommen. Die Höhe des Arbeitseinkommens hängt vom Lohnsatz und den Arbeitsstunden ab. Die Höhe des Kapitaleinkommens ergibt sich aus dem veranlagten Kapital und der Höhe der Reichtumsprämie.

Das Einkommen wird von allen Menschen wieder ausgegeben, entweder zum Konsumieren oder zum Sparen. Wird es gespart, so wandert es zum bisherigen Kapitalstock dazu und generiert in Zukunft zusätzliches Einkommen. Wird das Einkommen konsumiert, so werden damit – über die Preise – sämtliche Produktionskosten (Arbeits- und Kapitaleinkommen) finanziert.

Die Reichtumsprämie taucht also in diesem Kreislauf zweimal auf:

- Als Bestandteil des Einkommens: Je höher der individuelle Kapitalstock und je höher die Reichtumsprämie, desto größer das Einkommen der/des Einkommensbezieher/in

- Als Bestandteil des Konsums: Je höher die Konsumausgaben, je größer der Anteil der Kapitalkosten an den jeweiligen Konsumgütern und je größer die Reichtumsprämie, umso mehr muss die/der Konsument/in für die Waren zahlen.

Im Konkreten bedeutet das:

- GewinnerInnen sind im kapitalistischen System jene, die über hohes Vermögen verfügen. Je höher ihr Vermögen und je höher die Reichtumsprämie, umso besser für sie. Ihr Gewinn ist das Produkt von Vermögen und Reichtumsprämie.
- VerliererInnen sind jene, die über wenig/kein Vermögen verfügen. Sie zahlen viel, wenn sie viel konsumieren, also eine hohe Konsumquote und ein hohes Einkommen haben. Je größer der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten und je höher das Produkt aus Kapitalstock und Reichtumsprämie ist, umso größer ist ihr Verlust.

Im entwickelten Kapitalismus gewinnen durch die Reichtumsprämie jene Menschen, die über hohes Vermögen verfügen. Menschen ohne Vermögen verlieren in diesem System immer. Bei einer gegebenen Höhe der Reichtumsprämie, der Konsumausgaben und des Anteils der Kapitalkosten an den Preisen der Konsumgüter, entscheidet also das individuelle Vermögen, ob man Gewinner/in oder Verlierer/in des Systems ist: Überschreitet man diesen Schwellenwert, so gewinnt man, bleibt man unter dem Schwellenwert, so ist man systematische/r Verlierer/in. Also ist nicht nur in der Phase der „ursprünglichen Akkumulation“ eine automatische Umverteilung von unten nach oben eingebaut. Sie ist in ähnlicher Weise in den entwickelten Kapitalismus integriert. Aufgrund der exponentiellen Wachstumslogik des Kapitals muss – ohne bewusste Gegensteuerung – die Ungleichheit von Jahr zu Jahr größer werden.³⁶

36 Einen Ausgleich könnte freilich das Steuersystem schaffen: Um den hier beschriebenen Effekt zu dämpfen, müssten aber die Steuern auf Kapitaleinkommen größer sein als die kumulierten Steuern auf Arbeitseinkommen und Konsum. Das ist kaum wo der Fall. – Ausgleichend wirken aber sehr wohl Transferzahlungen des Staates an Bedürftige.

Die Tatsache, dass es das kapitalistische Geldsystem erlaubt, dass Menschen leistungsloses Kapitaleinkommen erhalten, bedeutet, dass vermögende Menschen von diesem System profitieren. Menschen, die weniger als den genannten Schwellenwert besitzen, verlieren in diesem System: Sie kommen mit ihren Konsumausgaben für die Gewinne der Reichen auf.

4.10.3. Vermögen und Einkommen

Einkommen ist eine Flussgröße; Vermögen eine Bestandsgröße. Für das Kapitaleinkommen gilt, dass je größer der Bestand (Vermögen) und je größer die prozentuelle Reichtumsprämie, desto größer der Fluss (Einkommen).

Grundsätzlich kann beim Vermögen „zwischen Immobilienvermögen (Haus, Wohnung, Grund und Boden), Geldvermögen (Spareinlagen, Anleihen, Aktien, Unternehmensbeteiligungen, etc.), weiterem Sachvermögen wie etwa Autos und Wertgegenständen (Schmuck, Antiquitäten) und immateriellem Vermögen (Lizenzen, Urheberrechte, Patente) unterschieden werden.“
(BMASK 2010: 234)

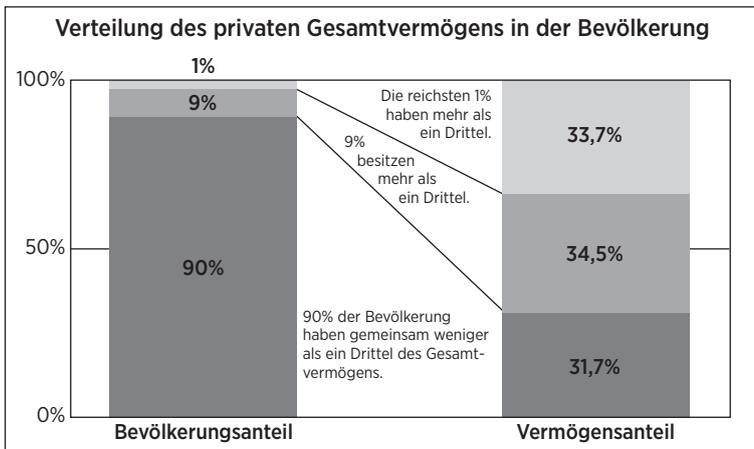
Das Gesamtvermögen betrug im Jahr 2002 944 Milliarden Euro (vgl. BMSG 2004: 249) Die Vermögensanteile gliedern sich in drei Bestandteile, die im Jahr 2002 auf folgende Summen geschätzt wurden (vgl. BMSG 2004: 248):

- Geldvermögen: 269 Mrd. Euro
- Immobilienvermögen: 428 Mrd. Euro
- Unternehmensvermögen: 247 Mrd. Euro

Einer Studie der Arbeiterkammer OÖ zufolge wird das Gesamtvermögen im Österreich mittlerweile (für das Jahr 2010) auf 1.300 Mrd Euro geschätzt. (vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 2011: 4) Die Oesterreichische Nationalbank (2012) kommt in ihrer Studie auf ein Gesamtvermögen

von 1.050 Mrd Euro (ebenso für das Jahr 2010 berechnet). Im Gegensatz zur Arbeiterkammer zieht die OeN (Oesterreichische Nationalbank) die Verschuldung der privaten Haushalte mit ein. Den größten Vermögensbestandteil bilden laut OeN die Sachvermögen (Immobilien, Unternehmen), die rund 1.050 Milliarden Euro wert sind. Das Brutto-Finanzvermögen (Sparbücher, Aktien, Fonds, Wertpapiere, Lebensversicherungen etc.) wird auf 180 Milliarden Euro geschätzt. Davon sind noch die Schulden von ca. 177 Mrd Euro abzuziehen.

Die Verteilung der Vermögen ist sehr ungleich: Nach dem Sozialbericht 2003-2004 verfügt das reichste Prozent der Bevölkerung über 33,7% des Gesamtvermögens; die weiteren 9% über 34,5%. 50% der Bevölkerung verfügen über kein nennenswertes Vermögen. (vgl. BMSG 2004: 248) Das Durchschnittsvermögen einer/s Österreicherin/s aus dem reichsten Prozent beträgt 5.383.000 Euro, jenes von einer/m Österreicherin/s aus den ärmeren 90 Prozent 56.000 Euro. (vgl. ebd.)



(Quelle: Sozialbericht 2003 - 2004)

Machen wir ein kleines Rechenbeispiel

- Laut Sozialbericht 2003-2004 hält ein/e Österreicher/in, die/der zum reichsten Prozent gehört, über ein durchschnittliches Vermögen von ca. 5,383 Millionen Euro.
- Nach der Studie der Credit Suisse (2013) betrug die realen Renditen für Aktien im Zeitraum von 1900 bis 2013 jährlich im globalen Durchschnitt 4,1 Prozent.
- Wenn wir diese 4,1 Prozent als leistungslose Reichtumsprämie betrachten und sie mit dem durchschnittlichen Vermögen kombinieren, so bedeutet das, dass das reichste Prozent der Bevölkerung jedes Jahr ein leistungsloses Einkommen von 220.703 Euro erhält. (im Vergleich dazu: Das Netto-Medianeinkommen beträgt in Österreich ca. 18.000 Euro.)

4.10.4. Dynamische Betrachtung

In einer langfristigen, dynamischen Betrachtung sind folgende Effekte auf die Verteilungswirkung zu berücksichtigen:

- **Konsum- und Sparquote**

Wie schon in den vorigen Kapiteln dargestellt wurde, übt die Eigenschaft des neuen Geldes, sich ohne Mühe zu vermehren, eine ungeheure Anreizwirkung zum Sparen aus: Also werden diejenigen, die es sich leisten können (also über hohes Einkommen verfügen), nicht alles ausgeben, sondern Reserven anlegen. Sie haben eine hohe Sparquote. Umgekehrt ist es beim ärmeren Teil der Bevölkerung. Diese Menschen benötigen in der Regel ihr Einkommen für den Konsum. Sie weisen eine viel höhere Konsumquote (= geringe Sparquote) auf. Sie verfügen schon jetzt über kein nennenswertes Vermögen und können aufgrund der geringen Sparquote auch in Zukunft keines aufbauen.

Das bedeutet: Je ärmer ein Mensch, so größer ist der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen. Sie verfügen über

kein nennenswertes Vermögen und haben daher auch kein Vermögenseinkommen. Umgekehrt: Je reicher ein Mensch, umso größer die Sparneigung. Kapitaleinkommen werden tendenziell gespart, Arbeitseinkommen zum überwiegenden Teil wieder ausgegeben.

- **Wachstum der Arbeits- und Kapitaleinkommen?**

Das Gesamteinkommen einer Volkswirtschaft bildet sich aus der Summe von Arbeits- und Kapitaleinkommen. Wenn die Wirtschaft im Jahr um einen gewissen Prozentsatz wächst, so muss dieser Zuwachs gleich dem gewichteten Zuwachs der beiden Einzelteile sein. Wächst ein Teil stärker als der andere, muss der andere Teil weniger stark wachsen.

Seit den 1970er Jahren ist in allen Industrieländern zu beobachten, dass der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen einer Wirtschaft zurückgeht: Die Lohnquote, aber auch die Arbeitseinkommensquote (inkl. Unternehmerlöhne) sinkt. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Arbeitseinkommen weniger stark wachsen als die Gesamtwirtschaft. Folglich muss der andere Teil (Kapitaleinkommen) überdurchschnittlich wachsen.³⁷ Davon profitieren die KapitalbesitzerInnen. Die Ungleichheit steigt auch aus diesem Grund.

- **Kombination der beiden Effekte**

Sparen vor allem die Reichen mehr und wachsen die Kapitaleinkommen überdurchschnittlich, dann profitieren aus beiden Effekten die reichen KapitalbesitzerInnen. Die Kapitaleinkommen würden – ohne Gegensteuerung – auf kurz oder lang explodieren.

Das bedeutet im Endeffekt: In einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft werden die belohnt, die die Prämissen des modernen Geldes erfüllen, sprich:

37 Die hat noch einen anderen Effekt: Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geht zurück, wenn die Kapitaleinkommen, die eine geringere Konsumneigung haben, ihren Anteil steigern. Wir kommen in eine systemimmanente Überproduktions- bzw. Unterkonsumptionskrise.

- Sie verfügen über hohes Kapital (wie auch immer die private Aneignung passiert ist: Raub, Erbe, Arbeit, ...)
- Sie verzichten und sparen viel.

Wenn die Kapitaleinkommen stärker wachsen als die Arbeitsinkommen, bedeutet das nicht bloß, dass sich die Reichen immer mehr leisten können und die Ärmeren auf ihrem Einkommensniveau verharren. Diese Entwicklung hat unmittelbare Folgen für die Ärmeren: Denn die relativ steigenden Kapitaleinkommen müssen sich in den Preisen der Konsumgüter niederschlagen. Also finanziert ein Mensch, der nur über Arbeitseinkommen verfügt, über seine Konsumausgaben die (absolut und relativ) wachsenden Kapitaleinkommen mit. Der Effekt ist: Die relative Einkommensposition der Menschen, die nicht sparen (können) bzw. die über geringes/kein Kapital verfügen, wird immer schlechter.

Die Veränderung im Kommunikationsmittel Geld sorgt also langfristig dafür, dass die Einkommensungleichheit immer größer wird. Freilich sorgt in modernen Sozialstaaten die Steuer- und Sozialpolitik für einen gewissen Ausgleich. Die systeminhärente Umverteilung durch das moderne Geld halte ich für so gewaltig, dass die Gegensteuerung durch den Sozialstaat eine kurzfristige Linderung bringen kann. Langfristig wird die Ungleichheit zunehmen. Revolten, Krisen und Zusammenbrüche sind vorprogrammiert.

Noch eine kurze Bemerkung zur globalen Einkommensverteilung: In aller Regel sind die Kapitaleinkommen viel ungleicher verteilt als die Lohneinkommen. Einer Studie des World Institute for Development Economics Research (UNI-WIDER) der Universität der Vereinten Nationen (2006) über Vermögensungleichheit zufolge betrug im Jahr 2000 der Gini-Koeffizient³⁸ weltweit 0,892. Dieser Ungleichheitswert entspricht dem Gini-Koeffizienten,

³⁸ Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß. Er hat einen Wert zwischen 0 und 1: Der Wert „0“ bedeutet, dass alle Personen der Vergleichsgruppe das gleiche Einkommen/Vermögen haben. Der Wert „1“ bedeutet, dass eine Person alles und die anderen gar nichts haben. In Österreich lag der Gini-Koeffizient bei den Einkommen im Jahr 2010 bei 0,261 (BMASK 2011: 5) und beim Vermögen bei 0,76 (vgl. BMASK 2012: 255)

wenn von 10 Personen eine Person 99 % besitzt, während die anderen 9 Personen sich das übrige Prozent teilen. Wenn bei einer solchen Ausgangslage die extrem ungleich verteilten Kapitaleinkommen permanent stärker wachsen als das Gesamteinkommen wachsen, so bedeutet das fast zwangsläufig, dass die Ungleichheit in einer Gesellschaft wachsen muss.

4.11. Alle Welt wird eins: Geld wird zur universalen Rechengröße

Solange das Geld ein Medium war, das den Tausch im (Fern-)Handel erleichterte, spielte es nur in dieser Sphäre eine Rolle. (vgl. North 1994: 14) Es war ein praktikables Mittel zum Zweck des Austauschs mit nicht-vertrauten Menschen. Der Fernhandel spielte damals – im Vergleich mit Subsistenzwirtschaft und Binnenhandel – eine untergeordnete Rolle. Geld war ein Kommunikationsmittel für einen eher unwichtigen Bereich des menschlichen Zusammenlebens. Es hatte nur in seinem eigenen Wirkungsbereich ((Fern-)Handel) seine Gültigkeit. Für mittelalterliche Menschen war es undenkbar, auch andere Bereiche (Grund und Boden, Zeit) in Geldeinheiten zu bemessen. Das ändert sich, als sich die Geldsphäre – in seiner modernen, Reichtumsprämie berechnenden Form – permanent ausdehnt. Durch die inhärente Wachstumsdynamik des modernen Geldes usurpiert es mit der Zeit andere gesellschaftliche Bereiche und erreicht schließlich einen Punkt, wo es für alles in der Welt zu einem einzigen Bezugspunkt wird. Alles, was in der Welt ist, kann dann in einer bestimmten Geldeinheit vermessen werden. Es entsteht ein allgemein gültiger gesellschaftlicher Maßstab: Zeit kann in Geld vermessen; ebenso jedes Stück Land und jedes Ding. Man beginnt – als unmittelbare Folge dieser inhärenten Wachstumsdynamik des modernen Geldes – die Welt in Raum und Zeit zu vermessen.

Diese Ausbreitungsdynamik führt zuerst dazu, dass die KapitaleignerInnen in den Bann des Geldes geraten und sich Land und Eigentum aneignen. Sie sind die ersten, die die Ausbreitungsdynamik des modernen Geldes vorantreiben. Gleichzeitig zwingen sie den Opfern dieser Entwicklung (ursprüngliche Akkumulation) das Geld auf: Denn weil viele Menschen von Grund, Boden und Produktionsmitteln vertrieben wurden, bleibt ihnen nichts anderes mehr als ihre Arbeitskraft, die sie für Geld verkaufen. Sie werden faktisch zur Lohnarbeit gezwungen, um die eigene, materielle Existenz zu sichern. Sie sind die nächsten, die das Kommunikationsmittel Geld verwenden (müssen). Damit wird das Kommunikationsmittel Geld, das vormals nur für einen sehr begrenzten menschlichen Bereich des Zusammenlebens gegolten hat, zum allgemeinen Verrechnungsmittel des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Geld wird zum „zentralen Vermittler der Lebensbedürfnisse“. Es wird zum „vollständig Äußeren gegenüber dem Einzelnen, da es ihn verpflichtend an blindlings alle anderen Menschen bindet, die da zu Teilnehmern des Marktes wurden.“ (Bockelmann 2004: 238, Hervorhebung durch den Autor)

Modernes Geld zieht immer mehr die Aufmerksamkeit auf sich: „Psychische Systeme fokussieren ihre *Aufmerksamkeit*, d.h. ihre Wahrnehmung auf Phänomene und vollziehen damit eine Auswahl (Selektion) unter all den möglichen Phänomenen, auf die sie ebenfalls ihre Aufmerksamkeit richten *könnten* (...). Sie schreiben diesen Bedeutungen zu oder sprechen sie ihnen ab und reduzieren so die Komplexität der Welt, indem sie nicht auf alles reagieren, sondern selektiv, d.h. nur manche Ereignisse wahrnehmen. (Simon 2008: 97 – Hervorhebungen durch den Autor) Mit der Etablierung der Reichtumsprämie muss sich die Geld- und Wertsphäre immer weiter ausdehnen. Es dringt in gesellschaftliche Sphären ein, die bis dahin noch nicht von der Logik der Wertvermehrung durchdrungen waren. Das ändert zwangsläufig die Wahrnehmung der Menschen. Alle Tätigkeiten, die mit Geld zu tun haben, gewinnen an Aufmerksamkeit. Die Menschen nehmen wahr, dass bestimmtes Verhalten (Aneignung, Verzicht,

Arbeit) systematisch belohnt werden. Auch gesellschaftliche Entwicklungen stehen immer häufiger mit Geld in Zusammenhang: Man beobachtet gesellschaftliche Umwälzungen, individuelle und kollektive Verarmungs- und Reichtumstendenzen, neue Arbeitsformen, u. v. a. m. Man kann offensichtlich gar nicht anders, als sich zu diesen neuen Phänomenen eine Meinung zu bilden. Man kann sie ablehnen, man kann sie begrüßen. Aber man kann sie offensichtlich nicht ignorieren.

Wenn Geld zu *dem* gesellschaftlichen Kommunikationsmittel wird, dann zeitigt diese Veränderung im Sein der Menschen auch ihr Bewusstsein: Das vollständig Äußerliche macht vor dem vollständig Innerlichen nicht Halt: So wie die äußerliche Welt der Waren in einer Geldgesellschaft nur durch das Kommunikationsmedium Geld gedacht werden kann, so ist auch die innere Welt der Menschen in einer Geldgesellschaft durchdrungen von der Bewertung jeglicher Tätigkeit auf diesen Maßstab hin: Menschliche Zeit wird sprichwörtlich zu Geld.

Durch die Ausbreitungsdynamik des Äußerlichen wird das „innere Selbst“ aus der Wahrnehmung der Menschen mehr und mehr verdrängt. Geld – in seiner sich ständig ausdehnenden, Reichtumsprämie tragenden Form – ordnet also nicht bloß die äußere Welt, verwandelt auch die innere Welt: „Am Geld jedoch und seiner Synthesis weist sich, wie eine bestimmte gesellschaftliche Vermittlung sich unmittelbar in Gesellschaft *und* Einzelnem vollzieht: dort als Form des Zusammenhangs von Gütern und Geld und damit eines Zusammenhangs der Menschen untereinander, hier als eine Denkform, die unwillkürlich auf alle nur denkbaren Inhalte angewandt wird und sie damit prägt.“ (Bockelmann 2004: 241; Hervorhebung durch den Autor)

Modernes Geld wandelt fundamental unsere Art zu denken. In seinem Buch kann Eske Bockelmann (2004) eindrucksvoll nachweisen, wie umfassend die Geldwelt die Wahrnehmung der Menschen verändert hat: In den 1620er Jahren setzt sich beispielsweise in den damaligen kapitalistischen Zentren – beinahe unbemerkt

- das Takthören durch. Gedichte und Lieder hatten auch davor einen Rhythmus. Der Rhythmus wurde aber in sog. Messuren wahrgenommen, als eine Abfolge von langen und kurzen Einheiten, wie sie auch bei den Gregorianischen Chorälen verwendet wurden (vgl. ebd.: 96f). Nach der Zeitenwende um 1620 hielt nun der Takt Einzug in Lieder und Gesänge. Danach wurden ganz anders komponiert. Alles wurde auf eine unveränderliche Einheit hin bezogen: Die strukturelle Ähnlichkeit von Takt und Geld fallen also ins Auge: Wie das Geld in der Ökonomie wird nun der Takt in den Künsten der Maßstab, an dem alles gemessen werden kann. Aber nicht nur die Künste ändern sich: Wissenschaft und Philosophie spalten sich voneinander ab. Die neuzeitliche Philosophie und Wissenschaft hat zur Voraussetzung, dass die Welt in Objekt und Subjekt aufgespalten wird. So wie das Geld sich von den realen Zusammenhängen löst und sich nach einer abstrakten, außerweltlichen Logik entwickelt, so fangen auch die neuzeitlichen Wissenschaftler an, sich als „cartesianische Beobachter“ – außerhalb der Welt stehend – zu definieren. Sie beobachten von außen, was auf der Welt passiert: Menschen beginnen in dieser Haltung, alles zu messen, bewerten und in kleine Einheiten zu zerlegen. Eske Bockelmann sieht also auch die Geburt der neuzeitlichen Wissenschaft in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung des Geldes. (vgl. ebd.: 372ff)³⁹

Faktum ist: Die tief greifenden Veränderungen im wirtschaftlichen System verändern den Fokus der Wahrnehmung der Menschen. Und so verändern sie die Menschen selbst. Auch aus diesem Grund ist es Unsinn, von einer „Natur des Menschen“ auszugehen. Die „Natur des Menschen“ ist immer ein Produkt ihrer Umwelt und kann somit in Reinkultur nie und nimmer betrachtet werden.

³⁹ Zur näheren Auseinandersetzung mit diesem Gedanken sei auf das faszinierende Buch von Eske Bockelmann („Im Takt des Geldes“) hingewiesen.

5. Der hohe Preis des Kapitalismus: Entfremdung

Die im Mittelalter vorgenommene Veränderung im Geldsystem hat die Gesellschaft grundlegend verändert: Entsprechend der Logik des modernen Geldes wurde die Gesellschaft so umgestaltet, dass Geld und der von ihm repräsentierte Wert ständig wachsen. Mit der Etablierung des modernen Geldes wurde mit der Zeit ein neues Moralsystem etabliert.

- Gut ist, was Geld (=Wert = Wohlstand) mehrt.
- Schlecht ist, was Geld (=Wert = Wohlstand) mindert.

Modernes Geld übt auf alle Menschen einen permanenten Anreiz aus, sich nach seiner Logik zu verhalten: Wer Geld (=Wert = Wohlstand) schafft (durch Raub, Arbeit oder Verzicht), wird eine mit der Zeit exponentiell wachsende Prämie erhalten. Die Folge ist, dass sich die Gesellschaft dem Projekt der Geld- und Wertvermehrung auf Gedeih und Verderb verschrieben hat. Eine unmittelbare Folge davon ist, dass unsere moderne Gesellschaft ein noch nie da gewesenes Wohlstandsniveau erreicht hat. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Gesellschaft wurde über die letzten Jahrhunderte in ihrer Struktur und in ihrer Organisation auf dieses Ziel hin ausgerichtet.

Moderne ZeitgenossInnen sehen darin nichts weiter Verwerfliches, wird doch der Begriff „Wohlstand“ beinahe synonym mit den Begriffen „Entwicklung“, „Fortschritt“ oder „Glück“ verwendet. Es gibt verschiedene Auffassungen, was eine gerechte Verteilung des Wohlstandes betrifft. Aber es gilt als common sense, dass materieller „Wohlstand“ an sich gut und seine Maximierung das Ziel unseres gesellschaftlichen Handelns sei. Wie schon im 2. Kapitel dargestellt: Wenn individuell und gesellschaftlich das „gute Leben“ zum Leitprojekt erkoren wird, dann müsste das Hauptaugenmerk auf der Entwicklung der Selbst- und der

Nächstenliebe liegen. Das müsste sich dann individuell und gesellschaftlich in zeitlichen Prioritäten niederschlagen. Halten wir also fest: Es gibt zwei fundamental verschiedene gesellschaftliche Leitprojekte:

- Wohlstandsvermehrung
- Gutes Leben

Im folgenden Kapitel möchte ich darstellen, wie hoch der Preis ist, den wir individuell und als Gesellschaft zahlen, wenn wir uns dem Projekt der Wohlstandsvermehrung verschreiben: Das moderne Geld schafft einen permanenten Anreiz, die eigene Lebensgestaltung an der Systemlogik dieser „äußeren Welt“ zu orientieren. Das „eigene Ich“ orientiert sich also immer stärker an der „äußeren Welt“. Das „innere Selbst“ wird kaum noch wahrgenommen. Der Preis der Außenorientierung ist also die Entfremdung des Menschen von sich selbst. Anders gewendet: Wir erwirtschaften zwar großen Wohlstand, müssen dafür aber auf ein „gutes Leben“ mit uns selbst und unseren Mitmenschen verzichten. Der Preis der Unterwerfung des Menschen unter das Diktat des Kapitals ist die Entfremdung des Menschen von sich, seinen Produkten und der gesamten Natur (vgl. Postone 2003: 62ff). Im Folgenden soll auf drei Bereiche näher eingegangen werden:

- Entfremdung in der Produktionssphäre
- Entfremdung in der Zirkulationssphäre
- Entfremdung im Freizeit- und Privatbereich

5.1. Entfremdung in der Produktionssphäre

Arbeit ist das Zentrum einer kapitalistischen Gesellschaft: Nur die abstrakte Arbeit, also die an der Wertvermehrung orientierte Arbeit, vermag in einer Gesellschaft langfristig die Summe der Tauschwerte (=Wohlstand) zu vermehren und so die inhärente Dynamik der Geld- und Wertvermehrung am Leben zu erhalten. Daher *muss* die Arbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert genießen.

5.1.1. Die schönen Gesichter der Arbeit

Arbeit ist für viele ZeitgenossInnen durchaus positiv. Wir sind in einer Arbeitsgesellschaft groß geworden und können sich ein Leben ohne Erwerbsarbeit gar nicht vorstellen. Das hat meines Erachtens v.a. folgende Gründe:

Anerkennung durch Arbeit

Weil sich die Logik des Kapitals mehr oder weniger auf die ganze Welt ausgedehnt hat, hat sie „eine gesellschaftliche Totalität“ konstituiert. Die konkrete Erwerbsarbeit ist ein „individuiertes Moment einer qualitativ homogenen, allgemeinen gesellschaftlichen Vermittlung“. (Postone 2003: 236) Wer sich in einer solchen Gesellschaft im Sinne der kapitalistischen Logik verhält, genießt hohe gesellschaftliche Anerkennung. Wie Rogers (1964) skizziert hat, ist eben diese Anerkennung für menschliches Verhalten eine zentrale Triebfeder. Folglich lernen wir in einer kapitalistischen Gesellschaft von klein an, uns als gute KonsumentInnen und ArbeiterInnen zu verhalten (vgl. Gronemeyer 2002: 77ff).

Zugehörigkeit durch Arbeit

Der Arbeitsprozess ordnet in einer kapitalistischen Gesellschaft zu einem guten Teil das Leben der Menschen. In einer Arbeitsge-

sellschaft ist ein großer Teil des sozialen Netzes an die Erwerbsarbeit geknüpft. Mit dem Arbeitsplatz erwerben wir in aller Regel die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Daher ist mit dem Ausschluss aus dem Arbeitsprozess auch ein Ausschluss aus sozialen Netzen verbunden. Wenn es Menschen über längere Zeiträume hinweg nicht gelingt, ihre Ware „Arbeitskraft“ zu verkaufen, erleiden sie nicht nur erhebliche Gehaltseinbußen, sondern gehen auch der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft verlustig. (vgl. Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975)

Tätigsein wollen

Menschliches Leben ist ein Wechselspiel zwischen *Vita activa* und *Vita contemplativa*, zwischen Tätig-Sein und Nicht-Tätig-Sein. (vgl. Arendt 1982: 22ff) „Wir Menschen sind offenbar weder Nichtstuer noch Arbeitstiere, sondern beides, jedes zu seiner Zeit. Wir brauchen einen Wechsel zwischen Aktivität und Passivität, zwischen Entspannung und Anspannung.“ (Gronemeyer 2012: 119) Bis zum Beginn der Neuzeit war „die Vorstellung der *Vita activa* immer an ein Negativum gebunden; sie stand unter dem Zeichen der Unruhe, sie war *nec-otium*.“ (Arendt 1982: 25), also „Nicht-Muße“: Das Nicht-Tätigsein hatte einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert als das Tätigsein. Mit dem neuzeitlichen Siegeszug des Kapitalismus gewinnt das Tätigsein mehr und mehr an gesellschaftlicher Reputation, wobei das Tätigsein immer fester an die konkrete Form der Arbeit gebunden wird. Das bedeutet: Wollen Menschen im Tätigsein ihre eigenen Talente und Fähigkeiten entfalten, so steht dafür in erster Linie die konkrete Form der Arbeit bereit. Wie Hannah Arendt in ihrer „*vita activa*“ darstellt, werden alle anderen Formen des Tätigseins (Herstellen, Handeln) nur noch „als eine Form der Arbeit geduldet.“ (ebd.: 410) Also versuchen die modernen ZeitgenossInnen, die Arbeit so zu gestalten, dass sie die Entfaltung des Selbst im Tun zulässt. Dieses Vorhaben stößt permanent an Grenzen, weil die Arbeitswelt nach einer fremdbestimmten Logik tickt, der die Selbstentfaltung im Konfliktfall weichen muss.

Arbeit als Schutz vor inneren Ängsten

In einer Gesellschaft, die von der kapitalistischen Logik durchdrungen ist, lernen wir von klein auf, uns an eben diese Werte anzupassen: Der „organismische Wertungsprozess“ von Heranwachsenden wird außer Kraft gesetzt. Anerkennung erhalten sie für die Einhaltung von kapitalistischen Tugenden wie Leistung, Gehorsam oder Pünktlichkeit. Innere Regungen, die dem widersprechen, werden verdrängt und abgespalten. Der Preis dieser Verdrängungen sind Ängste und die Trennung vom inneren Selbst (vgl. Heide 2002: 49). Arbeit (und andere äußere Beschäftigungen) ist ein probates Mittel, um die Konfrontation mit eigenen Ängsten und inneren Anspannungen zu vermeiden. Arbeit schützt „vor dem angstbesetzten Kontakt mit unseren Gefühlen. Sie erzeugt die Illusion der Geborgenheit.“ (ebd.: 37)

Diese Funktion der Arbeit ist zwiespältig: Positiv gewendet kann Arbeit ein Mittel der Angstabwehr sein: Wer viel arbeitet, muss sich nicht mit sich selbst beschäftigen. Die andere Seite der Medaille ist, dass Arbeit zur Droge werden kann, zum stimulierenden Suchtmittel (vgl. ebd.: 47f) „Allerdings um den Preis, dass wir die Selbstzerstörung so immer weiter treiben müssen, weil die bereits angerichtete Zerstörung zusätzlich Angst macht, die wir zusätzlich verdrängen müssen. Sucht wird so zu einer fortschreitenden Krankheit.“ (ebd.: 37)

Zusammenfassend

Für viele ZeitgenossInnen gilt: Erwerbsarbeit ist positiv. Der Verlust der Erwerbsarbeit ist negativ. Es ist nicht so, dass das Abschütteln der entfremdenden Arbeit als Erleichterung empfunden wird; im Gegenteil: Auch von Seiten der ArbeiterInnen wird um den Erhalt der Arbeitsplätze gekämpft, oftmals trotz schlechter Arbeitsbedingungen und schlechter Entlohnung. Lieber ein schlechter Arbeitsplatz als kein Arbeitsplatz.

5.1.2. Entfremdung von sich selbst

Die kapitalistische Entwicklung hat es in zweifacher Weise geschafft, den Menschen an die Arbeitswelt zu binden:

- Für viele Menschen wirkt ein objektiver Zwang: Wenn sie über keine anderen Produktionsmittel als ihre eigene Arbeitskraft besitzen, müssen sie – um ein Existenzminimum zum Überleben zu erwirtschaften – ihre Arbeitskraft verkaufen.
- Gleichzeitig wirkt auch für alle Menschen, die über diesem absoluten Existenzminimum leben, ein permanenter Anreiz für ein bestimmtes Verhalten: Menschen sollen sich so verhalten, dass der Wert des Geldes und damit jener der Waren ständig wächst. Wenn sie sich – quantitativ (Zeit) und qualitativ (Leistung) – im Sinne der Geld- und Wertvermehrung verhalten, können sie Reserven anlegen, die sich dann in Zukunft exponentiell vermehren werden.

Moderne Menschen lernen daher von klein auf, eine Spaltung ihrer Person in die Privatperson und die ökonomische Person zu akzeptieren: In der Arbeitswelt hat das Kapitalinteresse die zentrale Steuerungsfunktion übernommen. Dort muss sich der Mensch innerlich spalten: „die Individuen erfahren in sich eine merkwürdige Spaltung in einen eigentlichen Menschen mit einer bestimmten einzigartigen Lebensgeschichte, vielleicht auch höheren Werten und Hoffnungen, und eine „ökonomische Charaktermaske“, die bei Strafe des ökonomischen Untergangs in allseitigen Konkurrenz-Sachzwängen die Gesetze des Kapitalismus ausführen.“ (Ottomeyer 2004: 51) Viele Menschen tun in der Arbeitssphäre Dinge, die ihnen als Mensch zuwider sind: Sie übervorteilen Menschen, sie kündigen Menschen, sie gaukeln falsche Tatsachen vor, sie führen Kriege, usw. Sie funktionieren als „automatische Subjekte“ (MEW 23: 169) Sie entwickeln so einen inneren Hass auf ihre „ökonomische Charaktermaske“.

So entfremdet sich der Arbeiter von sich selbst: „*Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Haus. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen.*“ (MEW Ergänzungsband I: 514) Weil viele Menschen einen großen Teil ihres Lebens in der Arbeit verbringen, sind sie einen Großteil der Zeit „außer sich“. Anders ausgedrückt: In der Arbeitswelt beansprucht die „äußere Welt“ – mit ihrem banalen Imperativ der Kapitalvermehrung – das volle Kommando über das je „eigene Ich“. Das konkrete Handeln der Menschen ist vom Außen her gesteuert. In seiner Welt ist kein Platz für das „innere Selbst“.

Die Entfremdung (vom „inneren Selbst“) ist logische Folge der Geld- und Wertvermehrung: Wenn das „innere Selbst“ als Quelle für das menschliche Glück ausscheidet, weil das „eigene Ich“ mit dem „inneren Selbst“ so gut wie gar nicht mehr kommuniziert, bleibt nur noch die äußere Welt von Konsum und Arbeit für die Mehrung des Glücks übrig. Dann verstärken sich die Faktoren gegenseitig: Weil ich viel arbeite (und daher zu meinem „inneren Selbst“ den Kontakt verloren habe), konsumiere ich viel. Weil mein einziges Glück der Konsum ist, muss ich viel arbeiten, um glücklicher zu werden. Nach dieser Logik leben Menschen nur noch fremdbestimmt. Selbstbestimmt leben würde zu allererst einmal bedeuten, mit sich selbst in Kontakt zu kommen, um überhaupt beurteilen zu können, was wirklich gut für sich selbst ist.

Um das an der Vergleichsfolie der vorkapitalistischen Zeit deutlich zu machen: Die Spaltung des Menschen hat es damals so nicht gegeben: Freilich mussten auch Tätigkeiten erledigt werden, die man nicht aus einem inneren Antrieb gemacht hat, z.B. Latrinen putzen. Derartig fremdbestimmte Tätigkeiten waren aber viel weniger dominant, weil Menschen weniger arbeiteten. Es fehlte der moderne Anreiz zur Mehrarbeit, denn das Anhäufen

von Reserven wurde nicht belohnt. Im Unterschied zu einer kapitalistischen Gesellschaft haben sich Reserven nicht von alleine vermehrt. Von sich selbst entfremdende Tätigkeiten hat es also vermutlich schon immer gegeben. Sie haben im Kapitalismus ein ungeahntes Ausmaß angenommen.

5.1.3. Entfremdung in den sozialen Beziehungen: Zugehörigkeit und Anerkennung

Menschen verbringen in kapitalistischen Gesellschaften einen großen Teil ihrer Zeit im Arbeitsprozess: Dort sind sie in der Regel in ein Netz von sozialen Beziehungen einbezogen: Vielbeschäftigte Menschen verbringen oft mehr Zeit mit ihren ArbeitskollegInnen als mit ihren PartnerInnen oder Kindern. Weil man mit ArbeitskollegInnen tagtäglich zusammentrifft, entsteht in vielen Abteilungen, Unternehmen und Verwaltungen so etwas wie ein Wir-Gefühl. Man fühlt sich zugehörig. Freundschaften entstehen.

Für die sozialen Beziehungen im Arbeitsbereich gilt grundsätzlich, dass sie sich dem kapitalistischen Imperativ unterzuordnen haben. Sozialbeziehungen verdanken im Arbeitsprozess ihre Existenz allein der Tatsache, dass sie mit dem Kapitalinteresse kompatibel sind. Wer nicht mehr genügend Wertschöpfung erbringen kann, muss – nach der kapitalistischen Logik – ausgeschieden werden. Also sind existierende soziale Beziehungen in der kapitalistischen Arbeitswelt einer permanenten Bedrohung ausgesetzt. Freilich gibt es in der realen kapitalistischen Welt Spielräume: Es wird nicht jeder sofort entlassen, der seine Leistung nicht mehr bringt. Die Sozialgesetzgebung hat – jedenfalls in den kapitalistischen Kernländern – dafür gesorgt, dass wir vor nackter Willkür geschützt sind. (vgl. Gronemeyer 2012: 127) Dennoch gilt: Ein/e gute/r Unternehmer/in wird – als ausführendes Organ des Kapitals – ihre/seine Arbeitskräfte bloß nach deren Leistung bewerten. Soziale Beziehungen wird sie nur dann

erhalten bzw. fördern, wenn sie/er im Dienst dieses obersten Ziels stehen.

Die sozialen Beziehungen werden aber nicht bloß von den UnternehmerInnen und KapitalistInnen bedroht. Auch unter KollegInnen macht sich die Anreizwirkung des modernen Geldes bemerkbar: Wer mehr verdient und Reserven bilden kann, wird in Zukunft dafür belohnt. Daher werden sich die einzelnen ArbeiterInnen tendenziell an das Kapital anbietern, um dann eine möglichst große Lohnsumme einstreifen zu können. Dafür sind unterschiedliche Strategien Erfolg versprechend:

- hohe Qualifikationen (= hohes Humankapital)
- gekonnte Selbstpräsentation vor der/dem Arbeitgeber/in (= „liebenswürdiger Schein“)
- Karriere (= Konkurrenz): ArbeitskollegInnen erleben sich als KonkurrentInnen um knappe Posten. Für die Optimierung der eigenen Lohnsumme ist die/der eigene Arbeitskollegin/e manchmal im Weg.

Das bedeutet: Die Anreizwirkung des modernen Geldes erschwert die Bildung von tragfähigen, authentischen sozialen Beziehungen. Das bedeutet nicht, dass es in der modernen Arbeitswelt keine sozialen Beziehungen gibt.

Die reine Durchsetzung der kapitalistischen Logik in der Arbeitswelt wäre auch schwer möglich, denn Menschen verhalten sich am Fließband oder in Vorstandsetagen nicht völlig nach den Gesetzen der Geld- und Wertvermehrung: Sie machen Pausen, sie pflegen aus innerem Antrieb die Beziehungen zu ihren ArbeitskollegInnen und erledigen in der Arbeitszeit auch einmal private Erledigungen. Es menschelt in der Arbeitswelt. Mittlerweile hat die Betriebswirtschaftslehre erkannt, dass gute soziale Beziehungen zwischen den ArbeitskollegInnen gut fürs Geschäft sein können: Konflikte, mangelndes Vertrauen und Missverständnisse können das Betriebsklima gewaltig trüben und einen negativen Einfluss auf das ökonomische Ergebnis haben. Daher wird in vielen

Betrieben heutzutage Wert auf das Arbeitsklima gelegt. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach dieser Logik die Sozialbeziehungen instrumentalisiert werden. Nicht die sozialen Beziehungen an sich haben einen Wert; sie sind nur so lange wichtig, so lange sie für das optimale Betriebsergebnis förderlich sind.

Fassen wir also zusammen: Menschen brauchen soziale Beziehungen. Weil die Menschen in kapitalistischen Systemen sehr viel Zeit in der Arbeitswelt verbringen, sind Sozialbeziehungen sehr stark mit der Arbeitswelt verbunden. Ein großer Teil der sozialen Beziehungen von modernen ZeitgenossInnen hängt von der Existenz des Arbeitsplatzes ab, welcher wiederum vom Kapitalinteresse abhängt. Damit hängt der Fortbestand der sozialen Beziehungen essenziell von der Befolgung des Prinzips der Geld- und Wertvermehrung ab. In die bestehenden sozialen Beziehungen wirkt die Anreizwirkung des modernen Geldes wie ein Gift: Denn wollen alle ArbeiterInnen ihre finanzielle Situation optimieren, so nehmen sie einander viel mehr als KonkurrentInnen denn als KooperationspartnerInnen wahr. Soziale Beziehungen sind also sowohl in ihrer Existenz als auch in ihrem Bestand potenziell brüchig.

Klaus Ottomeyer sieht darin den „grundlegenden Skandal der Lebenstätigkeit im Kapitalismus“: In der Lohnarbeit werde „das, was den Menschen vom Tier unterscheidet, die Fähigkeit zu produktiver und solidarischer Lebenspraxis, zu etwas Äußerlichem, zum bloßen Mittel (...), um mit Hilfe des individuellen Lohns eine isoliert-private Existenz außerhalb des Produktionszusammenhangs zu fristen.“ (Ottomeyer 2004: 20) Die Erfahrung, dass soziale Beziehungen potenziell brüchig sind, wirkt aber über die Arbeitswelt hinaus: Diese Erfahrung wirkt natürlich in das gesamte Leben der Menschen hinein, bis hin zu den intimen Beziehungen zwischen LebenspartnerInnen bzw. zwischen Eltern und ihren Kindern. (vgl. ebd.: 23ff)

5.1.4. Entfremdung vom Produkt der Arbeit

Im Tun entwickeln und entfalten Menschen ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten. In der Produktion vergegenständlicht sich die Individualität und Eigentümlichkeit der Menschen. In den Worten des jungen Karl Marx: *„Gesetzt wir hätten als Menschen produziert: Jeder von uns hätte in seiner Produktion sich selbst und den anderen doppelt bejaht. Ich hätte 1. in meiner Produktion meine Individualität, ihre Eigentümlichkeit vergegenständlicht und daher sowohl während der Tätigkeit eine individuelle Lebensäußerung genossen, als im Anschauen des Gegenstandes die individuelle Freude, meine Persönlichkeit als gegenständliche, sinnlich anschauliche und darum über allen Zweifel erhabene Macht zu wissen. 2. In deinem Genuß oder deinem Gebrauch meines Produkts hätte ich unmittelbar den Genuß, sowohl des Bewußtseins, in meiner Arbeit ein menschliches Bedürfnis befriedigt, also das menschliche Wesen vergegenständlicht und daher dem Bedürfnis eines andren menschlichen Wesens seinen entsprechenden Gegenstand verschafft zu haben.“* (MEW Ergänzungsband I: 462f)

Im Tätig-Sein können wir zwei Bedürfnisse befriedigen:

- Wir entfalten unsere Fähigkeiten und Fertigkeiten und damit unser ureigenstes Wesen; unser „inneres Selbst“: Prototypisch denkt man dabei an KünstlerInnen, die über ihre Musikwerke, Bilder oder Skulpturen ihre eigenen Emotionen und Gedanken ausdrücken. Aber auch ein/e Tischler/in, ein/e Schneider/in oder ein/e Köchin/Koch vermag sich über ihre Produkte selbst zu verwirklichen. Sie haben eine Freude, wenn ihr Tun gelingt; auch unabhängig von der Anerkennung der Mitmenschen.
- Wir werden von den Mitmenschen für unsere Produkte anerkannt und geschätzt. Denn: „Über sein Produkt oder seinen Anteil an einem Produkt gebraucht und anerkannt zu werden – das ist ein Gefühl, ohne das man kaum leben kann.“ (Ottomeyer 2004: 19)

Im Kapitalismus wird ein einziger Maßstab etabliert: Menschliche Produktion wird systematisch nur noch an ihrem Beitrag zur Wertschöpfung gemessen. Im Kapitalismus verkaufen Menschen ihre Zeit (Arbeit) gegen den allgemeinen und abstrakten Zweck, das Geld. Ihre Tätigkeit wird zu einem bloßen Mittel für einen außer ihnen liegenden Zweck. (vgl. Lewed 2010: 19) Ihr konkretes Tun hat sich in der Erwerbsarbeit nach der Logik der Kapitalvermehrung zu orientieren. Eine Folge der „abstrakten Arbeit“ ist, dass die ArbeiterInnen gegenüber den Inhalten und Arbeitsformen ihrer konkreten Tätigkeit ganz gleichgültig werden: „Das von mir hergestellte Produkt ist jetzt so entfremdet von mir, dass ich genauso gut wie Kuchen auch Rattengift herstellen könnte, solange es sich nur verkauft.“ (Holloway 2010: 96) Der Arbeiter verhält sich zum „Produkt seiner Arbeit als einem fremden Gegenstand“. (vgl. MEW Ergänzungsband I: 512) Weil sich mit Waffen, Rattengift, Bürokratie oder Atommüll gute Geschäfte machen lassen, gibt es ArbeiterInnen, die genau diese Dinge produzieren.

Freilich gibt es auch im real existierenden Kapitalismus ArbeiterInnen, die stolz sind auf die von ihnen hergestellten Kleider, Autos oder Frisuren. Aber Stolz ist keine Kategorie im Kapitalismus: Kleider, Autos oder Bürokratie sind in dieser Welt nur gut, wenn sie sich gut verkaufen lassen. Der Kapitalismus kennt nur diese eine Dimension. Das Stoffliche ist nach der kapitalistischen Logik nicht wichtig, einzig und allein die Ausrichtung am maximalen Tauschwert ist wichtig. Dafür und nur dafür gibt es die Reichtumsprämie.

5.1.5. Entfremdung durch Arbeitsteilung

Weil sich durch höhere Arbeitsteilung zusätzliche Profite erzielen ließen (und es für erzielte Profite in der Folge (Liquiditäts-) Prämien gab), wurde die Spezialisierung auf kürzere Arbeitssequenzen immer weiter vorangetrieben. Plastisch stellte Adam

Smith (1776/1990: 9ff) die Vorteile der Arbeitsteilung anhand der Herstellung von Stecknadeln dar: Ein/e einzelne/r ungelernte/r Arbeiter/in kann an einem Tag nur wenige Stecknadeln herstellen. Wird die Arbeit aufgeteilt in mehrere Handgriffe (Draht ziehen, abwickeln, zuspitzen, Kopf oben drauf, Verpacken, ...), so kann in der gleichen Zeit von gleich vielen ArbeiterInnen ein Vielfaches der Menge produziert werden.

Einen großen Schritt in der rein betriebswirtschaftlichen Organisation der Arbeit machten Anfang des 20. Jahrhunderts Frederik Taylor (1856-1915) und Henry Ford (1863-1947) (vgl. Kurz 2002: 205ff). Taylor entwickelte das wissenschaftliche Gebiet des „scientific management“ oder der sogenannten „Arbeitswissenschaft“. Im Vorwort zur deutschen Übersetzung von Taylors Hauptwerk „Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung“ (1913: XI) heißt es:

„Seitdem die Großindustrie (...) ihren ersten Kinderschuhen entwachsen war, ist das Bestreben der leitenden Organe und Ingenieure hauptsächlich auf die Vervollkommnung der Maschinen gerichtet gewesen (...) die Tätigkeit der Maschine wurde sorgfältig vorher bedacht, die Frage, wie die Arbeiter ihre Aufgaben lösen würden, aber ihnen selbst zur Beantwortung überlassen (...) Das Taylor-System (...) ist einfach ein Weg zu einer möglichst haushälterischen Verwertung der menschlichen Kraft.“

Taylor zerlegte in seinem Fachgebiet der „Arbeitswissenschaft“ die geleistete Arbeit in einzelne Arbeitsschritte und maß mit der Stoppuhr in der Hand, wie lange die ArbeiterInnen dafür benötigten. Seine „Zeit- und Bewegungsstudien“ hatten das Ziel, alle Rationalisierungspotenziale aufzuspüren: Zuerst sollte „die Unwissenheit der Arbeitgeber bezüglich der zur Verrichtung (...) mindestens erforderlichen Zeit“ (Taylor 1913: 17) beendet werden. Bekämpft werden sollte damit vor allem die fehlende Arbeitsmoral der ArbeiterInnen. Taylor hatte erkannt, dass die ArbeiterInnen die fremdbestimmte Arbeit nur langsam und mit wenig Energie bewältigten. Mit den Worten „Statt (...) alle Kräfte

anzustrengen, um möglichst viel zu leisten, wird er (der Arbeiter, M.P.) in den meisten Fällen mit dem Vorsatz beginnen, so wenig zu tun, als er, ohne aufzufallen, tun kann – bei weitem weniger, als er ohne besondere Mühe imstande wäre – in vielen Fällen nicht mehr als 1/3 oder höchstens die Hälfte einer ehrlichen Tagesleistung.“ (ebd.: 12f). Das soll nun ein Ende haben. Zudem will Taylor die Arbeit so organisieren, dass während des Arbeitsprozesses „alle unnötigen Bewegungen ausgeschaltet, langsame Bewegungen durch schnelle und unökonomische durch ökonomische Handgriffe ersetzt werden“ (ebd.: 24).

In großem Maßstab werden die Erkenntnisse der Arbeitswissenschaften von Henry Ford umgesetzt. Er ist bereit, an seine ArbeiterInnen höhere Löhne als im Durchschnitt zu zahlen. Dafür wird in seiner Fabrik aber nach den neuen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen gearbeitet. Konkret beschreibt Ford (1923: 102f.) ein Beispiel bei der Montage der Kolbenstange:

„Der ganze Vorgang ist überaus einfach. Der Arbeiter zog den Stift aus dem Kolben heraus, ölte ihn, schob die Stange an ihre Stelle und den Stift durch Stange und Kolben hindurch, zog die eine Schraube an und die andere auf, und die Sache war erledigt. Der Vorarbeiter unterzog den ganzen Vorgang einer genauen Untersuchung, vermochte aber nicht zu entdecken, weshalb er ganze drei Minuten beanspruchte. Er analysierte daher die verschiedenen Bewegungen mit einer Stoppuhr und fand, daß bei einem neunstündigen Arbeitstag vier Stunden mit dem Hin- und Hergehen vergingen. Die Arbeiter gingen nicht etwa fort, aber sie mußten sich hin und her bewegen, um ihr Material heranzuholen und das fertige Stück beiseite zu schieben. Während des ganzen Vorgangs hatte jeder Arbeiter acht verschiedene Handgriffe zu verrichten. Der Vorarbeiter entwarf einen neuen Plan, indem er den ganzen Vorgang in drei Verrichtungen zerlegte, brachte an der Bank einen Schlitten an, stellte drei Mann an jeder Seite auf und einen Aufseher an das eine Ende. Statt daß ein Mann sämtliche Handgriffe tat, verrichtete er jetzt nur den dritten Teil, - nur

so viel, als möglich war, ohne sich hin und her zu bewegen. Die Arbeitsgruppe wurde von achtundzwanzig auf vierzehn Mann herabgesetzt.

Die Rekordleistung der achtundzwanzig Mann waren 170 Stück pro Tag gewesen. Heute bringen sieben Mann bei achtstündiger Arbeitszeit 2600 Stück pro Tag heraus. Es erübrigt sich wohl, die Ersparnis auszurechnen!“

Die fortschreitende Arbeitsteilung erhöhte kurzfristig die Profite der UnternehmerInnen, die sie – wie Henry Ford – zum Teil in Form höherer Löhne an die ArbeiterInnen weitergaben. Langfristig war die Arbeitsteilung ein wichtiges Element zur Steigerung des materiellen Wohlstands.

Der Preis war und ist eine ungeheure Verdichtung und Rationalisierung der menschlichen Arbeit. Heutzutage gibt es kaum noch ein/e Schneider/in, die/der einen Rock selbst herstellt. Es gibt nur noch NäherInnen, die idealtypisch Tag für Tag die immer gleiche Naht nähen. Sie haben nur wenig Bezug zum Produkt ihrer Arbeit. Für viele ArbeiterInnen ist heute nicht mehr nachvollziehbar, was sie eigentlich produzieren. Also fördert die Arbeitsteilung die Entfremdung der Arbeiterin von ihrem Arbeitsprodukt. Der höhere Wohlstand wird um den Preis der Sinnentleerung erkaufte.

5.1.6. Abstrakte Herrschaft

Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung haben sich Arbeitsformen etabliert, die sich immer stärker an der Logik der Kapitalvermehrung orientieren: „Das durch abstrakte Arbeit konstituierte System verkörpert eine neue Form gesellschaftlicher Herrschaft. Es übt eine Form gesellschaftlichen Zwangs aus, dessen unpersönlicher, abstrakter und objektiver Charakter historisch neu ist. Ausgangsbestimmung dieses abstrakten gesellschaftlichen Zwangs ist, dass Individuen, um zu überleben, gezwungen sind

zu produzieren und Waren zu tauschen. Dermaßen ausgeübter Zwang resultiert nicht aus unmittelbarer gesellschaftlicher Herrschaft wie zum Beispiel bei der Arbeit mit Sklaven oder Leibeigenen, sondern aus „abstrakten“ und „objektiven“ gesellschaftlichen Strukturen und repräsentiert eine Form *abstrakter, unpersönlicher Herrschaft*.“ (Postone 2003: 246; Hervorhebung durch den Autor)

Freilich findet man auch heute noch Arbeitsformen, die nicht dem strengen Anspruch der Maximierung des Tauschwertes genügen. Wo dies der Fall ist, hat man es mit einem Systemwiderstand zu tun. In diesem Fall verzichten die EigentümerInnen nicht nur auf den Profit, sondern auch auf die damit verbundene zukünftige (Reichtums-)Prämie. Also werden solche Systemwiderstände – oft in Gestalt von Vorgesetzten oder UnternehmensberaterInnen – ausgemerzt wird. Folglich wird sich in einem kapitalistischen System langfristig die abstrakte, unpersönliche Herrschaft durchsetzen, die dem Imperativ der permanenten Geld- und Wertvermehrung folgt.

Es ist heute nicht so, dass die blanke Not die Menschen dazu zwingt, ihre Arbeit so straff zu organisieren: Im Gegensatz zum eben zitierten Moïse Postone *glaube ich nicht*, dass „die Individuen, um zu überleben, *gezwungen* sind zu produzieren und Waren zu tauschen“ (ebd., Hervorhebung: M.P.); im Gegenteil: Wir leben heute in den kapitalistischen Kernländern in einer Zeit, in der eine Fülle von materiellen Tauschwerten produziert wird, die noch vor ein bis zwei Generationen unvorstellbar gewesen wäre. Dennoch stimme ich mit Postone überein, dass unsere Gesellschaft sehr stark von der unpersönlichen Herrschaft der abstrakten Arbeit dominiert wird. In einer Welt, in der die meisten Produkte nur mehr mit Geld zu bekommen sind, müssen Menschen zumindest zeitweise in die kapitalistische Produktionswelt eintauchen. Das Ausmaß können Menschen – jedenfalls in den reichen Ländern dieser Erde – zu einem guten Teil selbst bestimmen: Es müssen nicht acht oder mehr Stunden Arbeit pro Tag sein.

Denn rein um zu *überleben*, müssten moderne ZeitgenossInnen wohl nur einen Bruchteil ihrer heutigen Arbeitszeit in der Arbeitswelt verbringen: 3-4 Stunden am Tag müssten bei den allermeisten Menschen – rein für das Überleben – locker reichen: Natürlich hat eine solche Wahl auch Konsequenzen: Es gibt dann keine großen Häuser, keine Autos, keine Handys, keine Fernseher, vielleicht auch kein Telefon, keinen Urlaub im fernen Ländern, keine teuren kulturellen Besuche, usw.

Wenn wir nicht bloß arbeiten, um zu überleben, dann braucht es eine Erklärung, warum wir heute weit über jenes Niveau hinaus arbeiten, das unser Überleben sichern würde. Zwei Motive sind dafür wesentlich:

- Erstens wirkt auf die neuzeitlichen Menschen permanent die Logik des modernen Geldes: Wer im „Hier und Jetzt“ arbeitet und Reserven anlegt, bekommt in Zukunft großen Lohn. Diese Logik wirkt auf alle Menschen, egal ob sie Arbeiter/in, Unternehmer/in oder Kapitalist/in sind. Sie ist uns schon so selbstverständlich geworden, dass uns gar nicht mehr bewusst ist, dass es sich dabei um eine gesellschaftliche Konvention handelt, die in früherer Zeit anders gehandhabt wurde.
- Zweitens hat die Entfremdung des neuzeitlichen Menschen von seinem „inneren Selbst“ bewirkt, dass als Quelle des Glücks nur mehr die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen in den Sinn kommt: Die allermeisten Menschen arbeiten sehr viel, weil sie – häufig sehr unreflektiert – *glauben*, dass sich der damit verbundene Wohlstand für ihr Leben positiv auswirke. Je mehr sie arbeiten, umso mehr Bedürfnisse können sie befriedigen. Die unpersönliche Herrschaft der abstrakten Arbeit wird also – in den entwickelten kapitalistischen Staaten – nicht so sehr von der *Angst vorm Nicht-Überleben* aufrechterhalten, sondern vom *Glauben* der Menschen, dass es für ihr eigenes Wohlbefinden (ihr gutes Leben) gut sei, wenn sie über möglichst hohen Tauschwert verfügen bzw. haben sie die *Angst*, dass bei Einkommensverlusten weniger Bedürfnisse befriedigt

werden können *und* das Leben *dadurch* trostlos wird. Dieser – zum größten Teil nicht reflektierte – *Glaube* lenkt das konkrete Tun und Handeln der Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser *Glaube* bewirkt somit, dass das kapitalistische System tagtäglich reproduziert.

Umgekehrt gewendet bedeutet dieser Gedanke aber auch: „Wir schaffen die Gesellschaft, in der wir leben, durch unser Tätigsein. (...) Was wir geschaffen haben, können wir auch abschaffen.“ (Holloway 2010: 99) Wenn wir uns also einerseits der Anreizwirkung entziehen und andererseits den *Glauben* ablegen, dass uns die ständige Mehrung von Tauschwerten immer glücklicher macht und wir daher nicht mehr alles tun *müssen*, um die Tauschwerte ständig zu vermehren, kann uns das frei machen: Wir müssen nicht dem Imperativ der Kapital- und Wertvermehrung folgen.

Wir können schon „Hier und Jetzt“ – zumindest soweit wir genügend Geld verdienen, um in unserer Geldgesellschaft zu überleben – aus dieser Logik aussteigen. Wir können schon im „Hier und Jetzt“ aus der Logik der „äußeren Welt“ der Wertvermehrung aussteigen und mehr auf die Stimme des „inneren Selbst“ hören und darauf vertrauen, dass es das „innere Selbst“ gut mit uns meint. Wir könnten wieder lernen, tätig zu werden, ohne dass dies den Ansprüchen der Wertvermehrung entspricht: Wir könnten Gedichte schreiben, meditieren, Lieder singen, Kuchen backen oder als Schneider – für einen guten Freund und ganz ohne Profitmaximierungsabsicht – einen schönen Rock nähen. Auf diesem Weg wird freilich das kapitalistische System selbst brüchig. (vgl. Holloway 2010) ⁴⁰

40 Holloway (2010) führt eine sehr konsequente Argumentation im Sinne der Loslösung des schöpferischen (nicht-kapitalistischen) Tätigseins von der abstrakten Arbeit: „Unser Tätigsein ist nicht völlig der abstrakten Arbeit untergeordnet.“ (S. 100, Hervorhebung: der Autor). Meines Erachtens fehlt ihm aber dann die letzte Konsequenz, um deutlich zu machen, dass eine Gesellschaft, die nicht nach den Prämissen der permanenten Kapitalvermehrung funktioniert, eine ist, die weniger Tauschwert (= weniger materiellen Wohlstand) produziert, die also – in unseren gewohnten Geld-Kategorien – eine ärmere ist. Dies ist unausweichlich, wenn das menschliche Streben nicht der Wertvermehrung untergeordnet ist. Ich glaube, dass Verlust an materiellem Reichtum bei Weitem durch den Gewinn an gutem Leben wettgemacht wird.

5.1.7. Abschließend: „gute Arbeit“?

Aristoteles hat die menschliche Zeit in vier Kategorien eingeteilt:

- Tätiges Sein: in der verzweckten Form (poiesis) und in der unverzweckten Form (praxis)
- Untätiges Sein: in der verzweckten Form (Spiel) und in der unverzweckten Form (Muße)

Glück und Zufriedenheit der Menschen stellen sich laut Aristoteles nur in den beiden unverzweckten Formen ein. In ihnen kann sich das „innere Selbst“ entfalten.

In einer kapitalistischen Gesellschaft ist umgekehrt aber nur das von Belang, was dem konkreten Zweck der Geld- und Wertvermehrung dient. Das bedeutet umgekehrt, dass das kapitalistische Projekt der permanenten Wohlstandmehrung um einen sehr hohen Preis gekauft ist: Glück und Zufriedenheit liegen auf ihrem Altar.

Was die Arbeit im Konkreten angeht, so wird sie im Kapitalismus nicht in erster Linie als schöpferische Tätigkeit (praxis) verstanden, die Dinge produziert, die Menschen zum Leben, Überleben oder einfach gutem Leben brauchen, sondern sie wird als „abstrakte Arbeit“ definiert, die ihre Existenzberechtigung einzig und alleine aus ihrem – direkten oder indirekten – Beitrag zur Geld- und Wertvermehrung zieht. Kapitalistische Arbeit steht also in der Tradition der poiesis. ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen agieren gleichermaßen verzweckt: Beide wollen einen möglichst großen Mehrwert erwirtschaften, weil dann die Verteilungsmasse zwischen den beiden TarifpartnerInnen größer ist. Wenn die Lukrierung einer möglichst hohen Lohnsumme für die ArbeitnehmerInnen das höchste Ziel ist, dann werden das konkret-sinnliche Produkt der Arbeit, die Arbeitsbeziehungen oder die Arbeitstätigkeit an sich zwangsläufig zu Nebensächlichkeiten. Studien belegen, dass die „gleichgültig-instrumentelle Einstellung zur Arbeit und zu den ArbeitskollegInnen, wenn auch

in verschiedenen Ausprägungen, durchaus als ein grundlegendes und sozusagen normales Merkmal des Arbeiterbewusstseins“ sind. (vgl. Ottomeyer 2004: 89)

„Gute Arbeit“ im Sinne von schöpferischem Tätig-Sein ist für den Kapitalismus keine Kategorie. Die einen oder anderen besseren Arbeitsbedingungen können dem System vielleicht abgetrotzt werden, wenn genügend Wert geschaffen wird, aber „gute Arbeit“ ist in der kapitalistischen Logik nur die „abstrakte Arbeit“, also jene, die maximalen Wert schafft. Unser Wirtschaftssystem mache „gute Arbeit systematisch unmöglich“. (Gronemeyer 2012: 169): „Alle Prämissen der marktgängigen Arbeit – das unlimitierte Wachstum, die rasende Beschleunigung, die gleichmacherische Standardisierung, das hemmungslose Profitinteresse, der Konkurrenzkampf, der Konsumzwang – sind mit guter Arbeit unvereinbar.“ (ebd.)

Marianne Gronemeyer (2008) kommt daher zum Schluss, dass „wir in einer Gesellschaft leben, in der es so gut wie keine gute, berufsmäßige, also für Geld verrichtete, Arbeit gibt.“ Sie empfiehlt daher das Heil außerhalb der kapitalistischen Geldwelt zu suchen: Der „Dreh- und Angelpunkt“ liege im Geldbedarf: „Weniger erpressbar können wir nur durch eine Minderung unseres Geldbedarfs sein.“ Dies sei kein Appell an die „Elenden und Ausgebeuteten, sondern an die entmündigend gut Versorgten: Nicht jeder Penny, den wir nicht haben, aber jeder, den wir nicht brauchen, bedeutet einen winzigen Gewinn an Freiheit, während wir doch glauben sollen, dass viel Geld viel Freiheit bringt.“ (Gronemeyer 2012.: 175f)

5.2. Entfremdung in der Zirkulationssphäre

Ist eine Ware im kapitalistischen Prozess produziert, so kommt sie auf den Markt. Dort treffen einander KäuferIn und VerkäuferIn.

5.2.1. Tausch in vorkapitalistischer Zeit

In früheren Zeiten haben die Menschen einen weitaus größeren Teil der Dinge, die sie selbst zum Leben brauchten, selbst bzw. in Gemeinschaft hergestellt. Was sie zusätzlich brauchten, musste im Warentausch organisiert werden. Was wir heute noch in Ansätzen auf lokalen Gemüsemärkten oder in Basaren finden, mag eine Ahnung geben, wie früher der Warenaustausch funktioniert hat. Der Tausch war in altertümlich-vorkapitalistischen Gesellschaften eine höchstpersönliche Angelegenheit und fand im Rahmen von längerfristig verpflichtenden Bekanntschaften statt. (vgl. Ottomeyer 2004, S. 60) Der Tausch war im Normalfall nichts Unpersönliches. Man kannte den Bäcker, der das Brot gebacken hatte. Man kannte die Bäuerin, von der man die Kartoffeln bezog. Man kannte vermutlich auch den Lieferanten, der Salz oder fremde Gewürze lieferte.

Der Tauschakt war in der Regel keine anonyme Angelegenheit, die rasch erledigt wurde. Er war eingebettet in kommunikativen Austausch, vielleicht auch im Handeln und Feilschen. Es galt vor der kapitalistischen Entwicklung im Handel das Prinzip der Reziprozität (*deutsch: Gegenseitigkeit*), das heißt die HandelspartnerInnen mussten übereinkommen, dass der Tausch fair war. (vgl. Polanyi 1995, S. 71ff) In vorkapitalistischen Zeiten haben ethische Gründe die Verabsolutierung von Profit- und Geschäftsinteressen verhindert. Märkte dienten auch der Festigung von zwischenmenschlichen Beziehungen. Freilich hat es auch in vorkapitalistischen Zeiten GaunerInnen und LügnerInnen gegeben. Es gab HändlerInnen, die die Not anderer Menschen ausgenutzt

haben. Der entscheidende Unterschied ist in der Logik des modernen Geldes zu suchen: Wer in vorkapitalistischer Zeit einen Gewinn aus der Übervorteilung seiner HandelspartnerInnen zog, hatte einen einmaligen finanziellen Gewinn. Unter den Rahmenbedingungen des modernen Geldes hat sich das dramatisch verändert: Wer seine HandelspartnerInnen betrog, hatte zusätzliche Reserven geschaffen, die sich – bei kluger Veranlagung – rasch vermehrten. Betrug und Hinterlist wurden seit dem ausgehenden Mittelalter systematisch belohnt.

5.2.2. Tausch im Kapitalismus

Auf kapitalistischen Märkten ist die Unterscheidung zwischen Gebrauchs- und Tauschwert wichtig:

- Für die/den Käufer/in ist der Gebrauchswert einer Ware wesentlich. Der subjektive Gebrauchswert ihrer Ware muss höher oder mindestens gleich hoch wie der Tauschwert sein. Ansonsten kommt das Geschäft nicht zustande.
- Für die/den Verkäufer/in, die/der die Ware auf den Markt bringt, geht es nur um den Tauschwert. Der Tauschwert, also der Preis, der am Markt erzielt wird, muss jedenfalls seine Vorleistungen zur Produktion dieser Ware ersetzen. Was darüber hinausgeht, ist der Gewinn. Im Kapitalismus produzieren die VerkäuferInnen die Waren einzig und alleine, weil sie auf dem Markt ihren Profit maximieren und somit das eingesetzte Kapital maximal vermehren wollen. Das ist der einzige Sinn und Zweck für die Produktion.

Kommunikation funktioniert auf kapitalistischen Märkten über Geld. Wie schon dargestellt ist es eine zentrale Eigenschaft jeglichen Geldes, dass es den Tausch zwischen einander fremden Menschen erleichtert. Geld ist ein probates Kommunikationsmittel zwischen Menschen, die miteinander keine sozialen Beziehungen pflegen. Also ist der kapitalistische Warenmarkt – von

seiner Anlage her – eine anonyme Veranstaltung: Auf der einen Seite stehen die anonymen KäuferInnen, die mit anonymem Geld ihren Eintrittsschein in die Veranstaltung gelöst haben. Auf der anderen Seite stehen die anonymen VerkäuferInnen, die irgendwelche fremden Waren zum Verkauf feilbieten. Max Weber meint in diesem Sinn:

„Die Marktgemeinschaft als solche ist die unpersönlichste praktische Lebensbeziehung, in welche Menschen miteinander treten können. (...) Wo der Markt seiner Eigengesetzlichkeit überlassen ist, kennt er nur Ansehen der Sache, kein Ansehen der Person, keine Brüderlichkeits- und Pietätspflichten, keine urwüchsigen, von den persönlichen Gemeinschaften getragenen menschlichen Beziehungen“ (Weber 2001 [1922], Bd. 21, S. 194)

Käufer/in und Verkäufer/in treffen sich auf dem kapitalistischen Markt in egoistischer unpersönlicher Weise und betrachten einander als Mittel für die Durchsetzung ihrer Interessen. Je besser es ihnen gelingt, sich durchzusetzen, umso eher haben sie die Möglichkeit, Reserven anzulegen, die sich in Zukunft dann wie von selbst vermehren. So werden aus Tauschpartnern „Tauschgegner“ (Max Weber) (vgl. Schandl 2012:10) Daher ist es im Normalfall von Vorteil, wenn die TauschpartnerInnen einander nicht kennen und somit nicht gegenseitig verpflichtet sind. Soziale Beziehungen würden die Logik des kapitalistischen Tausches nur stören. Sie müssen also in einer kapitalistischen Gesellschaft – nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch in den Austauschbeziehungen – hintan gehalten werden. Wer sich auf den Märkten zu sehr von persönlichen Beziehungen leiten lässt, wird bestraft: Er/Sie wird weniger Reserven anlegen können und damit auch auf exponentiell wachsende Prämien verzichten müssen.

Zwang zum „liebenswürdigen Schein“

Wenn es so ist, dass aus vorkapitalistischen TauschpartnerInnen – im Zeichen des modernen Geldes – nun kapitalistische Tausch-

gegnerInnen wurden, so treten sie sich sehr unpersönlich gegenüber. Freilich kann es von Vorteil sein, nett zu einer/m Geschäftspartner/in zu sein und einen einfühlsamen „liebenswürdigen Schein“ (Ottomeyer) an den Tag zu legen. Damit ist nun kein echtes Interesse am Wohlergehen der/s Geschäftspartnerin/s gemeint, sondern eine instrumentelle Show mit dem Ziel der Profitmaximierung. Die Folge ist: VerkäuferInnen und KäuferInnen sollten also ihrem Gegenüber grundsätzlich misstrauen: Die/Der Käufer/in misstraut der/dem Verkäufer/in, selbst wenn diese/r sehr freundlich ist. Es könnte ja sein, dass diese/r nur einen „liebenswürdigen Schein“ an den Tag legt und mit dieser Methode aus dem Tauschgeschäft einen Extra-Gewinn erzielen will. Die/Der Verkäufer/in wird misstrauisch sein, weil sie nicht weiß, wie viel die/der Käuferi/n bereit wäre zu zahlen. Zudem könnte es sein, dass die/der Käufer/in nicht liquide ist, usw.

Es gibt auf den kapitalistischen Gütermärkten einen „Zwang zum Misstrauen“ (Ottomeyer 2004: 65). Hatte der Tausch in vor-kapitalistischen Zeiten – über die Prinzipien von Reziprozität und Redistribution (*deutsch: Umverteilung*) (vgl. Polanyi 1995: 77ff) – auch die Funktion der Festigung der sozialen Beziehungen, so ist im Kapitalismus das Gegenteil der Fall: Die HandelspartnerInnen müssen von der Inszeniertheit und Rollenhaftigkeit des Verhaltens des Gegenübers ausgehen. Tun sie das nicht und vertrauen blind auf die Ehrlichkeit des Gegenübers, so begeben sie sich in die Gefahr, dass der andere dieses Vertrauen ausnützt und so die eigenen Gewinne steigert.

Wie gesagt: Übervorteilung halte ich für keine Erfindung des Kapitalismus. Im Kapitalismus gibt es nur einen höheren Anreiz als früher, weil sich die Gewinne – durch die Grammatik des neuen Geldes – in Zukunft wie von selbst vermehren lassen.

5.2.3. Zusammenfassend: Belastung für alle sozialen Beziehungen

Das Diktat der Geld- und Wertvermehrung beschränkt sich in kapitalistischen Gesellschaften nicht bloß auf die Arbeitswelt: Auch die Austauschprozesse zwischen den Menschen sind systematisch von der Logik des modernen Geldes ergriffen. Waren die Märkte in nicht-kapitalistischen Gesellschaften ein Ort der Kommunikation und der zwischenmenschlichen Beziehungen, so wurden sie im Kapitalismus zu Orten, die vor allem der Profitmaximierung dienen. Heutzutage sind Menschen gezwungen, auf den Markt zu gehen und dort in anonymen Geschäften die Dinge, die sie zum (Über-)Leben brauchen, mit Geld zu kaufen. Nur in ganz geringen Mengen stellen heute Menschen die Dinge selbst oder in Gruppen her, die sie zum Leben brauchen. Daher müssen sie auf den Markt, ob sie wollen oder nicht. Das ist keine wirklich freie Entscheidung.

Weil wir in einer Geldgesellschaft gezwungen sind, unsere Dinge fürs Überleben auf den Märkten zu erwerben und weil auf diesen Märkten ein sehr unpersönliches Verhalten von uns abverlangt wird, lernen wir in kapitalistischen Gesellschaften von klein auf, anderen Menschen zu misstrauen. Wir erleben das Zusammenleben in der Sphäre des Marktes als prinzipiell feindselig. Diese Grunderfahrung in einem wichtigen Teilbereich unseres Lebens wirkt sich störend auf die Sozialbeziehungen generell aus. Denn das auf den Märkten erlernte Misstrauen wirkt in unsere intimen Beziehungen hinein. Je mehr wir die Kapitallogik internalisieren, desto mehr werden wir *allen* Beziehungen misstrauen. So stellt die kapitalistische Zirkulationswelt eine systemische Belastung für alle soziale Beziehungen dar. Weil Beziehungen eine wesentliche Quelle für das menschliche Wohlbefinden sind, verbaut die Logik der kapitalistischen Zirkulationswelt ein Stück weit den Weg zum menschlichen Glück.

5.3. Entfremdung im Freizeit- und Privatbereich

Kommen wir also nach Arbeits- und Zirkulationswelt zu dem, was noch bleibt: die so genannte Freizeit. Als Freizeit wird hier jene Zeit bezeichnet, die nach Abzug von Arbeits-, Einkaufs- und Schlafzeit noch übrig bleibt. Für die meisten ZeitgenossInnen bezeichnet die Freizeit jene Zeit, die für das Leben schlechthin steht: Man nimmt die Mühsal der Arbeitswelt („Arbeitsleid“) auf sich und kauft sich mit dem so erzielten Einkommen viele Produkte, die ein angenehmes Leben in der Freizeit ermöglichen. Das „echte Leben“ soll dann genau in diesen Stunden der Freizeit stattfinden.

Ergebnisse der modernen Glücksforschung bestätigen, dass die Menschen das „gute Leben“ mit Freizeit assoziieren: In einer US-amerikanischen Studie wurden beispielsweise über 900 texanische ArbeitnehmerInnen gebeten, jeweils den vorigen Tag zu rekonstruieren und den einzelnen Tätigkeiten ein Glücksempfinden von 0 (ganz schlecht) bis 6 (sehr gut) zuzuordnen. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen sehr deutlich, dass vor allem jene Tätigkeiten, die mit der Arbeit in Verbindung stehen (also die Arbeit an sich (2,68) sowie das Pendeln zur Arbeit (2,09) und das Pendeln von der Arbeit (2,77)) die schlechtesten Werte erhalten. Alles, was mit der Freizeit und zwischenmenschlichen Beziehungen in Verbindung gebracht wird, erzeugt das größte Glück: Intime Beziehungen (4,83), Zusammensein mit FreundInnen (4,15), Entspannung (3,96), Abendessen (3,91) (vgl. Kahnemann/Krueger 2006: 13)

5.3.1. Ausdehnung der kapitalistischen Logik in die Freizeit

Die Logik des modernen Geldes macht vor der Freizeit nicht halt: Denn jede Zeit, die nicht im verzweckten Dienst der Geld- und Wertvermehrung steht (nach der Aristotelischen Einteilung: poiesis und Spiel), ist ungenutzte Zeit: Man könnte in dieser Zeit

neue Tauschwerte schaffen, sie anlegen und vermehren lassen. Wer Zeit einfach – unverzweckt – verstreichen lässt, verzichtet nicht nur auf den gegenwärtigen Gewinn, sondern auch auf die exponentiell wachsenden Prämien. Das bedeutet: Die Zeit, die moderne ZeitgenossInnen mit selbstbestimmtem Tun (praxis) oder selbstbestimmtem Nichts-Tun (Muße) verbringen, verwenden sie wider die Logik des modernen Geldes. Die moderne Freizeit- und Privatwelt ist heutzutage keinesfalls frei von der Verzweckung der Geld- und Wertvermehrung; im Gegenteil: Der kapitalistische Imperativ wirkt weit in die Freizeit hinein.

- Erholung der Arbeitskraft: Aus rein kapitalistischer Logik heraus gedacht, hat die Freizeit den Sinn, dass sich die Ware Arbeitskraft erholt und ihre Produktionsfähigkeit wieder herstellt. (vgl. Ottomeyer 2004: 115f)
- Entgrenzung der Arbeitszeiten: Moderne Technologien schaffen es, dass Menschen heutzutage schon permanent zur Verfügung stehen: Handys und elektronische Nachrichten verwässern zunehmend die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit.
- Ausdehnung der Kaufwelten: 3.000-10.000 Werbebotschaften erreichen die KonsumentInnen in den Industrieländern pro Tag, zu einem guten Teil auch in der Freizeit. Jede Werbebotschaft bringt das Versprechen, dass durch Kauf und Konsum ein besseres Leben möglich sei. Dieser Propaganda kann man sich in unserer modernen Zeit nur schwer entziehen.
- Kaufen als Lebensgefühl: Es ist gelungen, den Einkauf von Dingen mit hoher Lebensqualität zu verbinden. Shopping ist mittlerweile eine beliebte Freizeitbeschäftigung. Das bedeutet, dass wir freiwillig viel Zeit in der Zirkulationssphäre, also auf von Geld gesteuerten Märkten verbringen.
- Ökonomisierung der Freizeit: Weil sich mit der Freizeitindustrie gute Geschäfte machen lassen, sind Freizeitparks entstanden, die das richtige Leben ermöglichen sollen. Der Eintritt in diese

Parks ist nur mit Geld zu bezahlen: Fitnesscenter, Kinowelten, Bars, McDonalds Geburtstagsfeste, etc. Das bedeutet, dass wir uns mit diesen Freizeitaktivitäten fester ans Geld binden.

Es gibt also heutzutage kaum noch Freizeit-Aktivitäten, die vollkommen frei von der Logik des modernen Geldes sind.

5.3.2. Die eigentümliche Trennung in Arbeit und Freizeit

Die eigentümliche Trennung der menschlichen Zeit in eine fremdbestimmte Arbeitszeit und in eine selbstbestimmte Freizeit ist eine Folge der kapitalistischen Entwicklung. Diese Trennung hat es so früher nicht gegeben. Aktive und passive Phasen haben einander in einem unregelmäßigen Rhythmus abgewechselt. (vgl. Thompson 2007: 24)

Im Kapitalismus gibt es klar definierte Zeiten, in welchen sich die Menschen in ihrer Rolle als „Arbeitskraft“ in den Dienst des Kapitals stellen und dafür mit Geld entlohnt werden. Das hat gravierende Auswirkungen auf unsere sozialen Beziehungen, denn die Sozialbeziehungen im Arbeitsbereich sind grundsätzlich andere als im Privatbereich: Menschen, mit denen wir in der Erwerbsarbeit viel Zeit verbringen, sind in der Regel nicht die, mit denen wir unsere Freizeit teilen. Das erschwert die Bildung von sozialen Beziehungen: In Arbeitswelt dominiert die Logik der Geld- und Wertvermehrung. Soziale Beziehungen haben hier nur instrumentelle oder nachrangige Bedeutung.

Zur vollen Entfaltung von tragfähigen Sozialbeziehungen bleibt noch die Freizeit: Damit ist jene Zeit gemeint, die die Menschen vor allem in den eigenen vier Wänden, alleine oder im Kreis der Kleinfamilie verbringen. Zu dieser Zeit ist in aller Regel die Energie eines Tages zu einem guten Teil in der Arbeits- und Konsumwelt verbraucht. Das bedeutet: Dort, wo sich Menschen ihren Mitmenschen („sozialen Beziehungen) oder sich selbst („inneres Selbst“) widmen könnten, sind sie häufig ohne Energie. Dort, wo

sie „richtig Mensch“ sein könnten, sind sie müde und ermattet. Das „echte Leben“ findet also unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen statt. Ausgelaugt von Arbeit und Einkauf soll sich in der Freizeit das „echte Leben“ abspielen: Alles, was an Zeit für sich und an (intimen) Beziehungen in Partnerschaft, Familie und Freundeskreis zu kurz gekommen ist, soll in den wenigen, energielosen Stunden des Abends (oder innerhalb von ein paar Urlaubstagen im Jahr) nachgeholt werden. Das kann nicht gut gehen. Im echten Leben finden sich dann viele ZeitgenossInnen vor dem Fernseher wieder. Das passiert nun häufig nicht aus Böswilligkeit, sondern ist eine Folge der Tatsache, dass Kraft und Energie für andere Betätigungen fehlen. In letzter Konsequenz bedeutet das, dass das „echte Leben“ gar nicht mehr stattfindet. Man ist nirgends mehr „wirklich Mensch“.

Also stehen Sozialbeziehungen sowohl in der Arbeitswelt als auch in der Freizeit unter keinem guten Stern. Wenn es tragfähige soziale Beziehungen dennoch heutzutage gibt, so drückt sich darin die soziale Kompetenz von Menschen aus, die es – allen kapitalistischen Widrigkeiten zum Trotz – schaffen, gute Beziehungen zu ihren PartnerInnen, Kindern und FreundInnen aufzubauen, zu erhalten und zu pflegen.

5.3.3. Die Trennung von Produktion und Konsumtion

Hat der Mensch gearbeitet und hat er die Dinge zum Leben auf dem Markt eingekauft, so zieht er sich in der Regel in seine isolierte Kleinfamilie zurück und konsumiert das Eingekaufte. Auch die Trennung von Produktion und Konsumtion ist etwas, was die kapitalistische Entwicklung mit sich gebracht hat: „In vorkapitalistischen Gesellschaften – etwa in einer urtümlichen Jägerhorde oder auf einem mittelalterlichen Bauernhof – war die Konsumtion, der gemeinschaftliche Verzehr der hergestellten Produkte weitgehend in dieselben Sozialbeziehungen eingebettet wie die Produktionstätigkeit, die Arbeit, die der einzelne leistete.

Die Familien waren auch niemals so isoliert wie heute, sondern zur Stammesgruppe, Dorfgemeinschaft oder Gemeinde hin gewissermaßen geöffnet.“ (vgl. Ottomeyer 2004: 114)

Auch in vorkapitalistischen Zeiten wird es Tage gegeben haben, wo Menschen hart gearbeitet haben und am Abend müde von der Arbeit waren. Der Unterschied zur heutigen Zeit ist, dass sie erstens in der Arbeit nicht so sehr unter dem Diktat von Kapital und starren Zeitvorschriften gestanden sind und dass sie zweitens die Arbeit gemeinsam mit den Menschen ihres „Hauses“ erledigt haben; sei es nun in einem Handwerksbetrieb oder sei es auf einem Bauernhof und drittens die Früchte ihrer Arbeit miteinander konsumiert haben. Arbeit und Konsum waren eingebettet in das gemeinsame „Haus“. Kinder, Erwachsene und alte Menschen haben – nach ihren Möglichkeiten – an der Produktion mitgewirkt und die erwirtschafteten Güter gemeinsam konsumiert. Der gemeinsame Konsum schafft eine besondere Verbindung. In Ansätzen ist das vielleicht noch spürbar, wenn ArbeitskollegInnen nach einem Arbeitstag noch gemeinsam etwas essen gehen oder wenn FreundInnen – nach einem Arbeitseinsatz wie z.B. beim Hausbauen – noch zum Abendessen geladen werden.

Die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung hat – ausgehend von der Phase der „ursprünglichen Akkumulation“ – das gemeinsame „Haus“, wo Produktion und Konsumtion eine soziale Einheit bildeten, aufgelöst. Die innere Logik der Geld- und Wertvermehrung hat die Menschen aus diesen gemeinschaftlichen Einheiten herausgelöst und sie in die Anonymität der Masse geworfen.

5.3.4. Belastung für soziale Beziehungen

Der Mensch ist ein soziales Wesen, dessen „gutes Leben“ zu einem wichtigen Teil vom Gelingen seiner sozialen Beziehungen abhängt. Die Grammatik des neuen Geldes ordnet das Leben der

Menschen hingegen nach seiner unpersönlichen Logik. Weil diese Logik – ausgehend von der Produktions- und Zirkulationswelt – auch in der Freizeit an Bedeutung gewonnen hat, hat sie zu einer großen Vereinzelung und Anonymisierung der Menschen geführt. Die Menschen finden sich also im Kapitalismus in folgender Situation wieder:

„Wenn man es in der kapitalistischen Gesellschaft zu etwas bringen oder auch nur seine ökonomische Existenz über Wasser halten will, dann muss man zweierlei können: erstens muss man die unterschiedlichen Weisen des zwischenmenschlichen Aufeinander-Eingehens innerhalb und zwischen den drei Lebensbereichen des Marktes, der Produktion und der Konsumtion sauber auseinander halten können; und man muss zweitens in der Lage sein, die widersprüchlichen Seiten und unterschiedlichen Weisen des zwischenmenschlichen Bezugs und der sozialen Verpflichtung wieder unter einen Hut zu bringen, sie in dem Selbstbewusstsein und der Identität einer Gesamtpersönlichkeit zu vereinen, mit deren Hilfe der einzelne es schafft, sich ohne Orientierungsverluste, Verwechslungen oder lähmende moralische Skrupel durch die Klippen der widersprüchlichen Verhaltensanforderungen hindurchzusteuern und durchzulavieren.“ (Ottomeyer 2004: 145)

Der tagtägliche Balanceakt im Wechsel zwischen diesen Sphären stellt eine „extreme seelische Belastung“ (ebd.: 146) dar. Viele Menschen brechen unter der Last dieser Belastung zusammen: Sie reagieren introspektiv mit seelischen und körperlichen Krankheiten, Suchtverhalten oder Resignation. Oder sie tragen ihren Frust nach außen und laden diesen in Form von Gewalt, Rassismus oder Kriminalität ab. Denn „auf die Frage nach dem Gesamtsinn“ gibt der Kapitalismus „der ihm unterworfenen menschlichen Lebenspraxis – abgesehen vom Versprechen der beständig warenförmig-privaten Wohlstandvermehrung – nur äußerst unzusammenhängende, widersprüchliche und schwachsinnige Antworten.“ (ebd.: 29)

5.4. Exkurs: Charaktermasken

Karl Marx hat zur Verdeutlichung des Entfremdungsprozesses die Metapher der „Charaktermasken“ eingeführt. Er stellte eine Analogie zu den im 19. Jahrhundert gebräuchlichen Charaktermasken im Theater her: Dort sind sie die Vermummung, die einen bestimmten Stand darstellen soll. Auf der Bühne sollen die Charaktermaskenrollen einen Charakter in seiner vollständigen Entwicklung darstellen.

Umgelegt auf die Ökonomie stellt sich für Marx das ökonomische Schauspiel folgendermaßen dar:

„Die Waren können nicht selbst zu Markte gehn und sich nicht selbst austauschen. (...) Um diese Dinge als Waren aufeinander zu beziehn, müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust, so daß der eine nur mit dem Willen des andren, also jeder nur vermittelt eines, beiden gemeinsamen Willensakts sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigne veräußert. (...) Die Personen existieren hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer. Wir werden überhaupt im Fortgang der Entwicklung finden, daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenüberreten.“ (MEW 23: 99f)

Typischerweise werden im kapitalistischen Schauspiel folgende Rollen besetzt:

- Die/Der Geldbesitzer/in („Kapitalist/in“) soll sich so verhalten, dass ihr/sein eingesetztes Kapital immer weiter wächst.
- Die/Der Unternehmer/in soll sich so verhalten, dass der Wert maximal vermehrt wird, sodass ihr/ihm ein hoher Unternehmerlohn bleibt.
- Die/Der Arbeiter/in soll sich so verhalten, dass sie viel Wert schöpft, damit sie/er hohe Löhne verlangen kann.

- Die/Der Konsument/in soll das verdiente Geld so in Waren tauschen, dass der Nutzen maximiert wird.

Die Regie spielt im kapitalistischen Schauspiel die Logik der Geld- und Wertvermehrung. Die Regisseurin weist menschliche SchauspielerInnen an, sich in einer bestimmten Art und Weise zu verhalten. Sie ist aber – wie im echten Schauspiel – nicht sichtbar. Früher, da war die Welt noch einfach: Es gab idealtypischer Weise Menschen, die nur die Rolle der KapitalistInnen spielten und solche, die nur die Rolle der ArbeiterInnen spielten. Eine besondere Rolle übernahmen die UnternehmerInnen. UnternehmerInnen waren und sind – in ihrer Funktionsbeschreibung – die ErfüllungsgehilfInnen der KapitalistInnen. Noch bis ins späte 19. Jahrhundert waren die Rollen von KapitalistInnen und UnternehmerInnen schwer zu trennen, weil die KapitalistInnen in der realen Welt zugleich auch UnternehmerInnen waren. Und dennoch sind es zwei unterschiedliche Charaktermasken, die feinsäuberlich getrennt werden sollen: Die UnternehmerInnen müssen selbst arbeiten, gehören demnach zur Spezies der ArbeiterInnen. Ihre besondere Rolle besteht darin, den Arbeitsprozess so zu organisieren, dass sich das eingesetzte Kapital bestmöglich vermehrt. Sie übernehmen also eine besondere Aufgabe in diesem Prozess. Daher werden sie mit außergewöhnlich hohen Zuwendungen belohnt, wenn sie diese Rolle gut erfüllen.

Mit dem, was KapitalistInnen, UnternehmerInnen und ArbeiterInnen verdienen, kaufen sie auf den Märkten ein: Die ArbeiterInnen typischerweise nur auf dem Konsumgütermarkt, die UnternehmerInnen auch auf dem Investitionsgütermarkt. Die KapitalistInnen konnten viel sparen und so ihr Vermögen immer weiter vermehren. Die ArbeiterInnen mussten typischerweise alles verkonsumieren. – So einfach war die Welt.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts sind diese eindeutigen Rollenzuschreibungen ins Wanken gekommen. Ausgespielt haben nun nicht die Rollen an sich, sondern die festen Rollen: Ein Mensch

kann in diesem Schauspiel leicht verschiedene Charaktermasken aufsetzen: Er/Sie kann Kapitalist/in, Unternehmer/in, Arbeiter/in und Konsument/in zugleich sein: Als Besitzer/in eines Sparbuches verlangt sie/er hohe Zinsen, als Unternehmer/in hohen Gewinn, als Arbeiter/in hohe Löhne, als Konsument/in niedrige Preise. Beispielsweise wird die Arbeiterin, die über ein kleines Sparbuch verfügt oder in einen staatlichen Rentenfonds mit Kapitalmarktdeckung einzahlt, auch zur Kapitalistin. In dieser Rolle will sie hohe Sparbuchzinsen, die aber nur dann gewährt werden können, wenn das Kapital ordentlich wächst. Dies wiederum setzt die Ausbeutung der ArbeiterInnen voraus. Die Welt ist also scheinbar unendlich kompliziert geworden. Das aufgeklärte Individuum bleibt zurück mit der Frage: „Wie ist etwa der Klassenfeind effektiv zu bekämpfen, wo ich doch selbst wechselseitig mein eigener bin? Da bleibt einem nichts übrig, als sich aufgrund verschiedener Rollen selbst fertigzumachen. Die Seelen, die dann in ein und derselben Brust hausen, die bewerkstelligen das schon. So ist nicht nur in Hobbesscher Manier jeder jedem Feind, sondern auch zusehends sein eigener.“ (Schandl 2007: 138)

Was jedoch vordergründig als kompliziert erscheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ziemlich einfach: Die Regieanweisung ist für alle gleich: Der Tauschwert muss maximiert werden. Dieser Logik folgend nimmt sich auch die Arbeiterin als Humankapital wahr, das sich möglichst gut verkauft und gute Zinsen erwirbt. Das menschliche Kapital soll möglichst große Früchte (=Tauschwerte) abwerfen. Daher muss es sich ständig (lebenslang) weiterbilden, um in seinem Wert zu steigen. Aus der Rollendifferenzierung wird dann die eine große Rolle: Der moderne Zeitgenosse versteht sich selbst als (Human-)Kapital und agiert so, dass die für ihn verfügbaren Tauschwerte maximiert werden. Das ist die große Regieanweisung.

Der Vergleich mit dem Schauspiel ist auch insofern zutreffend, weil diese Rollen von je konkreten Menschen gespielt werden müssen. Wie in einem Theaterstück können die SchauspielerInnen ausgetauscht werden: Im übertragenen Sinn heißt das:

Spielt ein Kapitalist seine Rolle nicht gut, wird er sein Kapital verlieren und irgendwann dann kein Kapitalist mehr sein und diese Rolle dann nicht mehr spielen. Oder: Spielt eine Arbeiterin ihre Rolle schlecht, so läuft sie Gefahr, gekündigt zu werden und dann eben keine Arbeiterin mehr zu sein.

5.4.1. Der Glaube an die Segnung des Wohlstands

Freilich stellt sich nun die Frage, warum die Menschen – in einer freien Welt – den Regieanweisungen in aller Regel Folge leisten. Die Antwort ist eine zweifache:

- In einer kapitalistischen Gesellschaft sind alle Menschen der *Anreizstruktur des modernen Geldes* ausgesetzt: Wer überschüssige Tauschwerte erwirtschaftet, wird belohnt: Ihr/Sein Überschuss vermehrt sich von selbst. Belohnt wird, wer sich viel aneignet, viel arbeitet und viel verzichtet.
- Gleichzeitig braucht es aber den *rechten Glauben*: Kapitalistisch geprägte Menschen glauben, dass es sowohl für sie selbst, aber auch für die Gesellschaft als gesamtes gut ist, wenn die Summe der in Geldeinheiten gemessenen Tauschwerte ständig steigt. Wer glaubt, dass die Maximierung der individuell verfügbaren Tauschwerte für das eigene Lebensglück essenziell ist, wird in dieser Welt – mit allen zu Gebote stehenden Mitteln – versuchen, eben diese Tauschwerte zu mehren: egal ob nun auf dem Arbeits-, Kapital- oder Konsumgütermarkt. Der moderne Mensch leistet der Regieanweisung Folge, weil er *glaubt*, dass es für das eigene Leben gut ist. Die Rechnung lautet also: Maximiere ich meine individuell verfügbaren Tauschwerte, so maximiere ich damit automatisch mein Lebensglück.

Weil in einer kapitalistischen Gesellschaft nur die Maximierung der Tauschwerte zählt, wird der gesellschaftliche Status eines Menschen folgerichtig danach bemessen, wie viel Wert er produziert (=Arbeit) bzw. wie viel er kaufen kann. Eine Gesell-

schaft, deren Leitidee die Vermehrung des Tauschwertes (=Wohlstandes) ist, kann gar nicht anders, als ihre Anerkennung nach diesen beiden Kriterien zu vergeben. Die Anerkennung der Menschen bemisst sich demnach in der Rollenerfüllung ihrer Charaktermasken:

- Angebotsseitig an der Stellung im Arbeitsprozess: Das Wort „Humankapital“ verweist bereits auf die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft. Anerkennung hat, wer hohes Humankapital hat, also viel Wert erzeugen kann.
- Nachfrageseitig an der Stellung in der Kaufarena: Anerkennung hat in einem kapitalistischem System, wer viel kauft. (Dies muss nicht unbedingt mit der Leistung im Arbeitsprozess gekoppelt sein: Beispielsweise hat im kapitalistischen System auch jemand hohe Anerkennung, der über hohes Vermögen verfügt und nicht arbeitet.)

Ist dieser Glaube an die allein selig machende Kraft des Wohlstandes gesetzt, so hat sich das „bürgerliche Subjekt“ nicht der Frage nach dem Ich zu stellen, „sondern die nach seiner Positionierung im gesellschaftlichen Getriebe. Also nicht: *Wer bin ich?*, sondern *Was bin ich?*“ (Schandl 2007: 125; Hervorhebung durch den Autor) In einer kapitalistischen Gesellschaft ist irrelevant, wer die je einzelnen Menschen sind. Die Logik der Kapitalvermehrung interessiert sich nicht für das „innere Selbst“, also für das *Wer*. Sie hat einzig und allein Interesse an seiner Rolle im Prozess der Geld- und Wertvermehrung, also an seiner Rolle im Außen; interessant ist also das *Was*.

Der Glaube an die Segnungen des (Tausch-)Wertes wirkt als Kitt zwischen „eigenem Ich“ und dem Außen, also der kapitalistischen Charaktermaske. Wenn ich wirklich glaube, dass es gut ist, dass ich immer mehr Wert produziere, dann werde ich mich auch so verhalten, dass ich immer mehr Wert produziere. Insofern ist Charaktermaske „nicht einfach als Rollenvollzug zu übersetzen,

sondern meint immer auch Rollenidentifikation durch implizite Beipflichtung.“ (ebd.: 127) Hat diese implizite Beipflichtung stattgefunden, so existiert dann „kein autonomes Individuum, das sich auf besondere Vorgaben einlässt oder noch deutlicher: sich bewusst dafür entscheidet.“ (ebd.) Vom Standpunkt der kapitalistischen Logik ist diese Verschmelzung vom „eigenen Ich“ mit der Charaktermaske wünschenswert. Indes bleibt freilich die Frage, warum sich Menschen nicht weigern, die Charaktermasken behutsam abzulegen und versuchen ein gutes Leben – in Kommunikation zum „inneren Selbst“ – zu leben. Warum spielen kapitalistische Menschen Rollen, wenn sie nicht müssten bzw. sie jedenfalls nicht so perfekt spielen müssten?

Einige Antworten wurden schon geliefert:

- Menschen wurden an dem Beginn der kapitalistischen Entwicklung regelrecht in die Lohnarbeit „hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert“ (MEW23: 765). Sie wurden der bisherigen Produktionsmittel entledigt. Um überhaupt überleben zu können, konnten sie in der Folge nicht anders, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Es wurden ihnen – jedenfalls in der Pionierphase des Kapitalismus – die Charaktermasken aufgezwungen: Ohne Charaktermaske kein Überleben.
- So wie eine kapitalistische Gesellschaft sich etablierte, hat sie versucht, ein Bildungs- und Erziehungssystem aufzubauen, das die Menschen auf das Tragen der Charaktermasken vorbereitet: Disziplin, Pünktlichkeit und die Herausbildung von fähigen und willigen Arbeitskräften ist eine wesentliche Aufgabe von Schulen, Lehrstellen und Universitäten. Wir lernen also in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften von klein auf mit diesen Charaktermasken zu leben.
- Wenn die Menschen von klein auf an die Charaktermasken gewöhnt werden und als Erwachsene den längsten Teil des Tages – in der Ausbildungs- und Arbeitswelt – diese Masken tragen, so hat das freilich Auswirkungen auf die Bereiche der Nicht-Arbeit. Wenn man tagtäglich an die Logik, die in der Arbeit gilt,

gewöhnt wird, wird man sie auch auf die Nicht-Arbeit übertragen. In allen Lebensbereichen wird man zur/m Tauscher/in: „Charaktermaske meint, man muss sich hier so *anstellen*, dass so teuer wie möglich verkauft und so billig wie möglich gekauft werden kann. Das ökonomische Gebot erstreckt sich auf alle Lebensbereiche.“ (Schandl 2007: 129)

So gelingt es, dass Menschen glauben, dass die grundsätzliche Mission der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nämlich die ständige Steigerung des erwirtschafteten Tauschwertes, gut für sie selbst ist. Sie glauben, dass es für sie selbst gut ist, wenn sie sich viel von diesem Tauschwert (= Wohlstand) aneignen. Wenn dieser individuelle und kollektive Glaube etabliert ist, setzen Menschen die Charaktermasken „freiwillig“ auf. Es wird ihnen unter Umständen gar nicht mehr auffallen, dass sie Charaktermasken tragen. Nichts Besseres kann der unsichtbaren kapitalistischen Regisseurin passieren.

Wer an den Tauschwert als zentralen Maßstab für ein gelungenes Leben glaubt, wird seine Charaktermaske weder in der Arbeit noch in der Nicht-Arbeit ablegen. Insofern hinkt jedoch der Vergleich mit den SchauspielerInnen. „Schauspieler spielen ja tatsächlich eine Rolle, sie bleibt ihnen nicht verborgen. Charaktermasken nehmen sich als solche voll, aber nicht als solche wahr.“ (Schandl 2007: 130) Die ökonomischen SchauspielerInnen merken gar nicht mehr, dass sie SchauspielerInnen sind. Sie glauben, sie sind so. Sie nehmen sich idealtypisch gar nicht mehr als Menschen (mit „innerem Selbst“) wahr, sondern nur noch als SchauspielerInnen. Sie glauben, es gehöre zur Natur des Menschen, die individuell verfügbaren Tauschwerte zu maximieren. Dann wird alles Leben zum Schauspiel.

Der Begriff der Charaktermaske weist in der hier skizzierten Totalität, wo sich die Wertmaximierungslogik sowohl auf die Arbeit als auch auf die Nicht-Arbeit erstreckt, darauf hin, dass sich die Menschen selbst nicht mehr kennen. Wenn das Streben und Trachten der Maximierung eines außer uns liegenden (Tausch-)

Wertes liegt, ist das „eigene Ich“ ständig mit der „äußeren Welt“ beschäftigt. Es kennt sein „inneres Selbst“ gar nicht mehr. Mit der Konsequenz: „Wir kennen uns selbst nicht. Weder den anderen noch uns selbst.“ (Schandl 2007: 132) Das wiederum bedeutet, dass uns die ganze Welt fremd wird. (vgl. Gronemeyer 2010) Das hat freilich gravierende Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen: Wenn wir weitgehend mit unseren Charaktermasken durchs Leben gehen, so begegnen uns ständig Menschen, die ebenso mit Masken herumlaufen. Marx beschreibt dies folgendermaßen: „*So leben die Agenten der kapitalistischen Produktion in einer verzauberten Welt, und ihre eignen Beziehungen erscheinen ihnen als Eigenschaften der Dinge, der stofflichen Elemente der Produktion.*“ (MEW 26.3: 503) Menschen begegnen sich dann also in erster Linie nicht mehr von Mensch zu Mensch, sondern von Agent/in zu Agent/in.

5.4.2. Eine Glaubensfrage

Zwei Punkte erscheinen mir aus den Ausführungen zur Charaktermaske wesentlich:

- Menschen und Charaktermasken sind nicht eins: Menschen können in ihren Charaktermasken niemals vollkommen aufgehen. (Holloway 2010: 211) Sie haben in jedem Moment die Möglichkeit, ihre Rollen *nicht* nach den Wünschen der unsichtbaren Regisseurin (Logik des Kapitals) zu spielen. Das bedeutet nichts anderes, als dass sie eine Wahl haben.
- Der Glaube an die Segnungen des Tauschwertes („materielles Wohlstand“) ist der Kitt, der die Charaktermasken auf den Gesichtern der Menschen kleben lässt. Per definitionem ist der Kapitalismus jenes System, das die permanente Steigerung des Kapitals (=Tauschwerte) zum Ziel hat. Folglich ist es sehr erfolgreich in der Mehrung der Tauschwerte. Der entscheidende Punkt ist, wie sehr *glauben* die Menschen, dass die (Mehrun

der) Tauschwerte für ihr je konkretes Leben wichtig ist. Wenn der Glaube an die zentrale Bedeutung der Tauschwerte brüchig wird, beginnt sich die Charaktermaske zu lösen. Hinter den Charaktermasken wird – anfangs noch verstohlen – das je eigene Gesicht der Menschen hervor scheinen.

Halten wir also fest: Die Anreizwirkung des modernen Geldes *und* der Glaube an den Segen des Wohlstands halten das Schauspiel der Geld- und Wertvermehrung in Gange: Wir *müssen* aber nicht (immer) mitspielen. Wir müssen nur wollen: Wir müssen uns der Verlockung des modernen Geldes so gut es geht entziehen. Und wir müssen an etwas anderes als an die Segnungen des Wohlstandes glauben.

Wer seine Zeit und Energie in die Mehrung des Wohlstands steckt, wird einen Preis (Entfremdung) zahlen. Wer seine Zeit und Energie vor allem in die Selbst- und Nächstenliebe steckt, wird ebenso einen Preis (weniger Wohlstand) zahlen. Die Entscheidung verlangt kein striktes Entweder-Oder. Das „eigene Ich“ ist frei, das Ausmaß zu bestimmen.

6. Die systemische Krise des Kapitalismus

Das moderne Geld hat die charakteristische Eigenschaft, dass es exponentiell wächst. Exponentielles Wachstum muss langfristig zwangsläufig alle endlichen Systemgrenzen sprengen. Weil unendliches Wachstum in einer endlichen Welt nicht möglich ist, muss die exponentielle Dynamik der Geld- und Wertvermehrung regelmäßig Zusammenbrüche erleiden.

Das kapitalistische System muss zwangsläufig immer wieder in die Krise kommen. Dafür sind zwei immanente Gründe ausschlaggebend:

- Kapitaleinkommen wachsen überdurchschnittlich stark.
- Überschüssiges Kapital sucht Anlagemöglichkeiten und findet sie immer wieder in Blasen.

Nach der Darstellung der Grundproblematik werde ich einen groben Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg geben.

6.1. Grundübel: Überdurchschnittliches Wachstum der Kapitaleinkommen

Das moderne Geld, das im ausgehenden Mittelalter gesellschaftlich etabliert wurde, hat die charakteristische Eigenschaft, dass es Geld und Tauschwerte – ohne Gegenleistung – vermehrt. Die BesitzerInnen der Kapitalvermögen versuchen in der Regel, ihr Vermögen mit möglichst hohen Wachstumsraten zu vermehren. Denn es wirkt die Logik des Geldes: Ist ein/e Kapitaleigner/in in der gegenwärtigen Periode sehr erfolgreich mit der Kapitalvermehrung, so hat sie ja nicht nur gegenwärtig einen Profit erzielt. Weil sich

der Profit in der Zukunft weiter vermehren wird, hat sie einen sehr starken Anreiz zur maximalen Kapitalvermehrung.

Weil die BesitzerInnen der Kapitalvermögen in der Regel gute Verbindungen zu den Mächtigen in einer Gesellschaft haben, können sie die politischen Rahmenbedingungen zu ihren Gunsten gestalten. Dass sie damit ganz erfolgreich zu sein scheinen, belegt eine Zahl: Das durchschnittliche reale (!) Wachstum von US-amerikanischen Aktien beträgt nach der Langfriststudie von Siegel (1999:11) in den vergangenen 200 Jahren 7 Prozent. Nach einer Studie der Credit Suisse (2013) waren die realen Renditen für Aktien im Zeitraum von 1900 bis 2013 jährlich im globalen Durchschnitt auf einem Niveau von 4,1 Prozent; in den USA waren sie mit 5,3 Prozent deutlich höher. Die Weltwirtschaft ist in der Zeit von 1820-2001 real um durchschnittlich 2,2 Prozent gestiegen. Das reale Pro-Kopf-Wachstum betrug in diesem Zeitraum 1,2 Prozent. (vgl. Maddison 2004: 7)

Wenn es auch theoretisch denkbar ist, dass die Reichtumsprämie unter der Wachstumsrate der Wirtschaft liegt, so ist das in der Praxis in aller Regel nicht der Fall. Das hat wiederum einen systemimmanenten Grund, den ich bereits vorgestellt habe: Sowie sich die Reichtumsprämie etabliert, ist auch der Anreiz geschaffen, eben diese möglichst hoch zu schrauben.

Meine erste zentrale These in diesem Kapitel ist: Aus der inneren Logik der Reichtumsprämie ergibt sich, dass Kapitalvermögen dauerhaft mit einer höheren Wachstumsrate als die Gesamtwirtschaft wächst. Weil das so ist, sind Krisen vorprogrammiert. Es muss langfristig immer wieder zu Zusammenbrüchen beim Kapital kommen.

Betrachten wir diese Entwicklung in einer langfristigen Perspektive

- In einer Volkswirtschaft wird jährlich das so genannte Bruttoinlandsprodukt (BIP) erwirtschaftet (abgekürzt Y). Das ist die Summe der gesamten Wertschöpfung einer Volkswirtschaft. Das gesamte BIP ist eine Flussgröße, weil es jedes Jahr wieder neu erzeugt wird. Das BIP ist gleichzeitig das gesamte Einkommen einer Volkswirtschaft. Es wird in Arbeits- und Kapitaleinkommen aufgeteilt.
- Über die Jahre ein Gesamt-Kapitalstock (K) gebildet: Dieser besteht aus der Summe aller Real- und Finanzkapitalien einer Gesellschaft: Das sind also die kleinen Sparbücher genauso wie die großen Aktienpakete, die Immobilien und die Unternehmensanteile.
- Der Gesamt-Kapitalstock (K) ist eine Bestandsgröße. Wenn die EigentümerInnen dieses Kapital anlegen, erhalten sie jährlich eine (Reichtums-)Prämie in der Höhe von r . Ihr Kapitaleinkommen ist eine Flussgröße, die sich aus der Multiplikation von K mit r ergibt, also rK . Das ist ihr leistungsloses Einkommen.
- Die Differenz zwischen dem BIP und dem Kapitaleinkommen (rK) bildet das Arbeitseinkommen A . Somit gilt also:
$$A = Y - rK$$
- In der Volkswirtschaftslehre geht man berechtigterweise davon aus, dass von den Arbeitseinkommen ein höherer Anteil als von den Kapitaleinkommen konsumiert wird. Man sagt dann, die ArbeiterInnen haben eine höhere Konsumneigung. Die KapitalistInnen haben eine höhere Sparneigung.
- Der Gesamt-Kapitalstock K wächst in einer Periode um die Zuwächse (gespartes Einkommen) und reduzierte sich um die Abgänge (Konsum von Kapitalbestand). Weil es – nicht zuletzt durch die Reichtumsprämie – einen inhärenten Anreiz zum Sparen gibt, wächst in aller Regel der Gesamt-Kapitalstock, sprich die Zuwächse sind größer als die Abgänge.

Das hat folgende Konsequenzen:

- Der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen wird immer kleiner. Die Arbeitseinkommen ergeben sich aus der Differenz von BIP und Kapitaleinkommen ($A = Y - r.K$). Wenn nun die Wachstumsrate des Kapitals (r) stärker wächst als die Volkswirtschaft und der Kapitalstock ebenso wächst, so muss der Anteil der Arbeitseinkommen mit mathematischer Sicherheit fallen. (Dies wird später in einem Beispiel und in einer Grafik noch gezeigt.)
- Es entsteht mit der Zeit eine immer größere Nachfragerücke: Die Arbeitseinkommen werden in weit höherem Ausmaß für Konsumzwecke ausgegeben. Wenn der Anteil der Arbeitseinkommen zurückgeht, dämpft das die Nachfrage nach Produkten. Das bedeutet, dass die produzierten Waren nicht mehr abgesetzt werden können. Wenn niemand die Nachfragerücke schließt (z.B. der Staat), wird die Produktion zurückgefahren. Der Kapitalismus gerät in einer Überproduktions- bzw. Unterkonsumptionskrise. Er geht an seinem eigenen Erfolg zugrunde.

Machen wir diese Dynamik an einem Beispiel fest. Ich gehe von folgenden Annahmen aus:

- Die Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft sei 1000. ($Y_1=1000$)
- Der angesammelte Kapitalstock betrage 3000 Geldeinheiten ($K_1=3000$)
- Die Wirtschaft wachse jährlich um 3%, der Kapitalstock um 5%; die ArbeiterInnen erhalten, was übrig bleibt.
- Wir nehmen an: KapitaleignerInnen konsumieren nichts, dh sie legen ihr gesamtes Kapitaleinkommen zum bestehenden Kapitalstock dazu; ArbeiterInnen sparen nichts, dh sie konsumieren ihre gesamten Lohneinkommen.

Im ersten Jahr kommen wir zu folgendem Ergebnis:

- Das Volkseinkommen (Y_1) ist 1.000
- Das Kapitaleinkommen (rK_1) beträgt 150 ($=0,05 \times 3.000$), das Arbeitseinkommen (A_1) 850 ($=1000-150$). Der neue Kapitalstock (K_2) ist am Ende des Jahres um das Kapitaleinkommen gewachsen und beträgt nun 3.150 ($=3000+150$). Der Anteil der Arbeitseinkommen an der Gesamtwirtschaft (A_1/Y_1) beträgt 85 Prozent.

In der zweiten Periode ist alles gewachsen:

- Das neue Volkseinkommen (Y_2) ist nun auf 1.030 gewachsen.
- Das Kapitaleinkommen (rK_2) beträgt nun 224,7 ($=0,05 \times 3.210$). Der Kapitalstock ist am Ende des Jahres auf 3.307,50 ($=K_3$) gewachsen.
- Die Arbeitseinkommen sind größer geworden und betragen nun 872,5. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen ist aber auf 84,7 Prozent gefallen.

Soweit, so erwartbar: Aber wirklich dramatisch werden die Folgen, wenn wir uns die Entwicklung über eine lange Frist ansehen.

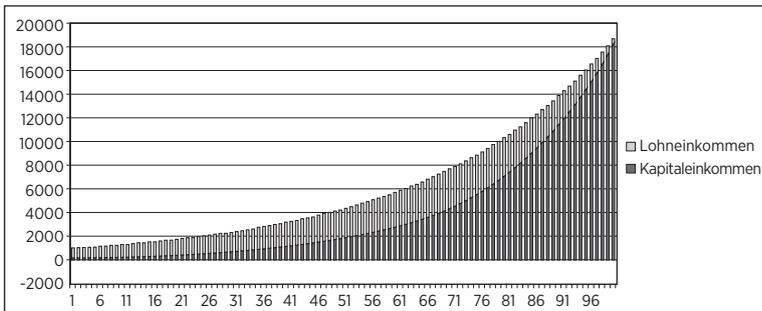
Wie sieht es nach zehn Jahren aus?

- Das neue Volkseinkommen (Y_{10}) ist mittlerweile auf 1.305 gewachsen.
- Das Kapitaleinkommen (rK_{10}) beträgt nun 233. Der Kapitalstock ist am Ende des 10. Jahres ($=K_{11}$) auf 4887 angewachsen.
- Die Arbeitseinkommen sind größer geworden und betragen nun 1072. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen ist auf 82 Prozent gefallen.

Man könnte noch meinen: Es gewinnen letztlich alle: Auch die ArbeiterInnen konnten ihr Einkommen innerhalb von 10 Jahren ja deutlich steigern; wenn auch nicht mit derselben Rate wie die Kapital-EignerInnen. Die weitere Dynamik der exponentiellen Entwicklung spielt den ArbeiterInnen einen Streich: Weil der Kapitalstock ständig – deutlich über dem Wirtschaftswachstum – anwächst, verlangt das Kapitaleinkommen (als Produkt aus Kapitalstock mal Renditewachstum) einen immer größeren Anteil am Wirtschaftskuchen. Das führt dazu, dass die Lohneinkommen nach einigen Jahren auch in absoluten Zahlen sinken: In unserem Beispiel wäre im 74. Jahr das Maximum erreicht, danach sinkt die Summe der Lohneinkommen.

Man könnte noch meinen, das sei ja auch noch immer gut und besser als in der Ausgangslage. – Aber in den folgenden Jahren schlägt die exponentielle Entwicklung erst wirklich zu: Im 97. Jahr halten wir bei den Arbeitseinkommen in etwa beim Ausgangsstand. – In der 100. Periode wären die Lohneinkommen hypothetisch schon negativ!

Grafisch läuft die Entwicklung wie folgt ab:



Die Dynamik dieses Beispiels ist freilich nur eine theoretische: Die ArbeiterInnen würden in der Realität – spätestens ab dem Moment, wo ihre Lohneinkommen real zurückgehen – die Einbußen nicht so einfach hinnehmen. Sie würden sich gegen die Entwicklung wehren und sich weigern, für immer geringere Löhne zu arbeiten. Arbeitskämpfe sind zu erwarten: ArbeiterInnen gegen Kapital, ArbeiterInnen gegen UnternehmerInnen, inländische ArbeiterInnen gegen ausländische ArbeiterInnen, usw.

Dieses Beispiel zeigt, was passiert, wenn die Wachstumsrate des Kapitals über eine lange Frist über der Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft liegt. Wird diese Konstellation über Jahrzehnte aufrechterhalten, dann muss mit mathematischer Notwendigkeit das Gesamtsystem kollabieren.

Nun mag man einwenden, dass in einer Marktwirtschaft die „unsichtbare Hand“ (Adam Smith) wirken und wieder ein Gleichgewicht herstellen wird. Idealtypisch müsste das so laufen: Wächst der Kapitalstock stärker als die Gesamtwirtschaft, so wird nicht der gesamte Kapitalstock für Investitionen benötigt. Es entsteht ein Überangebot an Kapital. Folglich sollte in einer Marktwirtschaft der Preis sinken. Die Reichtumsprämie (=Rendite auf das Kapital) müsste fallen.⁴¹

Da taucht ein neues Problem auf: die sogenannte Liquiditätsfalle, wie sie von John Maynard Keynes (1936: 163ff) beschrieben wurde: Dieses Theorem besagt: Fällt die individuell erzielbare Liquiditätsprämie (=Reichtumsprämie minus Risikoprämie) auf den Kapitalmärkten auf Null, wäre es für KapitalbesitzerInnen rational, ihr Geld nicht mehr zu verleihen. Sie hätten keinen Vorteil mehr, das Geld zu verleihen. Keynes (1936: 207) räumt ein, dass er nicht sicher sei, ob es jemals eine solche Situation gegeben hat. Meines Erachtens kann eine solche Situation dann eintreten, wenn die Wertsteigerung auf den Kapitalmärkten (Reichtumsprämie)

41 Diese Entwicklung hat schon Karl Marx prognostiziert und vom „tendenziellen Fall der Profitrate“ (vgl. MEW25: 221ff) gesprochen. In seinen Worten: Das konstante Kapital (Maschinen) steigt stärker als das variable Kapital (Löhne) und damit auch stärker als das Gesamtkapital (konstantes+variables Kapital).

aufgrund eines sehr großen Überangebots von Kapital sinkt und sich große Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf den Kapitalmärkten breit macht (hohe Risikoprämie). Dann würde die Liquiditätsprämie unter Null sinken und der Kapitalmarkt zusammenbrechen. (Die Höhe der Inflation hat in diesem Fall keine Bedeutung, weil die Geldentwertung beide Alternativen – Verleihen und Behalten von Geld – gleichermaßen betrifft.)

Freilich werden die KapitalbesitzerInnen nicht erfreut sein, wenn die Reichtumsprämie auf einen sehr niedrigen Wert sinkt. Also werden sie ihren Einfluss nutzen, um die Prämie möglichst hoch zu halten. Folgende Strategien⁴² versprechen dabei Erfolg:

- Stärkere Ausbeutung der ArbeiterInnen
- Senkung der Löhne
- Investitionen in den Kapitalstock, um Produktivitätsfortschritte gegenüber den KonkurrentInnen zu erzielen.
- Noch stärkere Ausbeutung von natürlichen Ressourcen
- Globalisierung: Nutzen von internationalen Produktivitätsvorteilen
- Gewalt, Krieg und imperialistische Tendenzen

KapitalistInnen werden also das gesamte Repertoire an Möglichkeiten auffahren, den Fall der Reichtumsprämie aufzuhalten.

42 Karl Marx hat darauf hingewiesen, dass es eine Reihe von „entgegenwirkenden Ursachen“ (vgl. MEW25, S. 242ff) gegen den Fall der Profitrate gibt. Als solche führt Marx an:

- Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeit
- Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert
- Verwohlfinerung der Elemente des konstanten Kapitals
- Die relative Überbevölkerung
- Der auswärtige Handel
- Die Zunahme des Aktienkapitals

6.2. Kurzfristiger Ausweg: Blasenökonomie

Im vorigen Kapitel wurde eine wichtige Alternative für das Kapital ausgeblendet. Ich bin dort davon ausgegangen, dass sich Kapital ausschließlich in der realen Sphäre verwerten kann (G-W-G'). Freilich gibt es da – kurz- und mittelfristig – noch die Möglichkeit der Verwertung in der Finanzökonomie (G-G'). Damit sind wir bei der Finanzwirtschaft.

Normalerweise kann Geld nicht aus sich selbst heraus mehr werden: Damit Renditen ausschließlich in der Finanzökonomie erzielt werden können, braucht es einige essenzielle Voraussetzungen:

- Kapital, das mit den Renditen in der Realwirtschaft nicht mehr zufrieden ist (weil man sich schon nahe an der Liquiditätsfalle bewegt)
- frisches Kapital: Das sind Eigentumswerte, die bis dato noch nicht in die Geldwirtschaft eingespeist wurden
- begrenzte Objekte
- den Glauben, dass auch in Zukunft ausreichend Kapital diese Objekte begehrt.

Die Dynamik der Finanzwirtschaft kann sehr gut am Beispiel der ersten großen Finanzblase des Kapitalismus erklärt werden: der Tulpenblase im 17. Jahrhundert. Daher möchte ich im Folgenden versuchen, die Funktionsweise von Wirtschaftsblasen an diesem Beispiel zu beschreiben.

Die Niederlande am Beginn des 17. Jahrhunderts: 1602 wurde die Ostindienkompanie gegründet. Sie war eine der größten Handelsunternehmungen des 17. und 18. Jahrhunderts, gemeinsam mit der britischen East India Company der erste multinationale Konzern und begründete mit dieser die europäische Dominanz

im Welthandel. Die Geschäfte im internationalen Seehandel und in der Textilwirtschaft florierten prächtig und so floss viel Kapital in das Land. Die Renditen waren hoch, also wuchs das Gesamtkapital sehr rasch. Dieses Kapital wollte freilich wieder angelegt werden. Somit hatten wir also schon die erste Voraussetzung für eine Blase: viel Kapital, das mit den Renditen in der Realwirtschaft nicht mehr so wirklich zufrieden war.

Mit steigendem materiellen Wohlstand wurden die im 16. Jahrhundert aus der Türkei eingeführten Tulpen immer begehrter, oder ökonomisch gesprochen:

Die Nachfrage nach Tulpenzwiebeln stieg. Tulpenzwiebeln waren zu dieser Zeit selten und konnten nicht beliebig vermehrt werden. Das Angebot war also begrenzt, die Nachfrage groß. Folglich stiegen die Preise. Schon in den 1620er Jahren wurden für einzelne Tulpensorten hohe Preise erzielt (Goldgar 2007: 203ff). Beispielhaft hierfür steht die Tulpe „Semper Augustus“. Im Jahr 1623 gehörten alle damals existierenden zwölf Tulpen dieser Sorte einem einzigen Amsterdamer Bürger und kosteten 1.000 Gulden pro Stück. 1624 stand der Preis bei 1.200 Gulden.

Der Preisboom auf Tulpenzwiebel war in den 1620er Jahren vergleichsweise mäßig und beschränkte sich auf wenige Sorten. Mit Beginn der 1630er Jahre zogen auch viele andere Sorten nach. Optionsscheine auf Tulpenzwiebelanteile wurden ausgegeben und gehandelt. Die Preise explodierten und stiegen von 1634 bis 1637 – bei einzelnen Sorten - auf das über Fünffache an. Der Preis der „Semper Augustus“ stieg 1633 schon auf 5.500 Gulden und erreichte 1637 den Höchstwert von 10.000 Gulden pro Zwiebel. Die „Semper Augustus“ wurde somit zur teuersten Tulpe aller Zeiten. (Zum Vergleich: Das Durchschnittsjahreseinkommen in den Niederlanden lag bei etwa 150 Gulden.)

Ihren Höhepunkt erreichte die Tulpenspekulation Anfang 1637. Am 3. Februar 1637 begann sich der Einbruch abzuzeichnen. Bei einer der regelmäßigen Wirtshausversteigerungen in Haarlem

erzielte keine einzige Zwiebel ihren erwarteten Preis. Das sprach sich schnell herum. Plötzlich wollten alle nur noch verkaufen, kaum noch einer kaufen. In den darauf folgenden Tagen brach in den gesamten Niederlanden der Tulpenmarkt zusammen. Alle wollten verkaufen, kaum einer kaufen. Am 7. Februar 1637 stoppte der Handel schließlich. Die Preise fielen um über 95 Prozent.

6.2.1. Was passiert nun bei einer Spekulationsblase?

Es gibt ein begehrtes (und idealerweise auch beschränkt vorhandenes) Gut, zum Beispiel Zwiebeln. Steigert sich das Begehren nach diesem Gut, so steigt im Normalfall auch der Preis. Wenn ein Gut in Mode kommt, bedeutet das nichts anderes, als dass der Gebrauchswert steigt. Damit steigt auch die Nachfrage. Weil das Angebot in der Regel nicht so schnell gesteigert werden kann, wird der Preis steigen. Die höheren Preise sind für die UnternehmerInnen ein Anreiz, mehr von diesen Gütern zu produzieren. Sobald das Angebot gesteigert werden kann, wird der Preis wieder sinken und sich wieder auf einem neuen Gleichgewichtsniveau einpendeln. So sind die Gesetze der Marktwirtschaft.

Die Lage ändert sich, wenn Anlage suchendes Kapital hinzukommt: Denn (stark) steigende Preise sind auch für KapitaleignerInnen interessant, wenn es sich dabei um Waren handelt, die nicht rasch verderben. Sind auf einem Gütermarkt die Preissteigerungen von dauerhaften Waren höher als die durchschnittlichen Renditen auf dem Kapitalmarkt, so ist es rational, Kapital aus der Realwirtschaft abzuziehen und Waren im boomenden Gütermarkt zu kaufen, denn für die SparerInnen ist die erwartete Liquiditätsprämie (Reichtums- minus Risikoprämie) der spekulativen Veranlagung höher als die erwartete Liquiditätsprämie in der Realwirtschaft. Freilich ist damit ein Risiko (Risikoprämie) verbunden: Die Preise können sich ungünstig entwickeln oder Güter können unerwarteterweise verderben. Solange die erwartete Liquiditätsprämie auf den spekulativen Märkten höher ist

als die erwartete Liquiditätsprämie in der Realwirtschaft, wird laufend Kapital in die spekulativen Märkte fließen. Gilt diese Voraussetzung allerdings nicht mehr, werden alle versuchen, ihr Kapital aus diesem spekulativen Markt abzuziehen. In der Folge brechen die Preise ein.

Wenn die erwarteten Liquiditätsprämien hoch sind, werden auch Menschen, die über Eigenkapital verfügen, das sie bis dato noch nicht verwertet haben, dieses veranlagen wollen. Je höher die erwarteten Liquiditätsprämien, umso höher der Anreiz. An dieser Stelle treten die Banken auf den Plan: Sie können reales Kapital in Finanzkapital verwandeln: Banken versorgen VermögensbesitzerInnen, die über immobiles Kapital (Immobilien, Grundstücke, o.ä.) verfügen, im Abtausch mit entsprechenden Sicherheiten mit mobilem Kapital (Geld). Dieses Geld bringen sie als „frisches Kapital“ in die Finanzwirtschaft ein. Weil aufgrund der Anreizwirkung der hohen Renditen viele VermögensbesitzerInnen zu einem solchen Verhalten verleitet werden, hält der Zustrom von „frischem Kapital“ vorerst an. Je höher die Preissteigerungen am Gütermarkt (= Renditen fürs Kapital), umso attraktiver ist es, Vermögen dorthin zu lenken.

Umgemünzt auf die holländische Tulpenblase aus dem 17. Jahrhundert: In Folge der regen Geschäftstätigkeit in Übersee strömte viel Anlage suchendes Kapital nach Holland. Das Überangebot an Kapital muss zwangsläufig dazu führen, dass die Reichtumsprämien – für die Veranlagung auf dem Kapitalmarkt – sinken. Kapital ist also auf der Suche nach alternativen Veranlagungsmöglichkeiten, die sie auf den Gütermärkten (Tulpen) finden. Dieser Effekt fördert die Preissteigerungen auf dem Tulpenmarkt. Beobachteten nun VermögensbesitzerInnen, dass die Preise für Tulpen stark steigen, so werden auch sie in das Geschäft einsteigen, wenn sie sich als rationale KapitalistInnen verhalten. Mithilfe der Banken verwandeln sie immobiles Kapital in mobiles. Dieser Kapitalzufluss bewirkt, dass die Preise weiter steigen und sich das Investment in die Tulpen weiterhin lohnt. Das wirkt

wiederum anziehend auf weiteres Kapital und verstärkt sich selbst. Allmählich spricht sich überall herum, dass man mit Tulpen gutes Geld machen kann, was die Nachfrage weiter erhöht. Es entsteht ein sich selbst verstärkender Kreislauf. Nicht nur GroßanlegerInnen, sondern vermutlich auch kleine HandwerkerInnen sind fasziniert von den Reichtumssteigerungen und kaufen Tulpenoptionsscheine, weil sich – wie vorhin am Beispiel der Tulpenblase beschrieben – das eingesetzte Kapital innerhalb von drei Jahren verfünzigfachen kann.

Das bedeutet wiederum, dass durch die Spekulation Nachfrage von der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft umgelenkt wird. Die/Der einfache Handwerker/in hat den Anreiz, heute weniger Brot, Eier, Kleidungsstücke, etc. zu kaufen, dafür aber Optionscheine auf Tulpen, weil sich ja das Ersparte in kurzer Zeit so wundersam vermehren lässt. Die Aussicht auf hohe Renditen wirkt als Anreiz, auf heutigen Konsum zu verzichten und auf viel größeren Reichtum in der Zukunft zu hoffen. Ganz findige Menschen werden sich vielleicht sogar Geld ausborgen und damit am Tulpenmarkt spekulieren. Diese Strategie ist rational, solange die Kreditzinsen unter den Renditeerwartungen am Tulpenmarkt liegen.

Das in einer Periode neu einfließende frische Kapital erhöht den Tauschwert für das schon vorhandene Kapital. Es erweitert die Gesamtmenge des Spekulationskapitals. Also ist der Erhalt der Blase von einem beständigen Zustrom an frischem Kapital abhängig. Wenn der Zustrom versiegt, platzt die Blase als Ganzes. Der Zustrom ist seinerseits essenziell davon abhängig, dass die Erwartungen von kaufkräftigen Menschen optimistisch sind. Bricht dieser Glaube ein, so versiegt nicht nur der Zustrom. In Windeseile wird dann aus dem Zustrom ein reißender Abfluss: Alle wollen aus dem Spekulationsgeschäft heraus. Alle wollen verkaufen. Niemand will kaufen. Die gesamte Blase fällt in sich zusammen. Die Preise erodieren und fallen ins Bodenlose.

Zusammengefasst: Ist ein Übermaß an Kapital vorhanden, so sind ideale Voraussetzungen für eine Blasenbildung geschaffen. An sich harmlose Preisänderungen in der Realwirtschaft werden durch das Anlage suchende Kapital aufgebläht. Einige Zeit hält ein sich selbst verstärkender Prozess an. Durch die Blasenbildung geschieht keine Wertschöpfung. Es wird kein reales Kapital, sondern bloß fiktives Kapital geschaffen. Langfristig muss die Blase – also das fiktive Kapital – platzen.

6.2.2. Ein Nullsummenspiel?

Nehmen wir an, eine Zwiebelsorte war am Beginn der Blase 200 Gulden wert. Am Höhepunkt der Blase, also drei Jahre später, war sie dann das 50fache, also 10.000 Gulden wert. Und nehmen wir weiters an, es hätte 100 Zwiebeln gegeben. Im Laufe der drei Jahre wurden die Zwiebeln immer wieder hin- und herverkauft. Nach Platzen der Blase war jede Zwiebel wieder 200 Gulden wert. Wo liegt also das Problem?

Es muss Menschen gegeben haben, die gewonnen und andere Menschen, die verloren haben. Am Ende haben sich Gewinne und Verluste ausgeglichen. Besaß jemand am Beginn der Entwicklung eine Tulpe und verkaufte sie dann zufällig am Höhepunkt des Booms, so hat sie/er eindeutig profitiert. Eindeutig verloren hat jene/r, die/der am Höhepunkt des Booms gekauft hat und dann kurz darauf am harten Boden der Realität gelandet ist. Also stehen sich nüchtern betrachtet, VerliererInnen und GewinnerInnen gegenüber. Gewonnen haben die Early-Enters, verloren haben die Late-Deciders. Was die einen gewonnen haben, haben andere verloren. Eigentlich handelt es sich um ein reines Nullsummenspiel: Am Ende des Prozesses ist der Bestand an realem Kapital der gleiche, es wurde nur umgeschichtet.

Sehr deutlich wird diese Tatsache, wenn wir einen Menschen betrachten, der am Beginn des Booms eine Tulpenzwiebel gekauft

hat und sie dann die gesamte Zeit behält. Sie/Er hat um 200 Gulden eine Zwiebel gekauft und hat nach drei Jahren wieder eine Zwiebel, die 200 Gulden wert ist. Also sie/er hat überhaupt nichts verloren. Und dennoch: Sie/Er wird sich nach Platzen der Blase subjektiv verarmt fühlen. Denn am Höhepunkt des Booms wird sie/er sich schon ausgemalt haben, was sie/er sich alles für ihre/seine Zwiebel kaufen kann. In der Hoffnung auf weitere Preissteigerungen hat sie/er die Zwiebel behalten. Nach Platzen der Blase verfügt sie/er aber nicht mehr über ein (größtenteils fiktives) Vermögen von 10.000 Gulden, sondern bloß wieder die alten 200 Gulden. Weil sie/er subjektiv das aktuelle Vermögen wahrgenommen hat, fühlt sie/er sich als Verlierer/in, obwohl sie/er – über die drei Jahre hinweg gesehen – gar nichts verloren hat. So geht es vermutlich den allermeisten: Sie fühlen sich beim Platzen der Blase als VerliererInnen.

Der Unterschied zum reinen Glücksspiel, wo sich Gewinne und Verluste sofort ausgleichen, ist die Reichtumsillusion: Denn am Höhepunkt der Blase glauben *alle* ZwiebelbesitzerInnen, dass sie ihre Zwiebel zum aktuellen Preis verkaufen können. Am Höhepunkt des Booms glauben alle, sie seien reich; und das mit gutem Grund. Denn wenn für eine Tulpe tatsächlich 10.000 Gulden gezahlt wurden, konnte jede/r Besitzer/in einer Tulpe annehmen, dass sie/er ihre/seine Tulpe zum gleichen Preis verkaufen kann. Das war auch solange der Fall, als der Glaube an die weitere Preissteigerung aufrecht bleibt. Als der Glaube einbricht, zerbricht die kollektive Reichtumsillusion. Daher fühlen sich die allermeisten als VerliererInnen.

Gesamtgesellschaftlich wäre ein ähnliches Phänomen zu verzeichnen: Ein/e Ökonom/in hätte am Höhepunkt des Booms ein Tulpen-Vermögen von 1 Million (=100x10.000) Gulden berechnet. Platzt dann die Blase und eine Tulpe ist dann nur noch 5% des Maximalpreises wert, dann sinkt die gesamte Vermögensmasse über Nacht von einer Million auf 50.000 Gulden. Der springende Punkt bei einer Blase ist also: Es wird zwar Kapital vermehrt,

aber kein zusätzlicher (Tausch-)Wert geschaffen. Wir müssen also – während einer Blase - zwei Kapitalarten unterscheiden:

- Reales Kapital: orientiert sich langfristig in einer Marktwirtschaft an den realen (Produktions-)Kosten (in unserem Beispiel: 200 Gulden/Tulpe)
- Fiktives Kapital: bildet sich in einer Blase (in unserem Beispiel: bis zu 10.000 Gulden/Tulpe)

Das Kapital K besteht in einer solchen Phase aus realem Kapital (K_r) und fiktivem Kapital (K_f). ($K = K_r + K_f$) Nur dem realen Kapital stehen reale Tauschwerte gegenüber.

Durch den Zustrom von frischem Kapital wird bloß *fiktives Kapital* geschaffen. Der Gebrauchswert bleibt für die MarktteilnehmerInnen der gleiche, bloß der Tauschwert wird kurzfristig in die Höhe getrieben. Die Summe der Tauschwerte steigt in unserem Beispiel von 20.000 auf 1 Million Gulden. Der Buchwert ist gestiegen; nicht, weil der Gebrauchswert der Tulpen plötzlich so stark gestiegen ist, sondern einzig und allein weil so viel Kapital – in der Hoffnung auf hohe Renditen – in diesen Prozess geflossen ist. In dem Moment, wo die MarktteilnehmerInnen nicht mehr glauben, dass der Preis weiter steigen wird, versiegt der Zufluss an Kapital und alle wollen ihre Ware zu Geld machen. In diesem Moment fällt der Preis wieder auf das Niveau des Gebrauchswertes. Dabei wird kein realer Wert vernichtet, weil ja gar kein Wert geschaffen wurde. Vernichtet wird das fiktive Kapital; und damit die Reichtumsillusion. An den Spekulationswaren kristallisiert sich fiktives Vermögen, das dann aber dort gefangen bleibt. In Spekulationsobjekte investiertes Kapital kann von dort nur weg, wenn es für sich einen Ersatz findet, das seinen Platz einnehmen will. Wenn viele gleichzeitig weg wollen, dann fällt der Kristall in sich zusammen; dann implodiert die Blase, dann wird das fiktive Kapital vernichtet.

6.2.3. Was passiert mit dem Geld?

Realkapital ist vor der Blasenbildung noch fest mit der Warenwelt verbunden (G-W). Jede/r Kapitalist/in kann jederzeit ihr Kapital in Waren umtauschen und umgekehrt. Der Hin- und Rückfluss ist prinzipiell nicht behindert. Das ist beim fiktiven Kapital anders: Beim fiktiven Kapital kann Geld nur in die Warenwelt fließen, wenn seine Stelle von anderem Kapital eingenommen wird. Für die Menschen, die an dieser Spekulation teilnehmen, bedeutet das: Ihr Geld ist an das fiktive Kapital gebunden. Es steht nur dann zur Verfügung, wenn es in reales Kapital getauscht wird; sprich: wenn es jemanden findet, der in die Gegenrichtung gehen will und sein Geld in diesem Spekulationsgeschäft anlegen will. Geld fließt also in hohem Ausmaß in die Spekulationsobjekte. Die Geldmenge steigt zwar an. Weil die steigende Geldmenge in die Spekulation fließt, löst sie in der Realwirtschaft keine Preissteigerungen aus. Daher ist in einer Spekulation das Phänomen zu beobachten, dass trotz steigender Geldmenge keine Inflation zu beobachten ist.

Wenn die Erwartungen an die hohen Renditen im Spekulationsgeschäft zusammenbrechen, wollen alle aus dem fiktiven Kapital fliehen. Das fiktive Kapital bricht in sich zusammen. Das wiederum bedeutet, dass durch den Zusammenbruch einer Blase keine nennenswerten inflationären Tendenzen zu erwarten sind. Geld hat sich in der Blase mit dem fiktiven Kapital verbunden. Wenn das fiktive Kapital in sich zusammenbricht, bricht auch das damit verbundene Geld in sich zusammen. Die an das fiktive Kapital gebundene Geldmenge implodiert. Die KapitalbesitzerInnen sitzen auf ihrem Vermögen und müssen tatenlos zusehen, wie der Buchwert ihrer Anlageformen über Nacht ins Bodenlose sinkt. Ihr fiktives Vermögen löst sich in Luft auf, es bleibt langfristig nur das – anteilmäßig kleine – reale Vermögen übrig. Am Beispiel der Zwiebel: Nach Platzen der Blase orientiert sich der Wert der Zwiebel an den Fundamentalfaktoren der Realwirtschaft.

6.2.4. Die Realwirtschaft in der Blasenökonomie

Die Warenproduktion ist immer mit der Geldsphäre verbunden. Was passiert daher mit der Realwirtschaft, wenn sich die Geldmenge um das fiktive Kapital aufbläht. In der Analyse sind die Boomphase und die Phase nach dem Platzen der Blase zu unterscheiden:

In der Boomphase sind bei der Nachfrage am Konsumgütermarkt zwei gegenläufige Tendenzen zu beobachten: Einerseits werden Menschen ihre Konsumausgaben reduzieren, weil sie das Ersparte mit der Aussicht auf hohe Renditen anlegen können. Vor allem wenn die Renditen in der Blase sehr hoch sind, wird viel gespart (und weniger konsumiert). Andererseits bewirkt die Reichtumsillusion auch, dass zusätzliche Nachfrage erzeugt wird. Menschen, die in die Spekulationsobjekte investiert haben, glauben, dass sich ihr Reichtum vergrößert hat. Sie sitzen also der Reichtumsillusion auf: Sie glauben, dass ihr Reichtum zur Gänze real ist. In Wahrheit ist jedoch nur ein Teil real, der immer größer werdende Teil des Reichtums ist fiktiv und damit nicht nachhaltig. Je länger die Blase anhält, umso mehr verfestigt sich die Illusion, dass die Menschen wirklich reich sind. Der gefühlte Reichtum führt tendenziell zu höheren Konsumausgaben. Menschen geben mehr aus als sie in Kenntnis ihrer langfristigen Vermögenslage tun würden. Das bedeutet, dass durch diesen Effekt in der Gegenwart die Nachfrage nach realen Konsumgütern gesteigert wird. Dieser zusätzliche Konsum befeuert die reale Wirtschaftsleistung.

Welcher der beiden Effekte stärker ist, ist schwer zu sagen und zu messen: Je größer der erwartete Gewinn in der Blasenökonomie, desto mehr wird gespart, was sich negativ auf Nachfrage und Wachstum auswirkt. Mit Fortdauer der Blase wird sich die Reichtumsillusion verfestigen und damit den Nachfrage verstärkenden Effekt vergrößern.

Was die Nachfrage nach Investitionsgütern angeht, so muss man davon ausgehen, dass in einer Boomphase diese Nachfrage etwas

zurückgehen wird, weil Kapital von der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft fließt. In der Finanzwirtschaft werden ja höhere Renditen erwartet. Dies führt zu einer Reduktion des Kreditangebotes in der Realwirtschaft, was eine Erhöhung der Zinsen nach sich zieht. Weil es für das Entstehen eines Booms essenziell ist, dass es reichlich Anlage suchendes, quasi überflüssiges Kapital gibt, wird dieser Effekt nur schwach sein: Zinsen werden nur geringfügig steigen. Wenn der Effekt auch schwach ist, bedeutet er dennoch, dass weniger Investitionen in der Realwirtschaft getätigt werden, was tendenziell weniger Wachstum bedeutet.

Wenn die Blase geplatzt ist, sind folgende Auswirkungen zu beobachten. Je länger die Boomphase gedauert hat, umso stärker werden diese Effekte sein:

- Diejenigen, die – in der Hoffnung auf hohe Renditen – weniger konsumiert und mehr gearbeitet haben, um so mehr Kapital anlegen zu können, werden enttäuscht sein. Ihr Opfer hat sich nicht gerechnet. Dafür haben jene profitiert, die die Zeichen der Zeit zu lesen vermochten und noch rechtzeitig ausgestiegen sind. Sie haben gewonnen. In Summe handelt es sich also um eine reine Umverteilung von realen Vermögenswerten. Die GewinnerInnen werden nach dem Platzen der Blase höhere Konsumausgaben haben, umgekehrt wird es bei den VerliererInnen sein. In Summe ist dieser Effekt vernachlässigbar.
- Diejenigen, die durch die Reichtumsillusion zu Schulden verleitet wurden, werden nach Platzen der Blase ihre Konsumausgaben reduzieren müssen. Wenn sie über ausreichende finanzielle Reserven verfügen, führt das bei ihnen zu einer Verschiebung der Konsumausgaben: In Unkenntnis ihrer wahren Vermögenslage haben sie in den Boomzeiten zu viel konsumiert (was da die Nachfrage angekurbelt hat) und müssen nach Platzen der Blase sparen (was die Nachfrage dämpft). Für die gesamte Wirtschaft bedeutet dieser Effekt in der Post-Blasen-Phase einen Rückgang der Nachfrage und damit der Wirtschaftsleistung.

- Allerdings gibt es auch SchuldnerInnen, die – nach Platzen der Reichtumsillusion – nicht über ausreichende finanzielle Reserven verfügen. Sie gehen Pleite. Und beim Platzen von großen Blasen gehen viele Menschen Pleite. Die uneinbringbaren Forderungen der GläubigerInnen führen zu größeren Irritationen. Anhand der Tulpenblase lässt sich zeigen, dass auch ein/e Gläubiger/in Probleme bekommen wird, die/der sich selbst nicht an der Spekulation beteiligt hat, aber ihr/sein Geld an eine Bank verliehen hat, die Kredite an Menschen vergeben hat, die sich an der Spekulation beteiligt haben. Nun könnte man freilich gesamtwirtschaftlich noch meinen: Erhält ein/e Gläubiger/in ihr/sein Geld nicht mehr zurück, so hat es ein anderer erhalten; ein Nullsummenspiel eben. Wenn es der andere – in seiner Reichtumsillusion – bereits verkonsumiert hat, ist dieses Kapital weg. Das fördert zwar das Wachstum in der Boomphase, führt aber nach Platzen des Booms zum bösen Erwachen; mit der Folge, dass auch die GläubigerInnen ihre Konsumausgaben reduzieren werden. Die durch die Spekulation zusätzlich generierte Nachfrage muss zurückbezahlt werden, unter Umständen von GläubigerInnen, die gar nicht konsumiert hatten. Auch hier gilt gesamtwirtschaftlich: Wurde in der Boomphase zu viel konsumiert, so muss in der Post-Blasen-Phase der Konsum deutlich reduziert werden.
- Das größte Problem haben nach dem Platzen einer Blase die Finanzinstitute: Wie schon dargestellt, haben die Banken in einer Boomphase eine wichtige Funktion: Sie tauschen den VermögensbesitzerInnen immobiles in mobiles Kapital. Sie vergeben also Kredite und erhalten dafür von den KreditnehmerInnen entsprechende Sicherheiten. Solange die Kredite mit realem Kapital besichert sind, entsteht kein Problem. Problematisch wird es allerdings, wenn die Kredite mit spekulativen Gütern besichert sind. Denn nach Platzen der Blase verschwindet in diesem Fall mit dem fiktiven Kapital die Sicherheit; es bleiben nur die Schulden. Also hat beispielsweise eine Schuldnerin einen Kredit um 5.000 Gulden mit einer Tulpenzwiebel besichert, so

war das vor der Blase kein Problem, weil die Zwiebel ja 10.000 Gulden wert war. Nach Platzen der Blase ist nur noch ein gigantischer Schuldenberg da. Die Schulden belaufen sich nach wie vor auf 5.000 Gulden, die Sicherheit ist auf 200 Gulden zusammengeschrumpft. In der Folge sind viele Schulden nicht mehr einbringlich. Die Banken geraten in Schwierigkeiten. Sobald es sich in der Folge herumspricht, dass eine Bank Schwierigkeiten hat, werden *alle* KundInnen dieser Bank um ihre Einlagen fürchten und diese rasch abziehen wollen. Die KundInnen versuchen ihre Einlagen in Geld zu tauschen. Das vergrößert aber nur noch weiter das schon bestehende Problem der Bank.

- Aber nicht nur die PrivatkundInnen können nicht mehr sicher sein, ob ihre Bank ausreichend liquide ist. Auch die Banken untereinander werden verunsichert sein. Also kommt auch der Handel zwischen den Banken, der sog. Interbanken-Markt, in Schwierigkeiten. Die Banken misstrauen einander. Die Zinsen auf Interbanken-Geschäfte steigen.
- Die größte Gefahr ist dann, dass der gesamte Geldverkehr in sich zusammenbricht, weil das allgemeine Misstrauen zu hoch ist. Damit das nicht passiert, werden die Staaten und Zentralbanken ihr gesamtes Repertoire auffahren, um den Zusammenbruch des Kapitals zu verhindern.
 - Die Staaten werden die Einlagen der PrivatkundInnen garantieren.
 - Die Zentralbanken werden – jedenfalls in der Verunsicherungsphase – den Interbanken-Markt ersetzen und den Geschäftsbanken ausreichend Geld für ihre Geschäfte zur Verfügung stellen.
 - Die Staaten werden jedenfalls den Erhalt von großen, systemrelevanten Banken garantieren. Wenn diese Banken dennoch zahlungsunfähig werden, werden sie verstaatlicht, was nichts anderes heißt, als dass die privaten Schulden vergesellschaftet werden.

- Die staatliche Zentralbank wird in der Krise den Geschäftsbanken an sich wertlos gewordene („toxische“) Papiere der Geschäftsbanken zu deutlich überhöhten Preisen aufkaufen. Damit wird freilich der Wert des Geldes langfristig unterhöhlt, aber kurzfristig ist es für die Geschäftsbanken eine Lösung.
- Die allgemeine Unsicherheit, die nach dem Platzen der Blase entstanden ist, führt in aller Regel zu mehr Vorsicht: Menschen halten in unsicheren Zeiten eine höhere Vorsorgekasse, sie legen Reserven an. Auch das reduziert die Konsumausgaben in der Post-Boomphase.
- In Reaktion auf die einbrechenden Konsumausgaben wird der allgemeine Ruf nach dem Staat laut: Er soll versuchen, durch Konjunkturprogramme die reale Wirtschaft zu unterstützen.

Bei einer länger andauernden Blase ist in Summe zu erwarten, dass der kollektive Konsum zeitlich vorgezogen wird. Für eine gesamte Volkswirtschaft bedeutet das, dass in der Boomphase zusätzliches Wachstum generiert wurde und nach dem Boom unterdurchschnittliches Wachstum zu beobachten sein wird.

Zusammenfassend können also in der systemischen Krise des Kapitalismus folgende Effekte beobachtet werden:

- Weil das Wachstum des Kapitaleinkommens durch den Druck der KapitaleignerInnen systematisch über dem Wachstum der Wirtschaft gehalten wird, wächst der Kapitalstock überdurchschnittlich schnell an. Das bedeutet, dass ein immer größerer Anteil der gesamten Wirtschaftsleistung zur Bedienung der Kapitaleinkommen verwendet werden muss. Die Arbeitseinkommen steigen anfangs auch noch an, allerdings wird ihr Anteil am Volkseinkommen kleiner. Wenn der Punkt erreicht ist, wo aufgrund der wirkenden Kräfte die Arbeitseinkommen auch real sinken müssten, werden die Gegenkräfte stärker: Die ArbeiterInnen werden sich gegen den Verfall der Löhne zur Wehr setzen. Wenn sie dabei – zumindest teilweise – erfolgreich sind, müssen auch die Renditen auf das eingesetzte Kapital sinken.

- Das überdurchschnittliche Kapitalwachstum führt dazu, dass immer mehr Anlage suchendes Kapital gebildet wird. Anfangs findet dieses Kapital in der Realwirtschaft seine Verwendung. Das Überangebot an Kapital drückt langfristig die Renditen des eingesetzten Kapitals. Wenn die KapitaleignerInnen mit den Renditen in der Realwirtschaft nicht zufrieden sind, werden sie alternative Möglichkeiten suchen und in der Ausbildung von Blasen auch finden. Die Bildung von fiktivem Kapital ermöglicht kurzfristig einen Krisenaufschub. Sobald der Zustrom von immer neuem Kapital aber versiegt, wird fiktives Kapital in großem Stil vernichtet. Die Reichtumsillusion der BesitzerInnen von fiktivem Kapital bricht in sich zusammen.

6.3. Kapitalistische Krisenentwicklung seit 1950

Ich will im Folgenden versuchen, die Krisentendenzen im Kapitalismus anhand der europäischen Nachkriegsära nachzuzeichnen:

- Am Beginn dieser Phase gab es Entwicklungsmöglichkeiten für das Kapital in der Realwirtschaft: Das Wachstum der Weltwirtschaft lag in den Jahren 1950 bis 1970 (den „fetten Jahren“ des Fordismus) bei jährlich ca. 5%, in manchen europäischen Staaten noch darüber. Der gesamte Kapitalstock war nach Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg noch gering. Daher war der Anteil der Kapitaleinkommen an der Gesamtwirtschaft anfangs noch klein.
- Die Wachstumsraten der Weltwirtschaft sind langfristig kontinuierlich gesunken und lagen in den 1970er Jahren nur noch bei durchschnittlich 2,7%. In den 1980er Jahren gab es einen leichten Anstieg auf 3,3%. Die 1990er Jahre hatten nur noch knapp über 1 % zu bieten. Der Kapitalstock war deutlich angewachsen. Also drängte dann das Kapital – spätestens seit 1980 – auf die Finanzmärkte und entfachte dort eine Blasenbildung.

Aber sehen wir uns das genauer an: Wenn man diese Entwicklung für die westliche Nachkriegszeit betrachtet, so lassen sich – in Anlehnung an die Darstellungen von Norbert Trenkle (2008a, 2008b) und Tomas Konicz (2010) – folgende Phasen zeigen:

6.3.1. 1950er Jahre: Boom-Phase: „Wirtschaftswunder“

Die wesentlichen Ausgangsbedingungen für die folgende Darstellung sind:

- Geringer Kapitalstock, weil im Krieg viel zerstört wurde
- Hohe Wachstumsraten aufgrund des Wiederaufbaus

Der Zweite Weltkrieg (1939-45) hat neben unermesslichem menschlichem Leid, das er über die Welt gebracht hat, auch viele wirtschaftliche Einrichtungen (Unternehmen, Infrastruktur, etc.) zerstört. Das bedeutet, es wurde viel Real- und Finanzkapital vernichtet. Beinahe allen OECD-Staaten starten in die Nachkriegsperiode mit einem sehr geringen Kapitalstock (K). Weil der Kapitalstock gering war, bewirkten hohe Zuwachsraten (k) für das Kapital zwar ein überproportionales Steigen des Kapitalstocks, aber die Kapitaleinkommen (K.k) machten aufgrund der Kleinheit des gesamten Kapitalstocks noch einen kleinen Anteil am gesamten Volkseinkommen aus. Trotz Profitraten⁴³ von über 15 Prozent, die in Deutschland in den 1950er Jahren erzielt werden können (vgl. Brenner 2006), ist der Anteil der Kapitaleinkommen am Gesamteinkommen noch gering. Für die Lohneinkommen blieb vergleichsweise viel. Daher ist in den 1950er Jahren der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital kaum spürbar. Der hohe Lohnanteil (verbunden mit einer sehr hohen Konsumneigung) stärkte die Nachfrage und sorgte somit seinerseits für hohe Wachstumsraten.

Gleichzeitig waren in den Nachkriegsjahren die Bedingungen für hohes Wirtschaftswachstum günstig: Im Zuge des Wiederaufbaus und der nachholenden industriellen Entwicklung können alle OECD-Staaten sehr hohe Wachstumsraten realisieren. Aufgrund des hohen Zerstörungsgrades kommt Deutschland in den 1950er auf sehr hohe Wachstumsraten. Das Wirtschaftswachstum steigt in Deutschland in dieser Zeit um jährlich über acht Prozent (vgl. Konicz 2010) an.

43 Nach meiner Definition zähle ich zum Mehrwert nur noch den leistungs- und risikolosen Rückfluss auf das eingesetzte Kapital; nicht jedoch den Anteil am Gewinn, der durch die Leistung (=Arbeit) der UnternehmerInnen entsteht. Nun ist die Trennung zwischen erarbeitetem Unternehmerlohn und leistungslosem Unternehmergewinn in der Wirklichkeit schwer zu ziehen. In der Praxis wird diese Unterscheidung jedoch schon getroffen: Zur Gewinnermittlung wird ein kalkulatorischer Unternehmerlohn vom Rohgewinn abgezogen. Insofern ist die Profitrate ein guter Indikator für die Relation von leistungslosem Kapitaleinkommen zum eingesetzten Kapital.

Wir haben also:

- Hohes Wirtschaftswachstum, das auf die Bereiche Kapital und Arbeit aufgeteilt werden kann.
- Der Faktor Kapital wächst stärker als der Faktor Arbeit, weil der Kapitalstock aber noch gering ist, wachsen auch die Löhne und Einkommen deutlich.
- Der Kapitalstock wächst überdurchschnittlich, startet aber bei mäßigem Niveau.

6.3.2. 1960er Jahre: erste Krisentendenzen:

In den 1960er Jahren setzen sich diese Entwicklungen fort:

- Das Wirtschaftswachstum schwächt sich ab, bleibt aber noch auf vergleichsweise hohem Niveau.
- Der Kapitalstock nimmt an Bedeutung zu. Noch findet das Kapital in der Realwirtschaft ausreichend gute Anlagemöglichkeiten.
- Die Löhne (Renditen auf das Humankapital) steigen nach wie vor, erreichen aber im Schnitt nicht das Niveau der Renditen des Finanzkapitals.

Aus Sicht der ArbeiterInnen-Bewegung waren die Jahre 1950-1970 ein „goldenes Zeitalter“: Durch das rasche Wachstum in der Nachkriegsära stieg die Beschäftigung stark an und die Arbeitslosigkeit ging zurück. In einer solchen Phase konnten die Gewerkschaften vergleichsweise hohe Lohnabschlüsse durchsetzen. In dieser Phase steigt – in beinahe allen OECD-Staaten –kontinuierlich die Lohnquote.⁴⁴

44 Ein überproportionales Wachstum sowohl von Kapital- als auch Lohnneinkommen ist per definitionem nicht möglich. Mögliche Erklärungen für die gleichzeitige Existenz von steigender Lohnquote und überproportionalen Profitraten sind, dass Kapital mehr und mehr ins Ausland abwandert (und dort gute Anlagemöglichkeiten findet) und (schlechter bezahlte) ArbeiterInnen zuwandern. Außerdem sind statistische Gründe zu beachten: Zur Profitquote zählen alle selbstständigen Einkommen, also z.B. auch jene aus der Landwirtschaft oder die Unternehmenseinkommen, die nach meiner Definition ja den Arbeitseinkommen zuzurechnen sind. Der Rückgang der Landwirtschaft bedeutete, dass Beschäftigung von der selbstständigen Landwirtschaft in den unselbstständigen Bereich wandert. Damit steigt die Lohnquote.

Allerdings zeichnet sich schon in den 1960er Jahren ab, dass die Party nicht endlos sein konnte: Die Wirtschaft wuchs in Deutschland „nur“ noch mit etwas mehr als vier Prozent: „Nachdem die neuen Industrien den „traditionellen Sektor“ weitgehend aufgesaugt hatten, erschöpfte sich die fordistische Dynamik, und in der Massenproduktion begann die Rationalisierung allmählich die Anwendung menschlicher Arbeitskraft auszudünnen, sobald die Spitze der Expansion überschritten war. Die zunehmende Sättigung der Märkte (...) bremste das Wachstum.“ (Kurz 2002: 327)

Aus Sicht der KapitalbesitzerInnen wird die Situation zunehmend ungemütlich: Die Kombination aus geringeren Wachstumsraten und hohen Lohnabschlüssen bedeutet für die Kapitaleseite, dass der Zuwachs, der für das Kapitaleinkommen zur Verfügung steht, immer kleiner wird. Weil die Renditen in dieser Phase fast ausschließlich in der Realwirtschaft erwirtschaftet werden, müssen die Kapitaleinkommen (k.K) auf einen immer größer werdenden Kapitalstock aufgeteilt werden. Für das einzelne Kapital fällt also eine immer kleinere Rendite ab. So verlangsamt sich das Kapitalwachstum deutlich, die Profitraten fallen. Die Profitraten fallen in Deutschland in dieser Zeit von über 11 Prozent (1960) auf 9 Prozent (1970) (vgl. Deumelandt 2008: 5), liegen damit aber noch deutlich über dem realen Wirtschaftswachstum von etwas mehr als 4 Prozent (für West-Deutschland).⁴⁵ Wer also in dieser Phase sein Geld maximal vermehren wollte, musste es in den 1960er Jahren noch in die Realwirtschaft investieren, was auch passierte.

Anhand von zwei Kennziffern will ich die Renditen in der Real- und in der Finanzwirtschaft beobachten: Die realen Bruttoanlageinvestitionen geben das Wachstum des in der Realwirtschaft veranlagten Kapitals wieder: Sie bewegten sich in dieser Dekade durchschnittlich auf dem Niveau der Wachstumsrate. Die

45 Bei der Berechnung der Profitrate wird der Gewinn zum Kapitaleinsatz in Beziehung gesetzt. Weil sowohl der Zähler als auch der Nenner inflationär steigen, ist die Profitrate eine reale Größe und folglich mit dem realen Wirtschaftswachstum zu vergleichen.

Renditen in der Finanzwirtschaft sind an den realen langfristigen Zinsen abzulesen. Sie sind eine gute Maßzahl für die risikoaverse Veranlagung. In West-Deutschland lagen sie in den 1960er Jahren mit durchschnittlich 3,2 Prozent deutlich unter dem realen durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 4,4 Prozent.

West-Deutschland	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
reales BIP-Wachstum	4,63%	4,66%	2,81%	6,66%	5,35%	2,79%	-0,31%	5,45%	7,46%	5,04%
reale langfristige Zinsen	NA	1,10	1,92	2,88	3,11	3,21	4,53	5,27	4,14	2,57
reales Wachstum des Anlagekapitals	6,47%	3,81%	1,21%	11,24%	4,68%	1,16%	-7,01%	3,28%	9,57%	8,95%

(Quelle: Ameco-Datenbank: siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user)

6.3.3. 1970er Jahre: Krisenaufschub 1 (Globalisierung) und Krisenaufschub 2 (Verschuldung)

In den 1970er Jahren setzten sich diese Krisentendenzen für das Kapital weiter fort:

- Der Kapitalstock (K) wächst weiterhin stärker als die Gesamtwirtschaft, aber die Renditen fallen. In Deutschland fallen die Profitraten auf 7 Prozent (vgl. Deumelandt 2008: 5) Kapital macht sich daher auf die Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten.
- Das Wachstum der Gesamtwirtschaft nimmt ab.
- Die Löhne können mit dem Wachstum der Gesamtwirtschaft nicht mehr mithalten: Folglich beginnt die Lohnquote in allen OECD-Staaten in den 1970er Jahren zu sinken.

Mitte der 1970er Jahre ist eine kritische Situation erreicht:

- Der Kapitalstock (K) ist seit Kriegsende, also 30 Jahren, mit höheren Wachstumsraten als die Gesamtwirtschaft (Y) gestiegen. Das Verhältnis von Kapital zur realen Wirtschaft ist damit sukzessive gewachsen. Es gibt deshalb eine große Menge von Anlage suchendem Kapital. Die Petrodollars, die aus den Erdöl exportierenden Staaten in die westlichen Länder fließen, erhöhen diese globale Menge an Anlage suchendem Kapital zusätzlich.
- Dieses Überangebot an Kapital drückt in den 1970er Jahren die Zinsen: In den USA fallen die langfristigen, realen Zinsen in den Jahren 1974 (-1,9%) und 1975 (-2,3%) unter null und pendeln in den Jahren 1976-1979 zwischen Null und Eins.
- Das Wachstum der Weltwirtschaft lässt weiter nach: Das ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass ein immer größer werdender Anteil des Kapitaleinkommens weder für Konsum noch für Investitionen ausgegeben wird, sondern bereits in den Finanzmärkten (u.a. bei der Kreditbereitstellung für Staaten) nach Chancen sucht, sich dort mit höheren Renditen als in der lahmen Realwirtschaft zu vermehren. Zusätzlich reduzieren die steigenden Energiepreise („Erdölschock“) in den Industrieländern die Binnen-Nachfrage. Das bedeutet, dass weniger Kapital für Investitionen in der Realwirtschaft benötigt wird. Das erhöht weiter das Überangebot an überschüssigem Kapital.

In den 1970er Jahren werden nun zwei Wege beschritten, dem drohenden Verfall der Profitraten zu entgehen: Globalisierung und Verschuldung.

Krisenaufschub Nr. 1: Globalisierung

Bis Anfang der 1970er Jahre galt im Weltwährungssystem das Bretton-Woods-Abkommen. Damit gab es eine enge Verbindung zwischen Gold, Dollar und allen anderen Währungen. Die Anlagemöglichkeiten des nationalen Kapitals waren damit im Wesentlichen auf den eigenen Staat beschränkt.

Um das Gefüge der Weltwirtschaft stabil zu halten, legte die US-Notenbank fest, dass sie Gold jeweils zu einem bestimmten, fixen Preis (35 Dollar je Feinunze) kaufen würde. Nachdem der Bestand an wertbeständigem Gold relativ fix ist und – mit dem steigenden Kapitalstock – die globale Geldmenge ständig stieg, musste der Preis des Goldes zwangsläufig steigen. Gold war Ende der 1960er Jahre schon mehr als die 35 Dollar wert, die USA boten sie aber noch immer zu diesem Preis an: Also war es rational, Gold von den USA zu kaufen und auf dem Weltmarkt wieder zu verkaufen. Also tat sich global eine neue Anlagemöglichkeit auf: Man konnte Gold von den USA kaufen und es am Weltmarkt zu besseren Preisen verkaufen. Für Anlage suchendes Kapital war das eine interessante Möglichkeit.

Dies führte einerseits zum Abschmelzen der US-Goldreserven. Andererseits musste auch der Dollar steigen, weil der Dollar an den – nun steigenden – Goldpreis gebunden war. Dies war ein deutlicher Wettbewerbsnachteil für die USA, der sich in einem großen und steigenden Handelsbilanzdefizit niederschlug. Feste Wechselkurse und Rückbindung an die US-Goldreserven waren nicht mehr aufrecht zu erhalten. (vgl. Trenkle 2008a: 5) Daher gaben die USA im Jahr 1971 die Goldpreisbindung auf. Mit dem Ende der festen Wechselkurse wurden die nationalen Grenzen für das immer größer werdende Kapital gesprengt. Es entwickelte sich nun ein globaler Markt auf der Suche nach den besten Anlagemöglichkeiten. Dies war der erste Krisenaufschub.

Neben dem Goldgeschäft waren auch die Staaten der so genannten Dritten Welt eine neue Anlagemöglichkeit für Anlage suchendes

Kapital. Diese Staaten wollten „nachholende Entwicklung“ verwirklichen und waren bereit, sich für die dafür nötigen Investitionen zu verschulden. Die Anreize dafür waren angesichts der historisch niedrigen Zinsen sehr groß.⁴⁶

Spätestens ab den 1970er Jahren hat das Kapital also seine nationalen Ketten abgeworfen und agiert seither global. Bis in die 1970er Jahre galt aber noch überwiegend, dass sich Kapital in der Realwirtschaft vermehren konnte und dies auch tat: G (Geld) wurde also tatsächlich in W (Ware) umgewandelt, um dann in G' (mehr Geld) rückverwandelt zu werden. In den 1970er Jahren etabliert sich langsam auch der globale Finanzmarkt als Möglichkeit, Geld direkt – ohne Verwandlung in Ware – zu vermehren. Den Durchbruch erlebt diese Anlagemöglichkeit in den 1980er Jahren.

Krisenaufschub Nr. 2: Verschuldung

In der Realwirtschaft waren in den 1970er Jahren die stark steigenden Preise auf die fossilen Energieträger eine deutliche Belastung: In den westlichen Staaten wird die Wirtschaftsentwicklung durch die rasche Verteuerung von Erdöl weiter gebremst. Mit der Erhöhung der Erdölpreise war „der selbsttragende Wachstumsschub der Nachkriegszeit an sein Ende gelangt. Zusätzliche Investitionen in Produktionsmittel, Fabriken, Gebäude etc. unterblieben, weil sie keinen oder keinen ausreichenden Gewinn versprachen; in der Folge wurde ein erheblicher Teil des Kapitals 'freigesetzt' und fand keine rentablen Anlagemöglichkeiten mehr.“ (Trenkle 2008a: 4) Mitte der 1970er Jahre brechen die Bruttoanlageinvestitionen deutlich ein und erholen sich nur langsam.

Die fallenden Wachstumsraten der Realwirtschaft sind sowohl für die ArbeitnehmerInnen als auch für die KapitalbesitzerInnen eine Bedrohung: Die ArbeitnehmerInnen fürchten als Folge der

⁴⁶ *Freilich flossen nicht alle Gelder in Investitionen, sondern auch in konsumptive Prestigeobjekte der jeweiligen Eliten.*

schwächelnden Wirtschaft steigende Arbeitslosigkeit und schwache Lohnabschlüsse. Die KapitalbesitzerInnen fürchten fallende Renditen in der Realwirtschaft. Also haben beide Seiten ein Interesse, dass der Staat interveniert. Das Rezept gibt die Keynsianische⁴⁷ Wirtschaftspolitik vor: Der Staat soll sich in der Krise verschulden und mit seinen zusätzlichen Ausgaben für zusätzliche Nachfrage und folglich für mehr Wachstum sorgen.

Also beginnen sich in den 1970er Jahren nicht nur Länder der „Dritten Welt“ zu verschulden, auch die Industrienationen überziehen ihre Budgets. In Deutschland verschuldet sich der Staat ab Mitte der 1970er Jahre (vgl. Schulmeister 2011). Seither wurde nur in wenigen Ausnahmefällen ein positiver Saldo erzielt. In den USA setzte die Staatsverschuldung so richtig ab dem Beginn der 1980er Jahre ein: 1980 wird die 1-Billion-Dollar-Grenze überschritten. (vgl. Konicz 2010).

Verschuldung bedeutet aber nichts anderes, als dass – mit der Aussicht auf zukünftige (höhere) Einkommen – schon jetzt Kredite aufgenommen werden. Die Zukunft wird kapitalisiert. Es findet also eine Vorabkapitalisierung von zukünftigen Werten statt. (vgl. Lohoff, Trenkle 2012: 257ff) Das ist an sich das Wesen der Kreditwirtschaft und ist solange kein Problem, solange durch die gegenwärtigen Investitionen ein zukünftiger Mehrwert geschaffen wird, der über den zu zahlenden Zinsen liegt. Problematisch kann es nur werden, wenn:

- Staaten (oder Private) ihre Kredite auch für konsumptive Zwecke (Sozialleistungen, Prestigebauten, u.ä.) ausgeben und damit keinen neuen Mehrwert schaffen. Dies wird langfristig zum Problem, weil dann schon jetzt auf zukünftige Tauschwerte zugegriffen wird.

47 John Maynard Keynes (1883–1946) war ein britischer Ökonom: Er begründete die ökonomische Theorie des Keynesianismus, die als Ursache für wirtschaftliche Schwierigkeiten die schwache Nachfrage in den Mittelpunkt rückt und als Lösung die vorübergehende Verschuldung von Staaten empfiehlt.

- die Vorabkapitalisierung von zukünftigen Tauschwerten immer weiter in die Zukunft reicht. Je weiter die Vorabkapitalisierung in die Zukunft reicht, desto mehr steigt das potenzielle Risiko. Wenn die zukünftige Entwicklung der Tauschwertproduktion unter den Erwartungen bleibt, können Kredite nicht mehr bedient werden. SchuldnerInnen werden zahlungsunfähig. Banken und GläubigerInnen müssen hohe Forderungen abschreiben. Je größer das Ausmaß der Vorabkapitalisierung, desto größer ist die Lawine, wenn die Zukunft den Erwartungen nicht standhält.

In den 1970er Jahren läuft der Krisenaufschub Verschuldung aber – angesichts niedriger Zinsen und niedrigem Verschuldensgrad – noch rund.

West- Deutschland	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
reales BIP- Wachstum	3,13%	4,30%	4,78%	0,89%	-0,87%	4,95%	3,35%	3,01%	4,15%	1,41%
reale langfristige Zinsen	0,55	0,33	3,27	2,79	2,91	2,91	4,69	3,42	2,54	3,20
reales Wachstum des Anlage- kapitals	5,97%	2,68%	0,45%	-8,64%	-4,50%	3,50%	4,49%	4,83%	6,20%	2,26%

(Quelle: Ameco-Datenbank: siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user)

6.3.4. 1980er Jahre: Krisenaufschub 3 (Blasenbildung)

& 3. industrielle Revolution

Die 1980er Jahre beginnen aus Sicht des Kapitals erfreulich:

- Durch die restriktive Geldpolitik der USA, der führenden Wirtschaftsnation, werden innerhalb von wenigen Jahren die langfristigen, realen Zinsen von 1,5% (1980) auf 7,9% (1984) angehoben. Angelegtes Kapital vermehrt sich also automatisch wieder rascher.
- Das Wachstum der Gesamtwirtschaft stabilisiert sich dank der mikroelektronischen Revolution und dank der steigenden Verschuldung der Staaten.
- Der Kapitalstock (K) hat aber dennoch mittlerweile eine kritische Masse erreicht: Das Verhältnis von Kapitalstock zur gesamten Wirtschaftsleistung wird immer größer, dh bei gleich bleibender Reichtumsprämie müsste ein immer größerer Anteil des Volkseinkommens für die Kapitaleinkommen bereit gestellt werden. Ein Ausweg war die Sprengung der nationalen Grenzen (Krisenaufschub Nr.1), aber auch global gibt es nicht mehr ausreichend Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft. Folglich setzt die globale Blasenbildung ein.
- Der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt fällt weiter.

Gesamtwirtschaftlich stabilisiert sich die Weltwirtschaft in den 1980er Jahren. Die Dritte industrielle Revolution (Mikroelektronik, Computer) generiert einen neuen Wachstumsschub: Die Arbeitsproduktivität konnte damit gesteigert werden, was die Profite (und zu einem gewissen Grad auch die Löhne) in die Höhe trieb. Zudem schuf die Mikroelektronik in vielen Branchen neue Investitionsmöglichkeiten, was die Nachfrage auf den Investitionsgütermärkten ankurbelte: Unterstützt wird der Wirtschaftsaufschwung durch die anhaltend hohe Verschuldung (Krisenaufschub Nr.2).

In den USA steigt sowohl die staatliche als auch die private Verschuldung ab dem Beginn der 1980er Jahre sprunghaft an.

Verschuldung und mikroelektronische Revolution führen in Summe dazu, dass der Rückgang der realen Zuwachsraten in den 1980er Jahren aufgehalten werden konnte: In Deutschland war das Wirtschaftswachstum in den 1980er Jahren mit 2,6% beinahe gleich groß wie in den 1970er Jahren (2,8%). Ähnlich die Situation in den USA: 3,3% in den 1970er Jahren und 3,0% in den 1980er Jahren. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Wachstumsraten stabilisiert die Kapitalrenditen:

- In Deutschland können die Profitraten in der Realwirtschaft auf einem Niveau von ca. sieben Prozent stabilisiert werden. Auch in den USA steigen die Profitraten nach Brenner (2006) ab dem Beginn der 1980er Jahre wieder an. Es gibt also in der Realwirtschaft wieder bessere Anlagemöglichkeiten für das Kapital.
- Aber auch die Finanzwirtschaft lockt mit hohen Zinsen: In den 1980er Jahren dreht sich das Verhältnis zwischen realen Zinsen und realem Wachstum endgültig. Die langfristigen Zinsen liegen in Deutschland immer über dem realen Wirtschaftswachstum. Es wird also immer lukrativer, Kapital aus der Realwirtschaft ab-zuziehen und in die Finanzwirtschaft zu transferieren.

West- Deutschland	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
reales BIP- Wachstum	0,53%	-0,39%	1,57%	2,82%	2,33%	2,29%	1,40%	3,71%	3,90%	5,26%
reale lang- fristige Zinsen	2,88	5,70	4,20	5,07	5,84	4,72	2,81	4,80	4,72	4,35
reales Wachs- tum des Anla- gekapitals	-4,67%	-4,56%	3,00%	0,15%	0,68%	3,18%	2,08%	5,05%	7,23%	8,00%

(Quelle: Ameco-Datenbank: siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user)

Während die KapitalbesitzerInnen die hohen Zinsen schätzen, tun sie den SchuldnerInnen empfindlich weh: Jene, die in den 1970er Jahren noch bei niedrigen Zinsen Kredite aufgenommen haben, kommen angesichts dramatisch gestiegener Zinsen in Zahlungsschwierigkeiten. Besonders betroffen sind die sog. Entwicklungsländer: Ihre Probleme werden durch die Tatsache verschärft, dass sie ihre Kredite in US-Dollar aufgenommen haben und der Dollar anfangs der 1980er Jahre nun deutlich aufwertet. Für diese Länder bedeutet das nun: Während auf der einen Seite die Ausgaben für Zinsendienst und Schuldentilgung rasant ansteigen, brechen zu allem Überfluss auch noch die Einnahmen weg; vor allem wegen fallender Rohstoffpreise. Weil sie kaum über liquide Reserven verfügten, werden sie zahlungsunfähig. Im Jahr 1982 bricht die sog. Schuldenkrise aus. Als erstes Land geht Mexiko in Konkurs, weitere Staaten folgen.

Ein Konkurs ist freilich auch für die GläubigerInnen nicht erfreulich; also wird in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen (IWF, Weltbank) versucht, möglichst viel Geld aus den Schuldnerländern auszupressen. Die Verschuldenskrise zwingt die überschuldeten Länder des globalen Südens die Löhne zu drücken, Sozialsysteme zurückzustutzen sowie alles, was nicht niet- und nagelfest ist, zu veräußern: staatliche Unternehmen, Rohstoffe, usw. Alles, was Tauschwert hat, soll verwertet werden, um die Ansprüche der KapitalbesitzerInnen zu befriedigen. In den Schuldnerländern wird so der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen deutlich reduziert; oder anders ausgedrückt: Der Anteil der Kapitaleinkommen am Gesamteinkommen steigt kontinuierlich an.

Krisenaufschub Nr. 3: Blasenbildung

Die hohen Zinsen sind kurzfristig für das Kapital erfreulich, weil sie hohe Renditen sichern, mittelfristig erhöhen sie den Problemdruck weiter: Denn Kapital wächst stärker als die Gesamtwirtschaft, so wirft das in der Folge die Frage auf: Wohin mit

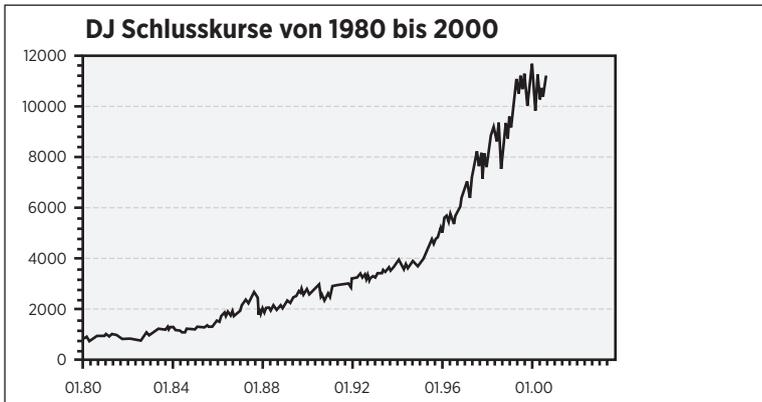
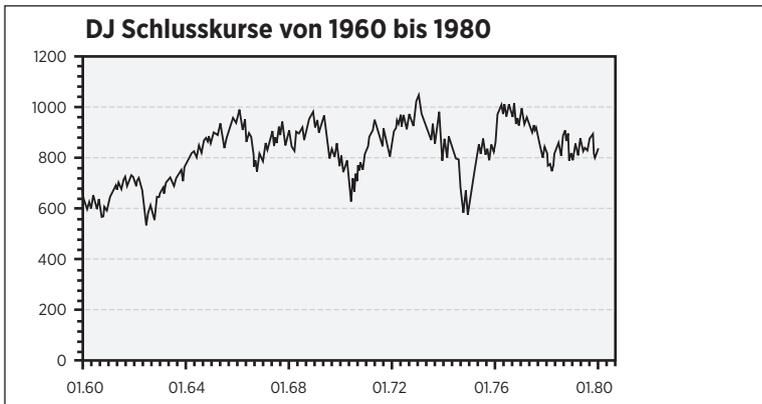
dem ganzen Geld? – Aufgrund der hohen Zinsen wird die Kreditnachfrage geringer. Das schränkt die Anlagemöglichkeiten für das Kapital weiter ein.

Der Problemdruck für das Anlage suchende Kapital steigt: Folglich braucht es eine neue Anlagemöglichkeit, die mit Beginn der 1980er Jahre in der globalen Blasenbildung gefunden wird: Wie schon im Kapitel über die Tulpenblase beschrieben, müssen ein paar Voraussetzungen gegeben sein, damit sich eine Blase entfalten kann:

1. Es braucht Objekte, von denen viele AnlegerInnen glauben, dass ihr Tauschwert in Zukunft steigen wird: Dafür eignen sich in den 1980er Jahren die neuen, innovativen und prosperierenden Branchen in der Computerindustrie.
2. Es braucht kaufkräftige Menschen, die laufend frisches Kapital in diese Anlageoption pumpen. Angezogen von den hohen Renditen, die sich dort erzielen lassen, und angesichts der großen Menge an Anlage suchendem Kapital ist dafür vorerst einmal gesorgt.
3. Es braucht den Glauben der AnlegerInnen, dass die Wertsteigerungen auch in naher Zukunft so bleiben und jedenfalls über alternativen Anlageobjekten liegen. (Bricht dieser Glaube ein, so werden alle AnlegerInnen versuchen, ihr Kapital aus diesem Bereich herauszunehmen, was die Blase implodieren lässt.)

Sobald es gelungen ist, über eine gewisse Zeit bei bestimmten Objekten hohe Steigerungsraten zu realisieren, sprechen sich diese Erfolge rasch herum und immer mehr Fonds, Banken, Privatpersonen, Unternehmen und Staaten werden in dieses Spiel einsteigen. Durch den Zustrom bewahrheitet sich die positive Prognose, was für neuerlichen Zustrom sorgen wird. Dann muss aus Sicht der KapitalbesitzerInnen nicht mehr der Umweg über die Realwirtschaft gegangen werden (also $G-W-G'$), um das eingesetzte Geld zu vermehren. Dann wird man gleich die Abkürzung nehmen (also $G-G'$).

Das Objekt der Begierde waren im 17. Jahrhundert noch Tulpen. In den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sind es Aktien (vgl. Trenkle 2008a: 4) Betrachten wir die Kursentwicklung des Dow Jones, des wichtigsten globalen Aktienindex, so sieht man, dass in den 1960er und 1970er Jahren kaum ein Anstieg zu verzeichnen war: Der Index stieg in diesen 20 Jahren von 679 auf 838 Punkte, also gerade einmal ein Zuwachs von 23 Prozent in 20 Jahren. In derselben Zeit stieg das nominelle Bruttosozialprodukt der USA um das 5fache. Die AnlegerInnen waren also in dieser Zeit viel mehr an den Dividenden (der Realwirtschaft) als an den Kurssteigerungen (der Finanzwirtschaft) interessiert.

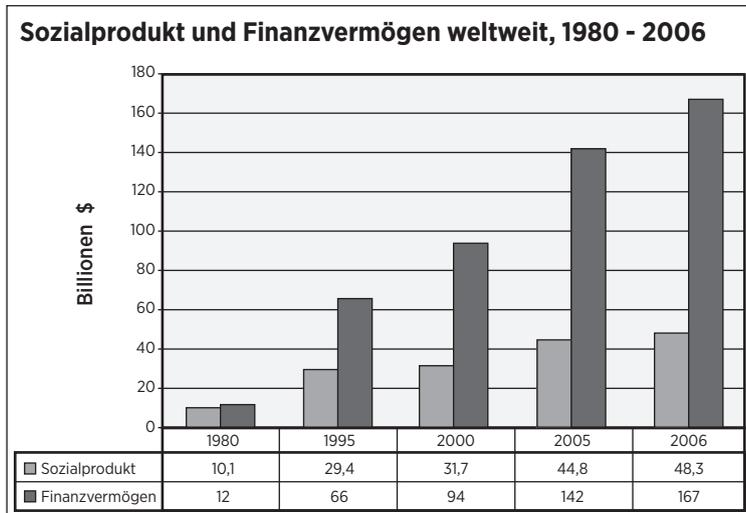


Anders wird das in den 1980er und 1990er Jahren: In den 80er Jahren steigt der Dow Jones im Jahresmittel um etwas mehr als 12 Prozent (im Vergleich: Wachstum nominelles US-BSP: durchschnittlich 7 Prozent in den 1980ern.); in den 90er Jahren gar um 15,5% (nominelles US-Wachstum in den 1990ern: + 5,5%). Das bedeutet: Koppelte jemand sein Vermögen an den Dow Jones, also an den Durchschnittswert der wichtigsten US-Aktien, so konnte er dieses innerhalb dieser 20 Jahre um mehr als das 13fache vermehren; in derselben Zeit stieg das nominelle BIP um das 3,7fache. Aus einem durchschnittlichen Dollar in der Realwirtschaft wurde also nach 20 Jahren 3,7 Dollar. Aus einem Dollar in der Finanzwirtschaft wurden 13 Dollar, also fast das 4fache. Diese globale Blasenbildung funktioniert 20 Jahre lang fast reibungslos; erst dann kommt es zu gewaltigen Einbrüchen, dazu dann später.

Die Entwicklung auf den Aktienmärkten bedeutet, dass der gesamte Kapitalstock (K) weiterhin rascher wächst als die Wirtschaftsleistung. Das Verhältnis von Kapitalstock zu Wirtschaftsleistung (Y) wird immer größer. Das Wachstum des Kapitals ist nun aber schon so groß, dass es nicht mehr alleine in der realen Sphäre gebildet werden kann. Es weicht zum Teil in die fiktive Blasenbildung aus. Der Kapitalstock spaltet sich also in den realen Kapitalstock (K_r) und in einen fiktiven Kapitalstock (K_f). Die Wachstumsdynamik des Kapitals, die in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auf den globalen Märkten zu beobachten ist, spielt sich zum überwiegenden Teil in der fiktiven Sphäre ab, weil die reale Sphäre schon so gut wie ausgereizt ist.

Dem fiktiven Kapitalstock stehen keine realen Werte gegenüber. Er kann nur gebildet und erhalten werden, wenn die Blasenbildung läuft. Damit der Prozess der Blasenbildung möglichst lange und störungsfrei läuft, muss Kapital problemlos von der fiktiven in die reale Sphäre wechseln können. Das heißt: Auch wenn der Großteil des Kapitalwachstums in Form von fiktivem Kapital passiert, soll auch das reale Kapital weiter wachsen.

Denn je größer das fiktive Kapital im Verhältnis zum realen Kapital, umso schwieriger wird es fiktives in reales Kapital zu transferieren. Das wiederum bedeutet: Wächst in den 1980er und 90er Jahren der reale Kapitalstock, so beanspruchen die Kapitaleinkommen (Kr.k) einen größer werdenden Anteil an der Gesamtwirtschaft. Folgende Grafik lässt erahnen, dass sich Wirtschaftsleistung (Sozialprodukt) und Finanzvermögen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickeln: War das globale Finanzvermögen⁴⁸ (also Kapitalstock minus realen Vermögen wie Häuser und Grundstücke) noch annähernd gleich groß wie das globale BIP, so ist dieses 26 Jahre später schon viermal so groß wie das globale BIP.



Quelle: Farrell/Fölsater/Lund 2008, S.3

⁴⁸ Vermögen = Finanzvermögen (Bargeld, Bankguthaben, Aktien, usw.) + realem Vermögen (Häuser, Autos, Grundstücke, usw.)

In den 1970/80er Jahren kommt das kapitalistische System in die Krise, weil das Kapital aufgrund seines überproportionalen Wachstums in der Realwirtschaft keine Verwendung mehr findet. Überschüssiges Kapitaleinkommen hinterlässt zwei markante Spuren:

- Überschüssiges Kapitaleinkommen wird in der Realwirtschaft nicht mehr ausgegeben: weder für Konsum- noch für Investitionszwecke. Wenn Einkommen in größer werdendem Ausmaß nicht mehr ausgegeben werden, entsteht in der Realwirtschaft eine veritable Nachfragerücke. Diese Lücke verlangsamt an sich das Wachstum der Wirtschaft, was die Attraktivität einer Veranlagung in der Realwirtschaft weiter verringert. Die Wachstumsschwäche der Wirtschaft führt aber auch zu steigender Arbeitslosigkeit, fallenden Staatseinnahmen, usw. Darauf reagieren die allermeisten Staaten (und/oder privaten Haushalte) mit Verschuldung, wodurch die Nachfragerücke kurzfristig ausgeglichen wird.
- Überschüssiges Kapital drängt in die Blase und baut dort fiktives Kapital auf. Je erfolgreicher die Blasenbildung ist (also je größer die Wachstumsraten dort sind), umso attraktiver wird es, Einkommen und Vermögen in diese Blase umzuleiten. Auch Vermögen, das bisher nicht kapitalisiert wurde, wird sich dieser Attraktivität kaum entziehen können. Es bildet sich in der Gesamtwirtschaft eine Blase von fikтивem Kapital, die langfristig freilich platzen muss. Damit die Blase nicht platzt, muss Kapital jederzeit von seiner fiktiven Form mühelos in seine reale Form wechseln können. Dazu ist es hilfreich, dass von der Gesamtwirtschaft ein immer größerer Anteil für Kapitaleinkommen reserviert wird. (Das ist nichts anderes als der Fall der Lohnquote.)

Solange der Zustrom von Kapital auf die Finanzmärkte anhält, kann Kapital problemlos von realem in fiktives und von fikтивem in reales Kapital verwandelt werden. Weil fiktives Kapital in einer Blase überdurchschnittlich wachsen muss (weil sonst der

Zustrom abreißen würde), wird der Anteil von fiktivem Kapital am Gesamtkapital immer größer. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass das Gesamtsystem immer fragiler wird. Denn zu dem Zeitpunkt, wo viele AnlegerInnen nicht mehr an die weitere Entfaltung der Blase glauben und ihr Vermögen zu Geld machen wollen, platzt die Blase: Erst in diesem Moment würde man erkennen, dass der Reichtum keine reale Unterfütterung hatte. Erst in diesem Moment würde die globale Reichtumsillusion als solche erkennbar werden.

6.3.5. 1990er Jahre: Systemwechsel in Osteuropa und UdSSR

1989 und der Beginn der 1990er Jahre markieren eine weltgesellschaftliche Revolution: Die planwirtschaftlichen Systeme in den osteuropäischen Staaten und der ehemaligen UdSSR brechen zusammen. An die Stelle der Planwirtschaft tritt die Marktwirtschaft. Die Staaten der sog. Zweiten Welt öffnen sich für das globale Kapital. Aus Sicht des westlichen Kapitals sind das good news, denn der Krisenaufschub Nr1 (Globalisierung) kann damit reaktiviert werden:

- In den ehemaligen Ostblock-Staaten gab es neue reale Anlagemöglichkeiten mit hohen Profitaussichten: Vieles wurde billig gekauft und mit gutem Profit weiterverkauft. Also bot sich sowohl für die westliche Realwirtschaft eine tolle Expansionsmöglichkeit mit hohen Renditen. Weil nun auch die osteuropäische und sowjetische Wirtschaft dem Weltmarkt eingegliedert wird, wird die reale Basis der Wirtschaft vergrößert. Der westliche Kapitalstock (K) steht nun einer vergrößerten Wirtschaftsleistung (Y) gegenüber, was sich kurzfristig stabilisierend auswirkt.
- Auf den Finanzmärkten gibt es wenig Neues: Es setzt sich die Blasenbildung der 1980er Jahre fort. Gefördert wird diese Ent-

wicklung durch die schmale, finanzkräftige Oberschicht aus den ehemaligen Ostblock-Staaten, die mit ihren Vermögen in die Dynamik der Finanzwirtschaft einsteigen und so für die weitere Zufuhr von frischem Kapital sorgen. Vor allem die Aktienwerte blühen in den 1990er Jahren auf: Der Dow-Jones-Index steigt in diesem Jahrzehnt mit jährlichen Wachstumsraten von 15%. Die globale Finanzökonomie profitiert von den Erfolgen der Vergangenheit, die immer mehr AnlegerInnen dazu verleiten, in das boomende Geschäft einzusteigen. Der Anteil des fiktiven Kapitals am Gesamtkapital wächst damit kontinuierlich an. Das System wird immer fragiler.

- Die langfristigen realen Zinsen liegen – seit den 1980er Jahren – über dem realen Wachstum. Also bleibt es im Durchschnitt lukrativer, das Geld in der Finanzwirtschaft als in der Realwirtschaft einzusetzen.

BR Deutschland	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
reales BIP-Wachstum	5,11%	1,91%	-1,00%	2,47%	1,68%	0,79%	1,74%	1,86%	1,87%	3,06%
reale langfristige Zinsen	5,16	5,20	2,31	2,43	4,27	4,75	5,55	5,36	3,96	4,29
reales Wachstum des Anlagekapitals	5,32%	4,59%	-4,27%	4,25%	-0,18%	-0,56%	0,94%	3,97%	4,54%	2,63%

(Quelle: Ameco-Datenbank: siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user)

Asienkrise

Ende der 1990er Jahre brauen sich erste Gewitterwolken zusammen; am heftigsten in der Asienkrise 1997/98: In den 1990er Jahren konnten die sog. Tigerstaaten – durch eine Kombination von staatlicher Regulierung und billigen Löhnen – ihre Attraktivität als Produktionsstandort erheblich vergrößern. Vor allem europäische und japanische Unternehmen verlagerten ihre Produktion in Billiglöhnländer wie Thailand, Südkorea oder Indonesien. Die

Folge waren hohe Wachstumsraten und gute Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft. Sobald sich diese Dynamik verfestigte wurden die Tigerstaaten auch für die Finanzwirtschaft interessant. Es setzte ein Run auf Aktien und Immobilien ein; v.a. von ausländischem Kapital: Bis Mitte 1997 flossen fast 390 Milliarden Dollar vorrangig von japanischen und europäischen Banken nach Südostasien. (vgl. Krätke 2008: 1) Die Preise vervierfachten sich in manchen Regionen innerhalb von einem Jahr. Auch die Währungen werteten aufgrund der hohen Nachfrage auf.

Im März 1997 beginnt – von Thailand aus – die Blase zu platzen. Der thailändische Baht gerät zunehmend unter Druck und muss im Juli 1997 um 20 Prozent abwerten, was umgehend eine panische Kapitalflucht auslöste. „Massenhaft wurden kurzfristige Kredite von ausländischen Banken zurückgezogen. In weniger als sechs Monaten flossen über 100 Milliarden Dollar ab. Der Virus griff im August 1997 von Thailand auf Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen über. In den fünf am stärksten betroffenen Ländern sackten die Börsenwerte innerhalb weniger Tage um über 60 Prozent (!) ab. Zum Jahreswechsel 1997/98 waren 600 Milliarden Dollar an Aktienkapital vernichtet.“ (ebd.)

Mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds wurde versucht, die Lage zu stabilisieren: Der IWF verordnete jenes Programm, das er in der Vergangenheit den Dritte-Welt-Ländern abverlangt hatte: höhere Steuern, massive Kürzungen öffentlicher Ausgaben und weitere Währungsabwertungen. Wieder muss also (Tausch-) Wert von der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft umgelenkt werden, um die schwankende Finanzwirtschaft zu stabilisieren. Die Folge war eine schwere Rezession für die Tigerstaaten. In Indonesien hingegen schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt 1998 um 13,7 Prozent, in Thailand um acht und in Südkorea um 5,5 Prozent; mit Folgen wie Einkommensverluste und steigende Arbeitslosigkeit. Viele Menschen verloren ihre bescheidenen Vermögen. Auf internationaler Ebene führte die Asienkrise auch zu Einbrüchen auf den internationalen Finanzmärkten. Doch der

Aktienhandel in Europa und Nordamerika erholte sich rasch. Südostasien verlor massiv an Auslandsinvestitionen, die Richtung China und Indien abflossen.

Ende der 1990er Jahre folgten noch die Russland-Krise (1998 – mit der Folge einer massiven Abwertung des Rubels sowie der Privatisierung von großen staatlichen Unternehmen) und die Brasilien-Krise (1999 – ebenso mit der Folge einer Abwertung des Real um die Hälfte). Mit Hilfe von drastischen Sparprogrammen und unterstützt von internationalen Organisationen konnte ein globaler Zusammenbruch der Finanzarchitektur noch verhindert werden.

Die globale Machtverschiebung setzt sich in den 1990er Jahren fort: Die hohen Renditen auf den Finanzmärkten treiben auch die Ansprüche in der Realwirtschaft in die Höhe. Die Folgen wurden bereits – bei der Darstellung der vorigen Jahrzehnte – genannt:

- Steigender Druck auf die ArbeitnehmerInnen: Die Reallöhne verharren in den USA und in Deutschland auf dem Niveau von 1990. Prekäre, also schlecht bezahlte Arbeitsformen nehmen immer mehr zu. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Wohlfahrtsgewinne der Realwirtschaft nur noch auf das Konto der Kapitaleinkommen gehen.
- Steigender Druck auf die Politik: Sie soll gute Rahmenbedingungen für das Anlage suchende Kapital schaffen. Der internationale Konkurrenzdruck sorgt dafür, dass die Kapitaleinkommen immer geringer besteuert werden: Steueroasen blühen auf, Kapitalsteuern werden reduziert oder ganz abgeschafft, usf.

6.3.6. 2000er Jahre: Einbrüche im globalen Finanzsystem, Weltwirtschaftskrise, Krisenaufschub 4 (billiges Geld)

Am Beginn des neuen Jahrtausends haben wir folgende Situation:

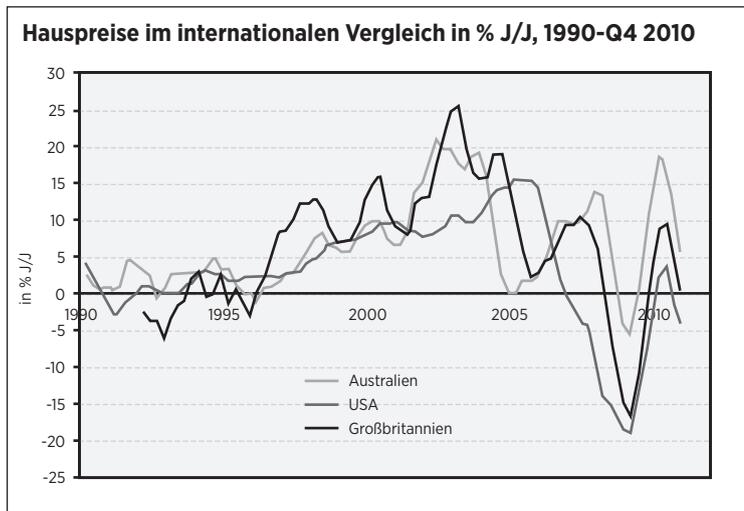
- Der Kapitalstock (K) ist im Vergleich zur Gesamtwirtschaft (Y) deutlich angestiegen.
- Seit den 1980er Jahren bildete sich in großem Stil fiktives Kapital. Das ist Kapital, das ausschließlich in der Blasenbildung generiert wird und dem keine reale Unterfütterung gegenübersteht.

Das neue Jahrtausend ist keine 100 Tage alt, als die globale Blase zu platzen droht. Die sog. Dotcom-Blase bricht im März 2000 ein. In den Monaten und Jahren davor waren Aktien von sog. New-Economy-Unternehmen das Objekt der Begierde. Internet und Mobiltelefonie erlebten als neue Technologien einen ungeheuren Boom in der Realwirtschaft. Die hohe Nachfrage nach diesen Produkten ließ in kurzer Zeit viele neue Unternehmen entstehen. Der Boom in der Realwirtschaft wurde von jenem in der Finanzwirtschaft noch bei weitem übertroffen: Der NASDAQ-Index, der die Bewertung der wichtigsten US-amerikanischen New-Economy-Unternehmen misst, konnte in etwas mehr als einem Jahr (von Ende 1998 bis Anfang 2000) seinen Wert verdreifachen. Am 10. März 2000 erreicht der NASDAQ-Index seinen bislang höchsten Wert und bricht dann in Etappen, so richtig aber erst im Jahr 2001 zusammen. Im Jahr 2002 ist dieser Index – im Vergleich zu seinem Höchststand – um mehr als 75% gefallen. Der Glaube an immer weitere Preissteigerungen war gebrochen, in kurzer Zeit wurde eine Unmenge an fiktivem Kapital vernichtet. Nicht ganz so dramatisch war der Einbruch beim Dow-Jones-Index: Dieser sinkt von 11.000 (vor der Dotcom-Krise) auf fast 7.000 im Jahr 2002, also um fast 50%.

An den Aktienmärkten findet eine dramatische Wertberichtigung statt: Private VermögensbesitzerInnen müssen riesige Verluste bei

ihren Anlageformen hinnehmen. Fiktives Kapital wird von 2000 bis 2003 in ungeheurem Ausmaß vernichtet. Aktienmärkte haben in den Nuller-Jahren als Orte der Blasenbildung ausgedient. Waren Aktien in den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine wunderbare Anlagemöglichkeit, so ist es damit mit Beginn des neuen Jahrhunderts zu Ende. Der Dow Jones Index liegt am Ende der Dekade (31. Dezember 2009) mit 10.428 Punkten sogar unter dem Ausgangswert am Beginn des Jahrzehnts (11.358 Punkte). Da war sogar das bescheidene Wachstum in der US-Realwirtschaft (nominell 4,2%; real 1,7%) höher. Es wäre also wieder lohnender gewesen, Kapital in die Realwirtschaft zu investieren als in die Aktienmärkte zu stecken.

Aber es findet sich ein neues Objekt für die Blasenbildung: Der Immobilienmarkt, der vor allem in den USA neue Attraktivität für AnlegerInnen bietet.



Quelle: <http://www.markt-daten.de/charts/eco/immobilien.htm> / Haver Analytics, Quotable Value Ltd

In den USA stiegen die Immobilienpreise von 1990 bis 1998 in einem Bereich von 0-5 Prozent und lagen damit sogar unter dem durchschnittlichen langfristigen Zinssatz dieser Jahre, der in diesem Zeitraum bei 4,5% liegt. Ab 1998 steigen die Immobilienpreise immer weiter an; zuerst noch gemeinsam mit dem Aktienboom. Als der Aktienmarkt im Jahr 2000 zusammenbricht, hält der Immobilienboom aber weiter an. Im Jahr 2005 steigen die durchschnittlichen Immobilienpreise um 15%. Also werden die Immobilienmärkte zum neuen Objekt der Begierde.

Krisenaufschub Nr. 4: Politik des billigen Geldes

Eine solche neuerliche Blasenbildung ist nur möglich, wenn der Zustrom von frischem Kapital garantiert ist. Dieser Zustrom wurde in den Nuller-Jahren durch die Politik des billigen Geldes der US-Notenbank FED massiv gefördert: Die FED hat in dieser Zeit – unter der Leitung von US-Notenbankchef Alan Greenspan (ab 2006: Ben Bernanke) – die Geldmenge deutlich vergrößert (vgl. Frank 2009: 32ff): So wurde die Geldmenge „MZM“ (zinsfreie Geldmenge, also im Wesentlichen Bargeld und Sichtguthaben) von 4,5 Billionen Dollar im Jahr 2000 auf mehr als 11 Billionen Dollar im Jahr 2012 angehoben. (Während diese Geldmenge also fast um 150% zunahm, wuchs das nominale BIP um gerade einmal 30%.) Die Ausweitung der Geldmenge hatte zur Folge, dass die Zinsen sanken. Damit wurde es zunehmend unattraktiv, sein Geld in konservativen Wertanlagen (Sparbücher, Anleihen) ruhen zu lassen. Auch Aktien waren nicht mehr attraktiv. Folglich wurde Kapital in großem Stil dorthin geschichtet, wo es viel zu holen gab: also zu den Immobilien. Immobilien eignen sich nicht zuletzt deshalb gut als Wertanlage, weil viele AnlegerInnen glauben, dass Immobilien wertbeständig seien: ein Glaube, der sich nach Platzen von Immobilienblasen regelmäßig in Luft auflöst. (vgl. ebd.: 16ff) Angesichts der niedrigen Zinsen wurde es zunehmend attraktiv, Schulden (zu geringen Kosten) aufzunehmen und Häuser (mit hohen Wertsteigerungen) zu bauen. Dieser

Versuchung sind viele Private, aber auch große Banken erlegen. Banken vergaben immer mehr Kredite, die nur mäßig abgesichert waren. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Subprime-Krise. (subprime = KreditnehmerInnen mit geringer Bonität)

Zum Zustrom von billigen Geld der FED kommt in den Nullerjahren der Zustrom von chinesischem Kapital in den US-Markt: 2009 betrug allein die chinesischen Devisenreserven 2,4 Billionen Dollar (vgl. FAZ vom 14.5.2010), ca. 70 Prozent davon in den USA (zum Vergleich: chinesisches BIP: ca. 5 Bio Dollar, US-BIP: 14 Bio Dollar)⁴⁹

Eine neue Dimension erreicht die Vorabkapitalisierung (Verschuldung) in Form der Derivate: Derivate sind nichts anderes als Vereinbarungen über zukünftige Geschäfte: Jemand zahlt schon jetzt eine bestimmte Summe und erhält beispielsweise in fünf Jahren dafür eine Tonne Weizen. Mittels Derivaten wird die Zu-

49 Damit kommt es auf globaler Ebene zu einer Machtverschiebung in Richtung China: China spielte lange Zeit in der Weltwirtschaft – trotz seiner Größe – eine unbedeutende Rolle: Minqi Li (2008) sieht das „Wachstumswunder China“ durch die maoistische Revolution der 1950er-1970er Jahre begründet: In dieser Zeit konnte (staatliches) Kapital akkumulieren, sodass es in den 1980er Jahren eine kritische Größe für Investitionen erreichte.

Es scheint also so zu sein, dass es – in einem kapitalistischen System – ein optimales Verhältnis zwischen Höhe des Kapitalstocks und der Wirtschaftsleistung gibt. Ist zu wenig Kapital vorhanden, dann können nicht alle Investitionen getätigt werden. In einer Marktwirtschaft werden bei hoher Nachfrage nach Kapital und geringem Angebot tendenziell die Zinsen steigen, was ebenfalls nachteilig auf die Investitionstätigkeit und in direkter Folge dann auch negativ auf die Wirtschaftsleistung durchschlägt. Ist aber zu viel Kapital vorhanden, so wird es versuchen, dem Fall der Profitrate mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Angesichts der Machtposition der KapitalbesitzerInnen wird dies auch gelingen. Das bedeutet aber, dass ein immer größerer Anteil der Wirtschaftsleistung für die Kapitalbildung abgezogen wird. Ein immer größer werdender Teil wird zur Kapitalbildung verwendet und fehlt dann in der aggregierten Nachfrage. Das bremst dann wiederum die Wirtschaft.

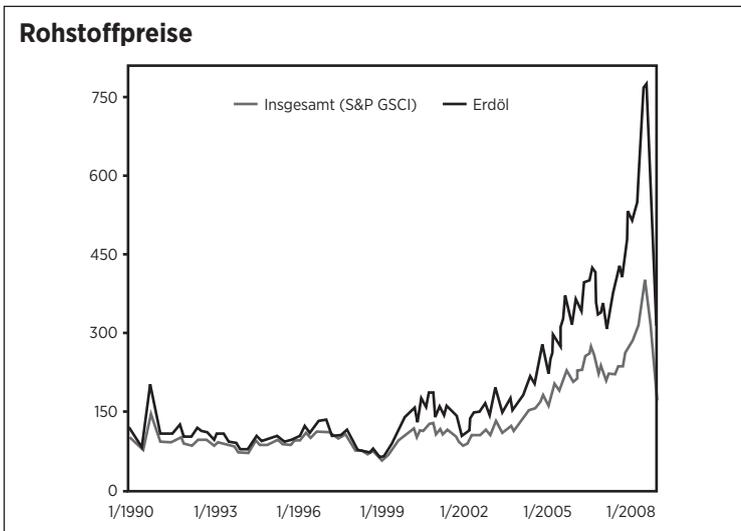
Weil China seinen Markt von Auslandsinvestitionen restriktiv abschottete, spielte nur inländisches Kapital zur Finanzierung von Investitionen eine Rolle: Ab den 1980er Jahren konnte China mit seinem riesigen Reservoir an billigen Arbeitskräften so richtig durchstarten: Das chinesische Kapital stellte in dieser Zeit offensichtlich ausreichend Finanzen zur Finanzierung der Niedriglohn-Industrie zur Verfügung; es war aber noch nicht so groß, dass es zu einem Klotz am Bein der Realwirtschaft wurde. In Kombination mit einer niedrigen Währung führte das in China zu einem kolossalen Wirtschaftsboom, der die Vermögen in China wachsen ließ. Als dieses in der Folge nicht mehr zur Finanzierung der eigenen Realwirtschaft benötigt wurde, blähte es sich nicht im eigenen Land auf, sondern wurden v.a. in den USA angelegt. Damit ermöglichen die großen chinesischen Vermögen überhaupt erst die hohe Verschuldung der privaten Haushalte der USA. Dies wird als pazifischer Defizitkreislauf beschrieben. Das kann freilich nur so lange gut gehen, als den Schulden der US-Haushalte entsprechende reale Vermögen gegenüberstehen. Können die Schulden nicht mehr bedient werden, so implodieren freilich auch die großen chinesischen Vermögen.

kunft schon jetzt zu Geld gemacht. Sie sind an sich nichts Neues, aber ihre Bedeutung ist in den Nuller-Jahren schlagartig angestiegen: Das Volumen aller Derivate betrug im Jahr 2010 600 Billionen Dollar, im Jahr 2000 waren es erst 95 Billionen Dollar. Mit 600 Billionen Dollar war der Wert der Derivate 12 mal so groß wie die Aktienkapitalisierung aller börsennotierter Unternehmen. (vgl. Lohoff/Trenkle 2012: 234)

Nun zeigen sich aber auch in den kapitalistischen Zentrumsstaaten die Grenzen der Krisenaufschub-Mechanismen:

- Globalisierung: Kapital agiert mittlerweile global. Neue Märkte sind nicht in Sicht.
- Verschuldung: Die Verschuldung von Staaten und Privaten steigt immer weiter an: Betrug die Gesamtverschuldung von Regierung, Privaten und Unternehmen im Jahr 1980 in den wichtigsten 19 OECD-Staaten 160% des BIP (Median), so waren es 2010 bereits 322 Prozent (vgl. Cecchetti et al. 2011: 7/34). Das führt dazu, dass die GläubigerInnen immer verunsicherter werden. Sie zweifeln mehr und mehr die Bonität ihrer SchuldnerInnen an. Auch Staatsanleihen verlieren den Nimbus der sicheren Wertpapiere. Dieser Vertrauensverlust wiederum erhöht die Risikoaufschläge auf die Staatsanleihen, was manche Staaten an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit bringt.
- Blasenbildung: Die Verwandlung von realem Vermögen (reales Kapital (Unternehmen) und bisher nicht verwertetes Vermögen wie Grundstücke oder eigenfinanzierte Immobilien) in Finanzkapital hält weiter an. Denn nur diejenigen, die ihr Vermögen zu Geld machen, können an der Blasenbildung teilnehmen. Man braucht Geld, um Aktien zu kaufen. Man braucht Geld, um Grundstücke zu kaufen. Die Umwandlung von realem Vermögen in Finanzkapital sorgt für den essenziell wichtigen Zustrom zur weiteren Blasenbildung. Mittlerweile ist aber schon sehr viel, was von realem Vermögen in Finanzkapital verwandelt werden kann, zu eben solchem gemacht. Weitere Zuflüsse sind kaum mehr denkbar.

2006/07 bricht die Blase auf den Immobilienmärkten. Die durchschnittlichen Renditen auf den US-Immobilienmärkten sinken von über 15 % (2006) auf 0% (2007) und erleiden in den beiden folgenden Jahren Verluste von bis zu 20%. Wieder wird fiktives Kapital in großem Ausmaß vernichtet. In dieser dramatischen Situation wird eine neue Möglichkeit gesucht, Kapital gewinnbringend anzulegen. Diese findet sich dann noch in den Rohstoffmärkten, wohin Kapital in Massen fließt:



Quelle: Yahoo Finance (<http://de.finance.yahoo.com/m8>)

Der Rohstoffpreisindex des IWF steigt von 113 Punkten am Beginn des Jahres 2007 auf 220 Punkte zum Höhepunkt im Juli 2008. Hat also jemand am Beginn dieses Booms einen Dollar an diesen Index gekoppelt, so hat er diesen Dollar innerhalb eines Jahres fast verdoppelt. Einzelne Rohstoffe sind in dieser Zeit noch mehr gestiegen (vgl. <http://www.indexmundi.com>): Erdöl stieg von 53 Dollar/Barrel auf über 140 Dollar/Barrel, fast also eine Verdreifachung.

Ähnliche Preissteigerungen gab es auch bei Agrarrohstoffen: Reis stieg von Oktober 2007 bis April 2008 (also innerhalb eines halben Jahres) von 335 auf 1020 Dollar/Tonne, also mehr als eine Verdreifachung. Für diese Preisentwicklung mag es auch fundamentale Gründe geben (Erhöhung der Nachfrage durch steigende Weltbevölkerung und steigende Nachfrage nach Agrotreibstoffen bzw. Verringerung des Angebots durch Ernteausfälle). Eine derart dramatische Preissteigerung ist aber mit Faktoren der Realwirtschaft nicht zu erklären. Sie muss mit der Finanzwirtschaft erklärt werden. Der wesentliche Grund ist der massive Zustrom von Anlage suchendem Kapital: Dieses flieht von den einbrechenden Aktien- und Immobilienmärkten direkt in die Rohstoffmärkte. (vgl. Schulmeister 2009) ⁵⁰

Die Blasenbildung auf den Rohstoff- und Immobilienmärkten wirkt sich negativ auf die Realwirtschaft aus. Die durch die globale Blasenbildung ausgelöste Erhöhung der Rohstoff- und Energiepreise bzw. Mietpreise treibt die Produktionskosten für die Realwirtschaft in die Höhe. Das bedeutet zum einen, dass die KonsumentInnen reale Einkommensverluste hinnehmen müssen, weil deutlich höhere Preise für Mieten und Konsumgüter zu zahlen sind. Zum anderen bremsen die höheren Produktionskosten und die geringere Nachfrage das Wachstum der Realwirtschaft. Geringeres Wirtschaftswachstum bedeutet in der Folge auch, dass die Renditen des in der Realwirtschaft angelegten Kapitals sinken. Damit steht dem überdurchschnittlich wachsenden fiktiven Kapital eine verhältnismäßig immer kleiner werdende Basis von realem Kapital gegenüber. Das kapitalistische System wird immer fragiler.

50 Dies hat sofort dramatische Auswirkungen auf die Ärmsten der Armen, die sich dann die steigenden Kosten der Rohstoffe nicht mehr leisten können. Nach Angaben der Welthungerhilfe erhöht sich von 2007 auf 2008 die Zahl der Hungernden weltweit von 848 auf 923 Millionen Menschen. Für das Anlage suchende Kapital ist der globale Hunger freilich kein Problem.

6.3.7. Zusammenbruch: Die Weltwirtschaftskrise 2007/08

Mehr als 60 Jahre ist in den entwickelten Staaten folgender Prozess gelaufen:

- Die Realwirtschaft ist gewachsen und hat somit die realen Vermögen laufend wachsen lassen.
- Kapital ist in deutlich schnellerem Tempo gewachsen. Dies war möglich, weil
 - Erstens: der Faktor Kapital den Faktor Arbeit zurückgedrängt hat
 - Zweitens: fiktives Kapital durch Vorabkapitalisierung (Verschuldung) gebildet wurde
 - Drittens: fiktives Kapital durch Blasenbildung gebildet wurde.

Die gesamten Vermögen (Kapital) haben heutzutage nur noch eine kleine reale Fundierung, der fiktive Anteil ist hoch und wird laufend größer. Der Reichtum, der in den Büchern verbucht ist, ist zu einem großen Teil nur noch Illusion.

Rufen wir uns die grundsätzlichen Rahmenbedingungen des kapitalistischen Schauspiels in Erinnerung:

Die KapitalistInnen erhalten in ihrer Gesamtheit für den Geldverleih die Reichtumsprämie. Aus Sicht einer/s einzelnen Kapitalistin/en ist nur die Liquiditätsprämie relevant, also die Reichtumsprämie minus der – je nach individueller Risikoaversität unterschiedlich hohen – Risikoprämie. Sinkt die individuelle Liquiditätsprämie auf Null, so bedeutet das, dass die/der einzelne Anleger/in keinen Gewinn aus dem Geldverleih zieht. Sie/Er wird nicht mehr bereit sein, Geld zu verleihen.

2007/8 ist es soweit: Die AnlegerInnen in den USA glauben nicht mehr an eine positive Liquiditätsprämie und ziehen ihr Geld zunächst aus dem Immobilien-, dann aber auch aus den Aktien- und Rohstoffmärkten ab. Die Preise fallen, fiktives Kapital wird in großem Stil vernichtet. Die Investmentbank Lehman Brothers

kann diese dramatische Wertberichtigung in ihren Büchern nicht mehr auffangen, geht in Konkurs und hinterlässt dabei einen Schuldenberg von 200 Milliarden US-Dollar. Der Versicherungskonzern AIG, der in der Immobilienblase Kredite abgesichert hat, wird notverstaatlicht. Den Vereinigten Staaten kostet die Rettung von AIG 150 Milliarden Dollar.

Auch GroßanlegerInnen müssen riesige Verluste in Kauf nehmen: Beispielsweise schrumpft das zusammengerechnete Vermögen der zehn reichsten Russen im Jahr 2008 auf 75,9 Milliarden Dollar, was ein Drittel des Wertes von 2007 darstellt. (vgl. Der Spiegel vom 17.2.2009) Aber auch in den USA wird fiktives Kapital vernichtet: Am Höhepunkt der Immobilienblase wurde das gesamte US-Immobilienvermögen auf 21 Billionen US-Dollar geschätzt und war damit 1,5 Mal so groß wie das US-BIP. Innerhalb von zwei Jahren ist dieses Immobilienvermögen um ca. 30% weniger geworden. Es wurde fiktives Kapital in der Höhe eines halben US-BIPs vernichtet. Die BesitzerInnen von Grundstücken und Wohnungen besitzen nach der Krise ihr Eigentum nach wie vor, sie verlieren aber im Durchschnitt ein Drittel des Wertes. Für viele Menschen wurde ihre Reichtumsillusion brutal zerstört.

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass durch das Platzen der Blase vor allem Banken und Versicherungen in die Zwickmühle geraten: Vor der Blasenbildung (also weitgehend bis in etwa 1980) standen den Krediten meist reale Werte gegenüber. Ohne Sicherheiten in Form von realen Werten oder den Glauben an die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers gab's keinen Kredit. Das Restrisiko versuchte man durch die Versicherungsprämie auszugleichen. Also bewegten sich Banken und Versicherungen auf sicherem Boden. Zwei Effekte haben die Banken und Versicherungen krisenanfälliger gemacht:

Erstens reicht die Vorabkapitalisierung von zukünftigen Tauschwerten immer weiter in die Zukunft. Wenn sich die Zukunft nicht so gut entwickelt wie erwartet, kommt auf die Bank rasch eine Lawine von uneinbringlichen Forderungen zusammen.

Dazu kommt noch der Effekt der Blasenbildung: Bei einer Blasenbildung steht den Krediten in wachsendem Maß fiktives Kapital (in Form von Immobilien und Aktienbesitz) als Sicherheit gegenüber. Es ist also so, als würden die Banken während der Boomphase der Tulpenblase die Tulpen als Sicherheit für ihre Kredite akzeptieren. Das ist solange kein Problem, solange die Blase anhält und sich fiktives Kapital (die Tulpen) problemlos in reales Kapital tauschen lässt. Platzt jedoch die Blase, so sind viele KreditnehmerInnen hoffnungslos überschuldet, weil ihre Sicherheiten über Nacht radikal entwertet wurden. Für die Banken ist die Lage bei Platzen einer großen Blase aussichtslos: Kredite werden in hohem Ausmaß uneinbringlich, weil sich die Sicherheiten als wertlos herausstellen. Dazu kommt, dass sich durch die Krise die Zukunftserwartungen als zu optimistisch erweisen: Die Vorabkapitalisierung von zukünftigen Tauschwerten kann nicht realisiert werden. Die Folge ist: Banken müssen folglich viele Kredite als uneinbringlich abschreiben und auf ihre Reserven (Eigenkapitalbasis) zurückgreifen, um zahlungsfähig zu bleiben. Weil beim Platzen der Blasen hohe Summen an fiktivem Kapital vernichtet werden, sind die Reserven der Banken rasch aufgebraucht. Wenn das passiert, werden die AnlegerInnen fürchten, dass ihre Bank zahlungsunfähig wird (ob die Furcht berechtigt ist oder nicht, spielt dabei wenig Rolle) und versuchen, ihre Finanzvermögen von der Bank abzuziehen und ihr Kapital zu retten (durch Flucht in andere Währungsräume, in reale Werte oder schlicht in Geldhaltung). Das verschlimmert aber die Situation der Banken nur weiter.

Bricht Panik aus, so ist ein bank run die Folge. Damit sind in kurzer Zeit die Reserven der Banken aufgebraucht. Spätestens dann muss die Bank aufgeben. Hinzu kommt, dass in einer unsicheren Situation die Banken voneinander nicht wissen, wie liquide die jeweils anderen Banken sind. Banken trauen den jeweils anderen Banken nicht mehr: Also bricht der Inter-Banken-Markt zusammen. Es könnte ja sein, dass eine Bank ihren kurzfristigen Kredit nicht mehr zurückzahlen kann. Mit dem Zusammenbruch

einer der größten Banken, den Lehmann Brothers, ist diese Gefahr nicht im Jahr 2008 mehr bloß Fiktion, sondern wurde bereits Wirklichkeit.

6.3.8. 2008ff: Der verzweifelte Kampf gegen das Platzen der Blase

Als die globale Blase im Jahr 2008 platzte, wurden die Staaten zu Hilfe gerufen. Diese sollten verhindern, dass die Lawine vollständig abgeht und die riesige globale Blase des fiktiven Kapitals platzt. Das wäre ein globaler Show down gewesen. Also werden Krisenaufschub-Mechanismus Nr 2 (Verschuldung) und Nr 4 (Politik des billigen Geldes) in neuem, ungeahntem Ausmaß angeworfen, um Krisenaufschub Nr 3 (Blasenbildung) noch in Gang zu halten.

Da ist zum einen die Verschuldung (Fiskalpolitik): In der Finanzkrise 2008/09 sind die Staaten zur Stelle und spritzen ungeahnte – kreditfinanzierte – Summen in den Kreislauf. Die globale Summe der Bankenrettungs- und Konjunkturpakete wird auf ca. 5.000 Mrd US-\$ geschätzt. (vgl. Konicz 2010: 9) Das sind mehr als acht Prozent des globalen BIPs. Die Finanzierung dieser Pakete läuft über Verschuldung. Also steigen die Schulden der Staaten in Folge der Finanzkrise 2007/08 dramatisch an, manche Staaten wandeln seither an der Grenze der Zahlungsfähigkeit; die schwächeren Staaten trifft es früher, das Problem ist aber für alle prinzipiell das gleiche: Besonders deutlich explodieren die Staatsschulden in den USA: Zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden Staatsdefizite von über 10% des BIP in Kauf genommen. 2013 beträgt die Staatsverschuldensquote der USA bereits 112 % des BIP. Auch in der Europäischen Union ist die Staatsschuldenquote von 59% des BIP (2007) auf über 82% (2010) gestiegen und beträgt im Jahr 2012 bereits 85% (Quelle: Eurostat): Die Nettoneuverschuldung ist also in den Jahren 2007-2010 jeweils um mehr als 5 Prozentpunkte stärker gestiegen als

das BIP. Die steigende Staatsverschuldung bedeutet aber nichts anderes als eine Vorabkapitalisierung von erwarteten zukünftigen Einnahmen. Die Staaten werfen also ihre letzten Reserven von realem Vermögen in die fiktive Blasenbildung ein.

Zum anderen ist da die Politik des billigen Geldes (Krisenaufschub Nr. 4) der Zentralbanken (Geldpolitik): Die Banken und Staaten erhalten von den Notenbanken billige Kredite. Die US-amerikanische FED hat im Jahr 2009 Anleihen im Wert von 1,7 Billionen Dollar gekauft. Im November 2010 folgte dann ein zweites Programm mit 600 Milliarden Dollar. Seit 2012 kauft die Notenbank monatlich langfristige Anleihen und Hypothekendarlehen im Gesamtwert von 85 Milliarden Dollar, um damit die Konjunktur anzukurbeln. Jedenfalls kündigt die FED eine Niedrigzins-Politik bis 2014 an. (vgl. Der Standard vom 3. April 2012) Aber auch die Europäische Zentralbank (EZB) hat seit Beginn der Wirtschaftskrise die Wirtschaft mit extrem billigem Geld geflutet. Die EZB hat ihre Bilanz seit 2007 von 1,2 auf über 3 Billionen Euro fast verdreifacht.⁵¹ Damit übersteigt die Bilanz der EZB heute mit 30% des BIP deutlich die FED (20%). EZB-Präsident Mario Draghi will auch 2013 an dieser Strategie festhalten.

Die Politik der Staaten und Zentralbanken kann meines Erachtens nur verstanden werden, wenn man sie als verzweifelten Kampf gegen das Platzen der globalen Blase deutet. Um das Platzen der Blase zu verhindern, muss die Liquiditätsprämie, also der Differenz zwischen Reichtums- und Risikoprämie, im positiven Bereich gehalten werden. Denn wäre die Liquiditätsprämie auf Null, würden AnlegerInnen beginnen, ihr Kapital zurückziehen. Die Blase aus einer riesigen Summe an fiktivem Kapital würde platzen.

Bis dato (August 2013) ist die Politik mit diesen beiden Strategien durchaus erfolgreich. Das Platzen einer globalen Blase, die noch viel gewaltiger wäre als der Einbruch im Jahr 2007/08,

⁵¹ Bemerkenswert ist, dass der EZB-Geldregen nicht in der Realwirtschaft ankommt (vgl. Der Standard vom 28. März 2012) und derzeit noch keine nennenswerte Inflation in der Realwirtschaft auslöst. Das ist ein Indiz, dass dieser Geldregen in die Blasenbildung geht. Wir beobachten eine reine „asset price inflation“ (Vermögenspreisinflation) (vgl. Lohoff/Trenkle 2012: 69)

konnte verhindert werden: Das globale Kapitalwachstum (Reichtumsprämie) wird durch den Zustrom von billigem Geld und durch Konjunkturprogramme angekurbelt. Das entschiedene Auftreten von Zentralbanken und Staaten konnte die AnlegerInnen überzeugen, dass das Risiko auf den Kapitalmärkten gering ist (kleine Risikoprämie). Also ist es gelungen, die Liquiditätsprämie (Reichtums- minus Risikoprämie) weitgehend über Null zu halten.

Der Erfolg lässt sich vor allem an den Aktienmärkten ablesen: Seit 2009 feiern diese ein Revival. In den USA kann der Dow-Jones-Index seinen Wert innerhalb von zwei Jahren fast verdoppeln; vom Tiefstand bei unter 6.600 Punkten im Frühjahr 2009 auf über 12.800 Punkte im Mai 2011. Hat also jemand bloß sein Vermögen an den Dow-Jones-Index geknüpft, so hat er es binnen zwei Jahren verdoppeln können. Mit Mai 2011 bricht diese Entwicklung kurzfristig ein und der Index fällt wieder unter 10.550 Punkte, um dann zu einem neuerlichen Boom anzusetzen. Im Mai 2013 erreicht er sein all-time-high bei über 15.000 Punkten.

Interessant waren kurzzeitig auch die Rohstoffmärkte. Der Rohstoffpreis-Index HWWI stieg von Dezember 2008 bis April 2011 um mehr als das Doppelte an. Vor allem Energie hat sich deutlich verteuert. Seither hat der Index aber wieder deutlich an Wert verloren, ist also für AnlegerInnen derzeit uninteressant.

Im Frühjahr 2013 wurde auch der Immobilienmarkt wieder zu einem Hoffnungsträger für die fruchtbare Vermehrung von Kapital. In einzelnen Staaten (Hongkong, Dubai, Brasilien, Türkei, Österreich, ...) stiegen die Preise von Immobilien im Jahr 2010 um mehr als 10 Prozent. Aber auch die Immobilienpreise der USA ziehen wieder kräftig an. Der US National Home Price Index erreicht im zweiten Quartal 2006 mit fast 190 Punkten seinen Höchststand und fiel bis zum ersten Quartal 2012 auf 124 Punkte. Im März 2013 erreichte er allerdings wieder einen Wert von 137 Punkten, was – im Jahresvergleich einer Preissteigerung von mehr als 10 Prozent entspricht.

Das Fatale ist jedoch: Ist die Politik mit dieser Strategie erfolgreich, so erhöht sie damit nur weiter den Problemdruck.

- Das reale BIP ist in den USA im Zeitraum 2008-2012 jährlich im Schnitt um 1 Prozent gestiegen, in Europa liegt das reale BIP von 2012 noch immer unter jenem von 2008.
- Die Vermögen wuchsen laut der Boston Consulting Group im Jahr 2009 weltweit nominell um die 11,5, 2010 um 8,0, 2011 um 1,9 und 2012 um 7,8 Prozent⁵² – Nominell wuchsen die Vermögen in den vier Jahren durchschnittlich um ca. sieben Prozent. Die durchschnittliche Inflationsrate betrug in den USA als auch in den EU-27 etwas weniger als zwei Prozent, folglich wuchsen die Vermögen real um ca. fünf Prozent.

Die Strategie der Zentralbanken und der Staaten bewirkt, dass das Wachstum der Kapitalvermögen keine Deckung in der Realwirtschaft erfährt. Es wird wieder bloß in großem Stil fiktives Kapital gebildet. Das erhöht die potenzielle Fragilität der Gesamtwirtschaft.

6.3.9. Euro-Krise

Ein paar Bemerkungen zur Euro-Krise: Grundsätzlich ist die Euro-Krise nur auf dem Hintergrund der kapitalistischen Systemkrise zu verstehen. Das hohe Wachstum des fiktiven Kapitals macht die Lage in allen Staaten sehr fragil. Besonders betroffen sind davon jene Staaten, wo das Verhältnis von fiktivem Kapital zu realem Kapital sehr weit auseinanderklafft. Innerhalb der Europäischen Union sind das die südlichen Staaten (Griechenland, Portugal, Spanien, Irland, Zypern).

Auf der einen Seite sind Staaten in Probleme geraten, die durch Steuer- und administrative Erleichterungen viel Kapital angezogen haben (Irland, Zypern, z.T. Spanien) und so in ihren nationalen

⁵² Ca. zwei Drittel dieses Wachstums ergeben sich aus der Wachstum des bestehenden Vermögens, ein Drittel wird durch Sparen neu gebildet.

Bankensektoren den Prozess der fiktiven Kapitalbildung besonders rasch vorangetrieben haben. Der Finanzsektor ist in der Folge überdurchschnittlich gewachsen. (In Spanien hat die Blasenbildung vor allem im Immobiliensektor stattgefunden.) So wie der Prozess der Blasenbildung ins Stocken gekommen ist und sich Unsicherheit breit gemacht hat, mussten diese Blasen zwangsläufig platzen.

Auf der anderen Seite sind Staaten in Probleme geraten, die zusätzlich zur Wirtschaftskrise von 2007/08 auch noch einen permanenten realen Kaufkraftverlust – aufgrund ihrer hohen Leistungsbilanzdefizite⁵³ – hinnehmen mussten (Griechenland, Portugal, Spanien). Die vergleichsweise schwächere Produktivität hat im einheitlichen Währungsraum des Euro dazu geführt, dass diese Länder weniger exportierten und mehr importierten. Für die einheimische Wirtschaft bedeutet das einen Nachfrageausfall. Diesen haben die Staaten zum Teil mit höheren Staatsausgaben kompensiert. Angesichts niedriger Zinsen war es auch verlockend, sich stärker zu verschulden. (Vice versa war die Situation in den wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland und Österreich: Dort hat der einheitliche Währungsraum für eine Stärkung der Nachfrage durch Exportüberschüsse gesorgt.) Die Gründe für die schwächere Produktivität der südlichen EU-Staaten sind neben hausgemachten Faktoren (mangelnde Steuermoral) vor allem die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen: Die Wirtschaftssektoren Industrie und Finanzwirtschaft, in denen in allen Ländern in den Nuller-Jahren die größten Produktivitätsfortschritte zu erzielen waren, haben in Griechenland, Portugal und Spanien eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung. Dazu kommt, dass in Deutschland in den Nuller-Jahren große Lohnzurückhaltung geübt wurde. Die Lohnabschlüsse waren mäßig. Zusätzlich wurde durch Verschärfungen auf dem Arbeitsmarkt (Stichwort: Harz IV) der Billiglohnsektor systematisch ausgebaut.

⁵³ Manche Leserin mag protestieren, weil sie für ihr Sparbuch bei weitem nicht diese Zinsen erhält. Für die Vermögenden sind aber offensichtlich ganz andere Renditen für das veranlagte Kapital erzielbar.

Abschließend noch ein Überblick über die fundamentalen Daten für Deutschland in den Nullerjahren. Das Wachstum spielt sich auf sehr bescheidenem Niveau ab, die realen Zinsen (also die Mindest-Rentabilität für Finanzvermögen) liegt zumeist über der realen Wachstumsrate.

BR Deutschland	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
reales BIP-Wachstum	1,51%	0,01%	-0,38%	1,16%	0,68%	3,70%	3,27%	1,08%	-5,13%	4,16%
reale langfristige Zinsen	5,97	3,63	3,30	2,94	2,94	2,72	3,44	2,55	3,18	2,02
reales Wachstum des Anlagekapitals	-3,30%	-6,12%	-1,20%	-0,23%	0,78%	8,22%	4,75%	1,29%	-11,59%	5,91%

(Quelle: Ameco-Datenbank: siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user)

6.3.10. Ausblick

Der Beginn der 2010er-Jahre steht noch im Zeichen der Bewältigung der Wirtschaftskrise von 2007/08. Obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Deutschland – im europäischen Vergleich – noch sehr gut sind und obwohl Regierungen und Zentralbank massiv intervenieren, wächst die Wirtschaft nur recht langsam.

BR Deutschland	2010	2011	2012	2013
reales BIP-Wachstum	3,03%	0,83%	0,84%	1,98%
reale langfristige Zinsen	1,79	1,79	NA	NA
reales Wachstum des Anlagekapitals	6,17%	-1,15%	1,85%	4,09%

(Quelle: Ameco-Datenbank: siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user)

Meines Erachtens befinden wir uns in einer Situation, wo es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis die globale Blase platzt. Allerdings halte ich es für Scharlatanerie, einen genauen Zeitpunkt für den Zusammenbruch einer Blase zu berechnen. Letztendlich

handeln in allen Institutionen Menschen, die mit ihren Entscheidungen über Weitermachen oder Einbruch entscheiden. Die Entscheidungen aller Menschen sind unmöglich vorherzusehen.

Derzeit (Juni 2013) sind zwei Krisenaufschub-Mechanismen in großem Stil im Einsatz, die das Platzen der globalen Blase verhindern sollen: Der Einsatz dieser beiden Instrumente erhöht aber nur weiter den Problemdruck.

- **Verschuldung:** Einige Staaten haben ihre Verschuldungsgrenze erreicht oder bereits überschritten. Dies führt freilich dazu, dass die AnlegerInnen versuchen, ihre derartigen Schuldscheine möglichst rasch los zu werden und in andere Währungen bzw. Anlageformen flüchten. Für die betroffenen Staaten bedeutet das, dass die Risikoaufschläge auf ihre Staatspapiere immer höher werden, was abermals deren Zahlungsfähigkeit erschwert.

Ein hoher Verschuldungsgrad und hohe Zinsen belasten die staatlichen Budgets. Also erfolgen drastische Schnitte, die v.a. die Staatsausgaben senken sollen. Damit werden tiefe soziale Einschnitte gerechtfertigt. Die Sparprogramme haben aber auch zur Folge, dass die Nachfrage und in der Folge die Wirtschaftsleistung reduziert wird. Somit werden auch die Staatseinnahmen weniger. Es kommt zu einem Verschuldungskreislauf nach unten, aus dem nur noch ein Schuldenschnitt (auf Kosten der GläubigerInnen) helfen kann. Der Schuldenschnitt wird aber nur dann akzeptiert, wenn nichts anderes mehr geht. Als Bedingung für den Schuldenschnitt müssen die verschuldeten Staaten drastische Maßnahmen ergreifen: Sozialausgaben müssen minimiert werden, staatliches Eigentum muss verkauft werden, Beamte müssen entlassen werden, usw. Es läuft letztlich darauf hinaus, dass möglichst viel staatlicher Tauschwert flüssig gemacht wird.

- Dies kann am Beispiel Griechenland exemplifiziert werden: Ende 2011 betrug das griechische Staatsdefizit mit mehr als 375 Milliarden Euro ca. 170% des BIP, der Höchstwert in der Europäischen Union. Die GläubigerInnen sind großteils

europäische Banken und Finanzinstitute. Die Nettoneuverschuldung betrug in den Jahren 2008-2011 zwischen 9,4 und 15,6% des BIP. Als Griechenland die Zahlungsunfähigkeit drohte, wurden in 2½ Jahren fünf Sparpakete beschlossen: Pakete aus Steuererhöhungen, Lohnkürzungen, Privatisierungen, Kürzungen bei Sozialleistungen und anderen Staatsausgaben. Im Oktober 2011 wurde ein Schuldenschnitt vollzogen. Der Schuldenschnitt ist aber so bemessen, dass die Staatsschuld bis 2020 nur auf 120 Prozent fallen wird und das Problem damit nur unwesentlich entschärft wird. (vgl. Felber 2012: 45) Die Folgen sind dramatisch: Das BIP ist in Griechenland von 2008 bis 2012 um mehr als 20 Prozent gefallen.

- **Zweitens Billiges Geld:** In den letzten Jahren haben die US-Notenbank, aber auch die Europäische Zentralbank, begonnen, staatliche Wertpapiere zu weit überhöhten Preisen aufzukaufen, um so den Preisverfall der Staatspapiere zu stoppen. Wenn die Zentralbanken Geld gegen Ramsch-Papiere eintauschen, bedeutet das, dass die Zentralbanken ihre Währungsreserven aufbrauchen. Wie schon vorhin dargestellt wurde, sind diese Währungsreserven psychologisch wichtig: Sie festigen den Glauben der MarktteilnehmerInnen an den Wert des Geldes. Wenn die Währungsreserven reduziert werden, schwindet damit auch die Basis für den Glauben in den Wert des Geldes. (siehe auch Kapitel 6.4.3.)

Die Lage ist für die AnlegerInnen im Jahr 2013 schwierig. Das globale Kapitalwachstum (Reichtumsprämien) scheint trotz massiver Interventionen von Staaten und Zentralbanken an Sättigungsgrenzen geraten zu sein: sowohl in der realen als auch in der fiktiven Sphäre. Das Risiko von Kreditausfällen ist in der unsicheren Situation eher gestiegen (hohe Risikoprämien). Also droht die individuell relevante Liquiditätsprämie gegen Null zu sinken. Dann droht jedoch der Rückzug aus der Veranlagung und in der Folge das Platzen der Blase.

6.4. Kritische Anfragen

6.4.1. Warum geben Staaten ständig Krisenaufschub?

Die Existenz der Staaten ist vom Funktionieren des kapitalistischen Systems abhängig. Ohne die Steuer- und Abgabeneinnahmen aus der kapitalistischen Wirtschaft verlieren die Staaten ihre Finanzierungsbasis. Gehen die Einnahmequellen des Staates sehr rasch zurück, gerät die Institution des Staates in eine Legitimationskrise. Ohne Geld ist kein Staat zu machen.

Daher agiert der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Marx). Er springt ein, wenn das System zu kollabieren droht. Er muss einspringen, geht es doch letztlich auch um die eigene Finanzierungsbasis und somit um die eigene Existenz. Wenn also das kapitalistische System an seine Grenzen stößt, funktionieren alle kapitalistischen Staaten im Prinzip gleich: Zuerst wurden die nationalen Grenzen für den Kapitalverkehr abgeschafft (Krisenaufschub Nr.1), dann wurde mittels Verschuldungspolitik die Nachfrage neu angekurbelt (Krisenaufschub Nr. 2). Die Blasenbildung (Krisenaufschub Nr. 3) erfolgt prinzipiell aus der Logik des Systems heraus, viele Staaten haben aber durch neoliberale Politik dafür gesorgt, dass sich das fiktive Kapitalwachstum bestmöglich entfalten konnte. Schlussendlich sorgt die Politik des billigen Geldes (Krisenaufschub Nr. 4) für einen neuen, bedeutenden Zustrom an flüssigen Kapital, um die Implosion der Blase zu verhindern. Alle diese Maßnahmen sind aber nichts anderes als Krisenaufschübe, denn sie ändern nichts an der grundsätzlichen Krisenhaftigkeit dieser Entwicklung. Die Krisenhaftigkeit ist der Tatsache geschuldet, dass das Wachstum des Kapitals dauerhaft über dem Wachstum der Gesamtwirtschaft liegt. Die Krise kann durch diese Maßnahmen freilich verzögert werden. Sie findet dann ihr Ende, wenn die Staaten an das Ende ihrer Finanzierungskraft gelangen und kein anderer Akteur mehr einspringen kann. Dann muss die Blase zwangsläufig platzen.

Implodiert der Kapitalismus (oder zumindest die gewaltige, globale Blase), so geraten auch Staaten in schwere Legitimationskrisen, weil ihnen die Finanzierungsbasis entzogen wird: Staatliche Organe können nicht mehr entsprechend entlohnt werden, staatliche Leistungen im Sozial- und Gesundheitswesen stehen auf dem Spiel, die staatliche Infrastruktur kann nicht mehr so gut aufrecht erhalten werden. In der Krise zeigt sich, dass Staat und Geld aufs Engste miteinander verbunden sind. Wenn das Geldsystem implodiert, kann der Staat seine Funktionen nicht mehr – in gewohnter Weise – erfüllen. Weil es diese enge Verknüpfung gibt, halten die Staaten das kapitalistische Akkumulationsregime so lange als möglich am Leben.

6.4.2. Warum keine Regulierungen auf den Finanzmärkten?

Wenn die Staaten so eng an das Geldsystem gebunden sind, sollten sie doch eigentlich ein Interesse haben, dass ein Crash vermieden wird. Man möchte glauben, dass sie aus Eigeninteresse für stärkere Regulierungen auf den Finanzmärkten eintreten, damit dieser Crash verhindert wird. Diskutiert werden derzeit viele Vorschläge: eine Finanztransaktionssteuer (national, EU-weit oder gar global), das Stilllegen der so genannten Steueroasen, strengere Kontrollen des Nicht-Banken-Sektors, höhere Eigenkapitalquoten. Nun gibt es in Folge der Wirtschaftskrise von 2007/08 schon etwas Bewegung, aber im Vergleich zur Schnelligkeit, wie die Rettungspakete verabschiedet wurden, haben wir es in diesem Bereich bestenfalls mit Schnecken tempo zu tun.

Warum passiert da also so wenig? Gemeinsam ist all diesen Vorschlägen, dass sie die Kapitalzufuhr in die Blase tendenziell verringern. Eine Finanztransaktionssteuer, auch wenn sie noch so klein wäre, würde bedeuten, dass die Staaten einen Teil der Kapitalzufuhr für sich beanspruchen. Ausgetrocknete Steueroasen würden bedeuten, dass Kapital, das ohne (bzw. mit sehr geringer) Steuer veranlagt wurde, nun in teurere Gebiete ausweichen

müsste. Strengere Kontrollen würden wohl manche (riskante) Geschäfte verunmöglichen. Höhere Eigenkapitalquoten würden bedeuten, dass weniger Geschäfte gemacht werden können. Alle diese Maßnahmen würden dazu führen, dass weniger frisches Kapital in die Blasenbildung strömen könnte. Die Einschränkungen würden dazu führen, dass die Blase früher platzt.⁵⁴

Weniger Regulierungen bedeuten, dass das Platzen der Blase noch länger aufgeschoben wird. Dieses Aufschieben ist zum einen im Interesse der Staaten, weil ihre Existenz zu einem guten Teil von der Aufrechterhaltung dieses Geldsystems abhängt. Es ist zum anderen aber auch im Interesse der großen AkteurInnen in Finanz- und Realwirtschaft, weil ihre Leistung an den aktuellen Profiten gemessen wird. Und letztlich ist es auch im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, weil auch deren Arbeitseinkommen fest an die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems gebunden sind.

Die Situation ist also fatal: Man ahnt, dass das System nicht nachhaltig ist und der Problemdruck nur zeitlich hinausgeschoben werden kann; freilich um den Preis, dass das zukünftige Problem damit nur größer wird. Politik, Wirtschaft und ArbeiterInnen sind in einer Art Zweckgemeinschaft, die so weiter macht wie bisher und hofft, dass der Crash noch lange ausbleibt.

⁵⁴ Würde die Blase zu einem Zeitpunkt platzen, wo neue Regulierungsmaßnahmen gerade umgesetzt werden, hätte man auch gleich einen Schuldigen, nämlich unwissende PolitikerInnen, die die „Dynamik“ des Finanzsektors beschneiden.

6.4.3. Was passiert bei einem globalen bank run?

Bildlich gesprochen gleicht die aktuelle Situation einem Turmbau. Auf einer festen Basis (reales Kapital) wird ein Turm mit Holzklötzen gebaut. Der Turm wird mit hoher Geschwindigkeit nach oben gebaut (reales + fiktives Kapital). Mit geringer Geschwindigkeit wird die Basis des Turms vergrößert (reales Kapital). Das Verhältnis von Höhe zu Basis nimmt zu. Der Turm wird immer instabiler und beginnt zu wanken. Die systemimmanente Dynamik zwingt aber zum Weiterbauen; ja sie zwingt zum immer schneller Weiterbauen. Der Turm wird mit Stützen und Streben (Politik) gestützt, wird aber immer instabiler, weil das Wachstum nicht beendet werden kann. Würde man aufhören zu bauen, würden viele ihre Steine aus dem Bau ziehen wollen, um sie zu retten. Das wäre dann das endgültige Ende des Turmbaus. Also wird man solange weiterbauen, bis der Turm einstürzt.

Was würde nun passieren, wenn der globale Turm der Finanzblase einstürzen würde? Das lässt sich im Detail natürlich nicht vorhersagen, aber ein paar Grundtendenzen lassen sich nachzeichnen. Nach einem bank run erwarte ich folgende Auswirkungen:

Bei der Tulpenblase haben in der Panik alle TulpenbesitzerInnen versucht, ihre Tulpen (größtenteils fiktives Kapital) in Geld umzutauschen. Bei einem Platzen der globalen Blase würden alle BesitzerInnen von Waren, an denen sich großes fiktives Kapital herausgebildet hat (v.a. Immobilien, Grundstücke, Rohstoffe, Aktien, u.ä.), versuchen, eben dieses zu verkaufen, also in Geld einzutauschen. Nun ist ja meine These, dass sich fiktives Kapital ungeheuerlich aufgebläht hat, dh ihm steht kein reales Kapital gegenüber. Wenn nun die KapitalbesitzerInnen von keiner Anlageform mehr erwarten, dass sie eine positive Liquiditätsprämie abwirft, werden sie ihr Besitztümer verkaufen wollen, also Ware in Geld tauschen. Wenn die viele KapitalbesitzerInnen diese Einschätzung teilen, werden viele verkaufen wollen.

Die Preise von Spekulationsobjekten (Aktien, Immobilien, Rohstoffe) fallen rasant: Das fiktive Kapital entwertet sich, womit die Reichtumsillusion von vielen Menschen platzt.

Das Platzen der Blase wird zu großer, allgemeiner Panik führen. Diese bewirkt, dass diese Entwicklungen nicht mehr geregelt ablaufen, im Gegenteil: Es wird ein unkontrollierter bank run einsetzen, der die Banken in kurzer Zeit illiquide und damit funktionsuntüchtig macht. Der Geldverkehr wird de facto zusammenbrechen. Das wird ganz praktisch dazu führen, dass man weder an den Bankomaten noch an den Bankschaltern zu Geld kommt. Die Banken haben dann schlicht und ergreifend selbst kein Geld mehr.

Zweitens wird kurz nach dem Erliegen des Geldverkehrs auch die Realwirtschaft fast gänzlich zum Stillstand kommen. Wenn die Waren mangels Geld nicht mehr bezahlt werden können, fehlt für alle AkteurInnen der Anreiz noch Dinge zu produzieren oder sie anderen Menschen – ohne adäquate Gegenleistung – zu überlassen. Die Gegenleistung war in der Vergangenheit immer Geld. Wenn dieses nun fehlt, wird man zur Not in manchen Fällen auf direkten Tausch zurückgreifen. Vermutlich können die ja noch vorhandenen Geld- und Goldreserven in manchen Fällen den Tausch ermöglichen. Aber im Großen und Ganzen wird unsere hochgradig arbeitsteilige Realwirtschaft in kurzer Zeit erlahmen.

Drittens erhöht sich in dieser Phase das globale Konfliktpotenzial: Wenn in vielen Teilen der Erde die Finanzkapital-BesitzerInnen ihre überzähligen Besitztitel in kurzer Zeit in knappe reale Güter umtauschen wollen, kommt es zwangsläufig zu Konfrontationen. Das wird vermutlich großen Ärger und Aggression verursachen: Regierungen müssen gehen, Gewalt und Lynchjustiz werden wahrscheinlicher, Sündenböcke könnten gesucht werden, usw. Verschärft wird diese Konkurrenzsituation dadurch, dass KapitalbesitzerInnen in der Regel über einen guten Zugriff zu den privaten und staatlichen Rüstungsarsenalen haben. Es steigt in dieser Phase sicherlich die Kriegsgefahr. Diesbezüglich könnte

sich positiv auswirken, dass der Zusammenbruch vermutlich eher unvermittelt kommt und durch die Einbrüche in der Realwirtschaft auch die Logistik der Sicherheitsapparate gewaltig gestört wird. Man kann aber in dieser Phase hoffen, dass besonnene Menschen die Gesellschaft lenken.

Viertens wird in dieser Situation so etwas wie finanzielle Panik ausbrechen: Alle, die es noch geschafft haben, Geld (in Form von Papier und Gold) zu bekommen, werden in einer Phase, wo nun absoluter Mangel an Geld herrscht, eben dieses nicht ausgeben wollen. Es wird also Geld in großem Ausmaß gehortet bzw. wird man paradoxerweise hohe Zinsen für den Geldverleih verlangen. Die Pointe könnte diesbezüglich sein: Wenn dieses Geld nicht mehr im Umlauf ist, wird dieses Geld mittelfristig als Tauschmittel wertlos. Man muss also den Tausch, der in einer so hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft unumgänglich ist, anders organisieren: mittels mehr direktem Warentausch oder mittels eines neuen Tauschmediums. Es könnte dann eine paradoxe Situation entstehen: Diejenigen, die sich anfangs noch glücklich geschätzt haben, weil sie ihr Geld noch von den Banken holen konnten, sitzen mittelfristig mit wertlosen Scheinen herum. Denn wenn das bisherige Geld nur mehr gehortet und nicht mehr verwendet wird, werden die Menschen den Glauben an seine Kraft verlieren.

Nach einem bank run drängt gesamtgesellschaftlich die Zeit: Man wird versuchen müssen, die Versorgung der Bevölkerung ohne das bisherige Geld zu bewerkstelligen: Um absolute Versorgungsmängel zu verhindern, muss die Verwaltung vermutlich kurzfristig mit Zwangsmaßnahmen die Basisversorgung der Bevölkerung sicher stellen; ob diese Verwaltung nun auf staatlicher oder kommunaler Ebene organisiert wird, ist nebensächlich. Ich erwarte, dass kleinere Einheiten, also die kommunale Ebene, besser geeignet sein werden, weil sie unmittelbarer über die essenziellen Bedürfnisse der BewohnerInnen Bescheid wissen und die Kommunikationswege – nach dem Zusammenbruch des Geldsystems – in Mitleidenschaft geraten.

Überlebenswichtig werden in einer solchen Situation tragfähige Kooperationen zwischen Menschen: Wichtig werden die Kooperationen zwischen jenen, die noch Nahrungsmittel und Energie-reserven besitzen (Land) und jenen, die sie brauchen (v.a. in den Städten). Umgekehrt sind auch die LebensmittelproduzentInnen auf Dienstleistungen durch die anderen angewiesen (Transport, Arbeitsleistung, etc.). Je nach Länge einer solchen Versorgungskrise werden auch die LandwirtInnen rasch ihre Energievorräte aufgebraucht haben. Vermutlich werden manche bislang maschinell erledigten Tätigkeiten wieder mit menschlicher Arbeit geleistet werden müssen. Tendenziell gehe ich davon aus, dass langfristig wieder mehr Menschen von den Städten aufs Land ziehen; nicht zuletzt, weil auch die fossilen Energieträger aufgrund ihrer steigenden Knappheit immer teurer werden.

Die Krise kann mit Sicherheit am besten überstanden werden, wenn ihr mit Kooperationen und gesellschaftlichem Zusammenhalt begegnet wird. Wenn das nicht der Fall ist und alle versuchen, ihre eigene Haut zu retten, wird sich die Krise nur weiter verschärfen. Wenn einer Krise mit gestiegenem Zusammenhalt begegnet wird, könnte die Krise auch zum unerwarteten Segen werden: Viele Menschen könnten die Erfahrung machen, dass für das je individuelle Glück der Zusammenhalt und die Kooperationen ungleich wichtiger sind als materieller Wohlstand. Ich hege also durchaus auch die Hoffnung, dass in einer solchen Krise das Paradox eintritt, dass es den Menschen dann trotz deutlich reduziertem Wohlstand besser geht.

Mittelfristig erwarte ich, dass wieder ein Tauschmittel (ein neues Geld? – siehe Kapitel 7) eingeführt wird, das das Vertrauen der MarktteilnehmerInnen erwirbt. Über Nacht auf reinen Warenaustausch und Subsistenzwirtschaft umzusteigen halte ich – ausgehend von einer derart arbeitsteiligen Wirtschaft, in der wir leben – für ein Ding der Unmöglichkeit. Sollten sich aber mit der Zeit freiwillige Produktionsgemeinschaften bilden, die für die Selbstversorgung gemeinsam Nahrungsmittel herstellen (Subsistenz-

wirtschaft), so wird die *Bedeutung* von Geld als Kommunikationsmittel abnehmen. Wenn in den Dörfern und Städten der direkte Austausch, der auf Reziprozität im Kontext von freundschaftlichen Beziehungen beruht, wieder an Bedeutung gewinnt, wird Geld unwichtiger. Für den Austausch mit Handwerks- oder Industrieprodukten wird (neues?) Geld aber weiter eine Bedeutung beibehalten, vor allem wenn es sich um den Austausch zwischen Menschen handelt, die einander nicht kennen.

Ich denke, dass eine solche Phase eine ungeheure Chance beinhaltet:

- Installierung eines neuen Wirtschaftssystems, welches die zwanghafte Kapitalakkumulation unterbindet. Es muss so tief in die Kapitalsubstanz eingegriffen werden, dass eine private, leistungs- und risikolose Kapitalakkumulation nicht mehr möglich ist. Dazu werde ich im 7. Kapitel meinen Vorschlag entfalten, der das Ziel hat, unser kapitalistisches System zu überwinden.
- Neuorientierung: Es werden sich in einer Krisenphase besonders akzentuiert die Kernfragen des Lebens stellen: Was ist wirklich wichtig im Leben? Wie viel (Materielles) brauchen wir wirklich zum guten Leben?
- Gute Führung: In einer solchen Situation werden – vor allem auf lokaler Ebene – gute Führungspersönlichkeiten gefragt sein: Sie sollten – in partizipativer Weise – mutig sein und bestehende Eigentumsverhältnisse über Bord werfen, um das Überleben aller zu sichern. Ich denke, dass kleinere Einheiten besser geeignet sein werden, diese Krise zu bewältigen.
- Kooperation statt Konkurrenz: Überleben werden wir vor allem dann, wenn wir in einer solchen Phase mit Kooperationen reagieren: Wenn jede/r versucht, die eigene Haut zu retten, wird vielleicht niemand seine Haut retten. Wenn in einer solchen Krisensituation Fairness zum Maßstab wird und sich alle an der Lösung der Probleme beteiligen, kann eine solche Irritation schon überstanden werden.

Freilich ist nicht gesagt, dass nach solch einem bank run der Kapitalismus überwunden wird. Der Kapitalismus hat schon oft gezeigt, dass er Zusammenbrüche überstehen kann. Werden durch einen Zusammenbruch große fiktive Kapitalbestände vernichtet, so kann – nach einer kurzen Schockphase – das Spiel mit der Kapitalakkumulation auch wieder von vorne beginnen.

Aber er könnte eine Chance sein, dass wir ein neues Zeitalter einläuten.

7. Vorschlag zur Überwindung des Kapitalismus

Bis jetzt wurde das kapitalistische System eingehend analysiert: Wie es zustande kam und welche Folgen es zeitigte. Nun möchte ich noch skizzieren, was passieren müsste, um dieses System zu überwinden.

Was müsste also passieren? Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, der Systemlogik des Kapitalismus auf den Grund zu gehen. Eine meiner zentralen Grundthesen aus der Analyse ist, dass das entscheidende Charakteristikum des Kapitalismus die ständige Ausdehnung von Wert (W) und Geld (G) ist: zusammengefasst in der schon bekannten Formel

$$G - W - G'$$

Aus Geld wird Ware, um dann in der Rückverwandlung zu mehr Geld zu werden. Der Wertzuwachs einer kapitalistischen Wirtschaft steigt um den Mehrwert an. Karl Marx definiert den Mehrwert als Zinssatz plus Unternehmensgewinn. Im dritten Band des Kapitals bezeichnet Marx aber dann den Unternehmensgewinn als „Lohnarbeit des Kapitalisten“. Wenn der Unternehmensgewinn auch Arbeit ist, bleibt als Mehrwert nur noch der Zins, genauer gesagt: jener Teil des Zinses, der leistungslos zu haben ist. Folglich setze ich den Mehrwert der Reichtumsprämie gleich.

Die/Der Sparer/in erhält den Sparzins. Dieser ist ident mit der Liquiditätsprämie.

$$i_s = l_p$$

Die Bank vergibt in der Regel die Sparguthaben als Kredit (oder als Beteiligung an Unternehmen) weiter. Sie schlägt zur Liquiditätsprämie zum einen die Versicherungsprämie und das Vermittlungsentgelt drauf, was ethisch gerechtfertigt ist. Zum anderen schlägt sie die Risikoprämie drauf. Mit der Risikoprämie partizipiert die Bank an den ungerechten kapitalistischen Strukturen mit.

Folglich setzt sich der Kreditzins aus vier Komponenten zusammen: Versicherungsprämie, Vermittlungsentgelt, Risiko- und Liquiditätsprämie

$$i_k = vp + ve + rp + lp$$

i_k ... Zinssatz auf Kredite

i_s ... Zinssatz auf Spareinlagen

Dazu ein paar Erklärungen:

- Versicherungsprämie (vp): Wie schon vorhin dargestellt, ist das Anlegen (=Leihen) von Geld immer mit Risiko behaftet: Es kann sein, dass die KreditnehmerInnen ihr Geld nicht mehr zurückzahlen können. Daher ist es durchaus legitim, dafür eine Prämie zu verrechnen. Langfristig sollten die eingenommenen Summen für die Versicherungsprämien gleich hoch sein wie die Summen, die die Bank für den tatsächlichen Kreditausfall zu zahlen hat. Daher ist aus dieser Position kein Geschäft zu machen.
- Vermittlungsentgelt (ve): Mit jedem Kreditgeschäft ist auch ein Aufwand (=Arbeit) verbunden. Daher ist es auch legitim, für diese Arbeit ein Entgelt zu verlangen. Dieses Element ist nichts anderes als die Bezahlung einer Dienstleistung.
- Risikoprämie (rp): SparerInnen sind im Normalfall risikoavers, dh sie wollen nicht das volle Risiko der Kreditvergabe übernehmen. Sie verzichten lieber auf einen Teil des vollen Erwartungswerts des Kapitalwachstums. Dafür erhalten sie ihre Rendite

sicher. Diese Sicherheit bietet in der Regel eine Bank, die für dieses Service die Risikoprämie verrechnet. Die Höhe dieser Prämie ist nicht absolut, sondern von der jeweiligen Risikoaversität der/des Sparerin/s abhängig: Je risikoaverser die/der Sparer/in, desto höher die Risikoprämie. Die Risikoprämie wird dem Erwartungswert des globalen Kapitalwachstums (=Reichtumsprämie) abgezogen. Die Risikoprämie kassiert die Bank, die das Risiko streut und somit – über das Vermittlungsentgelt hinaus – ein leistungsloses Einkommen erhält. Weil der Risikoprämie keine Leistung gegenübersteht, halte ich sie für ethisch nicht gerechtfertigt.

- Liquiditätsprämie (lp): Die SparerInnen erhalten diesen weitgehend risiko- und leistungslosen Zinsteil. Weil auch für sie keine Arbeitsleistung erbracht werden muss, halte ich sie für ethisch ebenso nicht gerechtfertigt.

Was die Wachstumsdynamik einer kapitalistischen Gesellschaft angeht, sind die einzelnen Elemente zu untersuchen:

- Die Summe, die für die Versicherungsprämie berechnet wird, gleicht langfristig bloß die Verluste der Kreditvergabe aus. Also geht davon kein Wachstum aus.
- Das Vermittlungsentgelt ist eine Arbeitsleistung wie viele andere auch. Verlangt ein/e Kreditnehmer/in oder eine Bank zu viel davon, wird sie/er langfristig kein Geschäft mehr machen. Weil dem Vermittlungsentgelt eine gewöhnliche Arbeitsleistung gegenübersteht, kann von ihr kein permanentes Wachstum ausgehen.
- Eine Risikoprämie ist eine Serviceleistung der Bank für die SparerInnen. Diese verzichten auf einen Teil ihres Einkommens, um sicherer zu sein. Die Bank verwendet dieses Geld, streut das Risiko und partizipiert damit an der leistungslosen Vermehrung von Kapital.

- Die Liquiditätsprämie kommt den SparerInnen zugute. Sie erbringen für den Verleih von Geld keine Leistung und erhalten diese Prämie.

Folglich halte ich die Summe aus Risiko- und Liquiditätsprämie für den Verursacher der permanenten Wachstumsdynamik des Kapitals. Die Dynamik, wie sie in der Formel ($G - W - G'$) zum Ausdruck kommt, ist einzig und allein der Existenz der Reichtumsprämie geschuldet. – Die Konkretisierung der Formel lautet daher:

$$G - W - G(1+r)$$

Die vom leistungslosen Zinsteil verursachte Ausdehnungsdynamik wurde zu einem gesellschaftlichen Imperativ und wird heutzutage als Sachzwang wahrgenommen. Wenn die Formel unser wirtschaftliches und gesellschaftliches System charakterisiert, dann muss in dieser Formel auch der Ausweg aus dem kapitalistischen System zu finden sein.

Im Prinzip gibt es zwei Möglichkeiten, diese Ausdehnungsdynamik zu beschränken: Entweder wird der Wert in der Warenwelt sukzessive beschränkt oder es wird das Geld in der Geldwelt beschränkt. Es müsste also von einer/m Akteur/in (vermutlich wäre das anfangs der Staat) ein Reglement eingeführt werden, das die individuelle Aneignung des leistungslosen Zinsteils verunmöglicht. Die beiden Varianten sind:

Variante A: Beschränkung der Ausdehnungsdynamik in der Warenwelt:

$$G - W(1-t_w) - G(1-t_w)(1+r) = G$$

Die Steuer auf sämtliche reale Tauschwerte (Vermögen) (t_w) müsste so gesetzt werden, dass $(1-t_w) \cdot (1+r) = 1$ oder $t_w = 1 - 1/(1+r) = r/(1+r)$

Wenn die Reichtumsprämie (r) 5 % beträgt, müsste die Steuer auf sämtliche reale Tauschwerte (Vermögenssubstanzsteuer) ca. 4,67% betragen.

Variante B: Beschränkung der Ausdehnungsdynamik in der Geldwelt

$$G - W - G(1-t_G)(1+r) = G$$

Eine Steuer auf Geld (t_G) müsste gesetzt werden, dass $(1-t_G) \cdot (1+r) = 1$ oder $t_G = 1 - 1/(1+r) = r/(1+r)$

Wenn die Reichtumsprämie 5 % beträgt, müsste die Steuer auf Geld ca. 4,67% betragen.

Betrachten wir die beiden Varianten etwas genauer:

7.1. Variante A: Vermögenssubstanzsteuer: Die Beschränkung der Ausdehnungsdynamik in der Warenwelt

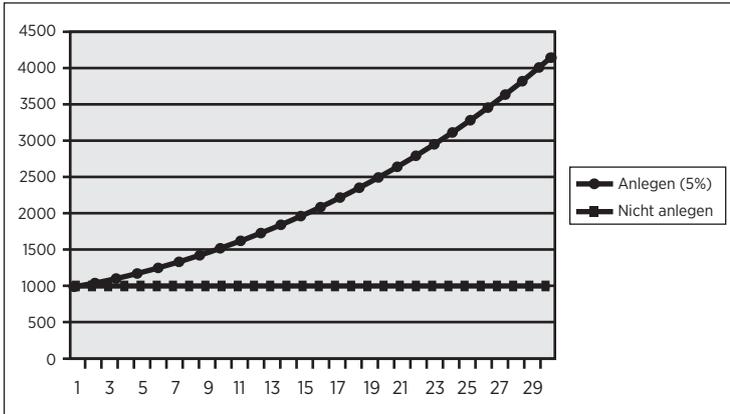
Wenn die Umsteuerung von der Warenwelt kommt, dann müssten sämtliche Vermögen einer Vermögenssubstanzsteuer unterworfen werden: Alle Tauschwerte, also alle staatlichen und privaten Vermögen, werden einer jährlichen Bestandssteuer unterworfen. Die Höhe der Steuer sollte so gewählt werden, dass sie die Reichtumsprämie ausgleicht. Für die Gesamtheit der KapitalbesitzerInnen bedeutet das: Sie können ihr Kapital im Wert erhalten, sie können das Kapital aber nicht mehr leistungslos vermehren. Für KapitalbesitzerInnen, die risikoavers sind, bedeutet das freilich, dass ihr Vermögen um die Risikoprämie vermindert wird.

Was die Höhe der Vermögenssubstanzsteuer angeht, müsste man so verfahren: Wachsen die Vermögen beispielsweise im Jahr um fünf Prozent, so wäre die Steuer auf den Vermögensbestand nach der Formel „ $r(1+r)$ “ ca. 4,67 Prozent.

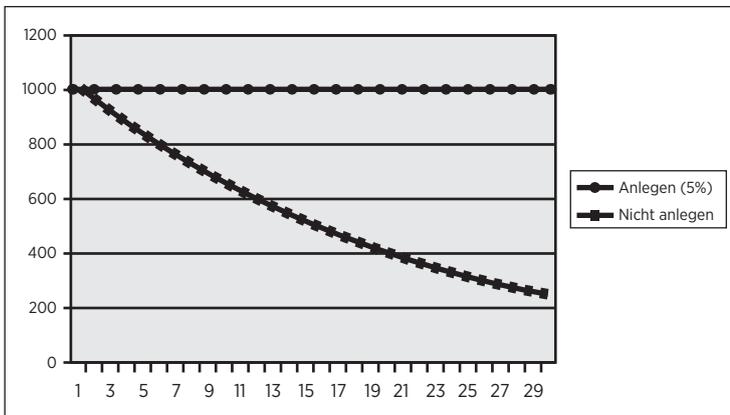
Der grundsätzliche Effekt wäre der: Die privaten Vermögenszuwächse würden vergemeinschaftet: Es wäre – im gesellschaftlichen Durchschnitt – schlicht und ergreifend nicht mehr möglich, sein Kapital für sich persönlich arbeiten zu lassen. Aus Kapital ließe sich – leistungslos – kein Einkommen erzielen. Freilich wäre der Anreiz, Kapital zu verleihen, nach wie vor gegeben: Denn wer das eigene Kapital nicht anlegt, müsste die volle Vermögenssubstanzsteuer zahlen und so sehr viel an Kapitalsubstanz einbüßen. Der leistungslos erwirtschaftete Wertzuwachs ginge dann via Vermögenssubstanzsteuer ausschließlich an die Gemeinschaft (den Staat).

Grafisch dargestellt würde es sich wie folgt verhalten.

Im kapitalistischen System ist es bei einer angenommenen realen Reichtumsprämie von fünf Prozent für die Gesamtheit der KapitalbesitzerInnen so, dass veranlagte 1000 Euro nach 30 Jahren mehr als 4.100 Euro wert sind. Wurden sie nicht angelegt, so sind sie nach 30 Jahren noch immer gleich viel wert.



Wenn es nun eine Vermögenssubstanzsteuer von 4,67% ($t_w = r(1+r)$) auf sämtliche Tauschwerte gibt, so wäre die Situation aus individueller Sicht wie folgt:



Stellen die KapitalbesitzerInnen ihr Kapital zur Verfügung, so ist es auch nach 30 Jahren immer noch 1000 Euro wert. Legen sie es nicht an, so verliert es permanent an Wert und wäre nach 30 Jahren nur noch 243 Euro wert.

Welche Effekte würden sich einstellen:

- **Verteilungseffekte:** Nachdem die Vermögen äußerst ungleich verteilt sind, würde eine Vermögenssubstanzsteuer fast ausschließlich von den Reichen und Super-Reichen bezahlt: Das reichste Prozent der Bevölkerung hält in Österreich ca. ein Drittel des Vermögens, die weiteren neun Prozent halten ein weiteres Drittel. Die ärmere Hälfte hat so gut wie kein Vermögen. Das bedeutet, dass eine Vermögensbestandsteuer die Ungleichheit deutlich reduzieren würde. Die gewaltigen Neueinnahmen für die Staaten würden wohl dazu führen, dass die Staaten auf andere Einnahmen (Steuern, Sozialbeiträge) verzichten. Damit wäre der Faktor Arbeit entlastet bzw. würden die Preise von Waren fallen. Alternativ zur Steuersenkung könnte der Staat diese Einnahmen auch in eine Art Grundeinkommen verwandeln. JedeR StaatsbürgerIn würde dann – nach der hier gemachten Rechnung – ca. 7.700 Euro/Jahr erhalten. (Man beachte: Das ist jene Summe, die heutzutage die Vermögenden erhalten, allerdings sehr ungleich verteilt.) Also ist zu erwarten, dass auch auf der Ausgabenseite ein positiver umverteilender Effekt zu erwarten ist.
- **Produktionseffekte:** Ob die Wirtschaft weiter wächst oder schrumpft, hängt davon ab, was die Gemeinschaft (der Staat) bzw. die BürgerInnen mit den neuen Einnahmen machen: Werden sie zum Kauf von neuen Investitions- oder Konsumgütern verwendet (und stärken somit die Nachfrage) oder werden die neuen Einnahmen von den BürgerInnen genutzt, um bei gleich bleibenden Gesamteinkommen weniger zu arbeiten. (Das würde die Nachfrage schwächen und somit Schrumpfungsprozesse auslösen.)

Der Anreiz zum Investieren ist allerdings für alle gedämpft: Denn die neu geschaffenen Vermögen wären genauso von der Vermögenssteuer erfasst: Baut die Gemeinschaft eine neue Straße (oder die Privaten eine neue Produktionsanlage), so ist der Wert dieser Straße (Produktionsanlage) jährlich mit der Vermögenssteuer zu belegen. Es fallen also nicht nur die Kosten für die Instandhaltung, sondern auch jene für die Steuer an. Damit sinken sowohl für die Gemeinschaft (Staat) als Ganzes als auch für die einzelnen BürgerInnen die Anreize, zu investieren. (Würde die Gemeinschaft sämtliche Neueinnahmen für Investitionen ausgeben, wäre die Dynamik der Wertvermehrung nicht gestoppt. Sie würde bloß von privaten AkteurInnen auf einen (staatlichen) Akteur übergehen.)

Auch der Anreiz für das Sparen ist deutlich gesunken. Das Ersparte kann gerade noch konstant gehalten werden, es vermehrt sich nicht mehr „von selbst“. Durch eine Steuer auf den Wert wird das Jetzt (Konsum, Freizeit) – im Vergleich zum jetzigen System – höher bewertet als die Zukunft (Investition, Sparen). Es ist also davon auszugehen, dass die Konsumneigung steigt. Dies hat zwei gegenläufige Auswirkungen auf das Wachstum der Wirtschaft:

- Weil weniger gespart (=investiert) wird, wird die Produktivität tendenziell fallen, weshalb das Wachstum der Wirtschaft zurückgeht.
- Weil mehr konsumiert wird, steigt die Nachfrage nach Waren. Das ist positiv für das Wachstum.

Der entscheidende Punkt für das Wachstum der Wirtschaft liegt aber wo anders: Wie wird die Gemeinschaft (bzw. die einzelnen BürgerInnen) auf die neue Anreizstruktur reagieren? Wenn das Bilden von Reserven nicht mehr belohnt wird, sollte – nach einer Gewöhnungsphase – ja das Gegenteil dessen eintreten, was ich bei der Entstehung des Kapitalismus ausführlich beschrieben habe:

- Der Anreiz zu Raub, (gewaltsamer) Aneignung und Übervorteilung sinkt.
- Der Anreiz, zu verzichten, sinkt: Es bleibt sinnvoll, Reserven für Notzeiten zu bilden. Aber darüber hinaus macht Verzicht wenig Sinn.
- Der Anreiz, über vermehrte Arbeit Reserven zu bilden, sinkt. – Also wird man tendenziell weniger arbeiten.

Vor allem die Tatsache, dass die Arbeitsbereitschaft sinken wird, wird vermutlich dazu führen, dass die Summe der Tauschwerte kleiner wird. Die Wirtschaft wird schrumpfen.

Auswirkungen auf die Geldwelt

Eine Steuer auf die Vermögen hätte vermutlich auch bedeutende Effekte auf die Geldvermehrung. Betrachten wir nochmals die Grundüberlegung für die Vermögenssubstanzsteuer:

$$G - W(1-t_w) - G(1-t_w)(1+r) = G$$

Wenn die Vermögenssubstanzsteuer so gesetzt ist, dass sie den leistungslosen Zinsteil abschöpft (also: $t_w = r/(1+r)$), dann steht am Anfang und am Ende der Kette die gleich große Geldmenge G . Das bedeutet: Die Institution, die die Vermögenssteuer nach dieser Regel einhebt, zieht damit genau so viel Wert (=Geld) aus dem Wirtschaftskreislauf wie Wert über die leistungslosen Zinsen vom Geld neu gebildet wird. Damit sollte – bei gleicher Produktionsmenge – die Geldmenge konstant bleiben. Wenn allerdings weniger produziert wird, weil mit der Vermögenssubstanzsteuer der Anreiz zu Arbeit und Verzicht verkleinert wurde, dann stünde freilich eine konstante Geldmenge einer kleineren Warenmenge gegenüber. Das würde inflationäre Prozesse auslösen. Dem kann leicht begegnet werden, indem die Zentralbank die Geldmenge reduziert.

Was gegen Variante A (Vermögenssubstanzsteuer) spricht

Das große - und kaum überwindbare – Hindernis der Vermögenssubstanzsteuer ist die Tatsache, dass sie ihre Wirkung nur dann richtig entfalten kann, wenn alle – also wirklich alle – Tauschwerte permanent in Geldeinheiten gemessen werden. Es bräuchte also eine allgemein anerkannte Instanz, die darauf achtet, dass jeweils die korrekte Bemessungsgrundlage für die Steuer errechnet wird. Das ist bei manchen Vermögenswerten nicht so schwer: vor allem bei jenen, die auf Märkten oder Börsen gehandelt werden (Aktien, Geldvermögen, u.ä.). Das wird aber schwierig bis unlösbar bei immobilien Vermögen (sämtliche Grundstücke, Häuser, Straßen, Plätze, Fabriken, u.ä.), aber fast nicht lösbar bei Patenten, dem Wert von Marken, usw.

Freilich könnte man Methoden entwickeln, die eine gute Annäherung an den Tauschwert der jeweiligen Waren und Vermögenswerte schaffen. Das ist aber mit hohem administrativen Aufwand und viel Kontrolle verbunden.

Zum methodischen kommt meines Erachtens noch ein systemisches Problem: Für das Funktionieren der Vermögenssteuer wäre eine mächtige Institution (Staat) notwendig, die die Einhaltung der neuen Steuern regelt, überwacht und Verstöße sanktioniert. Der Staat ist aber – wie viele andere gesellschaftliche Institutionen auch – ein Kind des Kapitalismus. Wenn mit dem Instrument der Vermögenssubstanzsteuer das Wirtschaftssystem transformiert wird, werden auch die kapitalistischen Institutionen transformiert, also auch der Staat. Folglich ist zu befürchten, dass die Selbstbeharrungskräfte des Staates der Systemtransformation im Weg stehen.

7.2. Variante B: Geldsteuer: Die Beschränkung der Ausdehnungsdynamik in der Geldwelt

Betrachten wir die zweite Möglichkeit: Die Umsteuerung aus der Geldwelt. Hierbei müsste Geld einer Substanzsteuer unterworfen werden: Die Höhe der Steuer sollte so gewählt werden, dass sie die Reichtumsprämie ausgleicht. Wie bei der Vermögenssubstanzsteuer gilt: Für die Gesamtheit der KapitalbesitzerInnen würde das bedeuten, dass ihr Kapital im Wert erhalten wird, wenn sie das Kapital angelegen. Es kann aber nicht mehr leistungslos vermehrt werden. (Risikoaverse AnlegerInnen würden – wie bei der Vermögenssubstanzsteuer – die Risikoprämie selbst zahlen müssen.)

Was die Höhe der Geldsteuer angeht, müsste man so verfahren: Wachsen die Vermögen beispielsweise im Jahr um fünf Prozent, so wäre die Steuer auf den Vermögensbestand nach der Formel „ $r(1+r)$ “ ca. 4,67 Prozent.

Praktisch würde das bedeuten, dass alle Banknoten sowie alle Geldvermögen in regelmäßigem Rhythmus zu einem geringen Prozentsatz entwertet werden; beispielsweise alle drei Monate mit einem Prozent. Das wäre für alle verbuchten Geldvermögen mit geringem technischem Aufwand verbunden. Bei elektronisch verbuchten Geldvermögen ist der Aufwand fast vernachlässigbar. Komplizierter wird es bei allen Banknoten, die regelmäßig mit einem fälschungssicheren Stempel oder einer Marke versehen werden müssten, damit sie ihren vollen Wert behalten. (Solche Experimente hat es schon in einer Vielzahl gegeben. [vgl. Lietaer 1999 und Plettenbacher 2008: 60ff]. Bekannt ist in Österreich vor allem das „Wunder von Wörgl“ (1931-1933).)

Weil Geld und Ware engstens miteinander verknüpft sind, ist mit dem Geld auch der Wert einem permanenten Verfallsprozess ausgesetzt. Geld (und damit der Wert) wird durch diesen Effekt in den Händen der privaten BesitzerInnen weniger. Mit dieser Maßnahme ist aber – wie bei der Vermögenssubstanzsteuer – die Reichtums-

prämie nicht abgeschafft. Die Geldsteuer sorgt aber dafür, dass die Reichtumsprämie nicht privat angeeignet werden kann, sondern in die Taschen der Gemeinschaft fließt. An die Stelle der Privatisierung des Mehrwertes tritt die Vergemeinschaftung des Mehrwertes.

Nicht direkt von der Geldsteuer betroffen sind die realen Vermögen (Unternehmensbeteiligungen, Immobilien, u.ä.). Allerdings wird sich die Logik der neuen Geldwelt schnell auf die Warenwelt übertragen: Wenn in der Geldwelt keine Reichtumsprämien privat angeeignet werden können, könnten die VermögensbesitzerInnen auf die Idee kommen, in die Warenwelt auszuweichen und ihr Kapital der Realwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Das hohe Angebot würde in einer funktionierenden Marktwirtschaft dazu führen, dass die leistungslosen Prämien für den Vermögensbesitz gegen Null sinken. Weil die KapitalbesitzerInnen nicht mehr damit drohen können, dass sie ihr Geld in der Finanzwelt wachsen lassen, müssen sie die neuen Spielregeln, die in der neuen Geldwelt dann gelten, auch in der realen Wirtschaft akzeptieren.

Es wird also in kurzer Zeit der umgekehrte Effekt eintreten, der nach Etablierung der Reichtumsprämie im Mittelalter eingetreten ist: Damals hatte die Veränderung im Kommunikationsmedium Geld eine Veränderung in der Realwirtschaft nach sich gezogen: Weil sich Geld vermehrte, sollte nun alles, was Tauschwert hatte, ebenfalls nach der Logik des modernen Geldes funktionieren. Also mussten sich auch die realen Tauschwerte verzinsen. Es gilt der gleiche Prämisse, die schon im ausgehenden Mittelalter gegolten hat: Die Warenwelt muss nach der Geldlogik funktionieren. Nur geht es nun in die entgegengesetzte Richtung: Weil die Geldsteuer kein leistungsloses Einkommen in der Geldwelt zulässt, gibt es nun auch kein leistungsloses Einkommen in der Realwirtschaft.

Die GewinnerInnen sind also vorerst einmal die UnternehmerInnen, die – bei gleich bleibenden Preisen – nun die Prämien der KapitalbesitzerInnen einstreifen. In einer Marktwirtschaft ist aber zu erwarten, dass einzelne UnternehmerInnen die Preise senken, um noch einen Wettbewerbsvorteil zu lukrieren. Diese Dynamik

sorgt dafür, dass die Preise sinken und sich die Unternehmensgewinne auf das bisher übliche Maß einpendeln. Mittelfristig profitieren also die KonsumentInnen. Die Preise für sämtliche Güter würden deutlich sinken, denn bisher waren in allen Preisen die Reichtumsprämien eingepreist. Weil durch die hier beschriebene Dynamik die Reichtumsprämien in der Warenwelt verschwinden, fallen die Preise: Je größer der bisherige Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtpreisen, umso größer der Preisverfall: Also ist davon auszugehen, dass beispielsweise Wohnungsmieten deutlich fallen. Bei arbeitsintensiven Dienstleistungen ist der Preisrückgang vermutlich geringer.

Ansonsten wären bei der Geldsteuer die gleichen Effekte zu erwarten wie bei der Vermögenssubstanzsteuer: Umverteilung von oben nach unten, geringere Sparneigung und höhere Konsumneigung. Die finanzielle Belohnung der Reservebildung würde ebenso wegfallen: Damit wären die Anreize zu gewaltsamer Ent-eignung, Arbeit und Verzicht reduziert.

Auswirkungen auf die Warenwelt

Untersucht werden muss noch der materielle Effekt auf die Warenwelt. Eine Steuer auf Geld hätte vermutlich auch bedeutende reale Effekte. Betrachten wir nochmals die Grundüberlegung für die Geldsteuer:

$$G - G(1-t_G) - W - G(1-t_G)(1+r) = G$$

Wenn die Vermögenssteuer so gesetzt ist, dass sie den leistungslosen Zinsteil abschöpft (also: $t_G = r/(1+r)$), dann steht am Anfang und am Ende der Kette die gleich große Geldmenge G . Das bedeutet: Die Institution, die die Geldsteuer nach dieser Regel einhebt, zieht damit genau so viel Geld aus dem Wirtschaftskreislauf wie Wert über die leistungslosen Zinsen vom Geld neu gebildet wird. Damit sollte die Geldmenge konstant bleiben.

7.3. Vermögensbestandsteuer oder Geldsteuer?

Halten wir nochmals fest:

Das Ziel von beiden Steuern ist es, die Dynamik von $G-W-G(1+r)$ zu stoppen und in einen Zustand überzuführen, der kein automatisches Wachstum der Vermögen mehr bedeutet, also langfristig gelten soll: $G-W-G$. Sowohl die Vermögens- als auch die Geldsteuer haben das Ziel, die Zinsgewinne zu vergesellschaften.

Die Unterschiede sind nun im Wesentlichen die folgenden:

- Verfahrenskosten:
 - Die Vermögenssteuer kämpft mit einem sehr hohen Bewertungsaufwand: Alle Vermögenstitel müssen ständig bewertet werden, damit die Steuer auf die richtige Basis vermessen wird.
 - Bei der Geldsteuer muss Geld in zyklischen Abständen entwertet werden. Dafür braucht es für das Bargeld ein praktikables System der Entwertung. Die elektronisch erfassten Geldbestände können sehr einfach entwertet werden.
- Einnahmen für die Community:
 - Bei der Vermögenssteuer sind die Einnahmen für die Community deutlich größer: Die Steuer fällt ja auf sämtliche Vermögen (Geld- wie Realvermögen) an.
 - Bei der Geldsteuer sind die Einnahmen deutlich geringer, weil die Realvermögen von ihr nicht erfasst werden. Die Umverteilung der bislang privat angeeigneten Reichtumsprämien erfolgt hier über sinkende Preise.

Weil vor allem der hohe Bewertungsaufwand gegen die Vermögenssteuer spricht, werde ich mich in der weiteren Behandlung vor allem mit Geldsteuer beschäftigen.

7.4. Veränderungen einer Geldsteuer für die verschiedenen AkteurInnen

Im Folgenden soll nun geprüft werden, was sich für die einzelnen TeilnehmerInnen des Wirtschaftsprozesses ändern würde, wenn eine Geldsteuer eingehoben wird, die den leistungslosen Zinsteil von den privaten in die öffentlichen Kassen umleitet.

7.4.1. UnternehmerInnen

Als Unternehmer/in wird jene Person definiert, die ein Unternehmen führt. Die reine UnternehmerInnen-Funktion ist völlig mittellos gedacht und in dieser Betrachtung vollständig von jener der/des Eigentümerin/s getrennt. Für so definierte UnternehmerInnen würde sich durch eine Geldsteuer wenig ändern: Das Ziel eines Unternehmens wäre es weiterhin, den Profit (Erlöse weniger Kosten) zu maximieren.

Die wichtigste Veränderung würde im Bereich der Finanzierung eintreten: Die/Der UnternehmerIn würde bei Fremdfinanzierung – wie bisher – Zinsen (inkl. Reichtumsprämie) für das eingesetzte Kapital zahlen. Wenn das Unternehmen aber mit hohem Eigenkapitalanteil ausgestattet ist, hat es nun einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil. Denn der kalkulatorische interne Zins auf das Eigenkapital fällt weg: Für Unternehmen besteht somit ein verstärkter Anreiz, hohe Eigenkapitalquoten zu erzielen: Man könnte eigene MitarbeiterInnen am Unternehmen beteiligen, aber sich auch für andere InvestorInnen öffnen.

Wenn die UnternehmerInnen in einer funktionierenden Marktwirtschaft agieren, wird sich die allgemeine Situation für die UnternehmerInnen kaum ändern: Das Konkurrenzverhältnis zwischen den UnternehmerInnen besteht nach wie vor. UnternehmerInnen hätten noch immer einen Anreiz, die ArbeiterInnen auszubeuten, Steuern zu hinterziehen, die Umwelt zu verschmutzen,

KonsumentInnen durch Werbung zu täuschen oder in neue, Profit versprechende Technologien zu investieren. - All das könnte ihren Unternehmensgewinn vergrößern bzw. dafür sorgen, dass ihr Unternehmen nicht aus dem Markt gedrängt wird. Was die/der Unternehmer/in mit dem Gewinn macht, ist grundsätzlich ihre/seine Entscheidung. Hier erscheint es mir nochmals wichtig, auf die beiden verschiedenen Rollen hinzuweisen. Als Unternehmer/in erhält sie/er nur den UnternehmerInnen-Lohn. Wenn sie/er viel verdient, Reserven bildet und den Gewinn (im eigenen Unternehmen oder bei anderen Sparformen) anlegt, so wechselt sie/er ihre/seine Position: Für diesen Teil fungiert sie/er in der Rolle der/des Kapitaleignerin/s. Der gravierende Unterschied, der nun auch für die/den Unternehmer/in relevant ist, ist die veränderte Anreizwirkung: Weil die gebildeten Reserven nicht mehr „von alleine“ wachsen, wird der Anreiz zu hohen Gewinnen reduziert. Der Anreiz, Profite zu erzielen, ist nach wie vor da, aber er ist kleiner geworden.

7.4.2. ArbeiterInnen

ArbeiterInnen sind jene, die in den Unternehmen die konkrete Arbeitsleistung erbringen. Für sie ergäbe sich in einer Welt mit Geldsteuer keine grundlegende Veränderung: Die Arbeitskräfte müssen nach wie vor im Produktions- bzw Dienstleistungsprozess die Wertschöpfung erbringen. Durch ihr Handeln erhöhen sie den Tauschwert der Waren. Der hinzugefügte Tauschwert soll größer sein als der Lohn, sonst rechnet sich die Anstellung der Arbeitskraft nicht.

Nach wie vor besteht in einer Welt mit Geldsteuer der latente Verteilungskonflikt zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen. Die ArbeiterInnen wollen hohe Löhne erhalten, die UnternehmerInnen wollen niedrige Löhne ausbezahlen. Allerdings wäre diese Konfrontation durch zwei Effekte gemildert:

- Weil weder UnternehmerInnen noch ArbeiterInnen ihre Überschüsse (Gewinn bzw. Lohn minus Konsumausgaben) mit Gewinn anlegen können, reduziert sich ihr Anreiz, für ein möglichst großes Stück am erwirtschafteten Kuchen zu kämpfen. Der Anreiz ist nach wie vor da, aber er ist kleiner geworden, weil sich die Reserven mit der Zeit nicht mehr vermehren.
- Weil die Personen, die in die Rolle der ArbeiterInnen schlüpfen, (in ihrer Rolle als Mitglieder der Community) eine neue relevante Einkommensquelle (in Form von Grundeinkommen oder Sachleistungen bzw. niedrigere Warenpreise) erhalten, reduziert sich auch für sie die Bedeutung der Lohnhöhe.

Also: Der Interessenkonflikt zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen ist nach wie vor da, er verliert aber an Schärfe.

7.4.3. SchuldnerInnen

Personen, die sich von anderen Menschen Geld leihen, müssen auch in einer Welt mit Geldsteuer den vollen Zins an die GläubigerInnen zahlen, also inklusive Reichtumsprämie.

Kapital, das geliehen wurde, müsste mit vollem Zins zurückgezahlt werden. Der Zins an sich ist ja nicht abgeschafft.

7.4.4. KapitaleignerInnen

Personen, die an andere Menschen Geld verleihen, erhalten in einer Welt mit Geldsteuer ihr Geld wieder zurück, allerdings ohne Zuschlag. Für sie würde eine gravierende Änderung eintreten. Bisher vermehrte sich das angelegte Kapital jedes Jahr um die Reichtumsprämie. Wenn nun die Geldsteuer so festgesetzt wird, dass sie gleich hoch wie die Reichtumsprämie ist ($t_G = r/(1+r)$), wäre das Kapital nach einer Periode gleich groß wie am Beginn. Es würde der beabsichtigte Effekt eintreten: Die/Der

Kapitaleigner/in könnte aus der Tatsache, dass sie/er Geld verleiht, kein Einkommen erzielen.

Dennoch besteht für die/den Kapitaleigner/in nach wie vor ein Anreiz, ihr/sein Geld zu verleihen (oder sich an Unternehmen zu beteiligen): Denn tut sie/er das nicht, verliert sie/er die Zinsen. Die Geldsteuer wäre aber trotzdem zu zahlen. Würde sie/er Geld zurückhalten, würde das vorhandene Kapital um die Geldsteuer schrumpfen: Nach einer Periode wäre aus K dann $K(1 - r/(1+r))$ geworden: Wenn also beispielsweise eine 4,67prozentige Geldsteuer eingehoben wird, würde sich nicht verliehenes Kapital nach einer Periode auf 95,33 Prozent des Ausgangswertes reduzieren. Weil man also verliert, wenn man nicht verleiht, besteht nach wie vor ein Anreiz, Geld zu verleihen.

7.4.5. Community (Staat)

Die Institution, die die Geldsteuer einhebt, würde nach Einführung der Geldsteuer hohe zusätzliche Einnahmen erhalten. Also wäre sie eine eindeutige Gewinnerin des neuen Regimes. Dazu ein kleines Rechenbeispiel: Würde man sämtliches Finanzvermögen (in Österreich derzeit 370 Mrd Euro) mit einer Geldsteuer von 4,67 % einheben, könnte man jährlich fast 18 Mrd Euro lukrieren. Was damit passiert, müsste ein Gremium des Staates bzw. der Community entscheiden: Ob damit Feste gefeiert, Spielplätze errichtet, Investitionen gefördert, Waffen gekauft oder ein allgemeines Grundeinkommen finanziert wird, obliegt der Entscheidung der Community.

Community oder Staat?

Wer die Steuer einhebt, ist noch offen: Es wäre denkbar, dass sich (kleinere) Communities (Regionen, Städte) bilden, die die Geldsteuer einheben. Dies hätte den Vorteil, dass die Verteilung

der Mittel überschaubarer wäre. Anonyme Staaten tendieren zu Machtmissbrauch und Fehlallokationen. Zudem glaube ich, dass die modernen Staaten zu groß sind, als dass sie eine gute Verbindung von Basis und Führung gewährleisten können. Mit Leopold Kohr (2002) glaube ich, dass Größe zu einem zentralen Problem menschlicher Gesellschaften werden kann. Kohr schlug daher in seinem Buch „Das Ende des Großen“⁵⁵ vor, die großen europäischen Staaten zu teilen. So sollten Deutschland und Frankreich auf jeweils ca. zehn gleich große Staaten aufgeteilt werden. Kohr fühlt sich in dieser Argumentation von Aristoteles bestätigt, der in Hinblick auf die Größe eines Staates meinte, dass die Volksmenge „leicht überschaubar“ bleiben müsse. (vgl. Pol. 1326b)

Die Existenz der vorhandenen Staaten halte ich für ein Produkt des kapitalistischen Systems. Die Dynamik der Geld- und Wertvermehrung hat sich Institutionen geschaffen, die seine Entfaltung bestmöglich gewährleisten. Historisch gesehen tendiert diese Dynamik dazu, sich immer größere einheitliche Wirtschaftsräume zu schaffen. Folglich würde sich bei einer Geldsteuer, die eben diese Dynamik stoppen soll, auch das Institutionengefüge grundlegend verändern. Weil wir moderne ZeitgenossInnen an die Existenz von Staaten gewohnt sind, ist davon auszugehen, dass zumindest in einer Anfangsphase die Staaten die Rolle der Geldverwaltung übernehmen. Sollte sich herausstellen, dass einzelne Staaten für diese Rolle zu groß oder zu klein ist, können ja jederzeit noch Änderungen vorgenommen werden.

Mittel- und langfristige gehe ich davon aus, dass diese Rolle von den Staaten an kleinere Communities übergeben wird. Die richtige Größe dieser Communities wird sich erst herausstellen. Wenn die Größe zu klein ist, kann Geld seine Wirkung als Kommunikationsmittel nicht wirklich entfalten. Wenn sie zu groß sind, ist die Gefahr von Missbrauch zu groß und die demokratische Teilhabe schwierig zu gewährleisten. Die passende Größe kann sich evolutiv herausbilden: Gegebenenfalls können Communities

⁵⁵ Erstmals erschienen im Jahr 1951

fusionieren oder sich trennen. Die Gefahr, dass sich durch die Trennung von Staaten (kriegerische) Konflikte ergeben könnten, sehe ich deutlich abgemildert, weil der Besitz von Eigentum mit keinem Einkommen mehr verbunden ist.

7.4.6. KonsumentInnen

Heutzutage werden die Reichtumsprämien als Kosten den Preisen zugerechnet. Das bedeutet, dass alle KonsumentInnen mit der Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen die Reichtumsprämien bezahlen.

Wie bereits dargestellt, werden die UnternehmerInnen nach Einführung einer Geldsteuer versuchen, ihren Kapitalbedarf mit Eigenkapital zu decken, weil bei Fremdkapital nach wie vor die Reichtumsprämien zu zahlen sind. Bei Eigenkapital fallen die Reichtumsprämien nicht mehr an, weil die KapitaleigentümerInnen auf den Finanzmärkten mit keiner alternativen Veranlagung drohen können. Folglich werden die Preise von vielen Produkten sinken. Also sind die KonsumentInnen die eindeutigen GewinnerInnen des neuen Regimes.

Zur Abschätzung des Ausmaßes der Reduktion der Warenpreise kann die Arbeitseinkommensquote herangezogen werden. Sämtliche Kapitaleinkommen werden durch die Geldsteuer auf die KonsumentInnen und die Community umverteilt. Die Arbeitseinkommensquote wird in den großen Industrieländern auf 70-80 Prozent geschätzt. Werden nun sämtliche Kapitaleinkommen vergesellschaftet, so dürfen sich die KonsumentInnen auf einen realen Wohlstandzugewinn von 20-30 Prozent des Volkseinkommens freuen. Je kapitalintensiver die jeweiligen Waren sind, umso höher fällt die Preisreduktion aus. Bei arbeitsintensiven Produkten ist die Preisreduktion geringer.

7.5. Drei Exkurse:

7.5.1. Zinskritik und Wertkritik

Die Idee der Geldsteuer greift auf die Überlegungen von Silvio Gesell (1984/1916) zurück. Gesell kritisiert in seinen Werken den Zins und fordert zinsloses Geld und zinslosen Boden. Er nennt es „Freigeld“ und „Freiland“. Durch eine Umlaufsicherung, die den gleichen Charakter einer Geldsteuer hat, will Gesell den Zins völlig abschaffen. Außerdem müsse auch Grund und Boden mit einer Abgabe versehen werden. Seine Theorie wird „Freiwirtschaft“ genannt.

Die Schule der „Wertkritik“ fühlt sich der marxistischen Theorie über Ware, Wert und Geld verbunden. Das Wesen des Kapitalismus sei es, die Kapitalakkumulation immer weiter voranzutreiben. Folglich werde der Wert der Arbeit nur nach ihrem Beitrag zur Wertvermehrung gemessen. So werde sie zur „abstrakten Arbeit“ (vgl. Heinrich 2003, Postone 2003 oder Jappe 2005). In wertkritischen Kreisen werden zinskritische Ansätze abgelehnt, weil sie das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft nicht verstanden hätten bzw. antisemitisch gefärbt seien. (vgl. Schandl 2004 bzw. Exner/Grohmann 2005) Ich habe mich in diesem Buch über weite Strecken auf wertkritischer Grundlage bewegt, dabei aber auf zentrale zinskritische Ideen zurückgegriffen. Wird damit Unversöhnliches versöhnt?

Ich habe in meinen Ausführungen bereits versucht, die Ausbeutung mit der Reichtumsprämie als ident zu identifizieren und mich dabei auf theoretische Überlegungen von Karl Marx bezogen (vgl. Kapitel 3.5.2.): Wenn man den Unternehmerlohn als Arbeit betrachtet, ist der Mehrwert ident mit dem leistungslosen Zinsteil.

Eine Geldsteuer wäre ein direkter Eingriff in die kapitalistische Zirkulationssphäre. Ich erwarte, dass sich die Veränderung, die

in der Geldwelt vorgenommen wird, auf die Warenwelt übertragen. Diese Idee ist faszinierend. Ich hege die Hoffnung, dass ein solcher Eingriff das kapitalistische System in seinem innersten Kern treffen und die permanente Kapitalakkumulation abstellen könnte. Eine Steuer auf Geld könnte so ein wichtiger (vielleicht notwendiger) Zwischenschritt beim Umbau von einer kapitalistisch-zentralistischen Wirtschaftsordnung hin zu einer solidarisch-anarchistischen Gesellschaft werden. Dabei ist schon klar: Es braucht nicht nur ein Zaubermittel (wie die Geldsteuer), damit dann alles gut wird. Aber eine solche Geldsteuer könnte eine sehr wichtige Bremse sein, die es unserer Gesellschaft ermöglicht, durchzuatmen und sich aus fatalen Selbstverständlichkeiten zu lösen:

Einige Bemerkungen zur Freiwirtschaft:

1. In der freiwirtschaftlichen Literatur wird der Zins (vgl. 1984/1916: 309ff) problematisiert. Wie ich schon ausführlich dargestellt habe, halte ich nicht den Zins als Ganzes für problematisch, sondern ausschließlich seinen leistungslosen Teil (Reichtumsprämie). Jene Teile des Zinses, die zur Abdeckung der Versicherungsprämie und des Vermittlungsentgelts verwendet werden, halte ich für vollkommen legitim. Bei Margrit Kennedy (2011: 18) findet sich sogar der Hinweis, dass sie zwar von Zinsen spricht, aber eigentlich die Reichtumsprämie (und Inflationsausgleich) meint. Wenn man also die Reichtumsprämie meint, dann soll man es auch sagen und keine ungenaue Begrifflichkeit verwenden.
2. In der freiwirtschaftlichen Literatur wird ein großes Missverständnis nicht gelüftet: Die Freiwirtschaft behauptet, dass mit einer Umlaufsicherung die Zinsen abgeschafft werden. Das ist aber nicht der Fall: Denn Zinsen würden auch bei einer Geldsteuer (Umlaufssicherung) in vollem Umfang existieren. Was sich ändern würde, ist, dass sinnvollerweise ein Teil des Zinses (Reichtumsprämie) nicht mehr in die privaten Kassen fließt,

sondern in jene der Communities: Die/Der Kapitaleigner/in würde aus dem reinen Besitz von Geld und Kapital kein Einkommen erzielen können. Sie/Er erhielte zwar nach wie vor die Reichtumsprämien, müsste aber eine Steuer in der gleichen Höhe zahlen. Das leistungslose Zinseinkommen würde dann an die Institution umgelenkt, die die Umlaufsicherung ausgibt. Der leistungslose Zins wäre nicht abgeschafft, sondern vergesellschaftet.

3. Naturbegriff: Gesell (1984/1916:12) schreibt im Vorwort zur dritten Auflage: „Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern als eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepasst ist.“ Wie ich schon mehrfach ausgeführt habe, glaube ich nicht, dass es so etwas wie eine „Natur des Menschen“ gibt.
4. Sozialdarwinismus: Gesell (1984/1916: 16f) will mit seinem Wirtschaftsprogramm die Mängel im derzeitigen System beheben, sodass sich die Wirtschaft besser entfalten kann: Die Folge ist, dass die „Auslese“ unter den Menschen durch den „freien, von keinerlei Vorrechten mehr gefälschten Wettbewerb“ geleitet wird. Es zähle nur noch die persönliche Arbeitsleistung, denn die Arbeit sei „die einzige Waffe des gesitteten Menschen in seinem ‚Kampf ums Dasein‘. Durch immer bessere, höhere Leistungen sucht sich der Mensch im Wettbewerb zu behaupten.“ Gesell hat also meines Erachtens nicht begriffen, dass es das moderne Geld war, das die Konkurrenz zwischen den Menschen in ungeheurem Maß verstärkt hat.
5. Gesell will durch eine Umlaufsicherung die Verteilung des Wohlstands in gerechtere Bahnen lenken. Die Art und Weise, wie wir diesen Wohlstand produzieren, nämlich vor allem durch fremdbestimmte, „abstrakte“ Arbeit und der Sinn der Wohlstandsproduktion werden von ihm nicht problematisiert: Im Gegenteil: Das „Manchestertum“ könne sich nur in einer freiwirtschaftlichen Ordnung frei entfalten. Ich glaube aber, dass Gesell und seinen AnhängerInnen oft gar nicht die

Tragweite der Veränderung im Geldsystem bewusst ist: Es würde nicht nur die Verteilung anders werden, sondern auch unsere Produktionsweise, das Zusammenleben, unsere grundsätzlichen Wertvorstellungen, ja sogar die Wahrnehmung der Zeit. Wenn man Geld als zentrales Kommunikationsmittel versteht, ändert man mit einer Veränderung des Kommunikationsmittels die gesamte Gesellschaft.

7.5.2. Antisemitismus und Kapitalismuskritik

„Die Kritik an den Machtstrukturen des Geldes und des Zinses sowie an Handel und Spekulation mit Boden geht zwar auf alte jüdisch-christlich-muslimische Wurzeln zurück. Dennoch war diese Kritik im Laufe der Jahrhunderte häufig vom Antisemitismus wie von einem dunklen Schatten begleitet. Unzureichendes Verständnis der mit Geld und Zins verbundenen strukturellen Macht hat immer wieder zu dem Fehler geführt, das Problem der Geldstruktur zu personalisieren und die Juden zu Sündenböcken zu machen. Insofern ist bei der Kritik an Geld und Zins immer eine erhöhte Wachsamkeit geboten, um mit der notwendigen Kritik an den Machtstrukturen nicht zugleich einer neuen Judenfeindschaft Vorschub zu leisten.“ (vgl. Onken 2004: 3f)

Oberflächlich betrachtet gibt es eine Nähe zwischen Zinskritik und Antisemitismus; nämlich dann, wenn man die/den Kapitaleigner/in mit konkreten Menschen (JüdInnen) gleichsetzt. Diese Gleichsetzung wurde in der Vergangenheit häufig vorgenommen: Man denke an die NS-Propaganda von der „Brechung der (jüdischen) Zinsknechtschaft.“⁵⁶ Auch in der Gegenwart sind Personalisierungen in der Kapitalismuskritik immer wieder zu finden: BankerInnen und SpekulantInnen werden dann persönlich für

56 Silvio Gesell hat sich vom Nationalsozialismus nicht vereinnahmen lassen, auch wenn das in kapitalismuskritischen Kreisen behauptet wird. Gesell hat sich deutlich gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus ausgesprochen und universelle Menschenrechte eingefordert. Nichtsdestotrotz haben AnhängerInnen Gesells mit den Nazis paktiert und ihre Nähe gesucht. (vgl. Onken 2004)

Fehlentwicklungen im System verantwortlich gemacht. In rechten Ideologien werden Verschwörungstheorien aufgewärmt: So heißt es beispielsweise im Parteiprogramm der FPÖ, dass „parasitäre Bonzen“ oder „internationale Spekulanten“ die arbeitende Bevölkerung ausbeuten würden. (vgl. attac 2005)

Um es an dieser Stelle auch nochmals ganz deutlich zu machen: Die Ursachen für die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung liegen im System, das unsere gesamte Gesellschaft tiefgreifend verändert hat. Die Folgen dieser systemischen Ursachen sind wachsende Verteilungungerechtigkeiten und permanentes Wachstum der Tauschwerte. Weil dieses System mittlerweile fast den gesamten Globus⁵⁷ erfasst hat, ist das Problem ein globales Problem.

Das Problem sind also *nicht* bestimmte Personen oder Personengruppen, sondern die Regeln, nach denen unser System funktioniert: Auch die/der Kapitaleigner/in fungiert lediglich als Träger/in einer Charaktermaske und nicht als konkrete Person oder Personengruppe: Im kapitalistischen System wird sie/er systematisch belohnt, wenn er sich nach den kapitalistischen Regeln verhält. Welche Religion, Geschlecht oder sexuelle Orientierung die/der Träger/in einer Charaktermaske hat, ist für die formale Funktionsweise des Kapitalismus völlig irrelevant. Auch bestimmte Berufsgruppen (BankerInnen, SpekulantInnen, o.ä.) erfüllen in diesem System eine systemimmanente Aufgabe. Wer konkrete Personen(gruppen) für Entwicklung im kapitalistischen System verantwortlich macht, hat vom System nichts verstanden. Eine Verwechslung von systemischen und phänomenologischen Ursachen ist zweifach fatal:

- Erstens: Die Personalisierung von systemischen Ursachen kann Mord, Vertreibung und Genozide zur Folge haben: Der Holocaust war der furchtbare Höhepunkt dieser Verwechslung. Aber

⁵⁷ Es gibt weltweit über 100 „unkontaktierte Völker“, die nicht mit der westlichen Zivilisation in Kontakt gekommen sind. Sie leben als selbstversorgende Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Fischer, JägerInnen und SammlerInnen in dicht bewaldeten Gebieten; beispielsweise im Amazonas, in Neuguinea oder in Vietnam. (vgl. Glauser 2012: 14ff)

auch schon davor war die kapitalistische Entwicklung von anti-semitischen Feindbildern und Progromen an der jüdischen Bevölkerung durchsetzt. Wer in seiner Kapitalismuskritik mit antisemitischen, rassistischen oder stereotypischen Feindbildern hantiert, leistet der Gewalt Vorschub. Das sollte in Anbetracht unserer historischen Erfahrungen heute völlig klar sein.

- Zweitens: Wer Personen und nicht das System für gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich macht, lenkt vom wesentlichen Problem ab. Diese Ablenkung mag ein Ventil für die aufgestaute Wut sein, sie richtet die Wut allerdings auf die falschen AdressatInnen. Damit ändert sich nichts – aber auch gar nichts – an den systemisch-strukturellen Ursachen des Kapitalismus.

Wer also systemische Ursachen personalisiert, stellt bloß eines unter Beweis: Sie/Er hat vom Kapitalismus nichts, aber auch gar nichts, verstanden.

7.5.3. Komplementärwährungen

In der geldkritischen Literatur (vgl. Lietaer 1999) werden gerne Komplementärwährungen als sinnvolle Ergänzungen zum herrschenden Geldsystem vorgeschlagen: Zusätzlich zum konventionellen Geld, das nach wie vor nach seiner bekannten Logik tickt, wird in kleineren Regionen ein komplementäres Geld geschaffen. Für dieses komplementäre Geld soll dann eine sog. Umlaufsicherung eingehoben werden. Diese Umlaufsicherung entspricht der hier vorgeschlagenen Geldsteuer.

Von diesen Komplementärwährungen gibt es weltweit bereits eine beachtliche Fülle von Beispielen. Diese Experimente halte ich für wertvoll, weil dabei Erfahrungen gesammelt werden, die für die praktische Umsetzung eines neuen Geldsystems von Belang sein können.

Allerdings denke ich, dass Komplementärwährungen, die sich nur als kleinräumige Ergänzung zu dominierenden Währungen verstehen, die grundsätzliche Dynamik von $G-W-G(1+r)$ nicht durchbrechen. Wenn es weiterhin möglich ist, sein Geld in konventioneller Art und Weise für sich arbeiten zu lassen, also eine leistungslose Reichtumsprämie zu kassieren, ist es für alle VermögensbesitzerInnen rational, weiterhin das konventionelle Geld zu verwenden. Eine sich entwertende Komplementärwährung werden vermutlich nur jene verwenden, die von der zugrunde liegenden Idee (Stärkung der Regionalwirtschaft, Kritik am Wirtschaftssystem) überzeugt sind. Diese Idee mag manchen AnlegerInnen schon so viel wert sein, dass sie auf die Reichtumsprämie des konventionellen Geldes verzichten. Ich fürchte aber, dass solche Komplementärwährungen immer nur ein Mauerblümchen-Dasein fristen werden. Ich glaube also: Wenn man die Idee einer Geldsteuer (Umlaufsicherung) befürwortet, dann muss sie schon im gesamten Währungsraum als verbindliche gesellschaftliche Regel gelten. Dann darf es nicht daneben die alten Systeme geben.

Interessant werden könnten Komplementärwährungen freilich dann, wenn das konventionelle Geld in eine systemische Krise gerät: Wenn nach einem bank run das konventionelle Geld nicht mehr verfügbar ist, könnte man auf diese Komplementärwährungen zurückgreifen. Dann könnte das Problem sein, dass sie nicht auf solche Größenordnungen ausgelegt sind und leicht überfordert sein könnten. In diesem Fall müssten also die Komplementärwährungen in kurzer Zeit ausgebaut werden. Wenn es diese Komplementärwährung noch nicht gibt, könnte von staatlicher/regionaler Seite ein neues Währungssystem (mit der hier vorgestellten Geldsteuer) eingeführt werden.

7.6. Einwände

Gegen die Einführung einer Geldsteuer sind viele Einwände denkbar. Einige Einwände möchte ich im Folgenden darstellen und versuchen, sie zu entkräften.

7.6.1. Einwand 1: Kapitalflucht

Führt ein einzelner Staat – außerhalb einer tiefen ökonomischen Krise (wie einem bank run) – eine Geldsteuer ein, wird Kapitalflucht einsetzen: Mobiles Kapital (wie Spareinlagen, Aktien, Anleihen) wird in Scharen aus diesem einen Staat abziehen. Auch die BesitzerInnen von immobilien Vermögen (Grundstücke, Häuser, Produktionsstätten, usw.) würden reagieren. Sie würden versuchen, ihr immobilien Kapital in mobiles umzuwandeln und so dann ins Ausland transferieren.

Folgende Effekte wären zu erwarten:

- Der Preis für Immobilien fällt gewaltig: Die BesitzerInnen von Immobilien wollen alle verkaufen; es wird aber kaum jemand bereit sein zu kaufen. Damit sinken jedenfalls die Mieten und die Produktionspreise.
- Auf dem Kreditmarkt wird sich das Kreditangebot – wegen der Kapitalflucht – verknappen. Hier ist die entscheidende Frage, auf welchem Niveau sich das Kreditangebot einpendelt: Derzeit haben wir offensichtlich ein Überangebot an Krediten, das in die Blasenbildung ausweicht. Auf dieses Überangebot kann die Realwirtschaft leicht verzichten. Wenn das Kreditangebot für die Realwirtschaft zu klein ist, werden die Zinsen steigen, was den gewünschten Effekt (kein leistungsloses Einkommen) abschwächen würde. Dem kann entgegengewirkt werden, indem die Community (oder Banken in ihrem Eigentum) selbst

Kredite vergibt. Sie wird sich bei der Zinshöhe an der Höhe der Geldsteuer orientieren, sodass der gewünschte Effekt (kein leistungsloses Einkommen) eintritt.

- Der Staat würde durch die Geldsteuer hohe zusätzliche Einnahmen lukrieren. Je größer die Kapitalflucht, desto geringer würden diese zusätzlichen Einnahmen sein. Umgekehrt würden Steuereinnahmen, die der Staat derzeit auf Vermögen einhebt (z.B. Kapitalertragssteuer), durch die Kapitalflucht zurückgehen. Betroffen wären davon vor allem jene Länder, in denen die Vermögenssteuern heute einen großen Anteil der Gesamtsteuereinnahmen ausmachen; also die USA oder Großbritannien, wo die Steuern auf Vermögen laut OECD (2007) mehr als 11 Prozent der gesamten Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen ausmachen. Österreich (1,3%), Deutschland (2,3%) oder die skandinavischen Länder (zwischen 2,2 und 4,1%) hätten da weniger zu befürchten.
- Wenn Kapital in großem Stil in fremde Währungen umgetauscht wird, führt das zu einem Verfall der eigenen Währung. Das ist gut für die einheimische Wirtschaft, weil sie ihre Produkte billiger am Weltmarkt anbieten kann. Umgekehrt steigen die Preise für alle Importe. Importgüter und Auslandsreisen werden für die inländischen BürgerInnen deutlich teurer.

Der Kapitalflucht muss der Staat nicht tatenlos zusehen: Um ihr wirksam Einhalt zu gebieten, müssten theoretisch alle BürgerInnen des gemeinsamen Währungsraumes ihre ausländischen Vermögenstitel (mobile wie immobile) offen legen. Auf diese Vermögen wäre dann dieselbe Steuer – wie die Geldsteuer – zu zahlen. Freilich haben die BürgerInnen wenig Anreiz, ihre Vermögen offen zu legen, weil man dafür ja zahlen muss. Also wird man versuchen, der Offenlegungspflicht zu entkommen. Das könnte die Community wiederum mit folgenden Maßnahmen bekämpfen:

- Hohe Strafen auf Steuerhinterziehung: Und nichts anders wäre diese versteckte Kapitalflucht.
- Beschränkung der Kapitalfreiheit, sprich Kontrollen beim Umtausch von fremder in inländische Währung: Tauscht jemand große Summen in inländische Währung, so ist zu kontrollieren, woher diese Summe kommt. Wenn es sich dabei um unverteuertes Vermögen handelt, das ein/e Inländer/in im Ausland geparkt hat, so wäre die Steuer (plus eine Strafzahlung) nachzuzahlen.
- Beeinflussung der öffentlichen Meinung: Wenn die Bevölkerung eines Währungsraums der Meinung ist, dass es sich bei der Maßnahme um eine sinnvolle Maßnahme handelt, dann müsste sich auch eine Haltung etablieren, die die Steuerflucht ächtet.

Freilich bleibt die Steuerflucht eine zentrale Schwachstelle der Geldsteuer, wenn sie nur in einem Staat eingeführt wird. Weil immobiles Vermögen nicht so einfach außer Landes transportiert werden kann, ist davon nur das mobile Vermögen betroffen. Der Reichtum in Form von Grund und Boden, Gebäuden und Produktionsstätten bleibt zum allergrößten Teil im Land und wird durch die Geldsteuer jedenfalls erfasst. Immobiler Reichtum macht in Österreich gut 70 Prozent des gesamten Reichtums aus: Laut Sozialbericht 2003-2004 verteilte sich das damalige Gesamtvermögen von 944 Mrd Euro auf 428 Mrd Euro Immobilienvermögen, 247 Mrd Unternehmensvermögen und „nur“ 269 Mrd (=28,5%) Geldvermögen. (vgl. BMSG 2004: 241ff)

Der Kampf gegen die Steuerflucht würde sich freilich erübrigen, wenn eine solche Steuer in allen Regionen der Erde eingeführt wird. Je internationaler diese Bewegung, desto geringer werden die Fluchtmöglichkeiten. Sollten mehrere Länder eine solche Maßnahme einführen, werden die Regionen, die nicht mitmachen, von einer Geldschwemme erfasst. Die Effekte sind

dann genau umgekehrt: Die Zinsen fallen, die Währungen der Fluchtländer werten auf, die Preise für Immobilien steigen. In den Fluchtländern sind die besten Voraussetzungen für die Bildung von Finanzblasen gegeben.

Eine einzelstaatliche Einführung einer Geldsteuer erscheint mir also schwieriger als die Einführung in vielen Ländern der Erde, aber sie ist möglich: Denn wenn der politische Wille zur Einführung einer solchen Steuer vorhanden ist, so ist wohl davon auszugehen, dass auch der politische Wille vorhanden sein wird, wirksame Maßnahmen gegen die Steuerflucht zu setzen.

7.6.2. Einwand 2: weniger Wohlstand

Wie bereits dargestellt hat unser derzeitiges Wirtschaftssystem einen Anreizmechanismus zur Produktion von immer mehr Wert und Geld eingebaut. Eine Folge davon ist, dass so der in Geldeinheiten gemessene Wohlstand laufend wächst.

Der Mechanismus funktioniert so, dass die KonsumentInnen mehr für die Waren zahlen müssen als die ArbeiterInnen und UnternehmerInnen erhalten. Es ist so, dass die KonsumentInnen bei jedem Kauf die KapitalistInnen mitfinanzieren. Mit diesen vorenthaltenen Beträgen wird der Anreiz zur Reservebildung finanziert. Wenn diese vorenthaltenen Beträge nun die Allgemeinheit einkassiert, reduziert sich für alle Beteiligten der Anreiz zur Reservebildung. Freilich darf auch dann jede/r viel bzw. effizient arbeiten und so ihren/seinen Wohlstand vermehren. Zum Lohn (bzw. Gewinn) kommt aber nichts mehr hinzu; die exponentiell wachsenden (Reichtums-)Prämien entfallen. Daher ist zu erwarten, dass weniger gearbeitet und die Dynamik der Geld-, Wert- bzw. Wohlstandsvermehrung gebremst wird. Somit wird weniger Wohlstand produziert als bisher.

Das mag manche erschrecken, weil die Steigerung des Wohlstandes bis dato *das* gesellschaftliche Leitprojekt ist. Sie ist zum

Synonym für Fortschritt und individuelles Lebensziel geworden. Wenn der individuelle Anreiz zur Wohlstandssteigerung wegfällt, kommt der Wohlstand als gesellschaftliches Leitprojekt in die Krise. Das ist für die Gesellschaft als Ganzes, aber auch für alle einzelnen Menschen eine große Herausforderung.

7.6.3. Einwand 3: Umgehung der Geldsteuer durch direkten Tausch

Mit der Geldsteuer ist Geld einer regelmäßigen Bestandssteuer unterworfen, die so hoch ist, dass die privaten Vermögen im gesellschaftlichen Durchschnitt nicht mehr vermehrt werden können. Wenn sich Geld laufend entwertet, wird die Verwendung von Geld weniger attraktiv: Man könnte diesen Verfall umgehen, indem man für die Transaktionen kein Geld verwendet, sondern die Waren direkt tauscht. Beim direkten Warentausch fällt ja die Geldsteuer nicht an. Also wird vermutlich wieder mehr direkt getauscht. Das bedeutet: Die Bedeutung von Geld als Kommunikationsmittel wird abnehmen. Die Bedeutung von direktem Tausch wird zunehmen. Dies ist erfreulich, weil der Tausch in vorkapitalistischen Zeiten – über die Prinzipien von Reziprozität und Redistribution (vgl. Polanyi 1995: 77ff) – die Qualität der sozialen Beziehungen gestärkt hat. An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass Geld in vorkapitalistischen Zeiten ein Kommunikationsmittel für den unpersönlichen Tauschhandel mit fremden Personen war. Im engeren Bekanntenkreis wird und wurde Geld nicht verwendet. Dorthin werden wir vermutlich wieder zurückkehren: Geld wird nach Einführung der Geldsteuer für die Kommunikation mit fremden Gesellschaften seine Bedeutung beibehalten. Im familiären, freundschaftlichen und nachbarschaftlichen Kontext wird es bedeutungslos werden.

Wenn sich Geld mit der Zeit entwertet, dann tut es eigentlich nichts anderes als die allermeisten Produkte: Egal ob Weizen, Computer oder Staubsauger. Sie werden mit der Zeit immer weniger wert. Etwas anders ist das bei Edelmetallen oder Grund-

stücken, also Gütern, die mit der Zeit kaum an (Tausch-)Wert verlieren; beispielsweise Gold. Angenommen der Preis von Gold bleibt über die Jahre konstant. Gold hätte als Anlageform gegenüber Geld nur dann einen Vorteil, wenn es beständiger wäre als Geld. Werden dann die Menschen lieber Gold als Geld verwenden, wenn die Geldsteuer kommt? Ich denke nicht, denn durch die Geldsteuer ist der Zins (inklusive der Reichtumsprämie) nicht abgeschafft. Aus AnlegerInnen-Sicht würde man für das angelegte Geld auf der einen Seite den Zins (inklusive der Reichtumsprämie) einnehmen, auf der anderen die Geldsteuer abliefern. Je nach Größe von Reichtumsprämie und Steuer ergibt sich dann ein positiver oder negativer Saldo. Nehmen wir hier an, dass sich die beiden ausgleichen, der Saldo also Null ist: Dann wäre das Halten von Geld gleich lukrativ wie das Halten von Gold.

Diese Überlegung macht deutlich, dass die Geldsteuer nicht einfach beliebig erhöht werden kann. Würde eine Community auf die Idee kommen, eine Geldsteuer einzuheben, die die Reichtumsprämie bei weitem übertrifft, würden die AnlegerInnen aus dem Geld fliehen und lieber mit Gold, Edelmetallen oder anderen beständigen Stoffen handeln.

7.6.4. Einwand 4: Boden statt Geld

Durch eine Geldsteuer wären alle Geldvermögen einer Steuer unterworfen. Man könnte einwenden, dass die BesitzerInnen von Immobilien (z.B. Grundstücken) verschont blieben. Diese hätten eine Art Refugium. Diese Gefahr hat beispielsweise Silvio Gesell gesehen und daher eine Bodenverstaatlichung gefordert. Für die Nutzung des Bodens sei ein Pachtzins zu zahlen. Dieser Idee hat Gesell den Namen „Freiland“ gegeben. (vgl. Gesell 1984/1916: 77ff).

Meines Erachtens ist ihm ein gravierender Denkfehler passiert: Wie ich schon ausführlich dargestellt habe, hatte die Durchsetzung der Reichtumsprämie beim Geld eine unmittelbare Auswirkung

auf alle mobilen und immobilen Waren. Alles, was in Geld getauscht werden konnte, musste sich genauso verzinsen wie das Geld; also auch Grund und Boden. Verlangt – nach Etablierung der Reichtumsprämie – ein/e Grundbesitzer/in nicht den Zins auf den Tauschwert des Grundstückes, so handelt sie/er nicht wirtschaftlich-rational. So wie es die Reichtumsprämie gab, gab es auch einen inneren systemimmanenten Zwang, die Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften. Die Logik des Kommunikationsmittels Geld hat sich auf die Logik aller tauschfähigen Güter übertragen. Wenn nach der Einführung einer Geldsteuer in der Geldwelt keine positive Rendite zu erwirtschaften ist, gilt das gleiche Argument; dann allerdings genau umgekehrt: Weil der Eigenkapitalzins (korrekt: der Saldo aus Reichtumsprämie weniger Geldsteuer) am Geldmarkt Null ist, werden sich alle Waren, die tauschfähig sind (also auch Grund und Boden), an diesem neuen Wert orientieren müssen. Die Logik des Kommunikationsmittels Geld überträgt sich auf die Logik aller tauschfähigen Güter.

Natürlich könnte auch eine findige Bewirtschafterin eines Grundstückes versuchen, einen fiktiven Zins (als Pacht oder als Aufschlag auf die am Land produzierten Produkte) zu verrechnen und damit die gleichen Erträge wie zuvor zu erwirtschaften. Nur fehlt ihr nun das Drohpotenzial, nämlich die Möglichkeit, den Tauschwert ihres Grundstückes am Geldmarkt zu vermehren. Weil das alle wissen, wird ihr in einem funktionierenden Markt niemand den fiktiven Zins zahlen. Die Konkurrenz zwischen den GrundstücksbesitzerInnen wird dazu führen, dass sich der Grundstückszins genauso gegen Null bewegt. Es braucht daher meines Erachtens keine gesonderte Maßnahme für den Boden, wie es Silvio Gesell mit seinem Konzept des „Freilandes“ gefordert hat.

7.6.5. Einwand 6: Inflation

Wenn auf das Geld eine Steuer erhoben wird, bedeutet das, dass Geld permanent weniger wert wird. Das mag Assoziationen zur Inflation, wie wir sie jetzt kennen, hervorrufen: Ist also eine Geldsteuer nichts anderes als eine verdeckte Inflation? Ich denke, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

Inflation entsteht in einer Wirtschaft dann, wenn das reale Wachstum der Wirtschaft mit dem nominellen Wachstum jener Geldmenge, die in der Realwirtschaft verwendet wird, nicht mithalten kann.⁵⁸ Die Logik des modernen Geldes lässt die Geldmenge⁵⁹ automatisch wachsen. Die nachfragewirksame Geldmenge (G) wächst – angetrieben von der inhärenten Logik des modernen Geldes – permanent, die Realwirtschaft (W) kann in aller Regel mit diesem Wachstum nicht Schritt halten. Daher verschlechtert sich sukzessive das Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren zuungunsten des Geldes. Geld entwertet sich. Inflation entsteht.

Eine Geldsteuer hätte langfristig das Ziel, die Geldmenge konstant zu halten. Die Geldsteuer wird ja so festgelegt, dass am Beginn und am Ende des Prozesses die gleiche Geldmenge vorhanden ist.

$$G - W - G(1-t_G)(1+r) = G \quad // \quad \text{Daraus ergibt sich für } t_G = r/(1+r)$$

Die individuellen Abgaben an die Geldsteuer würden in die Kassen der KonsumentInnen und der Community fließen. In einer funktionierenden Marktwirtschaft werden die Preise fallen.

58 Ich halte nur jenen Teil der Geldmenge, der als Nachfrage in die reale Wirtschaft drängt, für inflationsrelevant. Jener Teil des Geldes, der in die Finanzwelt (Blasenbildung) geht, ist vorerst jedenfalls nicht inflationsrelevant. Es befeuert nur dann die Inflation, wenn die Blase platzt und dann das Geld aus der Geldwelt in die Warenwelt drängt.

59 Die Zentralbanken definieren verschiedene Geldmengen, die sich in der jeweiligen Verfügbarkeit unterscheiden: M0 umfasst das Bargeld, M1 die jederzeit verfügbaren Sichteinlagen (Girokonten), M2 die mittelfristig gebundenen Spareinlagen und M3 die Termineinlagen, die bis zu zwei Jahre gebunden sind.

Relevant ist in der Folge das Verhalten der Community und der KonsumentInnen: Wenn sie alle Einnahmen aus der Geldsteuer nachfragewirksam (Konsum oder Investitionen) verwenden, würde die Realwirtschaft (W) wachsen. Entschließen sich Community und KonsumentInnen hingegen, einen Teil der realen Einkommenszuwächse für die Verkürzung der Arbeitszeit zu verwenden, so würde die Realwirtschaft (W) schrumpfen. Die Notenbank hätte dann die Aufgabe, die Geldmenge an das neue Niveau der Realwirtschaft anzupassen. Wenn sie dabei erfolgreich ist, sollte der Geldwert stabil bleiben. Inflation wäre dann Geschichte.

7.7. Was kommt dann?

7.7.1. Wird die Wirtschaft dann schrumpfen?

Der immanente Wachstumszwang unserer Wirtschaft ist die Folge der inhärenten Dynamik unseres Geldes: Geld wird in die reale Warenwelt transformiert, damit am Ende mehr (reales) Geld herauskommt. Das oberste Ziel der KapitaleignerInnen ist: aus G muss G' werden. Die/Der Kapitaleigner/in will nach einer Periode ihr/sein eingesetztes Kapital und die darauf berechneten (leistungslosen) Zinsen zurück.

Betrachten wir die Transformation von Geld in die Realwirtschaft: Geld wird nach Marx in fixes und variables Kapital (c und v) verwandelt. Zum fixen Kapital zählen Anlagevermögen, also Maschinen, Gebäude; zum variablen Kapital die Hilfsstoffe, Rohstoffe und der Arbeitslohn. Mit dem eingesetzten Geld muss in der Warenwelt erwirtschaftet werden: Abschreibungen (der sich abnützende Anteil der fixen Kapitalkosten), Materialkosten, Lohnkosten, Kapitalkosten ($r.K$), Steuern, Gewinne. So wird daraus: $G - W$

Dies wird dann wieder in die Geldwelt transformiert.

Dann wird aus $G - W$ wird dann $G - W - G'$ bzw. $G - W - G(1+r)$

In der nächsten Runde wird daraus dann:

$$G - K - W - G(1+r) - K(1+r) - W(1+r) - G(1+r)^2$$

... und so weiter fort.

Das erwirtschaftete Kapitaleinkommen $(1+r)G$ wird wieder in den realen Wirtschaftskreislauf eingespeist. Also muss es in Netto-Investitionen verwandelt werden, damit es neue Früchte tragen kann. Unter der Annahme, dass Kapitaleinkommen zur Gänze investiert und Arbeitseinkommen zur Gänze konsumiert werden, steht $r.G$ für Investitionen zur Verfügung. Also halte ich $r.G$ für den Wachstumsdruck einer kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich.

Nach Einführung einer Geldsteuer müssten die KreditnehmerInnen immer noch die Reichtumsprämien zahlen: Die KapitaleignerInnen kassieren diese ein, müssen aber gleich hohe Beträge an die Community abführen. Faktisch werden also die Reichtumsprämien von den privaten Taschen in öffentliche Kassen umgeleitet. Aus Sicht einer/s Kapitaleignerin/s vermehrt sich sein Kapital nicht mehr: Sie/Er erhält nicht mehr $r.G$, das sie/er für weitere Investitionen verwenden kann, sondern muss diesen Betrag zur Gänze an die Community abliefern. Anlegen von Kapital wird mit keiner Prämie mehr belohnt. Damit fällt der individuelle Wachstumsdruck vollkommen in sich zusammen.

Gleich bleibt: Wer sich Geld leiht, muss dieses mit vollen Zinsen zurückzahlen. Das bedeutet: Entweder verschiebt die Kreditnehmerin ihren Konsum von der Zukunft in die Gegenwart (mit der Folge, dass sie in Zukunft weniger konsumieren kann) oder sie verwendet den Kredit für Investitionen, deren erwarteter Ertrag über den Zinszahlungen liegt. Wer sich also Geld ausborgt, muss entweder in Zukunft den Konsum einschränken oder Produktivitätsgewinne erzielen.

Anders ist: Realvermögen müssen sich nicht mehr verzinsen. Weil die alternativen Anlagemöglichkeiten auf den Finanzmärkten keine positive Rendite mehr versprechen, muss der Tauschwert der Realvermögen nicht mehr wachsen. Das schafft einen Anreiz für Unternehmen, sich mit Eigenkapital einzudecken. Die Fremdfinanzierung durch Banken wird deutlich zurückgehen.

Mit einer Geldsteuer würden nun folgende wachstumsrelevante Faktoren eintreten:

- Geringere private Nachfrage nach Investitionsgütern: Die Reichtumsprämie fürs Verzichten (=Sparen) fällt weg. Daher werden alle MarktteilnehmerInnen tendenziell weniger sparen. Damit stehen jedenfalls geringere private Mittel für Investitionen zur Verfügung. Das wirkt sich tendenziell negativ auf das Wachstum aus.
- Höhere private Nachfrage nach Konsumgütern: Erstens fallen die Preise, weil die Eigenkapitalrenditen gegen Null sinken. Zweitens werden die Einnahmen, die die Community erhält, direkt (Grundeinkommen, o.ä.) oder indirekt (Sachleistungen) an die BürgerInnen weitergegeben. Beide Faktoren führen zu einer höheren Nachfrage nach Konsumgütern, was sich positiv auf das Wachstum auswirken sollte.
- Alternativ zur den höheren Konsumausgaben könnten KonsumentInnen, BürgerInnen und Community ihr Arbeitsangebot senken: Weil sie durch die Geldsteuer höhere Realeinkommen haben (gesunkene Preise, Grundeinkommen, mehr Einnahmen für die Community), könnten sie – bei gleich bleibenden Gesamteinkommen – beschließen, weniger zu arbeiten: mehr Urlaub, geringere Wochenarbeitszeit, Sabbaticals, etc. Das wäre freilich wieder negativ für das Wachstum einer Wirtschaft.

Für das Wachstum der Wirtschaft halte ich die Reaktion des Arbeitsangebotes für den entscheidenden Punkt: Wenn in der Gesellschaft mit Geldsteuer gleich viel gearbeitet (=Wert geschöpft) wird als zuvor und das so erzielte Einkommen entweder für Investitionsgüter (Sparen) oder Konsumgüter ausgegeben wird, bleibt die Wirtschaft vermutlich auf dem bisherigen Wachstumspfad. Die entscheidende Frage ist: Werden die Menschen gleich viel arbeiten, wenn es eine Geldsteuer gibt? Meines Erachtens sprechen zumindest diese Faktoren dagegen:

- Die Prämie für die Reservebildung (Reichtumsprämien), die unter anderem durch hohe individuelle Arbeitsleistung erzielt werden konnte, fällt weg. Wer hohes Einkommen erwirtschaftet, behält es. Es wird sich aber nicht mehr vermehren. Also hat man weniger Anreiz, viel zu arbeiten.
- Die Geldsteuer reduziert die Ungleichheit. Damit sinkt der Anreiz, sich über den Kauf von Prestigeobjekten (Positionsgütern) Anerkennung zu erkaufen.
- Mit der Geldsteuer wird ein gesellschaftliches Umdenken passieren: Die permanente Wohlstandsvermehrung hat dann als gesellschaftliche Leitidee ausgedient. Neue Leitideen wie das „gute Leben für alle“ können an Bedeutung gewinnen. In der Folge wird man weniger Zeit für Wohlstandproduktion und mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge des Lebens (Selbst- und Nächstenliebe) verwenden wollen.

Es spricht viel dafür, dass mit einer Geldsteuer die Wirtschaft – gegenüber heute – deutlich schrumpfen würde. Das halte ich im Sinne einer nachhaltigen, ökologischen und friedlichen Wirtschaftsordnung in einigen Wirtschaftsbereichen auch für dringend notwendig. Viele Industrien (jedenfalls Rüstung, Schwerindustrie, Autoindustrie, etc.) müssen langfristig deutlich verkleinert werden. Die Einnahmen aus der Geldsteuer könnte man nutzen, um die negativen Folgen einer Schrumpfung der Wirtschaft abzumildern. Will man also z.B. Wirtschaftsbereiche stilllegen, könnte man aus den neuen Einnahmen für die betroffenen ArbeiterInnen Übergangslösungen finanzieren.

Freilich: Es reicht nicht, nur eine Maßnahme (Geldsteuer) umzusetzen und dann zu glauben, es werde automatisch alles gut. Aber vermutlich braucht es gerade diese Maßnahme, damit der immanente Zwang der Tauschwertvermehrung gestoppt wird. Dann hat unser heutiges kapitalistisches Leitprojekt ausgedient. Die Geldsteuer ist also so etwas wie ein Stopp-Knopf, der unseren gesellschaftlichen Amoklauf beendet.

Das Stopp ist wichtig. Aber es ist erst der Anfang. Es braucht dann noch viel Mut und Kreativität, ein neues gesellschaftliches Leitprojekt im Konkreten zu entwickeln. Gemeinsam müssen wir uns darüber klar werden, wohin die weitere Reise gehen soll. Das „gute Leben“ mag eine vage Richtschnur sein, aber darauf muss eine konkrete Vision aufgebaut werden. Zudem wird es auch noch großer Anstrengungen bedürfen, die Schäden, die unsere Lebensweise in den letzten Jahrhunderten angerichtet hat (Umweltzerstörung, Klimawandel, etc.), wieder halbwegs zu beheben. Wir haben also dann noch immer viel zu tun.

Fix ist: Die Wachstumsautomatik ist mit der Geldsteuer weg. Die Verteilung tendiert in Richtung Gleichverteilung. Das Leben im „Hier und Jetzt“ wird – im Vergleich zum heutigen System - systematisch gefördert.

7.7.2. Würden die Staaten schrumpfen?

Der moderne „bürgerliche Staat“ sorgt heutzutage auf seinem Territorium dafür, dass sich die Dynamik der Geld- und Wertvermehrung bestmöglich entfalten kann. Die modernen Staaten agieren im Wesentlichen im Sinne der Kapitalinteressen: Wirtschaft muss wachsen, Eigentum muss geschützt werden, die Geldhoheit darf nicht angetastet werden. Der Staat ist – wie es Friedrich Engels ausdrückte – der „ideelle Gesamtkapitalist“ (MEW19: 220). Politik ist heutzutage – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – ein Wurmfortsatz der Wirtschaft bzw. eine willige Magd, die letztlich im Dienst der Wachstumsdynamik der kapitalistischen Wirtschaft zu stehen hat.

Infolge der Eigenschaft des Geldes, sich immer weiter auszu dehnen, sind die Staaten in den letzten Jahrhunderten sukzessive gewachsen. Nationale Grenzen wurden gewaltsam oder friedlich überwunden. Die Ausdehnungsdynamik des Geldes hat sich so auf die Staaten übertragen. Folglich haben sich riesige Staatsge-

bilde herausgebildet, die schon längst über die Größe der „Überschaubarkeit“ hinausgewachsen sind.

Wenn durch die Einführung der Geldsteuer die Ausdehnungsdynamik des Geldes überwunden wird, wird das Rückwirkungen auf das Selbstverständnis und die Größe von Staaten haben. Was die wünschenswerte Größe von Staaten angeht, so kann langfristig Anleihe bei Aristoteles genommen werden: Dieser hat als Kriterium für die optimale „Volksmenge“ eines Staates die „leichte Überschaubarkeit“ der Menge vorgeschlagen (vgl. Pol. 1326b). In Anlehnung daran leitete Kohr (2002: 172f) als „ideale Grenze für die Größe eines Staates“ ab: eine Bevölkerung, „die groß genug (ist), um ein Leben in Autarkie zu gewährleisten, und doch klein genug, um mit einem einzigen Blick überschaut werden zu können.“ Nach Kohr habe die moderne Technik die Auffassung darüber geändert, was sich auf einen Blick überschauen lasse und „dehnte damit die Bevölkerungsgrenze für gesunde und funktionierende Gesellschaften von einigen hunderttausend auf acht bis zehn Millionen aus.“ Kohr (2002: 111ff) schlägt daher vor, dass Staaten wie Deutschland und Frankreich in jeweils ca. zehn Kleinstaaten aufgeteilt werden müssten. Mit dem Wegfall der Ausdehnungsdynamik des Geldes erwarte und erhoffe ich, dass die großen Wirtschaftsräume und Staaten sukzessive verschwinden werden. An ihre Stellen werden gut vernetzte, überschaubare, deutlich kleinere Gemeinschaften treten. Wie groß die Communities dann wirklich sein werden, wird sich in einem längeren, hoffentlich demokratischen Prozess zeigen. Jedenfalls erwarte ich, dass die Politik in diesem Rahmen dieses Prozesses näher an die BürgerInnen heranrücken wird.

Mit der Überwindung der kapitalistischen Logik der Geld- und Wertvermehrung würde sich aber auch das Selbstverständnis der Staaten ändern. Das gesellschaftliche Leitprojekt der Wohlstandsvermehrung („Wohlstand der Nationen“) hätte ausgedient. An die Stelle des „Wohlstands der Nationen“ müsste ein neues Leitprojekt gerückt werden.

Mittel- und langfristig erwarte ich also durch die Geldsteuer ein Absterben der Institution des Staates, so wie wir sie heute kennen. Eine solche anarchistische Entwicklung begrüße ich ausdrücklich. Anarchie (an archia) bedeutet von seiner Wortwurzel her „keine Herrschaft“, also die Abwesenheit von Macht und Hierarchie. (vgl. Stowasser 2006: 19ff) Freilich würde es auch in einer anarchistischen Gesellschaft Regeln, Vereinbarungen und ethische Grenzen geben. Diese würden aber nicht von höheren Institutionen definiert, sondern weitgehend freiwillig und ohne Gewaltanwendung.

8. Persönliche Korrektur

Die Frage ist nun: Müssen wir warten, bis die systemische Korrektur vorgenommen wird oder können wir jetzt schon ausbrechen aus der kapitalistischen Logik? Im nun folgenden Kapitel werde ich noch darüber nachdenken, was jede/r Einzelne/r jetzt schon tun kann.

8.1. Im „Hier und Jetzt“ gut leben!

Es ist ja paradox: Der Glaube an die Segnungen des Wohlstands macht uns nicht wirklich glücklich und zufrieden; im Gegenteil: Er entfremdet uns von uns selbst und den Mitmenschen. Alternativ dazu gäbe es aber einen anderen Glauben, den ich bereits skizziert habe: Den Glaube an das „innere Selbst“ und an die authentische Beziehung zu den anderen. Aber offensichtlich kommen wir vom alten, gewohnten Glauben nur sehr schwer weg.

Warum halten wir an unserem alten Glauben fest? Auf individueller Ebene ist ein wichtiger Grund die Angst: Wie schon ausführlich dargestellt sind für unser Wohlbefinden die Faktoren Anerkennung und Wertschätzung wesentlich. In einer kapitalistischen Gesellschaft wird mit Anerkennung und Wertschätzung nicht gerade gepasst, aber es gibt sie doch: Man erhält sie in einer kapitalistisch geprägten Welt vor allem durch die individuellen Beiträge zur Wohlstandsproduktion. Wer viel verdient (= viel Wertsteigerung erarbeitet) und wer viel hat (= das Ziel unseres Handelns gut erreicht), genießt in unserer kapitalistisch geprägten Welt Anerkennung. Das bedeutet im Klartext: Nicht unser So-Sein wird anerkannt, sondern unsere Perfektion beim Spielen der Charaktermaske (in der Rolle der Arbeiter/in bzw. der Rolle der Kapitalist/in).

Meines Erachtens ist vielen ZeitgenossInnen mittlerweile klar geworden, dass mehr Geld und Waren nicht glücklicher machen. Dennoch machen sie weiter mit. Denn Anerkennung und Wertschätzung gibt es in einer kapitalistisch geprägten Welt hauptsächlich durch das Nadelöhr von Arbeit und Besitz. Folglich hat man Angst vor dem Verlust dieser teuer erkauften Anerkennung. Hinzu kommt, dass viele von uns von klein auf gelernt haben, dass es Anerkennung in erster Linie für Leistung (Arbeit) und für gesellschaftlichen Status (Besitz) gibt. Wir haben gelernt, dass das Spielen der Rollen wesentlich ist. Dabei haben wir gelernt, dass wir unser So-Sein („inneres Selbst“) in den Hintergrund rücken sollen. Also spielen wir weiter unsere Rollen. Wir verhalten uns so wie Hungernde, die ein trockenes Stück Brot verteidigen: Lieber diese künstliche Anerkennung (= das harte Brot) als gar keine Anerkennung (=gar kein Brot).

Weil wir uns ein Leben außerhalb unserer Arbeits- und Konsumarena nicht vorstellen können und uns nichts anderes einfällt, wie wir unser Bedürfnis nach Anerkennung sonst noch befriedigen könnten, bleiben wir dabei: Wir produzieren weiterhin dieses harte, kaum genießbare Brot. Denn wenn auch dieses nicht mehr verfügbar wäre, würden wir – metaphorisch gesprochen – ganz verhungern, also überhaupt keine Anerkennung mehr bekommen. Die Angst vor Entzug der Anerkennung ist freilich nicht unbegründet: Arbeitslose Menschen fallen bei Fortdauer ihrer Arbeitslosigkeit häufig in Depressionen: Es fehlt nicht nur das Einkommen, sondern auch das soziale Netz. So zeigt die Studie über die Arbeitslosen vom Marienthal (vgl. Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975), dass Langzeitarbeitslosigkeit in einer ganzen Region zu passiver Resignation führt: Menschen, die ihren Selbstwert ganz wesentlich über die Erwerbsarbeit definieren, fallen in ein tiefes Loch, wenn diese Arbeit weg bricht: Mit dem Arbeitsplatz geht die Anerkennung, aber auch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft verloren. Von klein auf sind wir auf die Anerkennung durch Arbeit und Einkommen getrimmt. Wenn die Arbeit wegfällt,

spürt man offensichtlich nur das Loch, also das Fehlen der Anerkennung. Es ist dann noch nichts anderes da, das trägt.

Die Alternative zu Anerkennung und Zugehörigkeit über das passende Rollenverhalten in der Arbeitswelt ist die Selbst- und Nächstenliebe. Weil man nicht so einfach von dem einen auf das andere umschalten kann, erscheint ein langsamer Wechsel von dem einen Regime (Fokussierung auf Tauschwert) zum anderen (Fokussierung auf Selbst- und Nächstenliebe) ratsam. Freilich fällt es allen leichter, wenn andere Menschen auch diese Schritte wagen: Wenn mehr Menschen aus der Logik der Wohlstandsproduktion (zaghafte) ausbrechen, erhöht sich auch das Verständnis bei jenen, die diesen Schritt noch nicht wagen.

Und es wird auch leichter, wenn die Rahmenbedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft verändert werden; vor allem durch das Abstellen der Anreizwirkung, die die Logik der Geldvermehrung entfaltet. Aber nichts hindert den Einzelnen daran schon jetzt (zaghafte) Schritte in die neue Welt zu wagen; schließlich geht es um nichts anderes als um die Zufriedenheit im eigenen Leben.

8.2. Die Reproduktion des Kapitalismus

Es ist das große Verdienst von John Holloway, dass er nicht müde wird zu betonen, dass wir Menschen es sind, die tagtäglich den Kapitalismus neu erschaffen. Freilich sind wir einem Anreizsystem ausgesetzt, das unsere Wahrnehmung und unsere Handlungen beeinflusst und in der Folge unser Produktions- und Verteilungssystem in eine bestimmte Richtung drängt. Aber es handelt sich um nichts anderes als um Anreize. Bildlich gesprochen haben wir die Möglichkeit, unsere Charaktermasken abzunehmen oder uns voll und ganz damit zu identifizieren.

Richtig ist auch: Wenn wir Menschen den Anreizen (häufiger) widerstehen und nicht mehr (so häufig) mit unseren Charaktermasken durchs Leben laufen, könnte der Kapitalismus überwunden werden. Holloway meint: „Die Möglichkeit radikaler Gesellschaftsveränderung beruht nicht auf der Akzeptanz der Charaktermasken (zum Beispiel, dass das Proletariat seine revolutionäre Rolle spielt), sondern im Gegenteil auf der ekstatischen Entfernung der Menschen von den Masken, die sie tragen, darauf, dass Menschen nicht nur in, sondern auch gegen und über ihre gesellschaftlichen Rollen hinaus existieren.“ (Holloway 2010: 212)

Das Tragen der Masken hat Spuren in den Gesichtern der Menschen hinterlassen: Wer von klein auf an das Tragen der Maske gewohnt wurde (Erziehung, Schule, Werbung), kann nicht von heute auf morgen die Maske gänzlich ablegen. Holloway schreibt: „nimm die Maske ab und du findest ein von der Maske und vom Widerwillen gegen die Maske verzerrtes Gesicht.“ (ebd.: 215) Die Gewöhnung des Menschen an seine Maske ist so weit fortgeschritten, dass ein gänzlich ablegen der Maske wohl kurzfristig gar nicht möglich und wohl auch gar nicht ratsam ist. Bei aller Kritik an der Maske bietet sie in der berechnenden Welt der Wertvermehrung auch Schutz.

Es gibt also so etwas wie einen Kitt, der die Masken an unseren Gesichtern anheftet. Dieser Kitt ist der Glaube an die Segnungen des individuell verfügbaren Tauschwertes. Wird dieser Kitt brüchig, kann sich langsam und behutsam die Maske von den je konkreten Menschen lösen. So wie der alte Glaube nicht von heute auf morgen verworfen werden kann, kann auch der neue Glaube an die Kraft des „inneren Selbst“ nicht von heute auf morgen Tragkraft erlangen. Das Vertrauen in die Kraft des neuen Glaubens kann nur langsam reifen. Und so werden die Charaktermasken auch nur langsam abgenommen werden können.

Holloway stößt dann auf ein Formulierungsproblem: Wie soll das hinter der Maske Seiende benannt werden? Wenn die je konkreten Menschen durch die Maske schon verformt wurden, wie soll dann die „zweiichtige Figur (oder Figuren) hinter der Charaktermaske“ (ebd.: 216) benannt werden. Sie ArbeiterInnen, Frauen oder Homosexuelle zu nennen, wäre abermals eine äußerliche Zuschreibung an je konkrete Menschen. Meines Erachtens bleibt nichts anderes, als von je konkreten Menschen zu sprechen. Damit geht aber jegliche gemeinsame Identität verloren. Holloway spricht daher von einer Bewegung der Anti-Identität. Das, was wirklich zählt, sind nicht mehr kollektive Identitäten wie ArbeiterInnen, StaatsbürgerInnen oder Frauen/Männer. Was wirklich zählt, ist nur mehr der je konkrete Mensch.

Angewandt auf die in diesem Buch bereits entwickelte Dreiteilung der menschlichen Wirklichkeit würde dieser Gedanke bedeuten, dass die je konkreten Menschen ihr „eigenes Ich“ stärker am „inneren Selbst“ ausrichten. Sie verweigern sich mehr und mehr den Kommandos aus der „äußeren Welt“ und verabschieden sich vom Glauben an die Segnungen des (äußeren) Tauschwertes. Stattdessen vertrauen sie mehr und mehr auf das „innere Selbst“. Damit ist diese Bewegung auch eine potenziell anarchistische. Als anarchistische Bewegung der Anti-Identität verlässt sie das Feld des Kampfes um den Tauschwert. Es kämpfen nicht mehr die „ArbeiterInnen“ gegen die „UnternehmerInnen“ oder

die „KapitalistInnen“, sondern es verlassen immer mehr Menschen für immer längere Zeiträume die Bühne der Wertproduktion. Denn wenn die Höhe der verfügbaren Tauschwerte für das je konkrete Leben der Menschen immer weniger wichtig wird, wird auch der Kampf um die Verteilung der Tauschwerte an Brisanz verlieren.

Die so gedachte Revolution verlässt also das Feld der bisherigen Revolutionen: Es geht nicht mehr in erster Linie darum, dass der produzierte Tauschwert anders verteilt werden soll. Im Fokus stehen nun ja nicht mehr Tauschwert und Wohlstand. Im Fokus steht, wie die je konkreten Menschen wirklich ein gutes Leben führen können; ein selbstbestimmtes, ein glückliches Leben. Selbstverständlich wird nicht völlig nebensächlich, wie die Tauschwerte verteilt sind. Immerhin werden damit auch Lebenschancen verteilt. Aber der Fokus liegt ganz wo anders: in der Befreiung der je konkreten Menschen von ihren Charaktermasken.

Wenn sich dieser Revolution immer mehr Menschen anschließen, kommt das System in die Krise: Denn der Kapitalismus basiert mit Gedeih und Verderb auf der menschlichen Arbeit; also darauf, dass Menschen Tauschwert reproduzieren und jeweils noch Mehrwert hinzufügen. Wenn mehr und mehr Menschen die Attraktivität der Tauschwerte relativieren und in der Folge auch weniger Tauschwerte produzieren, gerät der kapitalistische Motor ins Stocken. Wenn zu wenige Tauschwerte produziert werden, können die Ansprüche des Kapitals nach ständigem Wachstum nicht mehr befriedigt werden. Es droht der Zusammenbruch.

Freilich werden die PropagandistInnen des Kapitals drohen, dass das Kapital in andere Länder abziehen wird. Und vermutlich wird das keine leere Drohung bleiben: Man wird tatsächlich in Produktionsstätten ausweichen, wo noch mehr Wert produziert werden kann. Das ist in der Geschichte des Kapitalismus ja nichts Neues: Kapital ist immer dorthin gewandert, wo es für sich die besten Entfaltungsmöglichkeiten erwartet hat.

Für die neuen RevolutionärInnen ist aber weder die Drohung noch der tatsächliche Abzug des Kapitals bedrohlich. Denn wenn die Tauschwerte für die Menschen immer weniger relevant werden, kann mit ihrem Entzug nicht gedroht werden. Noch dazu, wo wir hoffen, dass sich diese Revolution nicht bloß auf ein paar Länder beschränkt, sondern zu einer internationalen Bewegung wird. Damit würde es dann immer schwieriger, das Kapital in andere Regionen dieser Erde abzuziehen.

Der Aufbau dieser anderen Welt wird seine Zeit brauchen. Die neue Welt muss dabei aus der alten Welt geboren werden. Daher wird es anfangs auch noch auf die Errungenschaften der alten Welt (Wohlstand, Technologie, etc.) zurückgreifen. Aber langsam werden wir uns an die neue Welt gewöhnen, wo nicht Wohlstand und Tauschwerte, sondern Selbst- und Nächstenliebe im individuellen und gesellschaftlichen Fokus stehen.

Wie sehr man in einer nach-kapitalistischen Welt noch auf die technologischen Errungenschaften der heutigen Welt zurückgreifen wird, ist schwer zu beantworten. Darüber muss man jetzt nichts sagen: Das müssten die je konkreten Menschen in der Zukunft entscheiden. Wesentlich erscheint mir nur, dass sich mehr und mehr Menschen von ihrem „inneren Selbst“ durch den Wandel von der alten in eine andere Welt leiten lassen. Dann können wir vermutlich wirklich wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

8.3. Eine persönliche Entscheidung

Das Feld, auf dem – auf der individuellen Ebene – der Kampf zwischen den beiden Glaubensrichtungen (Fokussierung auf Wohlstand versus Fokussierung auf Selbst- und Nächstenliebe) ausgetragen wird, ist die Zeit:

- Verbringen wir unsere Zeit mit der Wohlstandsproduktion
oder
- Verbringen wir die Zeit mit uns selbst und mit unseren Nächsten?

Wer für sich persönlich entscheidet, dass sie/er den eigenen Fokus auf die Selbst- und Nächstenliebe richten will, muss auch eine zeitliche Entscheidung treffen. Das bedeutet ganz konkret: Weniger Zeit für entfremdende Tätigkeiten (arbeiten, kaufen, ...), mehr Zeit für die Begegnung mit sich und mit anderen Menschen. Ohne eine solche zeitliche Entscheidung geht es nicht: Ich glaube nicht, dass es ausreicht, die vorhandenen zeitlichen Freiräume bewusster zu gestalten. Natürlich ist die qualitative Nutzung der freien Zeit wichtig, aber es braucht auch die quantitative Komponente.

Eine solche persönliche Zeit-Entscheidung hat jedenfalls zwei Konsequenzen

- Jemand, der weniger arbeitet und weniger kauft, verliert von jener gesellschaftlichen Anerkennung, die auf die Steigerung des Wohlstandes ausgerichtet ist (Arbeit und Reichtum).
- Jemand, der weniger arbeitet und weniger kauft, gewinnt an neuen zeitlichen Freiräumen: Zeit, die wir für echte Begegnungen mit uns selbst und mit den anderen nutzen können. Zeit, die wirklich wichtigen Dinge im Leben zu tun. Zeit, die eigenen Träume zu verwirklichen.

Freilich muss man nicht von 0 auf 100 durchstarten und sofort alle Erwerbsarbeiten niederlegen. Das wäre vermutlich auch nicht

ratsam, weil auch die Begegnung mit sich und den FreundInnen Zeit zum Wachsen braucht. Ganz konkret kann man aber die Arbeitszeit reduzieren, die Schattenarbeit verringern oder die Freiräume der sog. Freizeit wirklich für sich (und nicht bloß für die Erholung von der Arbeit) nutzen.

Diese muss der Zeit für die Wohlstandsproduktion abgerungen werden. Der „Dreh- und Angelpunkt“ liegt nach Marianne Gronemeyer im Geldbedarf: „Weniger erpressbar können wir nur durch eine Minderung unseres Geldbedarfs sein.“ Dies sei kein Appell an die „Elenden und Ausgebeuteten, sondern an die entmündigend gut Versorgten: Nicht jeder Penny, den wir nicht haben, aber jeder, den wir nicht brauchen, bedeutet einen winzigen Gewinn an Freiheit.“ (Gronemeyer 2012: 175f)

Selbstverständlich hat dieses Verhalten seine Konsequenzen. Wenn wir uns nicht mehr (oder weniger oft) an die Vorgaben der/s unsichtbaren Regisseurin/s halten, werden wir gewisse – gut bezahlte – Rollen nicht mehr spielen. Wir werden Ermahnungen über uns ergehen lassen. Wir werden vielleicht aus dem einen oder anderen Schauspiel ganz ausgeschlossen. Und ganz banal: Wir werden nicht mehr so gut (in Geld = Tauschwerten) belohnt. Für die Freizeit mag das bedeuten, dass man sich mehr und mehr von seiner eigenen inneren Stimme, also dem „eigenen Selbst“, leiten lässt. Die Paradoxie könnte dann gerade die sein, dass das Hören auf das „eigene Selbst“ dem je eigenen Glück (Nutzen) viel besser bekommt als das rationale Durchrechnen.

Das erfordert Mut: Ich glaube aber, dass es aus purem Egoismus heraus Sinn machen kann, dieses Wagnis einzugehen. Freilich wird die Begegnung mit sich selbst vielleicht anfangs auch schmerzvoll sein, weil es für viele die Begegnungen mit Unbekanntem, mit Ängsten und Verdrängungen sind. An dieser Stelle sei nochmals an Carl Rogers erinnert, der – wie schon in diesem Buch zitiert – schreibt: Wenn die Begegnung mit dem „inneren Selbst“ gelingt, dann ist das Bewusstsein „nicht länger der Wächter über einen gefährlichen und undurchschaubaren Haufen

von Impulsen, die nur im Ausnahmefall das Tageslicht erblicken dürfen, sondern wird zum geruhsamen Mitbewohner einer Gesellschaft von Impulsen, Gefühlen und Gedanken, die sich, wie man feststellt, sehr wohl selbst regulieren können, wenn sie nicht ängstlich behütet werden.“ (Rogers 1973: 125) Diese Erfahrungen brauchen freilich Zeit und Übung.

Nicht nur die Begegnung mit sich selbst kann mühsam sein. Vielleicht wird es auch schwierig sein, Menschen zu finden, die Zeit und Muße für echte Begegnungen haben. Beziehungen – zu sich und zu den anderen – brauchen Zeit zum Wachsen. Aber es wartet die Belohnung in Form von größerer und tieferer Anerkennung, vom eigenen Selbst und von den anderen. Wir können hoffen, dass wir uns selbst besser kennen lernen und von anderen in unserem So-Sein angenommen und anerkannt werden. Es wird dann zunehmend unwichtig, was wir – im Sinne der Wohlstandsproduktion – leisten. An Bedeutung gewinnt dann, dass wir uns selbst („inneres Selbst“) entfalten und mit dem tieferen Wesen unserer Nächsten in besseren Kontakt kommen. Es wartet nichts anderes als das Leben in Fülle.

Der Managementberater Reinhard Sprenger macht eine ähnliche Beobachtung: „Viele Menschen warten darauf, dass etwas „passt“, das sie glücklich macht. Sie hoffen auf einen Lottogewinn oder den Märchenprinzen. Dabei führt „unverdientes Glück“ wie ein Lottogewinn nur kurzzeitig zu Hochgefühlen. Langfristig scheint es sogar eher unglücklich zu machen. Untersuchungen haben gezeigt, dass sich Lottogewinner, fragt man sie nach ihrem subjektiven Glücksgefühl, nach einem Jahr unglücklicher als vor dem Ereignis einschätzen. Ein beständigeres Glücksempfinden der Menschen lässt sich – so viel ist klar – nur sehr bedingt aus äußeren Einflüssen herleiten. Reichtum, Schönheit, Intelligenz, ja selbst Gesundheit sind keine Bedingungen für Glück.“ (Sprenger 2010: 161) Laut Sprenger sei eindeutig nachweisbar: „*Glückliche Menschen erleben sich als Meister ihres Lebens und damit auch als die Urheber ihres Glücks. (...) Sie führen ihr Leben. Dies ist also zunächst wichtig: Die eigent-*

liche Quelle des Glücks sind Sie selbst, nicht ihre Lebensumstände.“
(S. 161f; Hervorhebung durch den Autor)

Menschen haben also die Wahl: Sie können selbst entscheiden:

- wie sehr *führe* ich mein eigenes Leben bzw. wie sehr *lasse* ich mich *führen*?
- wie viel Zeit trage ich die Charaktermasken (in der Arbeitswelt)?
- wie gut funktioniere ich in meiner Rolle als Charaktermaske (also: wie viel „menscheln“ lasse ich zu)?
- wie sehr übertrage ich die Logik der Charaktermasken auch auf die Nicht-Arbeit?

Niemand zwingt uns also, ständig die Charaktermasken zu tragen. Es ist zu einem großen Teil schon unsere freie Entscheidung.

Kapitalismuskritik ist so gesehen eine ganz persönliche Frage: Was ist *mir* wirklich, wirklich wichtig im Leben? Wovon glaube *ich*, dass es mich ganz persönlich glücklich macht?

- die Maximierung der individuell verfügbaren Tauschwerte (=Geld) inklusive damit verbundene gesellschaftliche Anerkennung („äußere Welt“)
- oder ist es etwas ganz anderes; außerhalb der ökonomischen Tauschwert-Sphäre Liegendes: das Vertrauen in das „innere Selbst“ bzw. die echte Kommunikation mit meinen Mitmenschen

Die Entscheidung verlangt kein striktes Entweder-Oder. Das „eigene Ich“ kann entscheiden, wie viel Zeit es in der ökonomischen Welt der Tauschwert-Mehrung verbringen will und wie viel Zeit es für die Kommunikation mit dem „inneren Selbst“ und den Mitmenschen verbringen will. Wichtig ist nur, dass wir die Entscheidung bewusst treffen und – in diesem Sinn – unser eigenes Leben selbst *führen*. Als Belohnung für die gute Entscheidung wartet nichts anderes als das „gute Leben“.

9. Schlussbemerkungen

Ich glaube, dass sich jede/r Leser/in schon gleich auf den Weg machen kann: Sie können Ihren Fokus verändern: von der Tauschwert-Fixierung (Arbeit, Wohlstand) auf die Orientierung an der Selbst- und Nächstenliebe. Es ist ein Wagnis und es erfordert eine Entscheidung, v.a. bei der persönlichen Zeiteinteilung. Und ich glaube, dass eine stärkere Orientierung an der Selbst- und Nächstenliebe – ganz egoistisch gedacht – gut tut.

Ich glaube aber nicht, dass aus guter Einsicht eine Geldsteuer eingeführt wird. Denn diese hätte als Ziel die Überwindung des kapitalistischen Systems. Dagegen werden sich viele mächtige Kräfte zur Wehr setzen.

Ich glaube aber – und habe auch versucht, dies zu zeigen –, dass das kapitalistische System an systemimmanenten Selbstzerstörungskräften leidet. Sollte sich meine Vermutung bestätigen, dass unser Geldsystem in näherer Zukunft einmal kollabiert und in unserer Geldgesellschaft das Geld ausgeht, wie ich es im Kapitel über unsere jetzige Wirtschaftskrise skizziert habe, dann könnte das Momentum für einen Systemwechsel gekommen sein. Nach einem solchen Zusammenbruch könnte sich „window of opportunity“ auftun. Dann könnte eine anarchistische Bewegung der Anti-Identität so stark werden, dass sie in manchen Regionen dieser Erde den Versuch wagt, die Ausdehnungsdynamik des Kapitals an der Wurzel zu unterbinden.

Welche Konsequenzen eine solche Entwicklung haben wird, ist im Detail nicht vorhersagbar, aber es könnten sich neue, ungeahnte Kräfte für ein gutes Leben auftun: Wenn nicht mehr die Wohlstandsproduktion systematisch gefördert wird, sondern die Selbst- und Nächstenliebe in den Fokus der Menschen kommt, wird sich unsere Erde grundlegend verändern.

Es liegen spannende Zeiten vor uns.

10. Danke

Ich danke meiner Frau Susanne Steinkellner für das große Verständnis, das mir das Verfassen dieses Buches ermöglicht hat. Ich habe in den vergangenen Jahren viel Zeit und Freude mit dem Schreiben verbracht. Susi hat mir die Freiräume, die dafür nötig waren, gerne geschenkt.

Gut drei Jahre habe ich an diesem Buch geschrieben. Dabei bin ich auch in andere, faszinierende Welten eingetaucht. Manchmal ist es dann gar nicht so einfach, die eigenen Gedankengänge darzustellen. Da helfen dann die Rückmeldungen von Bekannten und FreundInnen. Ich danke daher allen FreundInnen für ihre lobenden und kritischen Bemerkungen zum Manuskript dieses Buches. Sehr wertvolle Anregungen zu meinem Manuskript habe ich bei angeregten Diskussionen mit Evi und Karl Artmann, Maria Eichinger, Gerhard Habring, Wolfgang Maresch, Stephan Pühringer und Martin Tragler erhalten. Wertvolle Rückmeldungen haben Christian Hain, Christine Greunz, Robert Maringer, Bernhard Mittermayr und Marietta Ruspeckhofer beigesteuert.

Besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des QUERDENKEN-Lesekreises der Linzer Grünen. Aus den Diskussionen, die wir dort geführt haben, habe ich wertvolle Anregungen mitnehmen können. Im Wintersemester 2012/13 habe ich in diesem Kreis – mit Gunda Hochfilzer, Thomas Houdek, Edith Rienesl, Helmut Tischler und Johannes Voitleithner – mein Manuskript einer kritischen Würdigung unterzogen und einige Anregungen in den Endtext eingebaut.

Danke auch allen, die mich in meinem Leben bisher begleitet haben: allen voran meinen Eltern und Geschwistern, aber auch den vielen BegleiterInnen im Freundeskreis, in der Schule, an der Universität, in der Katholischen Hochschulgemeinde, in der Friedensbewegung, bei den Grünen, usw.

Zu guter Letzt noch ein herzliches Danke an den planet-Verlag, der dieses Buch herausgegeben hat: Barbara und Marco Vanek, Christoph Gratzner sowie der Vorstand der Grünen Bildungswerkstatt Oberösterreich.

11. Literatur

- Aguiton Christophe (2009): *No queremos Vivir Mejor, queremos Vivir Bien! Ein Aufruf zum „Guten Leben“*; in: „Sand im Getriebe“, Nr. 72, S. 8–9
- Aquin Thomas von (1265-1273/1953): *Summa theologica*, Albertus-Magnus-Akademie Walberberg bei Köln (Hrsg.), deutsche Übersetzung von Dominikanern und Benedikttern Deutschlands und Österreichs; Heidelberg/München und Graz/Wien, Salzburg
- Arendt Hannah (1982): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München
- Aristoteles (334 v. Chr./1985): *Nikomachische Ethik*, Übersetzung von Eugen Rolfes, Hamburg
- Aristoteles (1989): *Politik*, Übersetzung von Franz F. Schwarz, Stuttgart
- attac (2005): *Blinde Flecken der Globalisierungskritik. Gegen antisemitische Tendenzen und rechtsextreme Vereinnahmung*, Wien
- Balz Horst Robert, Krause Gerhard (Hrsg.) (1991): *Theologische Realenzyklopädie, Teil 2*, Berlin
- Baudler Georg (1994): *Töten oder Lieben. Gewalt und Gewaltlosigkeit in Religion und Christentum*, München
- Bauer Joachim (2008): *Prinzip Menschlichkeit*, München
- Bauer Joachim (2011): *Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt*, München
- Benjamin Walter, *Kapitalismus als Religion*; in: Baecker Dirk (2004), *Kapitalismus als Religion*, Berlin, S. 15-19
- Binswanger Hans Christoph (2006): *Die Wachstumsspirale*, Marburg

- Bockelmann Eske (2004): Im Takt des Geldes. Zur Genese modernen Denkens, Springer
- Brenner Robert (2006): Economics of global turbulence, London /New York
- Brodbeck Karl-Heinz (2009): Die Herrschaft des Geldes, Darmstadt
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2012): Sozialbericht 2011-12, Wien
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Sozialpolitische Indikatoren im internationalen Vergleich, Wien
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2010): Sozialbericht 2009-2010, Wien
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2004): Bericht über die soziale Lage 2003 -2004, Wien
- Cecchetti Stephen, Mohanty Madhusudan, Zampolli Fabrizio (2011): The real effects of debt, BIS Working Papier No. 352, September 2011
- Credit Suisse (2013): Return Yearbook 2013, Zürich
- Darwin Charles (1859): Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl und die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampfe ums Dasein, Köln 2002
- Darwin Charles (1870): Die Abstammung des Menschen, Paderborn 2005
- Deumelandt Kathrin (2008): Profitratenentwicklung. Empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Schweden, in: prag: Profitanalysegruppe, Discussion Paper No. 04, Hamburg

- Deutschmann Christoph: Die Verheißung absoluten Reichtums;
in: Baecker Dirk (2004), Kapitalismus als Religion, Berlin, S.
145-174
- Exner Andreas, Lauk Christian, Kulterer Konstantin (2008): Die
Grenzen des Wachstums. Wie wir am Wachstum scheitern,
Wien
- Exner Andreas, Grohmann Stephanie (2005): Bye Bye Zinskri-
tik: in Streifzüge 33/05
- Fabiunke Günter (1963): Martin Luther als Nationalökonom,
Akademie-Verlag Berlin
- Farrell Diana, Fölster Christian, Lund Susan (2008): Long-term
trends in the global capital markets, The McKinsey Quarterly,
Economic Studies, February
- Febvre Lucien (1988): Das Gewissen des Historikers, Berlin
- Felber Christian (2012): So retten wir den Euro, Wien
- Finley Moses (1984): Die antike Wirtschaft, München
- Ford Henry (1923): Mein Leben und Werk, Leipzig
- Frank Stefan (2009), Die Weltvernichtungsmaschine, Saarbrücken
- Fried Johannes(2008): Zins als Wucher; in: Le Goff Jacques:
Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im
Mittelalter, Stuttgart, S. 134-174
- Fresin Alfred (2010): Der bürgerliche Staat. Kritik und Alternati-
ven, in: Streifzüge 49/2010, S. 11-14
- Freud Sigmund (1923/1992): Das Ich und das Es, Frankfurt/
Main
- Freud Sigmund (1930/1994): „Das Unbehagen in der Kultur“.
Frankfurt/Main
- Geitmann Roland (1989): Bibel, Kirchen und Zinswirtschaft; in:
„Zeitschrift für Sozialökonomie“ 80. Folge, S. 17 – 24

- Gesell Silvio (1984/1916): Die natürliche Wirtschaftsordnung, Lauf bei Nürnberg
- Glauser Benno (2012): Derselbe Planet, eine andere Welt ...; in: Südwind, Februar 2012, Wien, S. 14-16
- Goldgar Anne (2007): Tulipmania. Money, Honor, and Knowledge in the Dutch Golden Age, London
- Gronemeyer Marianne (2002): Die Macht der Bedürfnisse. Überfluss und Knappheit, Darmstadt
- Gronemeyer Marianne (2009): Das Leben als letzte Gelegenheit. Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit, Darmstadt
- Gronemeyer Marianne (2008): Wie viel Arbeit braucht der Mensch. Vortrag im April 2008 in Linz, vgl. auch <http://www.rm-gronemeyer.de/8.html>
- Gronemeyer Marianne (2010): Fremder. Gastfreund. Feind. Verstehen als Vernichtung des Anderen; in: Streifzüge 48/2010, S. 9-12
- Gronemeyer Marianne (2012): Wer arbeitet, sündigt ... Ein Plädoyer für gute Arbeit, Darmstadt
- Grujewitsch Aaron (2006): Die Tugend der Vergeudung, in: Beck'sche Reihe: Das Mittelalter. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 800-1500, München, S. 38-41
- Heide Holger (2002): Arbeitssucht in der Arbeitsgesellschaft. Die Abschaffung der Muße und ihre Wiederaneignung; in: Heide Holger (Hg.): Massenphänomen Arbeitssucht. Historische Hintergründe und aktuelle Entwicklung einer neuen Volkskrankheit, Bremen
- Heinrich Michael (2003): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxistische Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Münster
- Hobbes Thomas (1970/1651): Leviathan, Stuttgart

- Hobbes Thomas (1994/1642): Vom Menschen, Vom Bürger, Hamburg
- Hobsbawn Eric (2011): Wie man die Welt verändert. Über Marx und Marxismus, München
- Holloway John (2010): Kapitalismus aufbrechen, Münster
- Höffe Otfried (1992): Lexikon der Ethik, München 1992
- Illich Ivan (1982): Vom Recht auf Gemeinheit, Reinbeck
- Jahoda Marie, Lazarsfeld Paul, Zeisel Hans (1933/1975): Die Arbeitslosen von Mienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, Frankfurt/Main
- Jappe Anselm (2005): Die Abenteuer der Ware, Münster
- Lafargue Paul (1988/1883): Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1848, Ludwigshafen
- Kennedy Margrit (2011): Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Bielefeld
- Le Goff Jacques (1977): Zeit der Kirche und Zeit des Händlers im Mittelalter; in Honegger Claudia (Hrsg.): Schrift und Materie in der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse, Frankfurt am Main, S. 393-414
- Le Goff Jacques (1987): Für ein anderes Mittelalter. Zeit, Arbeit und Kultur im Europa des 5.-15. Jahrhundert, Weingarten
- Le Goff Jacques (2007): Die Geburt Europas im Mittelalter, München
- Le Goff Jacques (2008): Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter, Stuttgart
- Lewed Karl-Heinz (2010): Erweckungserlebnis als letzter Schrei, in: krisis 33, Münster, S. 16 - 57

- Li Minqi (2008): Rise of China and Demise of the Capitalist World-economy, London
- Lohoff Ernst, Trenkle Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursachen der Krise sind, Münster
- Jähnichen Traugott (2010): Die Ethik Calvins und der „Geist des Kapitalismus“ – Zur Wirtschaftsethik des Schweizer Reformators; in: Jähnichen Traugott, Kuhn Thomas K., Lohmann Arno (Hrsg.): Calvin entdecken. Wirkungsgeschichte – Theologie – Sozialethik, Berlin, S. 163-177
- Kahnemann Daniel, Krueger Alan B. (2006): Developments in the Measurement of Subjektive Well-Being; in: Journal of Economic Perspectives, Pittsburgh - Volume 20, Number 1 - Winter 2006 – S. 3–24
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich (2011): Verteilung der Vermögen in Österreich. Hohes Potenzial für eine Vermögenssteuer, Linz
- Kappler Marcus et al. (2009): Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung in Deutschland“, Mannheim
- Keynes John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, London
- Kohr Leopold (2002): Das Ende der Großen. Zurück zum menschlichen Maß, Salzburg/Wien
- Konicz Tomasz (2010): Krisenmythos Griechenland, in: Telemopolis vom 4. Mai 2010 (vgl. <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32551/1.html>)
- Konicz Thomasz (2009), Kapitalismus am Abgrund; in: Streifzüge Nr. 45 / April 2009, S. 6-9
- Kurz Robert (2002): Schwarzbuch Kapitalismus, München

- Krämer Hagen (2011): Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung und ihrer Einflussfaktoren in ausgewählten Industrieländern 1960-2010, Düsseldorf
- Krätke Michael (2008): Blick zurück im Zorn. Auch da blühten die Aktien- und Immobilienblasen, in: Der Freitag vom 15.02.2008, S. 1
- Lietaer Bernhard (1999): Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen, Riemann Verlag
- Maddison Agnus (2004): Growth and Interaction in the World Economy. The Roots of Modernity, Washington, D.C.
- Marcuse Herbert (1964/2004): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, München
- Margulis Lynn, Sagan Dorion (2002), Acquiring Genomes, New York
- Marx Karl, Engels Friedrich (1844/2007): Werke, Band 40 („Ergänzungsband I“), Berlin
- Marx Karl, Engels Friedrich (1858/2007): Werke, Band 42 („Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“), Berlin
- Marx Karl, Engels Friedrich (1867/2007): Werke, Band 23 („Das Kapital“, 1. Band), Berlin
- Marx Karl, Engels Friedrich (1880/2007): Werke, Band 19 („Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“), Berlin
- Marx Karl, Engels Friedrich (1893/2007): Werke, Band 25 („Das Kapital“, 3. Band), Berlin
- Marx Karl, Engels Friedrich (1905/2007): Werke, Band 26.3. („Theorien über den Mehrwert III“), Berlin

- Maslow Abraham (1977): Motivation und Persönlichkeit, Olten/
Freiburg
- Mill John Stuart (1864): Utilitarianism, London
- Mill John Stuart (1976): Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie; hrsg. v. Nutztinger Hans, Frankfurt – New York
- Morus Thomas (1516/2003): Utopia, Stuttgart
- Müller Gerhard (Hrsg.) (1993): Theologische Realenzyklopädie, Teil 1, Berlin
- Naetar Franz (2007): Das bedingungslose Grundeinkommen: eine kommunistische Forderung!, in: Grundrisse 22, S. 31-39
- North Michael (1994): Das Geld und seine Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München
- Oesterreichische Nationalbank (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich, Wien
- Oexle Otto Gerhard (1986): Armut, Armutsbegriff und Armenfürsorge im Mittelalter; in: Sachße Christoph, Tennstedt Florian: Soziale Sicherung und soziale Disziplinierung. Beiträge zu einer historischen Theorie der Sozialpolitik, Frankfurt/Main
- Oexle Otto Gerhard (2000): Arbeit, Armut, „Stand“ im Mittelalter; in: Kocka Jürgen, Offe Claus (Hrsg): Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt/Main
- Onken Werner (2004): Für eine andere Welt mit einem anderen Geld. Sind die Geldreformer wirklich Antisemiten?, Berlin
- Ottomeyer Klaus (2004): Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus (Neuaufgabe). Münster

- Paech Niko (2011): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg
- Plettenbacher Tobias (2008): Neues Geld. Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise. Ursachen und Auswege, Wien
- Polanyi Karl (1979): Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt/Main
- Polanyi Karl (1995): The Great Transformation: Politische und ökonomische von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/Main
- Postone Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx, Freiburg
- Reuter Norbert (2000), Ökonomik der langen Frist, Marburg
- Rippmann Dorothee (2011): Arbeit, Mittelalter, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 7.6.2011, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17470-1-1.php>
- Rogers Carl (1964): Toward a Modern Approach to Values: The Valuing Process in the Mature Person, in: Journal of Abnormal and Social Psychology, Vol. 68, p 160-167
- Rogers Carl (1973): Entwicklung der Persönlichkeit. Psychotherapie aus der Sicht eines Therapeuten, Stuttgart
- Rogers Carl (1980): Der neue Mensch, Stuttgart
- Sahlins Marshall (1972): Stone Age Economics, New York
- Sale Kirkpatrick (1995), Rebels against the Future, Addison-Wesley Publishing Company
- Schandl Franz (2000): Kurswechsel am sinkenden Schiff. Der Staat und seine historischen Schranken, in: Streifzüge 1/2000, S. 10

- Schandl Franz (2004): Mehrwert und Verwertung: in Streifzüge 30/04
- Schandl Franz (2007): Maske und Charakter. Sprengversuche am bürgerlichen Subjekt; in: *krisis* 32, Münster, S. 124 – 172
- Schandl Franz (2010): Das Besondere und das Allgemeine. Spurenelemente einer Kritik des Staates. Inklusive Hegels Hymnen, in: *Streifzüge* 49/2010, S. 15-19
- Schandl Franz (2012): Without money! Für die Abschaffung eines substituierten Gewaltverhältnisses, in: *Streifzüge* 54/2012, S. 6-11
- Schor Juliet (1991): *The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure*, New York
- Schulmeister Stephan (2009): *Die neue Weltwirtschaftskrise – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien*, Wien
- Schulmeister Stephan (2011): *Ausgewählte Probleme der Ökonomie: Staatsverschuldung*, vgl. http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/staatsverschuldung_wu1.pdf
- Sedlacek Tomas (2012): *Die Ökonomie von Gut und Böse*, München
- Siegel Jeremy J. (1999): *The Shrinking Equity Premium*, in: *The Journal of Portfolio Management*, vol. 26, 1, S. 10-17.
- Simon Fritz (2008): *Einführung in Systemtheorie und Konstruktivismus*, Heidelberg
- Smith Adam (1776/1990): *Der Wohlstand der Nationen*, München
- Stowasser Horst (2006): *Anarchie! Idee – Geschichte – Perspektiven*, Hamburg
- Söhner Felicitas (2004): *Historisch-soziologische Beurteilung von Wirtschaftsgesinnungen geldwirtschaftlich-organisierter*

- Gesellschaften am Beispiel der „Soziologie des Geldes“ von Georg Simmel und dem „Geist des Kapitalismus“ von Max Weber, Grin-Verlag
- Soosten Joachim von (2004): Schwarzer Freitag: Die Diabolik der Erlösung und die Symbolik des Geldes; in: Baecker Dirk, Kapitalismus als Religion, Berlin, S. 121 - 144
- Sprenger Reinhard (2010): Die Entscheidung liegt bei dir! Wege aus der alltäglichen Unzufriedenheit, Frankfurt/Main
- Taylor Frederick Winslow (1913): Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung, München und Berlin
- Thompson Edward P (2006/1967): Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: Holloway John, Thompson Edward P.: Blauer Montag. Über Zeit und Arbeitsdisziplin, Hamburg
- Trenkle Norbert (2008a): Weltmarktbeben. Über die tieferliegenden Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise (1. Teil); in: Streifzüge 43/2008, S. 3-7
- Trenkle Norbert (2008b): Weltmarktbeben. Über die tieferliegenden Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise (2. Teil); in: Streifzüge 44/2008, S. 18-21
- Weber Max (2004/1904): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, München
- Wallerstein Immanuel (2004): World System Analysis. An Introduction, Duke University Press
- Watzlawick Paul (1976): Wenn du mich wirklich liebtest, würdest du gern Knoblauch essen, München
- World Institute for Development Economics Research (UNI-WIDER) (2006): Pioneering Study Shows Richest Two Percent Own Half World Wealth, Helsinki
- Zerb Peter (1987): Zur Semantik gesellschaftlicher Freiheit, Frankfurt/Main

Artikel aus Tageszeitungen und Magazinen

Der Spiegel (17. Februar 2009): „Arme Oligarchen“, Hamburg

Der STANDARD (10. Juni 2010): „Trotz Krise: Mehr Millionäre in Österreich“, Wien

Der STANDARD (10. März 2012): „EZB riskiert mit Geldschwemme Inflation“, Wien

Der STANDARD (28. März 2012): „EZB-Geldregen kommt nicht in der Wirtschaft an“, Wien

Der STANDARD (3. April 2012): „Keine neue geldpolitische Lockerung geplant“, Wien

